



Jahrg. 4 Nr. 52 12.11.74

MASSENKÄMPFE IN
SODVIETNAM

5

HUNGERSTREIK
POLITISCHER GEFANGENER

27

SCHULKAMPF UND
KOMM. MASSENARBEIT

31

Bibliothek
des Ruhrgebiets
Bibliothek des ISB
SPD 3208

C21734 E

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Streikwelle in Frankreich

Als Giscard d'Estaing die traditionelle „Rentree“-Rede hielt (die Rentree bezeichnet den Wiederanfang der parlamentarischen Arbeit, den Schulbeginn und das Ende der Urlaubs- und Ferienzeiten, also im September) nannte er während der ganzen Rede nur eine Zahl – nämlich die der „unverfügbaren“ Lohnerhöhungen. Das fiel auf – weil der französische Staatseifer sonst Reden und Erklärungen mit komplizierten Statistiken und mysteriösen Zahlen immer schmückt.

Hinter den pathetischen Apellen des Staatseifers an die „Vernunft“ etc. ... etc. ... der Franzosen, verbirgt sich eine wahre Kriegserklärung an die französische Arbeiterklasse: die gesamte Regierungspolitik ist darauf aus, die Kosten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen; das ist die sogenannte „Stabilitätspolitik“ oder „Austeritätspolitik“ von Giscard und Co.

So wurden sämtliche Kosten, die mit kollektiven Infrastrukturen zu tun haben (Krankenhäuser, Schulen, Verkehrswesen oder Wohnungswesen) drastisch gekürzt. Parallel dazu wird eine „Sanierung“ der Wirtschaft durchgeführt: das heißt Elimination der unrentablen Betriebe und Massenentlassungen (im Juli 74 war die Zahl der konkursgegangenen Betriebe um 38 % höher als im vergangenen Jahr um dieselbe Zeit). Dies drückt sich auch in der ständig steigenden Arbeitslosigkeit aus: offiziell wird eine Zahl von 800.000 Arbeitslosen 1975 erwartet, die Gewerkschaften aber nennen eine Zahl von einer Million Arbeitslosen bis Ende dieses Jahres.

Gleichzeitig galoppieren die Preise in die Höhe: die Preisteigerung in Frankreich seit 1973 beträgt nach Schätzung der Gewerkschaften 18 % (!), sie liegt damit höher als die Preisteigerung ihrer Hauptkonkurrenten (6,5 % in der Bundesrepublik, 10,5 % in den USA).

Durch Rationalisierung Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen werden spezifische Arbeiterkategorien am stärksten getroffen: nämlich die Jugendlichen, die Emigranten (ausländische Arbeiter) und die Frauen. Davon betroffen sind vor allem die Bauindustrie, der Automobilbau sowie die Textilindustrie.

Seit nunmehr drei Wochen streiken die Postarbeiter in Frankreich, die unter miserablen Arbeitsbedingungen leiden. Durch Personalmangel herrscht dort eine unerträgliche Arbeitsheize; dazu kommt noch eine Unterbezahlung. Dieser Streik ging aus von einer Pariser Verteilungszentrale am 17. Oktober und wurde zunächst von den Gewerkschaften ignoriert.

Als sich die Bewegung rapide verbreitete und bald ganz Frankreich erfasste, hängten sich die beiden Gewerkschaften, die revisionistische CGT und die CPDT (sozialdemokratisch, aber mit starken kämpferischen Tendenzen in einzelnen Bereichen) an. Die Postarbeiter und -angestellten fordern 200 Franc lineare Lohnerhöhung für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter (das entspricht ca. 140 DM) und die Reduzierung der Arbeitsheize. Gleichzeitig begannen

Fortsetzung Seite 2



Über 2.500 demonstrierten gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats (siehe Artikel S. 8)

Tarifabschluß in der Stahlindustrie :

Lohnraubsignale!

Die Tarifrunde in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens ist nach der 4. Verhandlungsrunde abgeschlossen. Danach erhalten die 220.000 Stahlmeister:

- 9 % mehr Lohn und Gehalt
- 600 DM in zwei Raten à 300 DM („Stahlbonus“)
- 80 DM mehr für Lehrlinge
- 2 Tage mehr Urlaub
- Darüber hinaus wurde ein „Alternationsabkommen“ geschlossen, nach dem
- Arbeiter und Angestellte vom 50. Lebensjahr an bei 25 Jahren Betriebszugehörigkeit Kündigungsschutz haben.

- bei 50 (55) Lebensjahren und 10 (15) Jahren Betriebszugehörigkeit wird der Verdienst zu 100 % abgesichert, wenn der Kollege vorher 5 Jahre im Mehrschichtbetrieb war
- zu 90 % ist unter den gleichen Voraussetzungen ein 45-jähriger Kollege bei 15-jähriger Betriebszugehörigkeit im Verdienst abgesichert. Dieselbe Regelung gilt für Nicht-Schichtler, allerdings unter Fortfall aller in der Stahlindustrie gezahlten Zuschläge.

Dieses Ergebnis wurde am 28.10. von der Großen Tarifkommission der IG Metall mit 80 gegen 30 Stimmen gebilligt. Allein die Vertreter der

Stahlbetriebe aus dem Raum Dortmund, die das Ergebnis in einer Resolution abgelehnt hatten, stimmten geschlossen dagegen. Bereits bei Aufstellung der 14%-Forderung hatten elf von 14 Dortmunder Vertretern diese als unzureichend abgelehnt.

Dieser Abschluß bedeutet bereits Lohnraub

Der Stahlabschluß wird bereits unmittelbar nach Inkrafttreten dazu führen, daß nach Abzug der inflationären Preisteigerungen und der Steuern und Sozialabzüge real ein Minus in der Lohnrate ist. In den Vorjahren trat dieser Effekt erst einige Monate

Zu den Ergebnissen der Landtagswahlen in Hessen und Bayern:

DER VORMARSCH DER REAKTION MUSS GESTOPPT WERDEN

Die Landtagswahlen in Hessen und Bayern brachten erwartungsgemäß einen Zugewinn an Wahlstimmen für CDU und CSU und signalisieren den Vormarsch der äußersten Reaktion innerhalb der CDU/CSU („Strauß/Dregger-Flügel“). Nach den Landtags- und Kommunalwahlen in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Saarland und Niedersachsen, mußte die SPD auch bei diesen Wahlen wieder Einbußen hinnehmen, in Hessen 2,7 %, in Bayern gar 3,1 %. Die in Hessen mit der SPD koalierende FDP war mit einem Verlust von ebenfalls 2,7 % (gegenüber den Landtagswahlen 1970) an der Niederlage beteiligt. In Bayern verlor diese Partei 0,3 % und rutschte – bei insgesamt nur 5,2 % – gefährlich in die Nähe der Fünf-Prozent-Barriere.

In Bayern erreichte die rechtsradikale CSU 62,1 % der gültigen Wahlstimmen, gegenüber nur 30,2 % Stimmenanteil der SPD. Damit ist die – in Bayern regierende und schon vorher über eine solide Mehrheit verfügende – CSU jetzt mehr als doppelt so stark wie die SPD geworden und besitzt nun nahezu zwei Drittel aller Abgeordneten-Sitze im Bayerischen Landtag.

Gerade das bayerische Wahlergebnis zeigt, daß es sich bei den CSU-Wählern nicht einfach um sogenannte Protestwähler handelt, wie das von interessierter Seite gerne behauptet und heruntergespielt wird, da sich Proteste selbstverständlich gegen die regierende CSU, nicht aber gegen die Oppositionspartei gerichtet hätten, eine „Protest“-Wahl in Bayern also als Wahl für die SPD auszusagen wäre.

In Hessen hat die CDU bei einem Zugewinn von 7,4 % ein Ergebnis von 47,3 % erreicht, hat damit aber hinter ihrem eigentlichen Ziel – Gewinnung der absoluten Mehrheit – zurückgeblieben.

Die bürgerliche Propaganda war bemüht, den Wahlergebnis als „Erdbeben“ zugunsten der CDU/CSU und „Katastrophe“ für die SPD darzustellen. Diese Interpretation ist allerdings zum guten Teil reaktionäre Stimmungsmache gegen die SPD und gibt mehr Aufschub über die augenblicklichen Interessen der Kapitalisten, als über die tatsächlichen Verhältnisse. Tatsächlich war der Verlust der SPD bei der hessischen und bayerischen Landtagswahl sehr viel geringer als bei der Hamburger Landtagswahl (– 10,4 %) und bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz (– 5,7 %) und Schleswig-Holstein (– 7,9 %) und sogar noch etwas geringer als bei den Landtagswahlen in Niedersachsen (– 3,2 %).

Die Wahlergebnisse zeigen für die SPD aber eine gewisse Stabilisierung bei einer Verlust-Marke von etwa 3 % gegenüber den Landtagswahlen von 1970.

CDU und CSU haben es in beiden Ländern geschafft, der SPD und FDP jeweils einige Prozente vom rechten Flügel abzuziehen. Darüberhinaus konnten sie in beiden Ländern von der Konkurrenz der NPD profitieren. Die Summe der Stimmenverluste bei SPD, FDP und NPD machen in beiden Fällen fast vollständig den Zuwachs bei CDU und CSU aus: In Hessen verloren SPD (2,7 %), FDP (2,7 %) und NPD (2 %) zusammen 7,4 %, die CDU gewann 7,4 % – In Bayern verloren SPD (3,1 %), FDP (0,3 %) und NPD (1,8 %) zusammen 5,2 %; umgekehrt gewann die CSU 5,7 %.

Fortsetzung Seite 20



Nach zwei Monaten Hungerstreik gegen unmenschliche Haftbedingungen am 9.11.1974 gestorben: Genosse Holger Meine

siehe Artikel S. 27

nach Abschluß der Tarife auf. Das macht deutlich, daß das Tempo des Lohnraubs und der Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse nach den Vorstellungen der Kapitalisten in diesem Jahr gewaltig gesteigert wird.

Darüber kann auch der sogenannte „Stahlbonus“ nicht hinwegtäuschen. Wenn hierbei handelt es sich um einmalige Beträge, die tariflich nicht abgesichert sind, Am Jahresende 1975, wenn neue Tarifverhandlungen anstehen, finden diese allein auf der Basis von 9 %-Bruttosteigerung der Tariflöhne statt.

Massenproteste gegen US-Atombomben in japanischen Häfen

In der japanischen Öffentlichkeit hat die Erklärung des US-Admirals Laroque vor dem amerikanischen Kongress, die Schiffe der US-Navy in den Häfen Japans seien mit Kernwaffen ausgerüstet, große Aufmerksamkeit gefunden und Proteste der demokratischen, antimilitaristischen Kräfte Japans hervorgerufen.

Zwar hat die amerikanische Regierung alle Anschuldigungen in dieser Frage zurückgewiesen – auch der japanische Außenminister Kimura bestritt sie – jedoch – **„enthalten die NEW YORK TIMES, daß ein Geheimabkommen zwischen Japan und den USA besteht, das die Lagerung solcher Waffen in Japan ermöglicht.“** („WZ“, 25.10.74).

Ein solches Abkommen würde klar gegen die von den japanischen Imperialisten immer wieder gepredigten „Prinzipien der nuklearen Enthaltung“ verstoßen – danach hat sich die japanische Regierung nämlich „verpflichtet, nukleare Waffen auf japanischem Boden weder herzustellen, noch einzuführen, noch zu lagern.“ (lt. „Westdeutsche Allgemeine“, 23.10.74).

Die Laroque-Erklärung vor dem US-Kongress bestätigt im Grunde nur, was demokratische Organisationen in Japan seit Jahren vertreten – „daß auf Okinawa und anderen Teilen Japans A-Waffen gelagert sind.“ („WZ“, ebenda).

Die revisionistischen KP Japans konnte bereits vor mehreren Jahren dem Parlament „sogar genaue Lagerkarten vorlegen. Amerikanische Zeugen haben immer wieder diesen Sachverhalt bestätigt.“ („WZ“).

Die jüngsten Enthüllungen fanden deshalb so großen Widerhall in Japan, weil sie einer sich im Aufschwung befindenden antimilitaristischen Bewegung neuen Stoff geben:

• Ein bedeutender Konflikt der jüngsten Zeit war der Kampf der Fischer von Mutsu (Nordjapan), die wochenlang die Küste mit ihren Booten blockierten, um das Einlaufen des ersten japanischen, atomgetriebenen Schiffes „MUTSU“ zu verhindern.

Nach der – ebenfalls von den Fischern verzögerten – Jungfernfahrt dieses 8124 Tonnen Frachters, wurde der Atomreaktor der „MUTSU“ leck und gab radioaktive Stoffe ab.

Die Fischer befehlten zu Recht, daß eine Rückkehr der „MUTSU“ große Gefahren für sie selbst und die Fischgründe vor der japanischen Küste bedeuten würde.

„Die Fischer gestatteten dem Schiff die Rückkehr erst nach der Zusicherung verschiedener Bedingungen und erheblichen Geldzuwendungen.“ („WZ“).

• Große Unruhe und Empörung löste in den zurückliegenden Wochen ferner die in der gesamten Presse verbreitete Meldung aus, daß USA-Sonderheiten auf Okinawa den Abwurf von Atombomben trainierten.“ („WZ“).

• Schließlich wurde von der demokratischen Öffentlichkeit die Verleihung des Friedensnobelpreises 1974 an den japanischen Ex-Premier Sato als Provokation empfunden. Sato, ein überrationalistischer, während seiner Regierungszeit immer ein Fürsprecher der japanischen Atomwaffen gewesen und hatte deshalb auch die Unterzeichnung des Atomwaffenstillstandes durch Japan verhindert.

In Japan kam es nach der Erklä-



Überall in Japan: Protest gegen die US-Kriegsschiffe mit Atomwaffen.

rung des US-Admirals Laroque zu Massenprotesten: Über zwei Millionen Japaner demonstrierten, namentlich in den Städten Yokosuka und Sasebo, wo das größte Kontingent der amerikanischen Kriegsschiffe liegt; „eine Reihe von Gewerkschaften ließen dreitägige Sympathiestreiks durchführen, die sich vornehmlich auf die Städte und Häfen mit amerikanischen Militärstützpunkten konzentrierten.“ („WZ“).

Nach Nixon – jetzt Tanaka!

Aks Kakuei Tanaka am 5. Juli 1972 von der „liberaldemokratischen“ Parlamentsmehrheit zum neuen Ministerpräsidenten Japans gewählt wurde, zogen die Kurse an der Tokioter Börse kräftig an.

Heute, nur zwei Jahre später, sinkt der Stern Tanakas nicht nur – er stürzt! „Tanakas Ansehen hat, wie soeben eine Umfrage einer großen japanischen Tageszeitung ergibt, einen abnehmenden Tiefstand erreicht, der sogar unter den Mindestwerten liegt, die sich wenig geliebter Amtsvorgänger, Eisaku Sato, noch erreichte.“ („Frankfurter Allgemeine“, 29.10.74).

Dieser Trend war bereits klar an den Ergebnissen der Parlamentswahlen vom Juli dieses Jahres abzulesen, als die regierende LDP empfindliche Einbußen hinnehmen mußte – und sich im Oberhaus nur noch mit knapper Mehrheit behaupten konnte.

Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit (derzeit 900.000) und einer ungeheuren Inflationsrate (derzeit 26 %) haben die japanischen Wähler der reaktionären Regierungspartei – und Tanaka persönlich – bereits einen ersten Denkzettel verpasst.

Die Folgen davon waren:

• verschärfte Rumpfankämpfe innerhalb der LDP, die in der immer lauter erhobenen Forderung gipfelte, Tanaka solle zurücktreten (siehe hierzu u.a. „Süddeutsche Zeitung“, 10.7.74);

• die demonstrativen Rücktritte von Regierungsmitgliedern – aus einem dankte der stellvertretende Ministerpräsident Miki und zum anderen nur wenig später der Finanzminister Fukuda ab; beide gehören zum rechts-extremen Flügel der LDP (der „Seiran“), der „inzwischen nicht nur dem Namen nach an die SA ungleichen deutschen Angehörigen erinnert“ (dieses Zitat ist entnommen der großbürgerlichen „FAZ“ vom 23.7.74);

• daß das japanische Großkapital das Tanakas Aufstieg nach Kräf-

ten gefördert hatte, offen drohte, seinen Günstling fallenzulassen (siehe hierzu „FAZ“, 29.10.74).

Die Abstoßung Tanakas scheint mittlerweile eine beschlossene Sache zu sein. Eine angehende japanische Tageszeitung kam unlängst zu dem Schluß, daß „das einzige, was sich heute mit Sicherheit sagen läßt, ist, daß das Tanaka-Kabinetts geschlossenen zurücktreten wird, früher oder später.“ (zit. nach „Kölnischer Stadtanzeiger“, vom 30.10.74).

Daß die Populäritätskurve Tanakas heute weiter denn je nach unten zeigt, dafür haben nicht unwesentliche fleißige Journalisten gesorgt, die mit kriminalistischer Sorgfalt „die Geschichte der politischen Finanzmanipulationen, persönlichen Korruption und Vetterwirtschaft des Regierungschefs Tanaka und seiner Partei“ enthüllten („KSA“, 30.10.74) – und die diesen Politikern in dem bedeutenden japanischen Monatsmagazin „Bungei Shunju“ veröffentlichten.

Danach ergibt sich folgendes – auch für die Politik der LDP und ihres Hauptexponenten, Tanaka, aufschlußreiches – Bild:

• Für das Rechnungsjahr 1972 wies die Parteikasse der „Liberaldemokraten“ insgesamt 260 Millionen Mark (1) aus, was aber „nur die Spitze eines Eisbergs“ war. Mindestens die Hälfte von 760 Millionen Mark, die die Wirtschaftsunternehmen des Landes

(also das japanische Großkapital, Anm. der Red.) in diesem Jahr als Spenden von der Steuer absetzen, gingen unter der Hand ebenfalls an die Partei (1). („KSA“, 30.10.74).

• Tanaka, der zusammen mit zwei weiteren Figuren aus seinem engsten Mitarbeiterstab für die Verwendung der Gelder verantwortlich ist, „gab (30 bis 50 Millionen Mark) ...

allein dafür aus, sich die Kandidatur zum Ministerpräsidentenamt zu sichern (1)“ („KSA“, ebenda).

• Bei den letzten Wahlen im Sommer dieses Jahres (zum Oberhaus) hat Tanaka „bis zu einer Milliarde Schmiergelder gezahlt“ („KSA“, ebenda).

• Auch für sein persönliches Wohlergehen hat der japanische Premier aus der LDP-Parteikasse gesorgt:

Er nennt nun sein eigen „ein Grundstück nebst Villa im Herzen Tokios (Wert 24 Millionen DM) und drei Sommer villen ... (Gesamtwert 4,7 Millionen Mark) ... und er kann sich glücklich schätzen, „Mehrheitsaktoren bei einem halben Dutzend von Unternehmen des Verkehrs, Bau- und Chemiebereichs“ zu sein („KSA“, ebenda).

Der „Kölnischer Stadtanzeiger“ hebt in seinem Bericht hervor, daß es sich hier nur um „ein paar wahllose Beispiele aus einer ganzen Flut, die die „Bungei Shunju“ ... zusammengetragen hat“, handelt.

Im Vergleich zu Tanakas Handlungsweg scheinen selbst die „Vergehen“ R. Niksons im Falle „Watergate“ nur belanglose Bagatellen gewesen zu sein! Im Gegensatz zu seinem Freund Nixon hat Tanaka aber auch bereits einmal eingekerkert – und zwar im Jahre 1948 „wegen illegaler Geschäfte in der Bergwerkbranche“ („KSA“, ebenda).

Tanaka wird seinen Parteilassen und sein Staatsamt verlieren – darüber besteht kaum noch Zweifel. Die entscheidende Frage aber wird sein, wer von den „Liberaldemokraten“ seine Nachfolge antreten wird – „gemäßigte Konservative“ oder die faschistisch Seiran? – Leute, die mit Fleiß Tanakas Sturz betreiben? •

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Schottische Fernfahrer beendeten erfolgreichen Streik

Den ganzen Oktober über streikten rund 6.000 der 8.000 Fernfahrer Schottlands für höhere Löhne. Ihre Forderungen:

• 40 Pfund (etwa 250 DM) für die 40-Stunden-Woche;

• Beibehaltung der Tageskilometer-Leistung, bei deren Überschreitung Überstunden gezahlt werden müssen;

• eine garantierte 45-Stunden-Woche

• höhere Spesen.

Bisher bekamen die Fernfahrer für die 40-Stunden-Woche 31,50 Pfund (auf den Monat umgerechnet rund 780 DM), verdienten aber durch Überstunden zwischen 45 Pfund und 55 Pfund die Woche (1 115 DM bis 1 365 DM im Monat).

Die Forderung nach einer „garan-

Fahren ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführung begannen, und obwohl sie es ablehnten, den Streik für offiziell zu erklären, und ständig den Arbeitern „riet“, doch das Angebot der Unternehmer anzunehmen, weiterzufahren.

Die Fernfahrer von West-Schottland hatten sich bereits in der ersten Streikwoche ein informelles Streikkomitee gewählt. Dies Komitee wurde im Laufe der Vorbereitung der Streikfront durch stiegende Streikposten, die im ganzen Land mit ihren Fahrzeugen unterwegs waren, vergrößert. Zum Schluß bestand es aus 20 gewählten Shop Stewards aus allen Gebieten Schottlands.

Die Fernfahrer bezogen Streikposten vor den größten Transportunternehmen und blockierten für rund drei Wochen die wichtigsten Transportwege zu den Fabriken, Häfen, Güterbahnhöfen usw. In der zweiten Hälfte des Oktobers begannen die Vorräte der Metallfabriken, Kaufhäuser und Druckereien bereits knapp zu werden. Nur Krankenhäuser und Altenheime durften ungehindert beliefert werden.

Mitte Oktober trafen sich 3.000 Fahrer in Glasgow, um zu hören, was ihnen die 13-köpfige Kommission – bestehend aus 7 fulltime-officials und 6 Shop Stewards – die bis dahin die Verhandlungen mit den Kapitalisten geführt hatte, anzubieten hatte: ein Entlohnungssturm brach los, als die Kommission empfahl, das Angebot der Unternehmer (s.o.) anzunehmen.

Für eine relativ hohe politische Bewußtheit der Streikführer spricht die Tatsache, daß bis zum Schluß die Anonymität des informellen Streikkomitees gewahrt blieb, so daß die bürgerliche Presse nur Vermutungen anstellen konnte, wer dort drin saß. So wurde ein Pressefotograf, der auf der 3.000 Mann-Verammlung im Glasgower Apollo-Theater das Komitee aufgenommen hatte, sofort von einem Trupp von Fährern umringt und gezwungen, den Film herauszugeben.

Das Schöne: Die Kapitalisten beschwerten sich, daß sie mit einer Delegation verhandeln mußten, von der ihnen sechs Mitglieder (die Shop Stewards) nicht vorgestellt wurden! Sogar die Gewerkschaftsführer mußten das mitspielen! Die Arbeiter hatten von ihren Bauarbeiter-Kollegen von Shrewsbury (von denen, von einem Jahr sechs zu mehrjährigen Gefängnisstrafen für nichtgenehmigte Streiken verurteilt worden waren) gelernt.

Chemie-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Die Forderung nach einer „garantierten 45-Stunden-Woche“ erklärt sich daraus, daß die schottischen Arbeiter von einer permanenten hohen Arbeitslosigkeit (rund 7 %) bedroht sind und andererseits ihre Familien nicht ohne Überstunden ernähren können.

Die Kapitalisten, organisiert in der „Scottish Road Haulage Association“ (Schottischer Transport-Unternehmer-Verband), boten den Arbeitern an:

• 35,60 Pfund für die 40-Stunden-Woche ab sofort; 40 Pfund erst ab dem 1. Januar;

• Dafür sollten die Arbeiter eine Erhöhung der Tageskilometer-Leistung um 10 Meilen in Kauf nehmen;

• garantiert werden sollte nur eine 40-Stunden-Woche;

• Die Spensätze sollten nicht erhöht werden.

Nach einem vierwöchigen militäntgeführten Streik der Fernfahrer einigte man sich in der Schlichtungskommission CAS (Conciliation and Arbitration Service – die Nachfolgerin des Arbeitsgerichtshofes unter dem Antikriegsgesetz der Tories, vgl. letzte Nummer des AK) auf folgendes Ergebnis:

• 40 Pfund ab sofort für die 40-Stunden-Woche;

• Beibehaltung der Leistungs-Grenze;

• garantierte 40 Stunden-Woche;

• keine Erhöhung der Spesen.

Ein Kompromiß, den man aber wohl als Erfolg für die Arbeiter werten kann – der „Sozialkontrakt“, der die Lohnerhöhungen auf die Preissteigerungsrate begrenzen wollte, ist mit dieser 36 %igen Erhöhung durchbrochen worden.

Dieser Streik hat wieder einmal gezeigt, wie wenig sich die englischen Arbeiter danach richten, was ihre „full time officials“ (hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre) ihnen vorschlagen: der Streik wurde von den

aufgerufen, sich dem Streik anzuschließen.

Die Politik der Gewerkschaften bei dieser Streikbewegung ist die übliche: die CGT versucht sich wie immer als die große gewerkschaftliche Verantwortungsbewußtsein und konstruktive Vorschläge“ hat, das heißt sie fordert wieder „Verhandlungen auf Führungsebene“ mit der Regierung, von „Macht zu Macht“. Bereits im September hatte der Generalsekretär der CGT, Georges Seguy, der Regierung ein Programm in fünf Punkten zur Bekämpfung der Inflation vorgeschlagen, damit Arbeiter und Kapitalisten gemeinsam die Krise meistern.

Nun hat Seguy Giscard d'Estaing einen offenen Brief geschrieben, wo er unter anderem schreibt, es sei doch sicherlich möglich, zu akzeptablen Kompromissen zu kommen und in dem er wieder auf sein „Programm in fünf Punkten“ hinweist. Das „Interessanteste“ aber an diesem Brief ist, daß Seguy hoch und heilig gegen den „Diffamierung“ der Regierung schwört, daß dieser Streik gar kein „politischer“ Streik sei.

Wörtlich: „Eine öffentliche Polemik über die Frage, sind diese aktuellen Streiks politisch oder nicht, ist höchstens uninteressant, ebenso für Sie wie für uns. Sie wissen, daß dies eine falsche Debatte ist. Sie glauben auch selbst nicht ernsthaft daran, daß wir die Nation auseinanderreißen wollen oder Unordnung und Chaos hinein wollen. Wenn wir in erster Linie die Regierung stürzen wollten, würden wir Ihnen ja nicht so beherrschte Verhandlungen vorschlagen, wo wir, unter Verantwortlichen, die bestmöglichen Lösungen für die dringendsten sozialen Probleme treffen wollen.“

Der Brief endet dann mit einem zynischen Appell an „Vernunft und Verantwortungsbewußtsein“ der Kapitalisten.

Bislang sind aber Giscard und seine Minister nicht auf die „konstruktiven“ Vorschläge von Seguy eingegangen, sondern einfach eine Panikmache, des bürgerlichen Schreckgespenst, der Mai 68, wird wieder ausgespielt und Premierminister Chirac appelliert vor dem Senat an die Franzosen, „Solidarität und Disziplin“ zu wahren. „Wir werden eine Zersetzung der Nation nicht zulassen, wir werden es nie dulden, daß die Institutionen des Staates in Frage gestellt werden.“

Der Generalsekretär der „Unabhängigen Republikaner“ (Partei von Giscard) bezeichnete die Streiks als „eine dämonische Aktion!“ Im Hintergrund streiten sich die beiden Parteien der „Linksunion“ (PCF und PS). Die PCF hat jüngst ihre Befürchtungen kundgegeben, die „Sozialisten“ von Mitterrand könnten auch mit Zentristen ein Bündnis eingehen; beide weiteten nun in öffentlichen Erklärungen.

Auch der „Sozialisten“-Chef Mitterrand erklärte sich „empört“ über den „Treich“ der Regierung, die Streikbewegung als „einen politischen darzustellen. In der Beziehung sind sich die „Komunisten“ der PC und die „Sozialisten“ der PS wieder einig, es geht allein um das „Wohl der Nation“, und damit es der Nation besser geht, den Unternehmern wie den Arbeitern, damit die Regierung nicht so viel Ärger mit Streiks u.ä. hat, sollen sich alle wie immer an einen Tisch setzen und, wie Seguy sagte, „unter Verantwortlichen“ schön brav und vernünftig Kompromisse diskutieren.

Frankreich-Komitee, KB/Gruppe Frankfurt

Barla, Frankreich

die Bergbauarbeiter im Lothringen einen Streik.

Sie wollen mit ihrem Streik die Schließung bzw. Stilllegung der Zechen verhindern und halten seit zwei Wochen die Zechen besetzt. Auch die Angestellten des Rundfunk und Fernsehens (ORTF) streiken, beim ORTF sollen 200 Mitglieder gekündigt werden.

Mit ihrem Streik protestieren die Arbeiter der ORTF, auch gegen die Presse- und Informationszensur.

Am 1. November schloß sich die der Streikbewegung auch die revisionistische Lehrergewerkschaft FEN an. In der Zwischenzeit haben auch die Eisenbahn-, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter der Großdruckereien der Gruppe „Neogravure“, wo

1.000 noch in diesem Monat entlassen werden sollen, haben die Arbeit ebenfalls eingestellt. Die FFPL, CGT-Gewerkschaft im Druckbereich (die CFTD gibt es praktisch im Druckbereich nicht), hat alle Druckarbeiter zum Streik aufgerufen (im Druckbereich wird wie in der BRD massiv wagrationalisiert).

Die 15.000 Ölhändler Frankreichs haben einen unbefristeten Lieferstreik begonnen; in Westfrankreich und auch im Süden haben sie mit ihren Tankwagen Straßenperrsen auf den Zugängen zu Raffinerien, Öl und Benzinlagern errichtet. In Südfrankreich haben sich bereits einige Tankstellenbesitzer dem Streik angeschlossen.

Am 5. November haben die Gewerkschaften die Arbeiter im Krankenhauswesen und im Metallbereich

Söldnertruppe gegen Mosambik!

Wie kürzlich bekannt wurde, vermischt der Schweizer „Geschäftsmann“ Lenzinger eine Söldnertruppe für die „Befreiung“ Mosambiks aufzustellen.

Lenzinger, der sich bisher in der „Fluchthilfe“ (typisch Menschenhandel) aus RWG-Staaten, speziell der DDR, hervortat, gab dies in einem Interview mit der schwedischen Zeitung „Aftonbladet“ an.

„Hinter einem Pinnen stünde eine Reihe portugiesischer Geschäftleute und deren Angebot lautet: 10.000 Kronen im Monat für einen ausgebildeten Unteroffizier, 4.000 Kronen für einen Nicht-Berufssoldaten... Wie Lenzinger weiter mitteilte, benötigen die portugiesischen Geschäftleute eine Truppe von mindestens 1.000 Mann. Sie gehen dabei nicht nur um Soldaten, sondern auch um Ärzte und Techniker. Die Hälfte dieser Privatarmee wolle er in Schweden werben, weil die Schweden ebenso verlässliche Leute sind wie die Schweizer. Die andere Hälfte soll aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Österreich kommen.“ („FR“, 23.10.)

Die Zielsetzung dieser Truppe ist klar abgesteckt: Sie sollen die „frühere portugiesische Kolonie Mosambik befreien und wieder unter weiße Herrschaft stellen“ („FR“, 23.10.).

„Eine Truppe werde in Mosambik von kriegserfahrenen Soldaten geführt werden, die schon im Kongo (keine Zeile) und in Biafra dabei waren. Die Legionäre würden als Hand- und Fußmänner amerikanischer Militärs in Diensten von Typ M 13 erhalten. Solche Waffen könne man vor allem in Westdeutschland nahezu unbegrenzt kaufen. Mit der Munition dafür sei es schon schwieriger, doch habe er gute Beziehungen zu einigen afrikanischen Regierungen.“

Auf Lenzingers Anzeige hin mel-

deten sich angeblich innerhalb weniger Tage über 1.000 Elemente – darunter ein Bankräuber (dies spricht sicherlich für die Zusammensetzung dieser Truppe). Lenzinger demonstriert zwar (fast) alles – gibt aber zu, daß er nach „gründlicher Voruntersuchung“ wohl Ernst machen werde. Daß seine derzeitige Aktion der „Voruntersuchung“ dem Einschätzen eines eventuellen „Söldnerpotentials“ diene, liegt auf der Hand. Seine tatsächliche Truppe wird dieser Verbrecher sicher nicht so unter den Augen der Öffentlichkeit aufbauen.

Sowohl Söldner-Lenzinger. Die Meldung ist nicht neu. Wer erinnert sich nicht an den berüchtigten „Kongo-Müller“, der mit seiner Söldnerbande versuchte, den kupferreichen Kongolet Kalamba für die Imperialisten „zu befreien“. Im Grunde gibt es seit den Unabhängigkeitskämpfen und Befreiungskämpfen in Afrika auch die Söldnerbanden, sei es im Kongo, in Biafra, im Sudan oder in Tansania.

Mit Unterstützung der faschistischen Regimes in Rhodesien und Südafrika versuchen so die ehemaligen Kolonialisten, bzw. auch einzelne Kapitalgruppen (Shell, BP etc. in Biafra) ihre Macht in diesen Staaten wiederherzustellen.

Ohne die Gefahr solcher Unternehmungen zu unterschätzen (die ja auch allgemein – über den aktuellen Anlaß hinaus – zur Rekrutierung internationaler Killer-Truppen dienen), darf man wohl annehmen, daß die Genossen der Freimilo die Söldnertruppe (falls sich diese je nach Mosambik traut) zu einem Himmelstaktkommando machen werden. ●

Betriebliche Hanomag-Henschel K&B/Gruppe Hamburg

Portugiesische Faschisten gründen „Regierung der schweigenden Mehrheit im Exil“

Bisher krasse Notiz im „Diário da Notícias“ vom 12. Oktober war zu entnehmen, daß Dr. António Gonçalves Rapazote in einem Hotel in Madrid gesichtet worden sei. Rapazote, langjähriger Innenminister unter Salazar und Castano, war im Oktober 1973 aus dem Kabinett zerhackt worden, nachdem er sich im „Wahlkampf“ also offen faschistisch geäußert und u.a. diverse Stellungnahmen zum „allgemeinen Unfug von Weibern“ abgegeben hatte. Als einer der Wortführer der faschistischen Kritik an Castano war er auch im Dezember 1973 ausgiebig am Versuch eines „kalten Putschs“ beteiligt, der die Entmachtung Castanos und die Etablierung einer neuen „faschistischen Regierung zum Ziel hatte. Dieser Gonçalves Rapazote nun – einer der wenigen prominenten Faschisten, die unmittelbar nach dem Staatstreich vom 25. April 1974 verhaftet werden sollten – konfertierte in Madrid mit „einem der bekanntesten portugiesischen Industriellen“.

Dies belegt weiter, daß sich besonders der Champalimaud-Konzern, Portugals zweitgrößte Industrie- und Finanzgruppe, die u.a. die Stahl- und Zementproduktion des Landes monopolisiert hat bei der tatkräftigen Unterstützung der Faschisten hervortut. Champalimaud hatte schon bei der „Blutkampfveranstaltung“ vom 26. September, die als Generalprobe für den reaktionären Putschversuch dienen sollte (AK 31), Eintrittskarten für 200.000-Escudos (etwa 20.000 DM) aufgekauft und an Faschisten abgegeben; das nach dem Putschversuch verbotene Faschistenblatt „Bandarra“ enthielt nur eine einzige ganzseitige Anzeige, die den Sprechern des reaktionären Putschversuchs diente (AK 31). Eintrittskarten für 200.000-Escudos (etwa 20.000 DM) aufgekauft und an Faschisten abgegeben; das nach dem Putschversuch verbotene Faschistenblatt „Bandarra“ enthielt nur eine einzige ganzseitige Anzeige, die den Sprechern des reaktionären Putschversuchs diente (AK 31). Eintrittskarten für 200.000-Escudos (etwa 20.000 DM) aufgekauft und an Faschisten abgegeben; das nach dem Putschversuch verbotene Faschistenblatt „Bandarra“ enthielt nur eine einzige ganzseitige Anzeige, die den Sprechern des reaktionären Putschversuchs diente (AK 31).

Portugiesische Faschisten gründen „Regierung der schweigenden Mehrheit im Exil“

Was dabei herauskam, war folgendes: wenige Tage später berichtete das spanische Faschistenblatt „Nuevo Diario“ von der Bildung einer „Portugiesischen Regierung der schweigenden Mehrheit im Exil“. Die Namen des „Präsidenten“ und der Verteidigungsminister dieser Clique wurden noch nicht bekanntgegeben, angeblich „weil sich beide noch in Portugal befinden und dort von Soldaten in Begleitung bewaffneter kommunistischer Elemente gesicht werden“. Auf der „Ministerliste“ dieser „Exilregierung“ finden sich immerhin einige Blasto-Namen:

- „Innenminister“ ist Barbery Cardezo, früher Vizedirektor der Folter-Geheimpolizei PIDE;
- „Informationsminister“ ist Dutra Faria, früher Direktor der Nachrichtenagentur ANI;
- zum „Arbeitsminister“ wurde der „Gewerkschaftler“ António Rosa Casaco ernannt, früher PIDE-Inspizor und Leiter der Brigade die 1965 in Spanien den oppositionellen General Humberto Delgado ermordete;
- zum „Wirtschafts- und Finanzminister“ wurde der „Bankier und Industrielle“ J. Champalimaud bestellt.

Nicht uninteressant erschien die Nachricht von der Bildung dieser offenbar von Gonçalves Rapazote inspirierten „Exilregierung“ ausgerechnet in „Nuevo Diario“, dieses Blatt war (siehe AK 3) Nachdem ein einmal der Versuchung böse ausgelassen war und er heftige Reaktionen in Portugal ausgelöst hatte, versuchte das spanische Außenministerium selbstverständlich sofort, es werde keinerlei politische Aktivitäten ausländischer Gruppen auf spanischem Territorium zulassen. ●

Spanien/Portugal-Kommission K&B/Gruppe Hamburg

Durch die massenhaften, zum Teil bewaffneten Aktionen des portugiesischen Volkes gegen den Rechtsputsch vom 28. September (von der Großbourgeoisie und den Imperialisten angestiftet), gelang es nicht nur, diesen zu verhindern, sondern es gelang auch eine Stärkung der demokratischen Bewegung, eine Verabschiebung des Kräfteverhältnisses zu deren Gunsten durchzusetzen.

Hier einige der Maßnahmen, die nach dem Putsch durchgeführt wurden und die zeigen, daß sich innerhalb der in Portugal führenden „Bewegung der Streitkräfte“ der fortschrittliche Flügel gestärkt wurde:

- Kurz nach dem Putschversuch wurden von Armeekommandos und bewaffneten Antifaschisten etwa 200 „hochgestellte“ Persönlichkeiten verhaftet, darunter Großgrundbesitzer und Angehörige der Hochfinanz – allesamt Hintermänner und Drahtzieher des Unsturzversuchs.
- In achtelnden Handdurchsuchungen wurden Waffen der Faschisten beschlagnahmt. Insgesamt sollen Waffen von 8 Mill. Mann vor dem Putsch in der spanischen Grenze eingeschmuggelt worden sein. Auf dem Lande des Junta-Mitglieds Galvão de Melo wurde ein riesiges Waffenlager aufgefunden, worauf dieser
- zusammen mit zwei weiteren Juntamitgliedern umgehend aller Amtsenthebung wurde. Präsident Spínola trat nach einer Abschiedsrede im Fernsehen, die ihm gewährt wurde, „freiwillig“ zurück.
- Auch unter den Ministern wurde gestaubt: Verteidigungsminister Firmino Miguel und Informationsminister Sáiz de Otero mußten ihren Hut nehmen.
- Über 1500 rechte Offiziere wurden in den Ruhestand versetzt.
- Es wurde angekündigt, daß alle Soldaten und Offiziere, die „US-Linksströmungen“ in sich, kaltgestellt bzw. entlassen werden sollen.
- Außerdem wurden die revolutionären Organisationen ein etwas größerer Spielraum gewährt. Die Herausgabe der (seit einigen Wochen verbotenen) Zeitung von MRPP „Luta Popular“ wird nicht mehr behindert. Der Chefredakteur dieser Zeitung, Saldanha Sanchez, der kurz nach dem Putsch von 28. September nach Madrid, 25. April – kurz in Freiheit – wieder eingesperrt worden war, wurde freigelassen.
- Jedoch wird das neue Pressegesetz, das eine erhebliche Einschränkung der freien Berichterstattung bedeutet, nach wie vor angewandt. So wurde „Luta Popular“ vor kurzem mit einer Geldstrafe von umgerechnet 5.000 Mark belegt. Ebenso die bürgerliche Zeitung „República“ (5.000 Mark).

potenten Zeitung von MKPT „Luta Popular“ wird nicht mehr behindert. Der Chefredakteur dieser Zeitung, Saldanha Sanchez, der kurz nach dem Putsch von 28. September nach Madrid, 25. April – kurz in Freiheit – wieder eingesperrt worden war, wurde freigelassen. Jedoch wird das neue Pressegesetz, das eine erhebliche Einschränkung der freien Berichterstattung bedeutet, nach wie vor angewandt. So wurde „Luta Popular“ vor kurzem mit einer Geldstrafe von umgerechnet 5.000 Mark belegt. Ebenso die bürgerliche Zeitung „República“ (5.000 Mark).

„Entnazifizierung“ in Portugal

und „Diário da Manhã“ (2.500 Mark), vermutlich wegen Abdrucks von MRPP-Kommunikationen. Im Oktober wurde die Wochenzeitschrift „Comércio do Funchal“, die offenbar MRPP nahe-

Aus einer Meldung des Berliner „Extradiest“ vom 1.11.74: „Portugal: USA wollen rechte Gewerkschaften aufbauen. Mit dem Auftrag „antikommunistische Gewerkschaften in Portugal aufzubauen“, Sunday Times“ teilt sich der Leiter der Europe-Abteilung der US-Gewerkschaftsorganisation AFL-CIO, Irving Brown, in Lissabon auf. Brown gilt als Agent des CIA und folgte in dieser Eigenschaft dem Vizeleider dieser Unsturzorganisation, General Walters, im wahrsten Sinne auf dem Fuß. Walters war erst kurz vorher in der portugiesischen Hauptstadt eingetroffen, wo er seinen Besuch als „Urlaubsreise“ deklarieren.

steht, für 30 Tage verboten. Insgesamt ist die Haltung gegenüber den Revolutionären nach dem zurückgeschlagenen Putsch liberaler geworden, die Haltung gegenüber den alten faschistischen Kräften unanschuldiger. Zumindest kann gesagt werden, daß die „Bewegung der Streitkräfte“ die „Entnazifizierung“ mit wesentlich größerer Ernsthaftigkeit durchführt, als dies nach dem 2. Weltkrieg von den deutschen Parteien und den „Siegermächten“ in den Westzonen geschah!

Hauptgefahr: die imperialisten

Wenige Tage nach dem Putschversuch veröffentlichte die „Bewegung der Streitkräfte“ ein Kommuniqué, in dem Lehren aus dem Putsch vom 28. September gezogen werden. Darin wird besonders darauf hingewiesen, daß die US-Botschaft in den letzten Wochen ihr Personal verdreifacht hat und CIA-Agenten unter dem Schutz diplomatischer Immunität eingeschleust werden. Von führenden Vertretern der „Bewegung“ wurde wiederholt auf die Gefahr einer CIA-Wahlerei ähnlich wie in Chile hingewiesen.

Es ist bekannt geworden, daß Portugal zu den Ländern gehört, um die sich der CIA in nächster Zeit

paar besonders „kümern“ will (siehe Artikel in diesem AK: „CIA kümert sich um Europa“). Der CIA-General Walters hat sich in den letzten Wochen mehrmals in Portugal gehalten, um „persönliche Gespräche“ führen. Der bisherige Botschafter Nash Scott wurde wegen „verharmlosender Berichte“ über die Tätigkeit der Kommunisten in Portugal durch den „Berufsdiplomaten“ Frank Carlucci ersetzt. Nach Berichten der spanischen Zeitung „Cambo 16“ soll der CIA in den letzten Wochen etwa 200 Agenten nach Spanien und Portugal eingeschleust haben und in Spanien eine Informationszentrale für die „gefährdete Zone Südosteuropa“ einrichten. Die spanische Botschaft in Washington hat bekannt, daß sich die Zahl der Visaanträge für Spanien seit Mai d. J. verdreifacht habe („FR“, 7.11.74). Krimper und sein CIA-Handlanger befürchten offenbar von der Entwicklung in Portugal Rückwirkungen auf ihr Bollwerk Spanien, sowie auf Italien und Griechenland.

Brandt als Handelsreisender in Sachen Antikommunismus

Auch der weltdeutsche Imperialismus mochte sein Teil zur „demokratischen Entwicklung“ in Portugal beitragen. So schickte man den „unverdächtigsten“ Vertreter des deutschen dennoberleitenden Brandt am 19. Okt. auf die Reise nach Portugal.

Brandt machte dem Führer der portugiesischen Sozialdemokraten, Außenminister Soares klar, daß die BRD Hilfe für das wirtschaftlich zerstörte Land und die SPD (demoralisierte Hilfe bei Parteiaufbau der PSP auf unter 2 Bedingungen gewährt): Portugal müsse Mitglied der Nato bleiben, 2. die SP Portugals dürfe kein „Volksfrontbündnis“ mit den Kommunisten eingehen.

D. h. Brandt ging es in erster Linie um das aggressive Nato-Bündnis (das bei einer kommunistischen „Bedrohung“ im Inneren eingesetzt werden kann), um die Sicherung einer kapitalistischen Ordnung in Portugal mit „Unterstützung“ der EG und schließlich um eine Sozialistische Partei nach den Grundrissen der SPD und des Antikommunismus. ●

Spanien/Portugal-Kommission K&B/Gruppe Hamburg

Thieu's Regime von Massenkämpfen erschüttert

Salt an Anfang September in Hae zu Massendemonstrationen gegen das Thieu-Regime kam, haben sich Massenkämpfe im ganzen Land entwickelt. Die bürgerliche Opposition gegen Thieu ist „aggressiver“, „driftet“ des Pariser Vietnamabkommens hat sich enger zusammengeschlossen und nimmt eine entscheidende Haltung gegen die Diktatur, für die Durchführung des Pariser Abkommens und für ein wirkliches Ende des Krieges ein.

Die Demonstrationen, zu denen u.a. katholische Kräfte (traditionelle Stützen des Regimes) und die Buddhisten aufriefen, richteten sich vor allem gegen die Korruption und Mißwirtschaft des Regimes. In den Städten Südvietnams sind mehr als eine Million Menschen arbeitslos. Die schon hohe Inflationsrate des vorigen Jahres (65%) verdroppelte sich in diesem Jahr nahezu (114%). Von diesen Zuständen profitieren in erster Linie die an engsten mit dem Regime verbundenen Teile des Staatsapparats und der Bourgeoisie. In der Armee, seit Jahren in gewohnter Zustand, hat sich die Korruption inzwischen noch weiter verschärft: hohe Offiziere kassieren Sold für gar nicht existierende „Geister-Armee“, verabschiedete Soldaten müssen sich ihres Ablasses von den Rubikuberpulver-erkaufen; Artillerie-Kommandeure kassieren von den Soldaten, wenn sie ihnen „Feuerschutz“ geneben.

Un den Protesten entgegenzukommen, gab Thieu wieder seine Ermahnungen, Resolutionen und Hungerstreiks u.a. ist die Durchführung des Artikel 45 des Pariser Abkommens,

der die demokratischen Freiheiten garantieren soll. Beschlagnahme von Zeitungen ist in Südvietnam an der Tagesordnung, was die bürgerliche Opposition trifft (die Presse der Pro-



Strahlendacht in Saigon – ein stilles Bild: Die Bevölkerung fordert den Sturz des verhassten Thieu-Regimes

visionären Revolutionären Regierung, das der Befreiungskräfte, ist natürlich im Machtbereich Thieu's sowieso verboten. Der Rücktritt von „Informationsminister“ Hoang Duc Nha (ein Verwandter und „angelernter Versteher“ Thieu's) Ende Oktober, ist als Ergebnis der Massenproteste gegen die Unterdrückung der Presse- und Meinungsfreiheit zu sehen.

Zusammen mit Hoang Duc Nha traten der Minister für Handel und Industrie, der Finanzminister und der Landwirtschaftsminister zurück. Sprecher der bürgerlichen Opposition sagten dazu jedoch, daß sie damit

nicht zufrieden sind, es zu ihnen nicht um das Ausweichen von Personen, sondern um eine neue Politik auf der Grundlage der Bestimmungen des Pariser Abkommens geht.

Das Thieu-Regime hat das Pariser Abkommen seit dessen Abschluß Anfang 1973 ständig mißachtet und verletzt. Entgegen den Bestimmungen befinden sich immer noch 2 bis 300.000 politische Gefangene in KZs, Gefängnissen u.ä. Das Regime hat seine Versuche nicht eingestellt, ehemals unversorgte, Gehörlose, Kretin, Kinder und Jugendliche zu kontrollieren und Offizieren gegen die Befreiten Gebiete, die unter Kontrolle der Provisorischen Revolutionären Regierung stehen, zu unternehmen. Die Befreiungskräfte haben alle diese Angriffe abgelehnt und teilweise auch mit Gegenoffensiven beantwortet. Insbesondere bei der Freizählung, den die Bevölkerung Südvietnams, für die ständigen Vertragsbrüche des Thieu-Regimes (1.000 proßes und kleinere militärische Verbote tagtäglich) zählt: durchschnittlich 10.000 Tote im Monat.

Die Unfähigkeit des Thieu-Regimes zur Fortsetzung des Krieges ist offensichtlich. Das hat u.a. dazu geführt, daß der Kongreß der USA eine Kürzung der „Hilfe“ für Südvietnam um 50% beschlossen hat. Die US-Regierung (Ford, Kissinger) kann eine Behauptung der „Verbündeten“ der USA einen künftigen internationalen Kredit für Thieu locker zu machen (wo aber auch nur wenig Neigung besteht, dem bankrotten und international unpopulären Regime unter die Arme zu greifen), und versucht bereits eine Änderung der Haltung des Kongreß zu erreichen.

Die US-Regierung unterstützt (bzw. verlangt sogar) daher die Versuche Thieu's, sein „Image“ aufzubessern (Rücktritt der vier unpopulären Minister, angekündigte „Kampfschritte“ der Korruption, u.a.). schreit aber vorerst entschlossen, Thieu selbst zu halten. Wie lange das noch gegen den Widerstand der Kräfte der Provisorischen Revolutionären Regierung, gegen die Massenkämpfe und gegen die zunehmende Opposition gegen den bürgerlichen Lager möglich ist, steht allerdings auf einem anderen Blatt. ●

Schlechte Zeiten für die Reaktionäre in Mosambik

In Mosambik kam es am 22. Oktober zum zweiten Putschversuch reaktionärer Kräfte gegen die in fast acht Jahren bestehende Unabhängigkeit dieser portugiesischen Kolonie. Angehörige der Kommando-Gruppen (Spezialeinheiten zur Guerrillabekämpfung), die kurz vor ihrem Abtransport nach Portugal standen, zettelten zusammen „la ténor Minerva“ ein Scheitern in der Hauptstadt Lourenço Marques an. Sie warfen eine Handgranate in Freimoo - Posten und erschossen blühende Freimoo-Soldaten. In mehrfachen Straßenkämpfen wurden diese Provokateure zurückgeschlagen. Es kam sofort zu Massendemonstrationen der afrikanischen Arbeiter, die sich mit großer Mühe in die Kämpfe einschalteten. Sie zogen auch in die „vornehmen“ Viertel der weißen Siedler, die die Auftragsgeber solcher Provokationen sind, und lehrten sie ein wenig das Fürchten bei den Schießereien sollen über 40 Menschen getötet worden sein.

Dieser zweite Aufstand der Reaktionäre (El-Gehimindienstler, weiße Faschisten, reaktionäre Kolonialsoldaten) brach noch viel schneller zusammen und war offensichtlich auch nicht im geringsten so planvoll vorbereitet, wie der (ebenfalls nach wenigen Tagen gescheiterte) Putschversuch Anfang September. Danach hatten die weißen Reaktionäre genau zum Zeitpunkt des Scheiterns der Friedensverhandlungen zwischen der Befreiungsorganisation Freimoo und der portugiesischen Delegation einen groß angelegten Putschversuch gestartet, den Rundfunk von Lourenço Marques besetzt, ein „freies Mosambik“ ausgerufen und alles, was gegen die Freimoo war, auf die Beine gebracht. Doch als stürzte Freimoo-Einheiten aus der Hafenstadt Beira in Lourenço Marques an, so die schwarzen Massen zu allem entschlossen den Kampf aufnahmen, da brach der „Aufstand“ schnell zusammen.

Diese Entwicklung zeigt, daß die Freimoo die Situation in Mosambik sehr weitgehend kontrolliert, d. h. daß sie militärisch und politisch unumstößliche Macht besitzt. Die Freimoo stellt den Präsidenten und die meisten Minister der Übergangsregierung bis zur formalen Unabhängigkeit, sie setzte durch, daß Portugal von dem Plan manipuliert Scheitern vor der Unabhängigkeit Abstand nahm. Freimoo-Truppen und ihre Anhänger waren es, die die beiden konterrevolutionären Vorstände der weißen Siedler niederschlugen. Eine Woche nach der letzten Schießerei in Lourenço Marques brachte es 1.200 Personen, darunter auch afrikanische Kolaboranten, hinter Gitter. Der portugiesischen Armee (12.000 Soldaten wurden von Portugal schon abgezogen) bleibt keine an-

dere Wahl, als Seite an Seite mit Freimoo-Soldaten gegen ihre ehemaligen Verbündeten, die weißen Siedler, vorzugehen. Große Teile der Kolonialarmeen haben den Krieg satt. Teile haben sich direkt mit Freimoo solidarisiert. Außerdem ist Portugal nicht an einer Lösung der Kolonialfrage im Stillen (weil sie rassistische Minderheiteninteressen in diesem Land. So wird die portugiesische Armee durch Einsicht in die Gegebenheiten und den eigenen inneren Auflösungsprozess zu einer relativ fortschrittlichen und eine Kolonialarmee ungewöhnlichen Haltung veranlaßt. „halb nicht es sein, halb nicht sie hin...“

Südafrika um „gutes Einvernehmen“ bemüht

Seit Monaten kumieren Gerüchte, daß auf südafrikanischem bzw. rhodesischem Gebiet Soldatentruppen für Mosambik und Angola zusammengezogen werden. Die Zahlenangaben schwanken zwischen 100 und mehreren tausend. „Bild am Sonntag“ vom 3.11. wußte sogar zu berichten, daß der Generalmajor Daniel Roko aus Mosambik, genannt der „weiße Teufel“, über 25.000 bewaffnete Soldaten verfügen, die zum Einsatz gegen die Unabhängigkeitsbewegung bereit seien. Ein anderer „kongobewährter“ Soldatenführer, der Oberst Michel Howe, soll Anwerbung von Mördertruppen 4.000 Mark Monatsprämie und 8.000 Mark sogar bei Verwundung bieten.

Daß die Internationale der Soldaten-Killer hier wieder auf ein lohnendes Geschäft lauer, soll nicht bezweifelt werden. Doch wer sollen die finanzgewaltigen Auftraggeber sein, wer soll den Einmarsch befehlen?

Die Position sowohl Südafrikas wie auch Rhodesiens, die beide Grenzen mit Mosambik haben und das „Herzwerk des weißen Mannes“ in Afrika (sprich das Bollwerk der internationalen Imperialisten) sind, haben sich bei den inneren Kämpfen in Mosambik betont „neutral“ verhalten und den weißen Rassen in Lourenço Marques keinerlei direkte Hilfe zuteil werden lassen. Während der laufenden

UNO-Debatte über den Antrag vieler afrikanischer Länder, Südafrika wegen Verletzung der Menschenrechtskonvention und wegen Rassenismus aus dieser Organisation auszuschließen, hat sich das weiße Rassenregime unter John Vorster erstmals zu Zugeständnissen bereit gezeigt. Die südafrikanische Delegation legte das Versprechen ab, den Rassenismus im eigenen Land abzubauen, sowie dem von ihm widerrechtlich besetzten Namibia (ehemals Deutsch-Südwest-Afrika) „freie Wahlen“ zu „gestatten“, an denen sich angeblich sogar die Befreiungsorganisation SWAPO (Südafrikanische Weibliche Organisation für die Befreiung der Völkern der USA - ausgerechnet - forderte Südafrika nachdrücklich auf, seine Rassenpolitik zu überdenken.

Mehr als die Ehrlichkeit oder veränderte Absichten der beteiligten Imperialisten spiegelt die UNO-Diskussion eine veränderte Taktik derselben im afrikanischen Raum wider.

Die Unabhängigkeit Angolas und Mosambiks bedeutet eine Stärkung der Befreiungsbewegung in Südafrika und Rhodesien, bedeutet grundsätzlich unsichere Grenzen, insofern sich Einheiten der Befreiungsarmee jetzt nach Mosambik zurückziehen können. Südafrika und Rhodesien wickeln bisher einen großen Teil ihres Handels über die Häfen Mosambiks (Beira und Lourenço Marques) ab. Der Staudamm Cabaza soll als eine weitere Industrialisierung Südafrikas von großer Bedeutung. Das alles sind Faktoren, die es Südafrika und anderen Imperialisten geraten erscheinen lassen, einige Gänge zurückzuziehen und die „weiche Taktik“ einzuschlagen, um diese lebenswichtigen Dinge nicht zu gefährden. Insofern dürfte auch Einsatz von Soldatentruppen zur Zeit nicht direkt im Interesse der Imperialisten liegen. Südafrikas Isolierung auf dem afrikanischen Kontinent war schon vorher fast total und ist nun mit dem geschwundenen „Hinterland“ Mosambik noch größer geworden.

Chenano, Präsident der Übergangsregierung Mosambiks und Freimoo-Kommandant erklärte auf einer Pressekonferenz Mitte September: „Wir beabsichtigen nicht, den Versuch zu machen, die südafrikanische Regierungspolitik zu reformieren. Wir wollen niemanden provozieren. Wir wollen keinen neuen Krieg beginnen, denn das ist nicht der Weg, unsere Erfolge zu verteidigen“ (FAZ, 19.9.74).

Es ist völlig logisch, daß die Freimoo kein Interesse an einer Kollision mit Südafrika hat, sondern eine Sammlung und Stärkung der Kräfte in eigenem Land. Das alles sind Faktoren, die auf einen Wandel im Verhalten der Freimoo auf Mosambik hin zu weiterer wohl auch die Benutzung der Verkehrswege erlauben, weil die jährlich etwa 200 Mio. Mark Benutzungsgeldern einbringt. Außerdem arbeiten etwa 120.000 Afrikaner aus Mosambik in südafrikanischen Bergwerken. Sie sind einerseits Devianten, andererseits können sie als Freimoo-Propagandisten tätig werden. Auch dies also ein zweischneidiges Schwert für Südafrika.

Südafrika sitzt auf einem Pulverfaß und schlägt neue Wege ein, um es nicht zum Explodieren zu bringen. ●

Land abzubauen, sowie dem von ihm widerrechtlich besetzten Namibia (ehemals Deutsch-Südwest-Afrika) „freie Wahlen“ zu „gestatten“, an denen sich angeblich sogar die Befreiungsorganisation SWAPO (Südafrikanische Weibliche Organisation für die Befreiung der Völkern der USA - ausgerechnet - forderte Südafrika nachdrücklich auf, seine Rassenpolitik zu überdenken.

Mehr als die Ehrlichkeit oder veränderte Absichten der beteiligten Imperialisten spiegelt die UNO-Diskussion eine veränderte Taktik derselben im afrikanischen Raum wider.

Die Unabhängigkeit Angolas und Mosambiks bedeutet eine Stärkung der Befreiungsbewegung in Südafrika und Rhodesien, bedeutet grundsätzlich unsichere Grenzen, insofern sich Einheiten der Befreiungsarmee jetzt nach Mosambik zurückziehen können. Südafrika und Rhodesien wickeln bisher einen großen Teil ihres Handels über die Häfen Mosambiks (Beira und Lourenço Marques) ab. Der Staudamm Cabaza soll als eine weitere Industrialisierung Südafrikas von großer Bedeutung. Das alles sind Faktoren, die es Südafrika und anderen Imperialisten geraten erscheinen lassen, einige Gänge zurückzuziehen und die „weiche Taktik“ einzuschlagen, um diese lebenswichtigen Dinge nicht zu gefährden. Insofern dürfte auch Einsatz von Soldatentruppen zur Zeit nicht direkt im Interesse der Imperialisten liegen. Südafrikas Isolierung auf dem afrikanischen Kontinent war schon vorher fast total und ist nun mit dem geschwundenen „Hinterland“ Mosambik noch größer geworden.

Chenano, Präsident der Übergangsregierung Mosambiks und Freimoo-Kommandant erklärte auf einer Pressekonferenz Mitte September: „Wir beabsichtigen nicht, den Versuch zu machen, die südafrikanische Regierungspolitik zu reformieren. Wir wollen niemanden provozieren. Wir wollen keinen neuen Krieg beginnen, denn das ist nicht der Weg, unsere Erfolge zu verteidigen“ (FAZ, 19.9.74).

Es ist völlig logisch, daß die Freimoo kein Interesse an einer Kollision mit Südafrika hat, sondern eine Sammlung und Stärkung der Kräfte in eigenem Land. Das alles sind Faktoren, die auf einen Wandel im Verhalten der Freimoo auf Mosambik hin zu weiterer wohl auch die Benutzung der Verkehrswege erlauben, weil die jährlich etwa 200 Mio. Mark Benutzungsgeldern einbringt. Außerdem arbeiten etwa 120.000 Afrikaner aus Mosambik in südafrikanischen Bergwerken. Sie sind einerseits Devianten, andererseits können sie als Freimoo-Propagandisten tätig werden. Auch dies also ein zweischneidiges Schwert für Südafrika.

Südafrika sitzt auf einem Pulverfaß und schlägt neue Wege ein, um es nicht zum Explodieren zu bringen. ●

Spanien/Portugal-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Am 20. Oktober fand in Lamezia eine Kundgebung des „antifaschistischen“ Ministers Mancini (PSI) statt. Während und nach dieser Kundgebung unternahm die Faschisten zahlreiche Provokationen. Als die mit einer Gruppe kommunistischer Genossen zusammenstießen, schossen sie auf die Faschisten. Genosse Argento wurde getötet, vier andere Genossen verletzt. Mindestens einer der verhafteten Mörder ist Mitglied der faschistischen Partei MSI, für deren Verbot sich in Italien besonders nach den faschistischen Massakern von Brescia (acht Tote) und auf den Zug Rom-München (zwei Tote) eine breite Massenbewegung entwickelt hat.

Nach dem neuen faschistischen Mord formierte sich in Lamezia spontan ein Demonstrationstrupp, der zum örtlichen MSI-Büro zog und es völlig zerstörte. Am nächsten Tag wurde auch eine Bar, die ein Faschisten-Treffpunkt war, von spontanen Antifaschisten zerstört. 30.000 Menschen nahmen am 23. Oktober am Begräbnis des Genossen Argento teil. Die Gewerkschaften hatten zu einer einständigen regionalen Proteststreik aufgerufen. Eine breite Mobilisierung mit Versammlungen, Demonstrationen und Streiks gab es unter den Schülern und Studenten in ganz Italien. In Mailand demonstrierten am 21. Oktober 20.000 Studenten und Schüler zur Zentrale der MSI, wo es zu Zusammenstößen mit den massiv dort postierten Polizeitruppen kam. Die Bullen gaben hier, und später auch an anderen Stellen der Stadt, „Warnschüsse“ ab, die glücklicherweise niemanden verletzte.

Heißer Empfang für Kissinger in Rom

Am 5. November blieben fast über alle in Italien die Schüler und Studenten dem Unterricht fern, es gab Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen. In Rom folgten in den Abendstunden trotz strömenden Regens 25.000 Menschen dem Aufmarsch der revolutionären Linken, gegen die Anwesenheit Kissingers mit einer Demonstration zu protestieren.

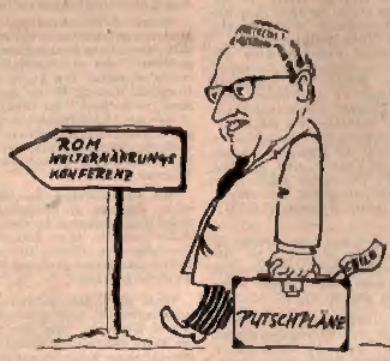
Die Demonstranten riefen Parolen wie „Tassano, Fanfani, per voi non c'è domani, siete solo fantocci americani“ (Tassano, Fanfani - Führer der DC-Rechten - für euch gibt es kein morgen, ihr seid nur amerikanische Marionetten), „Frei, Fanfani, Pinocchio, la garroza a tutti o tre“ (Frei, Fanfani, Pinocchio alle drei in die Garroze - span. Hinrichtungsinstrument) und vor allem „Kissinger koi!“ (Kissinger Henker).

An anderer Stelle der Innenstadt

(sind eine Kundgebung der PCI („KP“ Italiens) statt, an der etwa ebensoviel Menschen teilnahmen. Dort sprach Pajetta von dem „Stern aus Amerika, der gekommen ist, um seine Nase in unsere Angelegenheiten zu stecken“).

Schon am Vormittag hatten in Rom mehrere tausend Schüler gegen Kissinger demonstriert.

In Mailand waren am 5. November 80-90 % der Schüler und Studenten nicht zum Unterricht erschienen



Am 5. November blieben fast über alle in Italien die Schüler und Studenten dem Unterricht fern, es gab Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen. In Rom folgten in den Abendstunden trotz strömenden Regens 25.000 Menschen dem Aufmarsch der revolutionären Linken, gegen die Anwesenheit Kissingers mit einer Demonstration zu protestieren.

Die Demonstranten riefen Parolen wie „Tassano, Fanfani, per voi non c'è domani, siete solo fantocci americani“ (Tassano, Fanfani - Führer der DC-Rechten - für euch gibt es kein morgen, ihr seid nur amerikanische Marionetten), „Frei, Fanfani, Pinocchio, la garroza a tutti o tre“ (Frei, Fanfani, Pinocchio alle drei in die Garroze - span. Hinrichtungsinstrument) und vor allem „Kissinger koi!“ (Kissinger Henker).

An anderer Stelle der Innenstadt

italien

Ex-Geheimdienstchef verhaftet

Der „Sensation“ von Ermittlungen gegen den früheren Chef des italienischen Geheimdienstes, Miceli (vgl. AK 51.8.5) folgte am Abend des 31.10. eine weitere: Miceli wurde verhaftet!

Miceli, im Rang eines Generals, war von Ende 1970 bis Juli 1974 Chef des italienischen Geheimdienstes.

italien

Ex-Geheimdienstchef verhaftet

Der „Sensation“ von Ermittlungen gegen den früheren Chef des italienischen Geheimdienstes, Miceli (vgl. AK 51.8.5) folgte am Abend des 31.10. eine weitere: Miceli wurde verhaftet!

Miceli, im Rang eines Generals, war von Ende 1970 bis Juli 1974 Chef des italienischen Geheimdienstes. Der dem „Verdichtungs“-ministerium unterstellt, die Anlagen gegen ihn lauten: „Bildung eines geheimen Verbands von Mäkten und Zirkeln“, im Zusammenwirken mit anderen, die einen bewaffneten Umsturz und die Veränderung der Regierungsform bezweckten.

Ihm wird zum einen vorgeworfen, daß er in den Putschplan Borghese vom Dezember 1970 (vgl. AK 51) einverleibt gewesen zu sein. Zum anderen soll er in die Ende 1973 aufgeflogene Verschwörung der „Wiedross“ verwickelt gewesen sein.

Miceli selbst hatte schon vor seiner Verhaftung versucht, den Spieß umzudrehen: maßgebliche Politiker der Christdemokraten (DC) und Sozialdemokraten (PSDI) seien in die Putschpläne verwickelt. Er selbst sei leider zur Geheimhaltung verpflichtet worden, sonst würde er schon „auspacken“.

Inzwischen müssen sich die Ermittlungsrichter auch mit den Herren Tanassi und Restivo beschäftigen, die zu Zeit des Putschplans 1970 „Verdichtungs“- bzw. Innenminister waren. Gegen Tanassi wird konkret der Vorwurf erhoben, von den Putschplänen gewußt zu haben. An Restivo wird die Frage gerichtet, wie es geschehen konnte, daß in der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember 1970 rund 50 bewaffnete Faschisten das Innenministerium besetzten konnten.

Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Verhaftung Micelis noch nicht die letzte und äußerste „Sensation“ ist, sondern weitere „Enttüllungen“ unumgänglich sind. Niemand glaubt, daß der Chef des SID sozusagen als Privatmann Putschpläne umzusetzen hat, ohne daß dahinter Kräfte der italienischen Bourgeoisie und der Spitze des Staatsapparats gestan-

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

den haben. Auf weitere Drahtzieher weist die illustrierte „l'Espresso“ hin: die US-Botschaft in Rom habe eine bedeutende Rolle bei den Putschvorbereitungen 1970 gespielt. Insbesondere wird der Militärbeauftragte der Botschaft, James Clavio, beschuldigt, Putschpläne mit hohen italienischen Militärs besprochen zu haben. Miceli

Italien:

Wieder ein faschistischer Mord



Mailand, 21. Oktober - Ein Buße schließt auf antifaschistische Studenten, die gegen den Mord an dem Genossen Argento demonstrieren

Am 20. Oktober wurde in Lamezia ein Kundgebung des „antifaschistischen“ Ministers Mancini (PSI) statt. Während und nach dieser Kundgebung unternahm die Faschisten zahlreiche Provokationen. Als die mit einer Gruppe kommunistischer Genossen zusammenstießen, schossen sie auf die Faschisten. Genosse Argento wurde getötet, vier andere Genossen verletzt. Mindestens einer der verhafteten Mörder ist Mitglied der faschistischen Partei MSI, für deren Verbot sich in Italien besonders nach den faschistischen Massakern von Brescia (acht Tote) und auf den Zug Rom-München (zwei Tote) eine breite Massenbewegung entwickelt hat.

Nach dem neuen faschistischen Mord formierte sich in Lamezia spontan ein Demonstrationstrupp, der zum örtlichen MSI-Büro zog und es völlig zerstörte. Am nächsten Tag wurde auch eine Bar, die ein Faschisten-Treffpunkt war, von spontanen Antifaschisten zerstört. 30.000 Menschen nahmen am 23. Oktober am Begräbnis des Genossen Argento teil. Die Gewerkschaften hatten zu einer einständigen regionalen Proteststreik aufgerufen. Eine breite Mobilisierung mit Versammlungen, Demonstrationen und Streiks gab es unter den Schülern und Studenten in ganz Italien. In Mailand demonstrierten am 21. Oktober 20.000 Studenten und Schüler zur Zentrale der MSI, wo es zu Zusammenstößen mit den massiv dort postierten Polizeitruppen kam. Die Bullen gaben hier, und später auch an anderen Stellen der Stadt, „Warnschüsse“ ab, die glücklicherweise niemanden verletzte.

Honstung waren: ein Arbeiter wurde getötet, 16 andere Menschen verletzt.

Seit festzustehen scheint, daß Catanzaro Anfang nächsten Jahres Schauplatz des Prozesses wegen der faschistischen Bombenanschläge auf die Mailänder Landwirtschaftsbank vom 1. Dezember 1969 (16 Tote) sein wird, bei der faschistische Terroristen in der Provinz noch erheblich zugenommen. Am 3. Oktober wurde ein Brandanschlag auf das Büro der kommunistischen Organisation „Lotta Continua“ in Catanzaro unternommen.

„Entlaubtes“ Vietnam

Mindestens ein Jahrhundert ist notwendig, um die Verwüstungen durch die chemische Kriegsführung der US-Imperialisten in Vietnam zu beseitigen.

In dem Vernichtungskrieg, den die US-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk geführt haben, der auch trotz des Pariser Friedensabkommens vom Januar 1973 bislang noch nicht beendet ist, wurde neben der „herkömmlichen“ Art der Kriegsführung (Bombardierungen) die vietnamesische Bevölkerung von der US-Regierung als „Versuchskaninchen“ und das Land als Experimentierfeld für neue, besonders zerstörerische Angriffsmethoden und Waffensysteme benutzt.

Über Ausmaß und Umfang des Einsatzes von „Pflanzvernichtungsmitteln“ und „Entlaubungsmitteln“ liegen inzwischen genauere Untersuchungen vor.

Der Einsatz dieser Gifte wurde von den US-Imperialisten seit 1961 in ständig steigendem Maße angewendet. In einem Zeitraum von 9 Jahren verprübte die US-Luftwaffe mehr als 70 Mio Liter Pflanzengift, pro Einwohner sind das 600 kg Chemikalien.

wirkten jeden Reisbau und Acker. Es enthält zu 54 % das hochgiftige Arsenik, das für Menschen eine in hohem Maße krebserregende Wirkung hat.

Die Erprobung dieser Kampfmittel wird seit etwa 20 Jahren betrieben. Sie wurden u.a. bereits von den englischen Imperialisten 1952/54 in Malaya und von Frankreich 1954/62 im algerischen Unabhängigkeitskampf eingesetzt.

Hier eine Tabelle, die zeigt, in welchem Maße und in welcher ständig steigender Menge die US-Imperialisten diese Gifte, die zunächst in Fässern, später dann in großen Tanks nach Vietnam geschickt wurden, in den Jahren 1961 bis 1968 einsetzten.

Auf einem Kongress amerikanischer Wissenschaftler (Association for the Advancement of Science) (vergl. „Spiegel“-Bericht vom 11. 1. 1971) wird festgestellt, daß bereits große Teile des Mangrovenschutts verunreinigt und zerstört sind. Selbst Zonen, die vor 9 Jahren zuletzt mit den giftigen Chemikalien besprüht wurden, zeigen noch keine Anzeichen von Neuentwicklung – weiter wirkt sich die Vernichtung

geschlagenheit, Kopfschmerzen, Schweißausbrüche, Appetitlosigkeit, Herzklappen, Atemnot, Durchfall. In schweren Fällen treten Leber- und Verdauungsstörungen, Lungenödem und Schocksymptome auf, die bei Krämpfen zum Tod führen können.

Sicher ist inzwischen auch, daß die Gifte zu Mißbildungen – wie etwa Wolfschädeln bei Neugeborenen – führen.

Eine abschließende Einschätzung des Ausmaßes dieser Gifteneinsätze kann heute noch nicht gegeben werden.

Festzustellen ist aber schon jetzt, daß große Teile der Felder und Wälder unfruchtbar und kahl sind; etwa 36 % des vietnamesischen Mangrovenwaldbestandes, der für den Fischreichtum der Flüsse und Teiche (eine wesentliche Nahrungsquelle der ländlichen Bevölkerung) und für die Exportwirtschaft des Landes unentbehrlich ist, wurde so zerstört. Das Ergebnis ist ein tödlich ausgelagerter Laterit-Boden, der durch die Sonnenbestrahlung eine ziegelsteinartige Festigkeit bekommt, auf dem nur noch spärliche Gräser wachsen, die dem Gift widerstehen.

Die gesamte dort lebende Tierwelt

Englischer Faschist fordert: Staatliche „Geburtenkontrolle“ bei Arbeiterfrauen

Eine unglaubliche faschistische Provokation leistete sich der bekannte Tory-Politiker Sir Keith Joseph in einer Rede am 20. Oktober in Birmingham: Er forderte eine vom Staat ausgeübte Kontrolle und Planung der Geburten in den „unteren Schichten“, also der Arbeiterklasse.

Joseph hatte sich bereits während des Wahlkampfes durch seine Vorschläge, der Inflation durch höhere Arbeitslosigkeit zu begegnen, bekannt gemacht.

Jetzt offenbarte er sein zutiefst menschenfeindliches Gesicht völlig.

durch die „Erbename“ bedingt erscheinen (die Tüchtigen, Intelligenzen, Herren und die Schwachen, Dummen, Untergebunden) und die Herrschaft der einen Klasse über die andere auf dieser Grundlage als vernünftig und notwendig.

Joseph ist nicht nur ein faschistischer Theoretiker, sondern orientiert auf die praktische Umsetzung faschistischer Politik: „Wir müssen den Kampf für unsere Ideen in jede Schule, jede Universität, jede Publikation, jedes Fernsehstudio tragen, denn wir sind im Besitz der Wahrheit“ (nach



„Faschist Keith Joseph (Mitte) nach seiner Hetzrede beim Bankett.“

Er beschwor den „moralischen Ver-

„Welt“, 21. 10. 74).

fall der Nation“, die „Krise der britischen Familie“ und den „Niedergang der kulturellen Werte“. Die Schuldigen an dieser „Degeneration des englischen Volkes“ seien die Frauen aus den „Klassen vier und fünf“ (die unteren Schichten der Arbeiterklasse) in der faschistischen Klassifizierung der bürgerlichen englischen Sozialisten). „Unpassende Mütter“ würden zu vielen unehelichen Kindern mit zu geringer Intelligenz gebären, die als Verbrecher, Heiminsassen oder Obdachlosen enden. „Wenn wir nichts dagegen tun“, erklärte Joseph, „geht unser Volk einer Degeneration entgegen, denn diese Mütter gebären oft Problemkinder, die zu einer sozialen Belastung unserer Gesellschaft werden“.

Unverhüllt wird die vor allem vom deutschen Faschismus ausformulierte und „wissenschaftlich“ begründete Herrenmenschen-Ideologie gepredigt. In ungeblicher demagogischer Weise wird die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt und so getan, als seien z.B. geringe Bildung in der Arbeiterklasse oder z.B. früheres Altern und Krankheiten „natürgegebene Erbschaften“ der „unteren Schichten“. Wobei es sich doch hierbei gerade um gesellschaftliche Folgen der brutalen Ausbeutung und Niederdrückung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus handelt!

Das Interesse der Faschisten und ihrer Auftraggeber an diesen Lügen liegt auf der Hand: die Existenz von Klassen soll naturgegeben, sozusagen

„Welt“, 21. 10. 74).

Joseph weiß, wo er seine Feinde zu suchen hat – bei den Linken und Kommunisten! Der Verfall der Werte breitet sich aus, der allgemeine Standard in den Universitäten ist durch die Rowdies von den Linken gesenkt worden.“ (s.o.) In typisch faschistischer Manier beschreibt er die Folgen der kommunistischen Ideologie mit „Trunkenheit, Rauschgift, Schwangerschaft bei Teenagern und Vandalismus“ (s.o.).

Diese faschistische Hetze ist im Grunde nichts Neues. Wesentlich ist jedoch, daß es sich hier nicht um irgendeinen kleinen faschistischen Provokateur handelt, sondern um Joseph, der gegenwärtig Sprecher für innenpolitische Fragen (!) der Tory-Partei ist und außerdem auf der Liste der potentiellen Nachfolger von Partei-Chef Heath ganz oben (neben dem Rassisten Powell übrigens) steht! Unseres Wissens mußte Joseph – trotz massiver Proteste aus allen Ecken der englischen Gesellschaft – keine seiner Thesen zurücknehmen, geschweige denn als innenpolitischer Sprecher zurücktreten! Frech kommentierte er die Empörung vieler Menschen lediglich: „Es war wohl mein Fehler, zu viel in diese Rede hineingebracht zu haben. Ich hätte etwas weniger sagen sollen.“

Chemie-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



Der Dschungel in Vietnam – vor – nach dem Einsatz giftiger Entlaubungsmittel

Der Dschungel in Vietnam – vor – nach dem Einsatz giftiger Entlaubungsmittel

Es handelt sich dabei um ein in der Landwirtschaft angewandtes Unkrautvernichtungsmittel, das in starker Konzentration und unterschiedlicher Zusammenströmung eingesetzt wurde – je nach dem, ob Wälder und Buschwerk „entlaubt“ wurden, um so kämpfenden Truppen die Deckung zu nehmen, oder ob Reiskulturen zerstört werden sollten, um die Bevölkerung auszuhungern und sie zur „Flucht“ aus den befreiten Gebieten zu zwingen.

Das Gift „Orange“ (Codename) bewirkt eine hochgiftige Verrücktheit: Entlaubung von Wäldern, Buschwerk und breitblättrigen Kulturpflanzen. Es enthält das sogenannte Dioxin, von dem schon wenige milliardenteile Gramm genügen, um ein Meerschweinchen zu töten. Weiter wurde das Mittel „White“ für die Entlaubung mit lang anhaltender Wirkung eingesetzt.

Das Mittel „Blue“ vernichtete

von Reisfeldern und Acker verheerend aus, die Lebensgrundlage von 600 000 Menschen ist zerstört.

„Irregulär“ dazu stellt eine Geheimstudie der US-Armee fest, daß der Einsatz von Pflanzengiften fast keinen „militärischen Nutzen“ hatte, sondern ausschließlich der Zivilbevölkerung schadete.

Daß auch nach diesen – für die US-Imperialisten sicher nicht neuen Erkenntnissen – der Giftkrieg fortgesetzt wurde, reißt sich nahtlos ein in die brutale systematische Völkermordpolitik der US-Imperialisten.

Die Gifte führen in ihren hohen Dosierungen und in den Mengen bei der Bevölkerung zu akuten und chronischen Vergiftungen. Die Wirkung der Giftstoffe ruft Tränenreiz, Niesen und Hustenreiz, Übelkeit hervor. Darüberhinaus steigern höhere Ausentemperatur die Wirkung der Stoffe erheblich; das bedeutet für die Menschen akute Vergiftungserscheinungen, was sich äußert in Ab-

hat so ihren Schutz und ihre Nahrung verloren, viele Arten sind ganz ausgestorben, es gibt fast keine Vögel mehr, keine großen Reptilien.

Noch nicht abschbare Klimaveränderungen könnten eine weitere Folge davon sein.

Wenn überhaupt, können diese Schäden erst in hundert Jahren überwunden werden, vorausgesetzt, man könnte sofort mit der Wiederaufforstung der vernichteten Waldgebiete beginnen.

Deutlicher kann der Imperialismus seine Absicht zum offenen Völkermord nicht zeigen. Diese giftigen Chemikalien bedrohen nicht nur die Existenz der jetzigen, sondern auch der kommenden Generationen. ●

Genom der BO Harburg/Wilhelmsburg, KB/Gruppe Hamburg

Chile Der Kampf geht weiter

Nachdem am 5. Oktober der Generalsekretär des MIR, Genosse Miguel Enriquez, im Kampf gegen die faschistische Junta fiel, hat die Führung MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) ein weiteres Mitglied verloren: Am 1. November wurde im Hof der italienischen Botschaft in Santiago die Leiche der Genossin Luni Moya Videla gefunden, die von den Faschisten während der Nacht über die Mauer geworfen worden war. Die Genossin war erwürgt worden, ihre Leiche wies Spuren der Folterung auf. Luni Moya Videla war 27 Jahre alt; sie war Mitglied des Zentralkomitees des MIR.

Die italienische Botschaft in Santiago mit seit langem Ziel von Angriffen der Faschisten. Fast 200 (!) politische Flüchtlinge haben dort Zuflucht gefunden. Ihnen wird von der Junta die Ausreise verweigert. Die faschistische Presse bezeichnet die Botschaft als „eine Art politisches Sekretariat des MIR“. Die Angriffe gingen bis zu nächtlichen Schüssen auf das Botschafts-Gebäude.

Ebenfalls Anfang November wurde bekannt, daß die Genossin Laura Allende, Schwester des ermordeten Präsidenten und bis zum Putsch Parlamentsabgeordnete der Sozialistischen Partei, verhaftet worden ist. Die Junta behauptet, daß Laura Allende Kontakt zum MIR gehabt habe.

Seit dem Tod des Genossen Enriquez bis Ende Oktober wurden über 600 neue Verhaftungen bekannt. Eine

internationale Juristenkommission kam zur Feststellung, daß in Chile der faschistische Terror „allgegenwärtig und systematisch“ und stärker als im September 73 (nach dem Putsch) sei. Das ist auch ein Ergebnis der Schwierigkeiten, in denen die



Miguel Enriquez

Junta steckt. Ereignisse des letzten Monats haben gezeigt, daß sich die Revolutionäre zu wehren wissen.

● Als „carabineros“ (Bürgerkriegspolizei) ein alleinstehendes Haus in den südlichen Anden durchsuchen wollten, wurden sie mit Schüs-

sen empfangen. Zwei der „carabineros“ wurden getötet und leider auch eine Widerstandskämpferin. Die anderen Kämpfer konnten entkommen. Nach Angaben der Junta soll die bewaffnete Widerstandsgruppe unter Führung eines Genossen der Sozialistischen Partei stehen.

● Bei Talca, 250 km südlich von Santiago, sollen bewaffnete Genossen, angeblich vom MIR, eine Polizeistation angegriffen haben. Sie konnten sich ohne Verlust zurückziehen.

● In Osorno (Südchile) wurden sechs Genossen einer „Einheitsfront des Widerstands“ verhaftet. Zu dieser „Einheitsfront“ gehören nach Angaben der Junta Mitglieder des MIR, der Sozialistischen Partei des MAPU, der „KP“ und linke Christdemokraten. Wenn diese Meldung zutrifft, zeigt sich eine sehr breite Aktionseinheit in Chile selbst.

● Eine weitere Meldung der Junta besagt, daß am 2. November Genossen des MIR einen Supermarkt überfallen. Bei der anschließenden Schießerei seien drei Bullen verletzt worden.

Diese Meldungen – auch wenn sie der Junta offenbar dazu dienen sollen, das Ausmaß des faschistischen Terrors zu „erklären“ – zeigen doch, daß es die Junta außer mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ihrer außenpolitischen Isolierung auch mit einem sich konsolidierenden und zunehmenden militanten Widerstand zu tun hat. ●

Terrorurteil gegen Informationsfreiheit

Das weiße, faschistische Minderheitsregime Südrhodensien verhängte ein weiteres Terrorurteil:

● Im Oktober wurde ein schottischer Journalist in Rhodesien zu insgesamt 22 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 30 000 rhodesischen Dollars verurteilt, „weil er in dem Wirtschaftskrieg, der gegen dieses Land geführt wird als Spion tätig war“, wie Richter Bach erklärte („Bildzeitung“, 25. 10. 74).

Das „Vergehen“: Mc Intosh hatte seinem Schwager Unterlagen des Rhodesien aus denen hervorgeht, „daß Rhodesien mit Hilfe deutscher, schweizer und amerikanischer Banken und Geschäftleute eine Verkopplung seiner Eisen- und Stahlproduktion plant“ („SZ“, s.o.).

So wurden die Praktiken der Imperialisten enthüllt, die offiziell das faschistische Regime in Salisbury „boykottieren“!

● „Unter der direkten Beteiligung von Kitchner, des Neunkirchner Eisenwerkes und einem Deutsche-Bank-Teilhaber“, sowie der staatlichen „Vereinigten Österreichischen Stahlwerke“ (VOEST) soll die Stahlproduktion verdoppelt werden.

„Die Deutschen sollen dafür die hinzugewonnenen Produktionskapazitäten abschöpfen dürfen“ („Spiegel“, 23/74).

Dieses Terrorurteil zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß die Imperialisten und ihre Statthalter in den unterdrückten Ländern alles daransetzen, um jede Enthüllung und jeden Kampf gegen ihre Politik brutal zu unterdrücken!

Es zeigt aber auch, daß es trotz solcher massiver Einschüchterungsversuche immer wieder Menschen gibt, die solche Mechanismen entlarven.

HSW-Betriebszelle, KB/Gruppe Hamburg

Hamburg

Über 2.500 demonstrierten gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats

Am 8. November demonstrierten in Hamburg etwa 2.500 - 2.800 Menschen gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats.

Zu dieser Demonstration hatten mehrere Organisationen sowie Schülerkreise und Schülergruppen, studentische Gremien und Gruppen, Jugendzentrumsgruppen bzw. Initiativen u.a. aufgerufen (vgl. Kasten).

bis Ende des Jahres - einen Einstellungsstopp im Öffentlichen Dienst verhängt, der die Personalknappheit in Krankenhäusern, Kindergärten etc. noch verschärft und zusätzliche Belastungen für die Beschäftigten bringt). „Weg mit dem Numerus Clausus und allen anderen Studienbeschränkungen“ (z.Z. fehlen in Hamburg nach amtlichen Angaben 1377 Lehrer; an

keineswegs ein Schlußpunkt, sondern erst ein Anfang sein. Der KOMMUNISTISCHE BUND und andere Beteiligte am Zustandekommen dieser Aktionseinheit werden sich intensiv um eine Fortsetzung der begonnenen Aktivität, um das Zustandekommen weiterer gemeinsamer Aktionen, möglichst auf noch breiterer Basis, bemühen.

Zum Verhalten einzelner Organisationen gegenüber der Demonstration

Bei dieser Demonstration war es als positiv zu verzeichnen, daß sich der Landesverband der Jungdemokraten (FDP) schließlich zu einer Beteiligung und Unterstützung durchdringen konnte. Einer Reihe anderer Organisationen fehlte es dagegen leider entweder an Mut oder an politischer Einsicht, um diese Demonstration zu unterstützen.

Leute und Fakten

Die Jungs „begründeten“ ihre Nichtteilnahme an der Demonstration telefonisch mit üblichen „linken“ Schnicks: Der Initiative (die bezogen sich dabei auf den erwähnten „Offenen Brief“ von KB, ESG und BDJ/RBJ) fehlte die „antikapitalistische Stoßrichtung“. Man dürfe nicht die Jugendpolitik des Senats angreifen, sondern müßte die dahinter stehenden „Kapitalzwänge“ aufzeigen etc. - Selbst wenn es den Jungs da mit ernst gewesen sein sollte, ist diese „Begründung“ absurd, da der „Offene Brief“ nicht mehr war als ein Vorschlag; die Jungs hätten also ohne weiteres ihre eigenen Vorstellungen in die Diskussionen der Aktionseinheit einbringen können - wenn sie daran teilgenommen hätten! Tatsächlich darf man wohl vermuten, daß hier den Antikommunismus-Beschlüssen der SPD-Führung (keine Zusammenarbeit mit Kommunisten!) nur ein „linker“ Mantelchen übergehängt werden sollte.

Die „Falken“ antworteten schriftlich auf den „Offenen Brief“. Sie ließen darin durchblicken, daß sie das Anliegen der Demonstration im Grunde unterstützten würden. Sie hätten aber Angst, daß nur ein „klägliches Haufen“ (!) zu der Demonstration kommen würde, und das wäre schädlich für die Sache. Deshalb könnten sie nicht mitmachen. Abgesehen von der darin liegenden Fehleinschätzung ist wohl auch hier eher Angst vor Mächtigungen durch die SPD-Führer im Spiel gewesen. Es ist daran zu erinnern, daß die „Falken“ schon anlässlich der RBJ-Veranstaltung vom 4.10. politischen Riesensdalem fuhren: erst ihre Beteiligung zugesagt, aber in letzter Minute absagten.

Umso erfreulicher ist es, daß Gruppen von „Falken“ dennoch an der Demonstration teilnahmen!

DKP/SDAJ

DKP/SDAJ

Sie hielt es gar nicht für nötig, überhaupt um „Offenen Brief“ Stellung zu nehmen. Die SDAJ hatte allerdings schon zur Veranstaltung am 4.10. erklärt, daß sie nicht an Aktionen teilnimmt, wenn der KB dabei ist.

Auch der revisionistische ASIA der Universität (MSB/SBH) mochte sich zur Demonstration nicht äußern, entfaltete aber nach Erscheinen der „Offenen Briefe“ eine rege Geschäftigkeit: u.a. Ankündigung einer eigenen Demonstration für Anfang Dezember. Der KOMMUNISTISCHE BUND wird mit anderen Organisationen der Aktionseinheit über eine Teilnahme an der ASIA-Demo sprechen.

KBW

Der KBW-Vertreter war zu den Aktionseinheits-Gesprächen nur erschienen, um die Demonstration zu verhindern. Hier würden Dinge zusammengefaßt, die man nicht zusammenfassen dürfte; so könne man nicht „das Volk zusammenschließen“. Richtig sei es dagegen gegenwärtig, wenn jede „Gruppe von Betroffenen“ einzeln für ihre Forderungen kämpft (also die Eltern für sich, Jugendzentrumsinitiativen für sich, Leiharbeiter für sich etc.).

Nachdem der KBW die Gespräche verlassen hatte, gab zunächst die SSG (Studentengruppe des KBW) eine Erklärung ab, daß die Erfolgsaussichten für diese Demonstration nicht sehr gut seien. Wenn die Demonstration aber „ein Mißerfolg“ wäre, wäre das gut für den Senat. Deshalb wolle die SSG nun doch „diese Demonstration nach Kräften unterstützen, um ihr unter den gegebenen Voraussetzungen zum größtmöglichen Erfolg zu verhelfen“. Genau dasselbe teilte dann der „Sekretär der Ortsleitung Hamburg“ (z.Z. Luis P.) den Verfassern des „Offenen Briefes“ in einem Schreiben vom 11.10. mit.

Die Unmündigkeit und der Größenwahn bei diesem Ballo

Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Frankfurt

„Wir werden kämpfen, wir werden siegen, Jugendhäuser werden wir kriegen!“ (Parole auf der Demonstration vom 26. Oktober in Frankfurt).

Über ein ganzes Jahr lang verhandelte die Jugendinitiative Bockenheim (JIB) ergebnislos mit Stadt und Behörden, um ein selbstverwaltetes Jugendhaus zu bekommen. Im gleichen Zeitraum machte sie 20 (!) leerstehende Häuser in diesem Stadtteil Frankfurts ausfindig, die aber alle nacheinander von der Stadtverwaltung als „für ein Jugendhaus ungeeignet“ bezeichnet wurden.

machten sie sich den Weg ins Haus frei. Die Jugendlichen überreichten leeren dem brutalen Einsatz der Polizei heftigen Widerstand.

250 Jugendliche wurden festgenommen. Sie sollen jetzt des Landfriedensbruchs, des schweren Hausfriedensbruchs und der Sachbeschädigung angeklagt werden. Vier Lehrer und Sozialarbeiter, die ebenfalls festgenommen wurden, sollen freigesprochen werden.

In den folgenden Tagen bemühte sich die JIB, die Bevölkerung über die Vorfälle zu informieren. U.a.



„Hände an die Wand, Arme hoch: Die Polizei untersucht Schläger-Truppe in Frankfurt auf verstaubte Waffen“. Die „Morgenpost“ (21.10.74) stempelt die Jugendlichen zu Kriminellen ab.

Die Situation der circa 5000 Jugendlichen dort ist miserabel: außer miesen Kneipen und teuren Diskotheken gibt es in diesem Stadtteil keine Möglichkeit für die Jugend-

theken gibt es in diesem Stadtteil keine Möglichkeit für die Jugendlichen, ihre Freizeit zu gestalten.

Um mit der Hinhaltetaktik der Behörden Schluss zu machen, beschloß die Jugendinitiative Bockenheim, am 18. Oktober das über ein Jahr leerstehende Gebäude der Bockheimer Sozialstation zu besetzen. Diese Besetzung wurde durch ein Flugblatt der JIB angekündigt. Rund 300 bis 400 Jugendliche versammelten sich am Abend des 18.10. in der Varrantstraße, 38. Geplant waren Diskussionen über Jugendzentren und über Erfahrungen in anderen Stadtteilen. Aus dem Diskussionsabend wurde aber nichts: Um 23 Uhr (das ganze hatte gegen 20 Uhr begonnen) rückten die Polizeitruppen unter Kommando von SPD-Polizeipräsident Müller an.

Mit Wasserwerfern und Tränegas

Mortale sind offensichtlich zu seiner letzten „Kundgebung“ (Gas, Wasser, Strom) mobilisierte der KBW kaum 200 Leute!

„KPD“/KSV

Die „KPD“ versuchte auf der ersten Vorbesprechung, der geplanten Demonstration einen neuen Inhalt zu geben: statt gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats sollte es eine Demonstration gegen Stellenstopp im Öffentlichen Dienst und gegen politische Disziplinierung werden.

Als dies nicht akzeptiert wurde, beteiligte sich die „KPD“ dennoch an den Vorbesprechungen. Insbesondere versuchte sie bei der Diskussion des Aufrufes und der Parolen ihre formalen Mitbürger noch unterzubringen, z.B. daß man nicht einfach sagen sollte: „Senat“, sondern „SPD-Senat“ oder statt „selbstverwaltete Jugendzentren“, „freie und selbstverwaltete Jugendzentren“. Auch hier kam die „KPD“ jedoch weitgehend nicht zum Zug, nahm aber weiter an den Gesprächen teil.

Erst als es an die Frage der Re-

wurde eine Vollversammlung aller Jugendhäuser der Stadt organisiert, an der sich 200 Jugendliche beteiligten (größtenteils Delegierte). Es zeigte sich auf dieser Versammlung Un-

klarheit über Ziele und Inhalte des Kampfes, teilweise mit ziemlich großen Illusionen gepaart. Auch die Spaltungswende der Bourgeoisie, die „K-Gruppen“, d.h. die Kommunisten, für die Vorgänge verantwortlich zu machen, haben teilweise ihr Ziel erreicht; so wurde auf dieser Versammlung ein Vertreter der „KPD“ das Wort entzogen, was wohl weniger mit einer solidarischen Kritik an der „KPD“ zu tun hatte, als vielmehr mit antikommunistischer Stimmungsmache.

Am 26. Oktober wurde eine Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 2000 Menschen beteiligten. Die meisten linken Frankfurter Organisationen unterstützten diese Demonstration.

Bezirkskomitee KB/Gruppe Frankfurt

den während der Demonstration ging, kam es zum Bruch. Die meisten Vertreter schlossen sich dem Vorschlag des KB an, nicht Organisationen, sondern nur die Jugendlichen der Vielzahl teilnehmender Organisationen, sondern jeweils Vertreter einzelner Bereiche (z.B. einen Schülervertreter, einen Jugendvertreter, einen Studenten etc.). Davon aber wollte die „KPD“ nichts wissen. Für sie war offenbar, daß wurde daran deutlich, die ganze Demonstration wohl nur unter dem Aspekt interessant gewesen, vor großem Publikum einen Redner der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ zu präsentieren. Als ihnen das versagt blieb, stiegen sie aus der Aktionseinheit aus.

Abschließend läßt sich sagen, daß wir uns bemühen werden, die begonnenen Aktivitäten kontinuierlich fortzusetzen, vor allem „vor Ort“ (in den Schulen, Berufshäusern, in Jugendzentren, in den Betrieben, an der Universität), und weitere Gruppen und Organisationen, die diesmal noch abseits standen, von der Notwendigkeit und Möglichkeit gemeinsamer Aktionen zu überzeugen.



Am 8. November demonstrierten in Hamburg etwa 2.500 bis 2.800 Menschen gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats.

Ports, Stahlindustrie

Die Auszahlung der 2 x 300 DM ist dabei noch geschickt gestaffelt. Der Auszahlungstermin Mitte bis Ende November gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, bisher überbordende Weihnachtsgeldzahlungen mit dem „bonus“ zu verrechnen; dieselbe Möglichkeit bietet die Auszahlung Ende Mai in Bezug auf das Urlaubsgeld. Der „psychologische“ Effekt der Auszahlungszeitpunkte liegt im ersten Fall darin, daß eine einmalige Zahlung von 300 DM zu Beginn über den geringen Tarifaufschub hinwegtäuschen soll. Ende Mai erhoffen sich die Kapitalisten mit der zweiten Auszahlung ein Befähigen der bis dahin auftretenden Unzufriedenheit.

In der „Konzertierten Aktion“ die Weichen gestellt

In der Sitzung der „Konzertierten Aktion“ am 24.9. einigten sich die Kapitalisten mit den Vertretern der Bundesregierung und den Gewerkschaftsführern auf folgende Zielsetzung: Die Steigerung der Unternehmensgewinne, um die Investitionstätigkeit der Unternehmer zu erhöhen. In den vorgelegten und von den Teilnehmern der Sitzung begrüßten Orientierungsdaten heißt es:

- Die Bruttoeinkommen sollten im Jahresdurchschnitt 1975 um 9,5% steigen, die Arbeitslosigkeit würde dann durchschnittlich 2,5% betragen, die Preise würden um 6-6,5% steigen
- Als „günstigstes Modell“ wurde das folgende angegeben: Steigerung der Bruttoeinkommen um 8%, dadurch würden die Unternehmensgewinne noch mehr ansteigen, Arbeitslosigkeit 2,5%, Preissteigerung 5,5-6%.

Ausdrücklich warnte die Bundesregierung vor Lohnerhöhungen über 9,5%. Das würde nach ihren Angaben bedeuten:

- Arbeitslosenquote von 3-3,5%, Preissteigerungsrate von etwa 7,5%
- Diese Sitzung der „Konzertierten Aktion“ war, die besser, die es je gab, die stellten übereinstimmend Wirtschaftsminister, Friedrichs, Kapitalistenboss Schleyer und DGB-Chef Vetter in der Tagesschau vom 24.9. fest.

Bereits mit der Aufstellung einer Forderung von 14% in der Stahlindustrie hatten die Gewerkschaftsführer ihren „guten Willen“ zur Zusammenarbeit bewiesen. IG Metall-Chef Loderer hatte in einem Interview mit der „Zeit“ am 11.10. auf die Frage, ob nicht „ein lohnpolitischer Burgfrieden geschlossen werden“ könnte, geantwortet: „Der Begriff Waffenstillstand gefällt mir besser als Burgfrieden.“

Das war erst der Anfang, was bietet weniger?

Kapitalistenvertreter haben ausgerechnet, daß der Stahlabschub unter Berücksichtigung der außerordentlichen „dynamisierten“, „stahltypische Zuschläge“) Einkommensbestandteile

CIA „kümmert“ sich um Europa

Die US-Fernsehgeseellschaft CBS hat im Oktober die aktuellste Liste der vom US-Geheimdienst CIA „bevorzugt behandelten“ Länder veröffentlicht.

Auf dem 1. Platz dieser makabren „Hispanade“ rangiert zur Zeit Portugal, gefolgt von Spanien, Italien und den arabischen Ländern. Diese Länder gelten für die CIA als „besonders instabile Gebiete der Welt“ und folglich als Objekte der „strategischen Kontrolle“.

Die CBS meldete ferner: „Die CIA schickt gegenwärtig eine große Anzahl von Leuten und ungeheurer Geldsummen nach Spanien“, und zwar „aus Sorge um das, was im benachbarten Portugal und anderen europäischen Gebieten passiert.“ Das faschistische Spanien soll stärker als Agenten- und Putschzentrale gegen Portugal, Italien u.a. Länder ausgebeutet werden.

(nach Meldungen der italienischen Zeitungen „Il manifesto“ und „Lotta Continua“ vom 16. und 20. Oktober).

le eine effektive Lohnerhöhung von 7,9 % ausmachte („Handelsblatt“ vom 29.10.). Der sogenannte „Stahlbonus“ stelle ein „Zugstündnis“ an die Stahlarbeiter dar, das aufgrund der guten Gewinne der Stahlindustrie gemacht wurde, wie sowohl Kapitalisten als auch Gewerkschaftsführer ausdrücklich betonten. Damit wird von vornherein klargestellt, daß alle folgenden Abschlüsse darunter liegen sollen.

Im Mittelpunkt der Tarifaussicherungen stehen jetzt die Metalltarifgründe und vor allem die für den Öffentlichen Dienst.

Die Gewerkschaftsführer haben bereits versprochen, die besondere (angeblich schlechte) Lage der Metallindustrie beim Aufstellen der Forderungen zu berücksichtigen. Dieter Kiechler, Hauptgeschäftsführer des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall, erklärte unmittelbar nach dem 9%-Abschluß: „Das Verhandlungsergebnis ist nur aus der speziellen Situation der Stahlindustrie zu erklären und zu verstehen“ („Handelsblatt“ 29.10.). Gleichzeitig weist er darauf hin, daß im November und Dezember 25% Tarifsteigerungen in den meisten Betrieben der Metallindustrie in Kraft treten, die Anfang 1974 in einem Stufenplan festgelegt wurden. Diese Erhöhungen seien in Erwartung zweistufiger Preissteigerungen beschlossen worden. Da diese Preissteigerungen nicht eingetreten seien, verlangt Kiechler jetzt, diese 2% als „Vorriff“ auf die kommende Tarifbewegung zu behandeln.

Für die Metallindustrie ist also bereits ein noch weitergehender Lohnraub zwischen Gewerkschaftsführern und Kapitalisten zu erwarten.

„Kürzer treten“ sollen nach Plänen der Kapitalisten auch die Kollegen des Öffentlichen Dienstes. Mit ungeheurer Demagogie wird in den letzten Wochen gegen diese Kollegen des Öffentlichen Dienstes.

Mit ungeheurer Demagogie wird in den letzten Wochen gegen diese Kollegen zu Felde gezogen. Dabei wird gerade in diesem Bereich in der nächsten Zeit verstärkt rationalisiert.

In fast allen Bundesländern bestehen Pläne für Einstellungsstopps und Reduzierung von Planstellen, der Hamburger Senat hat dies bereits beschlossen. Die Bundesregierung plant einen Beförderungstopf von zwei Jahren für Beamte. In den Haushalten der Bundesregierung und der Länder und Gemeinden sind für 1975 durchschnittlich 6 % der Lohnerhöhungen eingeplant!

Die Gewerkschaftsführer sind bereits dabei, den verschärften Lohnraubkurs zu segeln. Als erster formuliert der Beamtenebund, der keine Tarifpartei ist, Forderungen von 8% und einem Sockel von 30 DM (ca. 10,7 %). Das war selbst dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft, Breit, schon zuviel. Er witterte: solche „unerfüllbaren“ Forderungen können doch nur Ständesorganisationen gestellt haben.“ („Kölner Stadt-Anzeiger“, 28.10.).

Die OTV veröffentlichte jüngst eine Diskussionsgrundlage zur Tarifrunde, die sie angeblich ihren Mitgliedern zur Verfügung stellen wollte, die aber zunächst an die Presse gegeben wurde, damit diese schon mal kräftig darüber herzieht.

Die OTV liegt mit ihrer „Diskussionsgrundlage“ als erste Gewerkschaft bereits unter 10 %. Sie empfiehlt Lohnerhöhungen von 6% + 50 DM als Sockel. Diese Forderung liegt potenzial zwischen 7,3 und 12 %, in den mittleren Lohngruppen, nach denen die überwiegende Zahl der Arbeiter und Angestellten bezahlt wird, liegt diese Forderung unter 10 %.

Die Widersprüche verschärfen sich

Finanzminister Apel kündigte den „größten Härtefall seit Kriegsende“ in der BRD an. „Eingriffe und Einbußen des persönlichen Wohlbefindens und der Bequemlichkeiten (!) der Anspruchsgesellschaft (!) sind unvermeidlich“ („Welt“ 5.11.74).

In einem Vortrag vor dem Genossenschaftsrat des Rautenverbandes stellte Wirtschaftsminister Friedrichs fest:

„Es müßte zur Kenntnis genommen werden, daß in der Bundesrepublik nicht mehr so viel zu verteilen ist wie bisher. Allein die Verteuerung des Mineralöls habe für 1974 eine zusätzliche Belastung von rund 20 Milliarden DM gebracht. Zum Ausgleich dieses Abflusses müßte entweder der Lebensstandard um die gleiche



Drei Wochen streikten 1973 Bremens Metallarbeiter. Dieses Jahr heißt die Devise der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer: „Maßhalten - maulhalten.“



Den Arbeitern im öffentlichen Dienst, die im Frühjahr 1973 für ihre Forderungen kämpften, soll in diesem Jahr der große Lohnraub verordnet werden.

Den Arbeitern im öffentlichen Dienst, die im Frühjahr 1973 für ihre Forderungen kämpften, soll in diesem Jahr der große Lohnraub verordnet werden.



Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik wird für die Arbeiterklasse zu einer Existenzfrage (Demonstration in Dortmund 1973 gegen Zechenstilllegung).



Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik wird für die Arbeiterklasse zu einer Existenzfrage (Demonstration in Dortmund 1973 gegen Zechenstilllegung).

Metall-Kommitee KB/Gruppe Hamburg

Richtigstellung

Erst ein KBW-Genosse aus Stuttgart mußte uns in einem Leserbrief auf einen argen Fehler in dem Artikel „KBW. Ab durch die Mitte“ aufmerksam machen. Das dort angegebene „Mac-Zitat“ („Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft. Denn für alles Reaktionsdreck gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt“) gibt es in Wirklichkeit nicht. Vielmehr heißt es: „Was die chinesischen Reaktionen betrifft, so sind wir verpflichtet, das Volk zu organisieren, damit es sie niederschlägt. Für alles Reaktionsdreck gilt.“ (Worte des Vorsitzenden, S.13).

Feinlich, peinlich! ... Der zuständige Redakteur hatte bei der Durchsicht des Artikels (der von Genossen des Metallkomitees Hamburg geschrieben war) bei dem Zitat zwar gestutzt, aber auf eine Überprüfung verzichtet. Wir haben uns vorgenommen, zukünftig wachsam zu sein. Dem Genossen vom KBW an dieser Stelle ein Dankeschön!

AK-Redaktion

lungssystem (LBS) statt. Zu erinnern ist hier noch einmal, daß eine Unterschriftensammlung hierfür an zwei Tagen von ca. 200 der rund 800 Arbeiter unterstützt wurde. Diese Unterschriftensammlung wurde abgelehnt durch einen eigenen Beschluß des Betriebsrates, diese Abteilungsverammlung durchzuführen.

BR-Vorsitzender Hettling präsidierte über die Versammlung an, welchen „Fortschritt“ das LBS bedeute (Aber für wen?). Und daß es sich immerhin um eine Betriebsvereinbarung handle, die zwischen BR und GL zustande gekommen ist und sich hieran schon zeigen würde, daß es „gar nicht so schlecht“ sein könne.

Insgesamt beteiligten sich viele an der Gruppe eingerichtet werden, die von der Gruppe der Gewerkschaftsführer ist. Durch diesen Schachzug meinen die Gewerkschaftsführer, besonders die linken und klassischen kommunistischen Kollegen von der Jugendgruppe trennen zu können. Von den Kollegen ist das Vorgehen der OTV-Ortsverwaltung gegen die Jugendgruppe auf Empörung gestoßen. Die antikomunistische Politik wird jedoch noch nicht durchschaut.

Die Kollegen der Jugendgruppe haben sich nach diesen Angriffen zusammengesetzt und einheitlich beschlossen, sich nicht kleinreden zu lassen. Es wurde eine schriftliche Stellungnahme verfaßt. Darin macht die Jugendgruppe klar, daß sie es für ein demokratisches Recht hält, ihre Meinung ohne Zensur zu veröffentlichen. Die Ungen und älteren Kollegen sollen auch weiterhin eng zusammenarbeiten.

Weiter wurde beschlossen, daß einige Mitglieder der Jugendgruppe zu

legen hat wirklich Auseinandersetzungen darüber geführt, bzw. hat das LBS als Angriff auf unsere Interessen durch Spaltung und Schwächung unserer Kampfkraft verstanden. Und hierbei spielt der BR eine wesentliche Rolle, besonders der Demagog Hettling, der immer wieder das „Positive“ des LBS anpreis und

Demantprechend fühlen auch die zwei Abteilungen an. Eine Resolution mit der Forderung nach Abschaffung des LBS, allerdings verbunden mit der Forderung „1 DM mehr für alle“, wurde knapp abgelehnt. Die zweite Resolution - vom BR-Vorsitzenden selbst eingebracht - zur Unterstützung solcher Leute verzichtet wurde.

Erfahrungen aus anderen Gewerkschaften zeigen, daß so eine antikomunistische Hetzkampagne eingeleitet wird, um in diesem Klima fortschrittliche Gewerkschaftsgruppen zu zerschlagen und kommunistische Gewerkschafter auszuschließen.

Die Jugendgruppe muß sich auf weitere Angriffe gefaßt machen. Die momentane Empörung der Jugendgruppenmitglieder muß in eine langfristige konsequente Gewerkschaftsarbeit einfließen. Die Jugendgruppe muß verstärkt an die Kollegen an der Universität herantreten. Probleme wie Stellenstopf, fehlende Arbeitskräfte durch 40-Stundenwoche, Höhergruppierungen, Tarifrunder, Angriffe der Presse auf den Öffentlichen Dienst, Arbeitsunsicherheit, Ausbildung etc. müssen aufgegriffen werden.

OTV-Genosse KB/Gruppe Hamburg

Marckolsheim: Militanter Kampf gegen Bleiwerk

Seit fünf Wochen halten elf deutsche und zehn französische Bürgerinitiativen ein Bauland in der französischen Gemeinde Marckolsheim besetzt. Ziel dieser Aktion ist es, den Bau eines auf diesem Gelände geplanten Blei-

Bürgerinitiativen den Kapitalisten falsche Angaben über die jährliche Menge Bleistaub, die das Werk ausstößt, nachzuweisen. Entgegen den Angaben der Unternehmer von 1.464 t Bleistaub errechneten sie einen Ausstoß

von 9.138 t und selbst bei optimaler Filterleistung noch 3.046 t.

Nachdem mit Hilfe des Betruges die Kapitalisten ihr Ziel nicht erreichten, versuchten sie es mit Drohungen. So droht CWM Rosenthal mit Regressansprüchen: „Wir haben die Absicht, die Anstifter der Besetzung für den Zinsverlust haftbar zu machen.“ Ausserdem handelt es sich nach Rosenthal nur um Leute, die besoffen Gaudi machen.

Doch bisher ist der Kampfeswille der Bevölkerung ungebrochen. Die Besetzer treffen schon Vorbereitungen, um notfalls den Kampf auch im Winter durchzuführen. Gleichzeitig werden weitere Besetzungspläne gegen Projekte im Oberrheinthal vorbereitet. Denn das Marckolsheimer Bleiwerk ist nur der erste Schritt zu einem klassischen Ruhegebiet. Unmittelbar im Norden des CWM-Geländes hat der US-Konzern Ethyl-Corporation Land gekauft. Auf dem Gebiet nördlich von Marckolsheim haben sich die deutschen Bayer-Werke mit Gelände eingedeckelt.

Reynolds Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg



Deutsche und französische Bürgerinitiativen demonstrieren gegen das Bleiwerk

werks der Chemischen Werke München (CWM) zu verhindern – ein Projekt, das (lt. Flugblatt), die Gesundheit der gesamten Bevölkerung gefährdet und die Existenzgrundlage der Bauern zerstört.

Mit ihren Aktionen hat die Bevölkerung den Baubeginn bisher verhindert.

Ein Großteil der Bevölkerung hat sich mit den um ihre Existenz kämpfenden Winzern, Tabakbauern und Landwirten solidarisiert, sodaß sich fast 7.000 Bürger aus dem Oberrheinthal bei der Tag- und Nachtwache auf dem Bauland abblenden.

Die Wächter sind mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet, um in den umliegenden Ortschaften jede Gefahr sofort zu signalisieren. Die Funk-Empfänger geben die Meldung mittels Glockengeläut und Sirenengeheul an die Bevölkerung weiter. Im Ernstfall sollen eine halbe Stunde nach Alarm 800 und nach zwei Stunden 2.000 Personen mit Autos und Traktoren auf dem Platz sein. Beim ersten Alarm, als Bauarbeiter Bauzäune und Pfehle liefern sollten, hat sich das System bewährt. Die Arbeiter sehen sich plötzlich einigen hundert Demonstranten gegenüber. Sie kehrten „nach einer freundschaftlichen und vernünftigen Diskussion“, so die Bürgerinitiativen, wieder um.

Für die Kapitalisten ergibt sich daraus eine „unangenehme“ Situation, und CWM-Geschäftsführer Rosenthal kann sich die „Feindseligkeiten der Bevölkerung“ nur dadurch erklären, daß sie „vorstellig falsch informiert wurde“. Dabei konnten die



Die Frauen nutzten die Besetzung des Baulandes produktiv



Universität (MSB/MSB) möchte sich zur Demonstration nicht äußern, entfaltete aber nach Erscheinen des „Offenen Briefes“ eine rege Geschäftigkeit: u.a. Ankündigung einer eigenen Demonstration für Anfang Dezember. Der KOMMUNISTISCHE BUND wird mit anderen Organisationen der Aktionseinheit über eine Teilnahme an der ASIA-Demo sprechen.

KBW

Der KBW-Vertreter war zu den Aktionseinheits-Gesprächen nur erschienen, um die Demonstration zu verhindern. Hier würden Dinge zusammengefaßt, die man nicht zusammenfassen dürfte; so könne man nicht „das Volk zusammenschließen“. Richtig sei es dagegen gegenwärtig, wenn jede „Gruppe von Betroffenen“ in eine für ihre Forderungen kämpft (also die Eltern für sich, Jugendzentrumsinitiativen für sich, etc.).

Nachdem der KBW die Gespräche verlassen hatte, gab zunächst die SSG (Studentengruppe des KBW) eine Erklärung ab, „daß die Erfolgsaussichten für diese Demonstration nicht sehr gut“ seien. Wenn die Demonstration aber „ein Mißerfolg“ würde, wäre das gut für den Senat. Deshalb wolle die SSG nun doch „diese Demonstration nach Kräften unterstützen, um ihr unter den gegebenen Voraussetzungen zum größtmöglichen Erfolg zu verhelfen“. Genau dasselbe teilte dann der „Kreisleiter der Ortsleitung Hamburg“ (L. Z. Lutz P.) den Verfassern des „Offenen Briefes“ in einem Schreiben vom 31.10. mit.

Die Dummheitsgrenze und die Größenwahnlinie bei diesem Selbst-

Rationalisierung in der Metallindustrie

VW

Die 6. Kurzarbeitsperiode bei den sechs inländischen Volkswagenwerken seit Anfang des Jahres, beginnt am 25. November und wird voraussichtlich eine Woche dauern.

Die Zahl der VW-Beschäftigten wurde im Laufe des Jahres von 125.000 auf knapp 118.000 verringert. Bis Jahresende soll es auf 114.000 schrumpfen und zwar durch „freiwillige Abgänge“ mit „Abfindungszahlen“.

Und so versucht VW jetzt zum zweiten mal in diesem Jahr, mit Hilfe von Abfindungen die Kollegen aus dem Betrieb zu locken. Diesmal wollen sie 6.000 Arbeiter loswerden. Es gibt eine einmalige „Abfindung“ von 5.000 bis zu 9.000 DM. Im Juni wurden diese „Aufhebungsverträge“ das erste mal „angeboten“. Es machten 3.481 Arbeiter davon Gebrauch. Diesmal sollen auch Angestellte auf diese Weise abgefunden werden. Von dieser Regelung ist jeder 20. Kollege der sechs inländischen VW-Werke betroffen.

Die 6.000 betroffenen Kollegen werden in drei Gruppen geteilt: 1. wurde 1.900 Männern (über 62 Jahre alt) und Frauen (über 59 Jahre alt) Ende September die Abfindung „angeboten“, wenn sie vorzeitig in den Ruhestand gingen. 2. 3.500 Arbeitern wird „angeboten“, ihren Arbeitsvertrag gegen Abfindung zu lösen. 3. 1.000 Angestellte will man auf die gleiche Art loswerden.

AUDI/NSU

Auch bei der VW-Tochter Audi/NSU wurde die 6. Kurzarbeitsperiode in diesem Jahr angekündigt. Sie soll vom 18. bis 29. November und vom 16. Dezember bis 3. Januar 75 stattfinden.

Betroffen sind davon bei Audi/NSU in Ingolstadt ca. 10.000 und bei Audi/NSU in Neckarsulm ca. 8.000 von den insgesamt 32.000 Kollegen.

FORD

Die Fordwerke in Köln und Wülfrath meldeten für die Zeit vom 4. bis 15. November Kurzarbeit an. Während des Arbeitsamts dort keine Arbeiter mehr an Ford vermittelt, und damit meint, daß der Personalstand so auf natürliche Weise reduziert wird, gab die Personalstelle von Ford unumstößlich zu verstehen, daß der natürliche Belegschaftsabbau zu gering sei, da jeder sich an seinen Arbeitsplatz klammere. Es gebe auch heute noch zu viele Arbeiter (!).

BMW

Das BMW-Werk in München meldete für fünf Tage Kurzarbeit vom 18. bis 22. November an. Das betrifft 9.500 von 26.000 Arbeitern. Von Mitte Dezember bis Anfang Januar wurde weitere Kurzarbeit angekündigt. Begründet wird diese Maßnahme mit Rückgang im Exportgeschäft im letzten Monat. 53 % aller BMW-Erzeugnisse gehen ins Ausland.

OPEL

In den Opel-Werken Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern wurde vom 21. bis 25. Oktober Kurzarbeit. In Bochum soll weiterhin vom 11. bis 19. November und vom 16. bis 20. Dezember kurzgearbeitet werden.

Zur Nachahmung empfohlen!

In Tokio wurde am 25.10. der Kapitalist Hisao Nozawa mit einem Messer im Bauch in einer großen Bluthatze auf der Toilette seines Betriebes aufgefunden. Nozawa hatte offenbar einen nicht völlig gelungenen Versuch von „hara-kiri“ (traditionelle Selbstmordart der herrschenden Klasse Japans) unternommen, nachdem die Firma „Yashica“ (Fotoapparate), deren Direktor Nozawa war, ihre Schließung bekannt gegeben hatte.

Bereits am 21.10. hatte Toshinobu Aburao, Chef der Betriebsgewerkschaft der „Yashica“, einen gleichfalls mißlungenen Versuch von „hara-kiri“ gemacht.

Die Dummheitsgrenze und die Größenwahnlinie bei diesem Selbst-

HANOMAG-HENSCHEL

Im Autowerk Hanomag-Henschel in Bremen wird vom 24. Oktober bis 6. November kurzgearbeitet.

UHER-WERKE GmbH KG & Co

Die vorgesehene Schließung der Uher-Werke in München ist vorerst aufgehoben worden, aber es ist ungewiß, für wie lange.

Für die 1.500 Arbeiter und Angestellten wurde jetzt erstmalig Kurzarbeit eingeführt. Außerdem will die Firmenleitung demnächst auch noch Tariflöhne und -gehälter zahlen.

Der Alleigentümer der Tom-bandgerätekfirma ist Hans Veit Graf zu Törring-Jettenbach, „Edelmann“ und Besitzer von fünf Schlössern, zwei Brauereien und über 1.000 Hektar Land.

TEXAS INSTRUMENTS DEUTSCHLAND GmbH

Die Texas Instruments in Freising/Oberbayern ist eine Tochtergesellschaft der gleichnamigen Firma in Dallas/Texas. Dieses Unternehmen hat eine führende Position in der Halbleiterfertigung. Jetzt sollen in Freising 100 Kollegen entlassen werden. Zum Jahresende soll das Zweigwerk in Ingolstadt/Donau, das erst 1969 in Betrieb genommen wurde, geschlossen werden. Damit werden 350 Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt.

ANKER-WERKE AG, Bielefeld

Vom 21. bis 29. November soll im gesamten Bereich der mechanischen Fertigung sowie in entsprechenden Verwaltungsabteilungen der Anker-Werke in Bielefeld nicht gearbeitet werden. Vom 23. bis 31. Dezember wird im gesamten Betrieb nicht gearbeitet. Die Ankerkapitalisten wollen die Beschäftigtenzahl von 3.250 bis Ende '75 auf 2.500 reduzieren.

KABEL- und METALLWERKE GUTHOFFUNGSHÜTTE AG HANNOVER

Zunächst für acht Wochen sollen die rund 600 Kollegen der beiden Kabel- und Metallwerke in Stadthagen (400) und Osnabrück (200) jeweils an zwei Wochenenden nicht arbeiten.

Betroffen sind die Kollegen in den Fertigungsstätten für Fernmeldekabel.

OPTISCHE WERKE VOIGTLÄNDER GmbH

OPTISCHE WERKE VOIGTLÄNDER GmbH

Die Zahl der Beschäftigten wurde seit einem Jahr durch Entlassungen und Nichterhalten von Abgängen im Durchschnitt um 300 verringert. Voigtlander, ein Werk der Zeiss-Ikon AG, sollte bereits vor drei Jahren stillgelegt werden.

FULMINA Gebr. PFERL

Die 450 Arbeiter und Angestellten der Industrieleuchten-Firma Fulmina in Edingen/Mannheim sind arbeitslos. Die Lohn- und Gehaltszahlungen für September und Oktober stehen aus, Resturlaub und vergütete, sowie Altersverwendungen sind hinfällig.

Betroffen sind auch 26 Lehrlinge – darunter 15, die erst am 13. September eingestellt wurden. Sie sind jetzt ohne Ausbildungsplatz und es dürfte schwer fallen, in der Nähe von Mannheim einen neuen zu finden. Mannheim hat über 5.000 Arbeitslosen und die Zahl steigt ständig; es besteht also kaum eine Chance, Arbeit zu finden.

BLAUPUNKT

Der Bosch-Konzern Stuttgart beabsichtigt, das Blaupunktwerk Landau (gehört zu Bosch) im Frühjahr 75 zu schließen. Am 25.10. demonstrierten die 450 Arbeiter gegen diese Willkürmaßnahme. Die IGM Neustadt/Landau hatte zu dieser Protestkundgebung aufgerufen. Der Konzernbetriebsrat will ein Verfahren anstrengen, denn er hatte erst von der Schließung erfahren, als die Entscheidung schon gefallen war.

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Am 8. November demonstrieren in Hamburg etwa 2.500 bis 2.800 Menschen gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats.

Köln: Kurzarbeit und Entlassungen bei Felten & Guillaume

Die Unternehmensleitung der Felten & Guillaume (F & G) Kabelwerke AG in Köln hat für 400 von insgesamt 4000 Arbeitern und Angestellten Kurzarbeit angemeldet.

Außerdem wird vermittelt, daß weitere 300 Kollegen entlassen werden sollen. Über die konkreten Zahlen schweigen sich die Kapitalisten noch aus.

Als Begründung werden nachlassende Investitionen bei der Post angegeben. Die Post ist der größte Auftraggeber der Firma. Deshalb ist auch in erster Linie der Sektor Fernmeldetechnik von der Kurzarbeit betroffen.

Der Zynismus kapitalistischer Politik zeigt sich daran, daß noch Ende September mit Großanzeigen geworben wurde:

„Bei Felten & Guillaume erwarten Sie sichere Arbeitsplätze und Auf-

stiegchancen“.

Auf einer riesigen Tafel vorm Betrieb stand noch Mitte Oktober:

„Wir stellen ein:
Elektriker, Maschinentechniker, Spleyer, S-Karrenfahrer, Schlosser und Maschinenaufarbeiter“.

Der Betriebsrat will weder Entlassungen aus Arbeitsmangel noch der Einführung von Kurzarbeit zustimmen. Immerhin haben Betriebsrat und Arbeiter bei F & G Erfahrung mit Kurzarbeit, denn 1972 hatte es schon einmal Kurzarbeit gegeben – damals ohne Anmeldung. Der Betriebsrat hatte den damals angestrebten Prozess in 3. Instanz gewonnen, aber „der durch die Kurzarbeit erlittene Lohnverlust ist bis heute nicht ausgeglichen worden“ (laut Benno Feckler, Betriebsratsvorsitzender, „Köln. Rundschau“, 23.10.). So war denn auch die außerordent-

liche Betriebsversammlung am 22.10. „die turbulenteste, die es je bei F & G gegeben hat.“ (Feckler).

Konsequenterweise lehnt der Betriebsrat die Kurzarbeit ab, und die Kapitalisten haben ein Verfahren vor der Einigungsstelle eingeleitet, da „Kurzarbeit zur Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze unbedingt notwendig“ sei (Köln. Stadtanzeiger, 26.10.).

Die Begründung, die der Betriebsrat zu seinem Vorgehen abgegeben hat, zeigt allerdings, in welchem Rahmen sich dessen Politik bewegt. So äußert er in seiner Begründung die Vermutung, „daß Personalmaßnahmen bei dem Unternehmen Teil einer gesteuerten Aktion der Unternehmer sei, um so Einfluss auf die Tarifbestimmungen und die Gesetzgebung zur paritätischen Mitbestimmung zu nehmen“ („Köln. Stadtanzeiger“, 26.10.).

Es geht den Kapitalisten ja nicht in erster Linie um eine Taktik bei diesen Maßnahmen, sondern es geht ihnen um die Abschörung ihres Profites und da ist ihnen jedes Mittel recht.

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

SPD-Betriebsgruppenvorsitzende und Vorsitzender eines Bremer SPD-Ortsvereins Kintrop.

In der Verhandlung stützte Klöckner seine Anschuldigungen allein auf Kintrops Aussagen. Sieben weitere angebliche Zeugen aus der Belegschaft wurden von Klöckner nicht aufgeführt. Das begründete der Rechtsanwalt so: „Von dem Kreis um Röpke könnten diese Männer dann Repressalien ausgeht sein und als Facharbeiter im Stahlbereich keinen Arbeitsplatz wiederfinden“.

Mal abgesehen davon, daß dies allein eine Scheinbehauptung der Klöckner-Vertreter ist, um darüber hinwegzuföhren, daß man keine Beweise gegen Röpke hat, kann man nur hoffen, daß zukünftig die Arbeiter mit Denunzianten so verfahren: Die Zusammenarbeit mit solchen Acht-Groschen-Jungs zu verweigern. Denunziator Kintrop beispielsweise hat sich im Betrieb so weit isoliert, daß sogar seine Parteikollegen in der SPD sich gezwungen sahen, ihn zum Rücktritt vom Ortsvorsitz zu veranlassen.

Das Landesarbeitsgericht konnte unter diesen Umständen den Konzernbossen kein Recht geben. Der Ablehnungsbescheid des Betriebsrats zerrissenen kein Recht gegen den Ablehnungsbescheid des Betriebsrats gegen Röpkes Kündigung wurde als rechtmäßig bezeichnet.

Klöckner will jetzt durch eine Rechtsbeschwerde vor das Bundesarbeitsgericht ziehen.

Der Fall Röpke macht einmal mehr die reaktionäre Funktion des Betriebsverfassungsgesetzes deutlich: Röpke wurde nämlich nur freigesprochen, da ihm nichts „nachzuweisen“ war. Grundsätzlich aber – und darauf spekulierten die Klöckner-Bosse – darf der Betriebsrat nach bürgerlichem Recht z.B. beim Streik keinen Streikposten organisieren, darf sich also nicht aktiv für die Interessen der Kollegen einsetzen.

Und darin besteht auch der Kern dieses Gesetzes: den gewählten Vertretern der Kollegen sollen die Hände gebunden werden.

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

Richtigstellung

Erst ein KBW-Genosse aus Stuttgart mußte uns in einem Leserbrief auf einen argen Fehler in dem Artikel „KBW: Ab durch die Mitte“ aufmerksam machen. Das dort angegebene „Mao-Zitat“ („Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft. Denn für alles Reaktionsäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt“) gibt es in Wirklichkeit nicht. Vielmehr heißt es: „Was die chinesischen Reaktionsäre betrifft, so sind wir verpflichtet, das Volk zu organisieren, damit es sie niederschlägt. Für alles Reaktionsäre gilt...“ (Worte des Vorsitzenden, S.13).

Feinlich, peinlich! – Der zuständige Redakteur hatte bei der Durchsicht des Artikels (der von Genossen des Metallkomitee Hamburg geschrieben war) bei dem Zitat zwar gestutzt, aber auf eine Überprüfung verzichtet. Wir haben uns vorgenommen, zukünftig wachsam zu sein. Dem Genossen vom KBW an dieser Stelle ein Dankeschön!

AK-Redaktion

Prozesse gegen Kölner IGM-Führer:

Welch ein Sumpf!

Die Arbeitsgerichtsprozesse der drei entlassenen hauptamtlichen IGM-Metall-Führer in der Kölner Ortsverwaltung endeten alle mit Mißerfolgen. Nachdem die Klagen von Heino Wientgen und Günter Tolusch gegen ihre Entlassungen bereits abgelehnt wurden, scheiterte nun auch Kassierer Erich Wengenroth in erster Instanz.

Die drei waren vom IGM-Hauptvorstand entlassen worden, nachdem bekannt wurde, daß unter ihrer Amtsführung über eine halbe Million Mark Gewerkschaftsgelder für Werbe- und Repräsentationszwecke ausgegeben wurden und die Herren zusätzlich noch Schmiengelder kassierten (wir berichteten im AK hierüber). Die Vorwürfe richteten sich besonders gegen Wientgen und Wengenroth, während Tolusch gleich mit anlassend wurde, da er als erster Ortsbevollmächtigter diese Sachen duldet. Mit Tolusch entledigten sich die Gewerkschaftsführer einer ihrer profiliertesten „linken“ (sozialdemokratischen) Kritiker, der auf dem Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden die Gruppe der „Oppositionellen“ gegen den zweiten IGM-Vorstand Hans Mayr anführte.

Die Entlassung war allerdings die einzige „auflösende“ Maßnahme der IGM-Führer in diesem Fall. Ansonsten sind sie redlich bemüht, die wahren Vorgänge im Geheimen zu „überprüfen“ und die Arbeiter hieraus möglichst rauszuhalten. Nur die Tatsache, daß sich die Vorgänge hart am Rande der bürgerlichen Legalität bewegen, erschwert es ihnen, alle Fakten vorzuenthalten.

Die Kölner Vorgänge verdeutlichen, wie wenig Einfluß und Kontrollen die Arbeiter auf die Gewerkschaftsführer haben, wie weit diese sich von den Interessen der Arbeiter entfernt haben und wie sehr ihnen ihr Posten als Boss ihrer eigenen Existenz und Sprungbrett ihrer persönlichen Karriere gilt. Insofern sind die Kölner Vorgänge, seien sie auch extrem (?), typisch und die Gewerkschaftsführer haben alles Interesse daran, daß sie nicht zuviel Staub aufwirbeln.

Im Prozeß gegen Wengenroth am 25.10. wurden folgende Einzelheiten bekannt, die zeigen, mit welcher

bodenlosen Unverschämtheit hier mit den Beiträgen der Gewerkschaftsmittglieder verfahren wurde: In 15 Monaten wurden folgende Waren gekauft, geliefert und bezahlt:

- 41.000 Kugelschreiber
- 7.960 Filzschreiber
- 2.000 Kapselheber
- 1.274 Feuerzeuge
- 3.031 Schlüsselsteine
- 540 Nähnähte
- 68 Reisewecker
- 1.258 Kleinleuchten und Taschenlampen
- 2.995 Weinköffchen m. Inhalt

Die folgenden Bestellungen stehen noch aus, und die Firmen verlangen ihre Abnahme:

- 10.860 Kugelschreiber
- 49.000 Notizblöcke
- 3.320 Filzschreiber
- 250 Feuerzeuge
- 750 Schlüsselsteine
- 5.000 Prospektstühlen
- 10.000 Klarischthüllen
- 5.000 Heftstreifen.

Die Prose hierfür waren in einzelnen Fällen um 200 bis 600 Prozent überhöht. Allein für die Kugelschreiber soll Wengenroth, der als Gewerkschaftsführer 3.900 Mark monatlich verdiente, 160.000 Mark an Provision kassiert haben, was ihm allerdings nicht nachgewiesen werden konnte.

Wengenroths Kollege Wientgen hat inzwischen auf die Berufung gegen das Urteil verzichtet, so daß seine Entlassung rechtskräftig ist. Tolusch geht in die zweite Instanz.

Man sollte in diesem Fall bei aller berechtigten Empörung nicht allein nur die kriminellen Fakten sehen, sondern vor allem die Grundlage, auf der es zu solchen Vorfällen kommt! Und die besteht in einer Gewerkschaftspolitik, die nicht die Interessen der Arbeiterklasse zu ihren obersten Leitlinie macht, sondern die Klassenzusammenarbeit und die Verbündung mit dem kapitalistischen System. Und in diesem System und solche Verhaltensweisen, wie sie die Kölner IGM-Führer an den Tag legten, nichts weiter als normal.

**Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

VFW, Bremen:

Widerstand abgeblockt

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir von der Einführung des Leistungsbewertungssystems bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW-Fekken) in Bremen. Hatten wir uns da noch zu einer etwas optimistischen Einschätzung des Widerstandes gegen das System verlesen lassen, zeigen uns die folgenden Ergebnisse, daß diese Einschätzung nicht richtig war.

Am 24.9. fand die außerordentliche Abteilungsversammlung der „Gewerlichen“ über das Leistungsbewertungssystem (LBS) statt. Zu erinnern ist hier noch einmal, daß eine Unterschriftensammlung hierfür an zwei Tagen von ca. 200 der rund 800 Arbeiter unterstützt wurde. Diese Unterschriftensammlung wurde abgelehnt durch einen eiligen Beschluß des Betriebsrates, dessen Abteilungsversammlung durchzuführen.

BR-Vorsitzender Hettling pries auf der Versammlung an, welchen „Fortschritt“ das LBS bedeute (Aber für wen?). Und daß es sich immerhin um eine Betriebsvereinbarung handle, die zwischen BR und GL zustande gekommen ist und sich hieran schon zeigen würde, daß es „gar nicht so schlecht“ sein könne.

Insgesamt beteiligten sich viele an der Versammlung, die die Gewerkschaftsführer, besonders die linken und klassenkämpferischen Kollegen von der Jugendgruppe trennen zu können.

Bei den Kollegen ist das Vorgehen der OTV-Ortsverwaltung gegen die Jugendgruppe auf Empörung gestoßen. Die antikomunistische Politik wird jedoch noch nicht durchschaut.

Die Kollegen der Jugendgruppe haben sich nach diesen Angriffen zusammengefaßt und einheitlich beschlossen, sich nicht kleinreden zu lassen. Es wurde eine schriftliche Stellungnahme verfaßt. Darin macht die Jugendgruppe klar, daß es für ein demokratisches Recht hält, ihre Meinung ohne Zensur zu veröffentlichen. Die jüngeren und kritischen Kollegen sollten auch weiterhin eng zusammenarbeiten.

Weiter wurde beschlossen, daß einige Mitglieder der Jugendgruppe zu

in der Lohngruppe höher zu kommen, aber dann müßten sie schon in der Leistungsstufe weiter unten liegen. Diese Enthüllungen der Kollegen wurden vom BR-Vorsitzenden dazu benutzt, jetzt ausführlich auf Lohngruppen abzukommen, bzw. hiermit nochmals das „Gute“ des LBS vorzubringen, wodurch es vielen Kollegen angeblich möglich gemacht wurde, höher zu rutschen.

So wurde insgesamt die Notwendigkeit der Abschaffung des LBS nicht deutlich. Nur ein Teil der Kollegen hat wirklich Auseinandersetzungen darüber geführt, bzw. hat das LBS als Angriff auf unsere Interessen durch Spaltung und Schwächung unserer Kampfkraft verstanden. Und hierbei spielt der BR eine wesentliche Rolle, besonders der Demagog Hettling, der immer wieder das „Positive“ des LBS anpries und ablenkte von den wirklichen Fragen.

Dementsprechend fielen auch die zwei Abstimmungen aus. Eine Resolution mit der Forderung nach Abschaffung des LBS, allerdings verbunden mit der Forderung „1 DM mehr für alle“, wurde knapp abgelehnt. Die zweite Resolution – vom BR-Vorsitzenden eingebracht –

„Wir sind bereit, einzustimmen, wenn es sich um eine antikomunistische Hetzkampagne eingeleitet wird, um in diesem Klima fortschrittliche Gewerkschaftsgruppen zu zerschlagen und kommunistische Gewerkschafter auszuschließen.“

Die Jugendgruppe muß sich auf weitere Angriffe gefaßt machen. Die momentane Empörung der Jugendgruppenmitglieder muß in eine langfristige konsequente Gewerkschaftsarbeit münden. Die Jugendgruppe muß verstärkt an die Kollegen an der Universität herantriften. Probleme wie Stellenstop, fehlende Arbeitskräfte durch 40-Stundenwoche, Hörschulgruppen, Tarifrunde, Angriffe der Presse auf den Öffentlichen Dienst, Arbeitslosigkeit, Ausbildung etc. müssen aufgegriffen werden.

**OTV-Genossen
KB/Gruppe Hamburg**

Anzeige

arbeiterbuch

KG Politische Buchhandlung Stahl & Co

7. Stanley 13. Endorfer 15. Tübingen 18.88

Die KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der KOMINTERN

Die Komintern – auch die Dritte Internationale genannt – ist der Zusammenschluß der kommunistischen Parteien nach 1919 gewesen. Sie ist entstanden aus dem Kampf gegen den Revisionismus der (sozialdemokratischen) II. Internationale. Entscheidend beteiligt an der Entstehung war die KP Rußlands. Ohne die Orientierung Lenins auf den Zusammenschluß derentsprechenden

Um sich noch ein genaueres Bild von diesen Dingen machen zu können, sei hier der neueste (Band 6) etwas genauer vorgestellt:

Band 6 der „Kommunistischen Internationale“
ca. 1000 Seiten – 29,- DM

Der Band 6 enthält die Hefte

Der Band 6 enthält die Hefte 21.-30. die zwischen Mitte 1922 und Ende 1923 erschienen sind. Was Deutschland anbetrifft, so fallen in diese Zeit das wichtige Jahr 1923 mit Ruhrbesetzung durch die französischen Imperialisten, die gemeinsame Regierung von KPD und SPD in Sachsen/Thüringen, Inflation, Putsch der Faschisten in München und zum Abschluß der Hamburger Aufstand. Zu dieser Entwicklung stehen vor allem Sinowjew – der damalige Generalsekretär der KI – Radek und Thalheimer Stellung. (Zu diesem Thema: s.a. „Die deutsche Revolution“ vom KB).

Weiter wird mehrfach auf den faschistischen Umsturz in Bulgarien eingegangen (von Radek und der bulgarischen KP selbst). Mehrere Beiträge (von Radek, Thalheimer und Sinowjew) gehen auf das Problem der Einheitsfront Sozialdemokraten und Kommunisten ein.

Eine größere Zahl von Einzelbeiträgen befaßt sich mit den Themen: Überbelaub der „Arbeiteropposition“ in der KPR, die Anarchosyndikalisten (von Losowsky), zur Situation in der KP Frankreichs (von Trotzki), über den Arbeiteraufstand in Südafrika, über die Einigung der Zweiten mit der Zweihalb-Internationalen, zu den Klassenkämpfen in Japan und Ungarn, über den republikanischen Kampf in Irland, zur Frage der Bauern, Politik des Proletariats, mehrere Beiträge zum Faschismus in Italien (s.a. von Aquila) und über die englischen Sozialdemokraten.

Weitere Beiträge befaßen sich mit der Frage eines Programms für die Komintern und mit den Problemen der Bauernpolitik in der Sowjetunion.

Außerdem enthält jedes Heft einen bibliographischen Teil, in dem die damals neuesten Bücher besprochen wurden (und die z.T. auch heute noch aufgelegt – noch existieren von z.B. das Buch von Auerbach: „Marx und die Gewerkschaften“).

Der Band 6 enthält zum Abschluß noch einen längeren Beitrag von Eugen Varga mit dem Titel „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im zweiten Vierteljahr 1923“, der als Beilage zur „Kommunistischen Internationale“ erschienen ist. Dieser enthält in einem allgemeinen Teil eine Einschätzung der weltwirtschaftlichen Lage und der Reparationsfrage und in seinem speziellen Teil eine Übersicht über die wirtschaftliche Lage der meisten europäischen Länder und der USA.

Es ist völlig klar, daß diese Zeitung den besten Überblick über die Entwicklung der Komintern – der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern, die Entwicklung der verschiedenen Parteien der einzelnen Länder vermittelt, den es überhaupt geben kann. Hier sind die wichtigsten Beiträge der verschiedenen Kongresse, die z.T. richtungsweisend für die Entwicklung der gesamten kommunistischen Bewegung waren (die Protokolle gibt es als Einzelbände extra) ebenso abgedruckt wie die Stellungnahmen des EKKI und verschiedener kommunistischer Parteien zu wichtigen Einschnitten in der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder. An Hand dieses Organs läßt sich die gesamte Diskussion innerhalb der Komintern (z.B. um die Frage der Einheitsfront, des Sozialfaschismus usw.) nachverfolgen.

Die „Kommunistische Internationale“ ist vom Politbüro nachgedruckt worden. Insgesamt existieren von diesem Zentralorgan der EKKI 22 Jahrgänge (vom Mai 1919 bis Mai 1941). Von diesen Nachdrucken sind bis heute die ersten sechs Bände erschienen. Insgesamt existieren ca. 40 Bände, die Politbüros die nachdrucken wird. Der Einzelband kostet 45,- DM, bei Abnahme von jeweils einem Drittel der Bände 39,- DM. Wir vom Arbeiterbuch haben sie jedoch zum verhältnismäßig Subskriptionspreis von 33,- DM je Band erhalten.

Es ist klar, daß es normalerweise unmöglich ist, sich alle Bände oder auch nur eine größere Anzahl davon zu kaufen. Dazu sind sie viel zu teuer. Es ist aber durchaus sinnvoll, sich diesen oder jenen Einzelband zu kaufen, da sie sehr wichtige Dokumente, Reden und Diskussionsbeiträge enthalten.

Wir haben daher den Preis für einen Einzelband von 45,- DM auf 29,- DM herabgesetzt.



Kollegen wehren Angriff der Geschäftsleitung ab

Bei einem Teil der Elektriker der Werkverhaltung (WEE) wurde mit Zustimmung des rechten BR am 1.10.74 die „Kontischicht“ eingeführt. Für die Kollegen hieß das, sie mussten die Frühschicht jetzt im sieben-Tage-Rhythmus arbeiten. Nur ein Wochenende im Mo., st. die anderen freien Tage auf den Monat verteilt. Weniger Geld, da die Überstunden wegfielen. Das machten die Kollegen nicht mit! Nach langen Auseinandersetzungen, auf deren Höhepunkt der Vertrauensmann der Abteilung „Fristen beurlaubt“ wurde, arbeitete die Kollege ab 1. November wieder im fünf-Tage-Rhythmus!

Die Einführung der Kontischicht geschah nach HSW-Manier:

Am 30. September, also einen Tag vor der geplanten Schicht, erschien kurz vor Feierabend der Abteilungsleiter und knallte den Kollegen ihren neuen Schichtplan an den Kopf.

Obwohl die Kollegen dieser unerwarteten Angriff unvorbereitet traf, reagierten sie spontan richtig: Am 1. Oktober erschienen alle zur gewohnten Schicht!

Den Versuchen der Geschäftsleitung und der Meister, die Einheit der Elektriker zu spalten, trafen die Kollegen dadurch entgegen, daß sie nur noch gemeinsam auftraten. So gingen sie gemeinsam zum BR und verlangten, daß dieser sie in ihrem

Kampf gegen die Kontischicht unterstützen sollte.

Die Geschäftsleitung versuchte nun, auf die Sanfte die Kollegen einzufangen. Ihr Sprecher Schmidt: „Das ist doch alles nur zur Probe. Nach einem Monat tragen wir dann alle (!) unsere Erfahrungen zusammen, dann werden die Kollegen an der Ausarbeitung des neuen Schichtplans beteiligt!“

Als auch solche Sprüche bei den Kollegen nicht verfielen, schaffte es der Abteilungsleiter und Schmidt, einen wesentlichen Kollegen herauszubringen. Ihm wurde „verprochen“, daß er weiterhin fünf-Tage-Schicht gehen könnte. Dieser Besetzung erlag der Kollege.

Am 2. Oktober erschienen nur noch wenige zur gewohnten Schicht.

Daß es schwierig sein würde, den rechten BR mit in den Kampf der Kollegen einzubeziehen, wußten die Elektriker. Gerade die rechten BR-„Fürsten“ hatten die neue Kontischicht-Regelung vorweg in einer Regelabstimmung abgesegnet!

Die BR-Fürsten sparten entsprechend nicht mit Appellen: „Als gute Gewerkschafter müßt ihr doch ein Interesse daran haben, daß Überstunden abgebaut werden. Einzelinteressen der Elektriker können wir hier nicht berücksichtigen!“ (zweiter Vorsitzender Krämer). „Ihr seid die Einzigen, denen die Kontischicht nicht paßt. Warum sucht ihr euch nicht eine neue Arbeitsstelle.“ (Vorsitzender Venohr).

Auch auf der Betriebsversammlung am 23.10.74 ging der BR auf die Probleme der Kollegen nicht ein. Dies tat jedoch der Vertrauensmann Norbert D., der gegen die Kontischicht Stellung nahm.

Die Geschäftsleitung reagierte prompt! Norbert D. wurde „beurlaubt“ und mußte mit seiner Kündigung rechnen!

Schon Anfang August war ihm von den Gewerkschaftsführern ein „Revers“ vorgelegt worden, in dem er sich von den Kollegen im Betrieb und vom METALLARBEITER (Zeitung des KB) distanzieren sollte. Das lehnte Norbert D. ab und wurde daraufhin von der Geschäftsleitung schon damals sofort „beurlaubt“! (Siehe AK Nr. 50). Diese Beurlaubung mußte damals jedoch kurze Zeit später wieder aufgehoben werden.

Elektriker: „Fünf Tage, das ist unsere Forderung“

Trotz der Rückschläge in ihrem Kampf zuerst Spaltung, die Nachschüsse vom BR und VK und die Beurlaubung ihres Kollegen – hielten die Elektriker an ihrer Forderung fest! Durch diese unbesorgte Haltung erzwangen sie ein „Gespräch“ mit dem gesamten BR, an dem jeder Kollege teilnahm!

Sie ließen sich nichts vormachen, ihre Forderung stand: „Fünf Tage, sonst nichts!“ Die Kollegen kamen auf die „Zusage“ der Geschäftsleitung und des BR zurück, daß „alles zunächst auf Probe“ sei. Sie verlangten, daß die „Probe“ auf ihrem Rücken jetzt ein Ende haben müßte: „Jetzt ist Schluss mit der Kontischicht!“

Mit der Zusage in der Tasche, „neue Forderungen werden wir gegenüber der Geschäftsleitung vorbringen“, verließen die Kollegen das BR-Büro! Auch anderntags, als nochmals die Geschäftsleitung bei den Kollegen in der Abteilung erschien, um sie unter Druck zu setzen, hielten die Kollegen stand. Selbst die BR-Fürsten Feilbach und Moede mochten in „Anwesenheit der Kollegen keine „Klassenzusammenarbeit“ leisten.“ Sie waren gezwungen, die Forderungen der Elektriker mit zu vertreten.

Die prinzipielle Haltung der Geschäftsleitung und ihrer Händler im BR jedoch wird daran klar, daß sie zur gleichen Zeit (zum 1.11.74) in einer anderen Abteilung des Werkes – bei den Kokillenschlossern – die Kontischicht mit gleichen Methoden einführen! Genauso wie bei den Hydraulikschlossern im Stahl- und Walzwerk müssen diese Kollegen jetzt im sieben-Tage-Rhythmus arbeiten. Für die Kollegen in der WEE wäre es daher bestimmt falsch, sich auf dem Lorbeer des ersten Erfolges auszuruhen.

„Aus diesem Grunde ist es für die Elektriker wichtig, eine möglichst breite Öffentlichkeit herzustellen und die Solidarität der Kollegen zu bekommen. Sie sollten mit den Kollegen der anderen Abteilungen über die Schicht diskutieren und Erfahrungen austauschen.“

Nur gemeinsam wird es möglich sein, die Angriffe der HSW-Kapitalisten abzuwehren und den BR zum wirklichen Interessenvertreter der Kollegen zu machen.“ (Aus: METALLARBEITER, Betriebsausgabe HSW).

Betriebsstelle HSW
KB/Gruppe Hamburg

IGM-Beiträge Glasklarer Betrug

In der „Metall“ Nr. 21 (Gewerkschaftszeitung) fanden wir auf der ersten Seite ein Bild mit der „Gläsernen Tasche“ der IGM-Führer. In diese Tasche und einzelne Blöcke eingebaut, die die Beitragspolitik dieser Herren bildlich darstellen sollen. Der größte Block ist mit dem Wort „Streik“ tituliert und in die Mitte gerückt. „Verwaltungskosten“ und „IMB, DGB“ sind dagegen auf die Seite gedrückt und nehmen nur ein Viertel der Tasche ein.

Schlägt man nun die „Metall“ in der Mitte auf, erfährt man dann allerdings genau das Gegenteil. Im Zeitraum 1971 - 73 kamierten die IGM-Führer den Kollegen 651,2 Mio. DM Beitrag ab.

- Davon wanderten in die Verwaltungskosten: 82,1 Mio. (14 %)
- Verwaltungskosten: 174,5 Mio. (30 %)
- DGB/IMB: 88,5 Mio. (15 %)

Im Gegensatz dazu gingen aus den Beiträgen ganze 4,2 Mio. DM in den Streikfonds, was nicht einmal 1 % (!) ausmacht.

Zu diesem Betrugsmandat auf Seite 1 der „Metall“ kommt noch hinzu, daß von den Gewerkschaftsführern die Erhöhung der Beiträge damit begründet wird, daß „schwere Arbeitskämpfe auf uns zukommen“. Sicher, diese Einschätzung teilen wir. Allerdings meinen wir, daß die IGM-Führer diese wohl kaum unterstützen werden.

Dieser „gläserne“ Versuch der Gewerkschaftsführer, sich zu rechtfertigen und im Stil der Springer-Prese Bauernfängerei zu betreiben, zeigt ihre sozialdemokratische Verkommenheit.

HDW-Arbeiter-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg Kurzarbeit und Entlassung bei VALVO Philips will noch mehr aus uns rausquetschen

Dienstag, den 16.10., erfüllt es der Betriebsrat (BR) von der Geschäftsleitung, am Mittwoch morgen die Kollegen – durch die „Morgenpost“:

Kurzarbeit bei Valvo RHW. Philips hatte die BR-Kollegen an die Schweigepflicht gebunden und gleichzeitig eine Presseerklärung herausgegeben, so unterrichteten die Unternehmer ihre „Mitarbeiter“ über wichtige Maßnahmen, die sie selbst betreffen!

Auf der Betriebsversammlung am Donnerstag durfte dann der BR, entgegen der Gewohnheit, als erster sprechen und die Maßnahmen schmuckhaft malen.

Verkündet wurde den Kollegen, daß ab 1. November Kurzarbeit für acht Wochen ansteht. Betroffen sind, 500 Kollegen aus der Halbleiterfertigung und 120 Kollegen aus der Einzelteilfertigung.

Laut Auskunft der Geschäftsleitung ist aber noch lange nicht gesagt, daß die Arbeitsplätze damit gesichert sind. Hagemeister von der Geschäftsleitung hat auf der Betriebsversammlung bekanntgegeben, daß noch ca. 200 Kollegen aus der Halbleiterfertigung und beim indirekten Personal überzählig sind. Die Presseerklärung dazu: „Über diese Kurzarbeit hinaus bedürfen längerfristig notwendige strukturelle Maßnahmen auch eine Reduzierung der Belegschaft, ein Problem, das man im großen und ganzen durch den Nichtersatz beim natürlichen Abgang von Personen hofft, lösen zu können.“ (Hervorhebung von uns).

Wegen der „ersten“ Lage wurde dann auch die innerbetriebliche Lohn- und Gehaltsüberprüfung für dieses Jahr gestrichen.

Philips entläßt – für noch größere Profite

Aus all diesen Sachen könnte man schließen: Valvo und Philips stehen vor der Pleite! Aber:

- die Geschäftsleitung ließ wissen, daß 1973 der Umsatz erstmals die Milliardengrenze überschritten hat und daß man optimistisch in das zweite Halbjahr gegang ist: „Bisher hatten wir noch immer das nötige Kleingeld!“
- laut „Welt“ vom 3.4.74 gibt es einen positiven Wirtschaftsbericht, Valvo sei Marktführer auf dem Sektor der Farbbildröhren und der größte deutsche Produzent von Bauelementen für die Elektronik. Im letzten Jahr hat für mehr als eine Milliarde DM Bauelemente geliefert worden, und Valvo rechnet auch in diesem Jahr mit weiterhin steigendem Umsatz.
- Die in der Alldiephi zusammengefaßten deutschen Philipsunternehmen erzielten 1973/1974 fast 3,5 Mrd. DM Umsatz, das ist um 14 % mehr als 1972/1973. Der Jahresüberschuß stieg um 41 % auf 252 Mio. DM, das macht 7,2 % des Umsatzes (zum Vergleich: bei Siemens, ebenfalls ein füh-

render Konzern in der Elektrobranche, betrug die Steigerung 2,7 %).

- Die „Welt“ berichtete am 17.9.74, daß die Philipskapitalisten weiterhin ein gutes Geschäft erwarten, denn laut Saal (Vorsitzender der Geschäftsführung) ist kaum eine Verringerung des Bedarfs zu spüren.
- Eine Umsatzsteigerung von 10 - 11 % wird erwartet, die man mit der gleichen Beschäftigtenzahl hofft, schaffen zu können. („Süddeutsche Zeitung“ vom 17.9.74).

Und dafür hat Philips seine Leute: „Um die langfristige Unternehmenspolitik entsprechend zu entwickeln, hat der Philips-Konzern eine eigene Gruppe für strategische Planung eingerichtet.“ (Blick durch die Wirtschaft“, 30.8.74, Hervorhebung von uns). Diese Herren werden eigens dafür bezahlt, den Konzern von Zeit zu Zeit durchzuforschen, um einen unprofitablen Zweig einfach einzuschneiden oder sogar abzuhängen!

Solcher Zweig war die Empfänger-Röhrenproduktion in den RHW und sind zur Zeit der Halbleiterbereich in den RHW, die Lampenproduktion im Werk Rosendahl in Eintröden (Niederlande), das Bildröhrenwerk in Blackpool (Großbritannien). Kurzarbeit ist außerdem noch in Großbritannien für 700 Kollegen vorgesehen, in Werken in Belgien und in Australien. In der Bundesrepublik sind ein Werk in Berlin und die Valvo Hamburg von der Kurzarbeit betroffen.

In Zukunft wird die Arbeit des Planungsstabes noch wesentlich vereinfacht werden: am 23.10. wurde bekanntgegeben, daß die Firmen der deutschen Philipsgruppe Valvo, Röntgenmüller usw. zu einer Gesellschaft der Philips GmbH zusammengefaßt werden.

werden. „Philips strebt damit eine größere Übersichtlichkeit und Transparenz der Unternehmensstruktur und eine erhöhte Effizienz an.“ (Auszug in der Valvo).

Erhöhte Effizienz, das heißt mit einer Verringerung der Beschäftigtenzahl und erhöhten Rationalisierungen soll aus den Kollegen der Philips-Stammwerke ein höherer Profit gepresst werden. Der wird dann wieder in den Ländern investiert, wo die Profite noch höher sind, in den Ländern mit extrem niedrigen Löhnen! Im Zusammenhang damit dürfen die jetzt anstehende Kurzarbeit und Entlassungen von den Arbeitern der Philips-Betriebe nicht als ein isoliertes Problem der Valvo RHW gesehen werden. Das Vorgehen der Philips-Konzernleitung ist hier beispielhaft für das zukünftige Vorgehen mit dem Blick auf die „erhöhte Effizienz“!

Kurzarbeit und Entlassungen – Solidarität bei den Kollegen!

Die Geschäftsleitung geht bei den Kürzungen der Belegschaftszahlen tactisch vor. Die Kolleginnen der Empfänger-Röhrenfertigung z. B. wurden nicht auf einen Schlag entlassen, sondern in andere Abteilungen oder Philips-Betriebe „zur Bewährung“ versetzt. Mit der Furcht um den Arbeitsplatz werden die Kollegen nun zu noch höheren Leistungen angegriffen und gegeneinander ausgespielt.

Die notwendige Solidarität ist durch die Salami-Taktik sehr erschwert worden. Dazu kommt, daß die meisten Kollegen die „Krisen“ bei der Valvo schon kennen, und da sie diese schon mehrere Male „überlebt“ haben, meinen sie, daß es nun auch wieder so sein wird. Außerdem werden ja „nur“ Kollegen entlassen, die „selbst schuld“ sind, öfter krank, kritische Kollegen, Ausländer usw., laut BR-Vorsitzenden die „schwarzen Schafe!“ Damit unterstützen die BR noch die Spaltung der Kollegen in „gut“ und „schlecht“!

Aber mal dieser Haltung gehen wir den Kapitalisten voll auf den Leim, denn die Maßnahmen, die die Philips-Strategen für ihre „Kollegen“ ausgeführt haben, betreffen uns alle. Egal, ob es sich um direkt von Entlassung, Kurzarbeit oder Umsetzung betroffene Kollegen handelt oder um einen, der es „überlebt“ hat. Die Arbeitsteilung wird noch mehr steigen, denn die Arbeit der entlassenen Kollegen muß noch mitgemacht werden! Diese Maßnahmen können nur durch eine solidarische Abwehrbewegung aller Kollegen verhindert werden.

Es ist ein Fortschritt, daß zu den anstehenden Problemen Kurzarbeit, Gleitende Arbeitszeit und Tarifurnde eine öffentliche Veranstaltung der Vertrauensleute stattgefunden hat. (Zur Tarifurnde noch am 12.11. eine Mitgliederversammlung stattfinden).

Und zu guterletzt noch ein guter Rat von „unserem“ Gewerkschaftsführer Johnny Möllner: „Laßt Euch nicht einschüchtern Kollegen, Kurzarbeit und Entlassungen sind ja nur vorübergehend.“ Johnny, wenn man, wie du, 4.160,- DM plus Spesen im Monat bekommt und noch nicht einmal selbst betroffen ist, dann kann man den Kollegen schon mal einen solchen Rat geben, es gehört aber eine Riesensportion Frechheit und Zynismus dazu!

Betriebszelle Valvo
KB/Gruppe Hamburg

Reynolds, Hamburg:

Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hat am 23.10.74 Reynolds/Aluminium die Erlaubnis zur weiteren Produktion erteilt.

Damit hat das OVG zum zweiten Mal eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts, nach dem Reynolds die Produktion einstellen mußte, zugunsten von Reynolds geändert.

In der Urteilsbegründung werden im Sinne von Reynolds und des Hamburger Senats, demnach die Arbeitsplätze benutzt, um Reynolds das weitere Profite machen zu erlauben. „Eine Abwägung der Nachteile, die eine Einstellung des Betriebes für die Arbeitnehmer und die Hafenindustrie bedeuten würde, mit den möglichen Schädigungen der Blumen- und Gemüseproduktion hat Ausmaß dafür gegeben, daß die Firma Reynolds die Produktion im bisherigen Umfang fortsetzen darf.“ (32. 24.10.74).

Urteil gegen die Bevölkerung

Damit hat sich das OVG dem von Reynolds und Senat schon lange vertretenen „Rechtsstandpunkt“ angeschlossen, die mit dieser Argumentation die Urteile des Verwaltungsgerichts bekämpfen. Das Oberverwaltungsgericht stellt sich damit gegen die Interessen der Bevölkerung. Obwohl auch hier „Schäden nicht ausgeschlossen“ werden könnten, wurde die von Reynolds vertretene Gefährdungslage legalisiert.

Für die Bevölkerung bleibt das „Zugeständnis“, daß Reynolds vom 1.11.74 an nur mit 2/3 der Kapazität produzieren darf. Diese Produktionseinschränkung soll sogar bis Ende 1975 gelten; in dieser Zeit sollen die Schutzmaßnahmen überprüft werden. Damit ist auch für die Konzernherren das Urteil nicht vollständig „zufriedenstellend“, denn das Urteil schmälert den erwarteten Profit um monatlich 2,5 Mio. DM.

Das Gericht behält sich jedoch

vor, seine Entscheidung „bei einer Änderung der Sach- oder Rechtslage jederzeit zu revidieren.“

Dadurch ist für die Konzernherren noch nicht alles Tage Abend. Es besteht jetzt immer noch die Möglichkeit, die Erlaubnis für die dritte Elektrolysevorstufe kurzfristig zu erhalten.

Vorerst scheint man dieses Urteil gelassen anzunehmen. Dramatische Entwicklungen in dieser Richtung (gemeint sind Entlassungen) wird es nicht geben, so die Konzernleitung in der „Welt“ vom 1.11.74. Klar ist allerdings, daß die Reynolds-Kapitalisten die innerbetriebliche Auseinandersetzung verschärfen werden. Sie werden versuchen, das Urteil gezielt einzusetzen zur Verweigerung von Sozialleistungen und zur Disziplinierung der Arbeiter.

Betriebszelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg



Am 8. November demonstrierten in Hamburg etwa 2.500 bis 2.800 gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats.

Hanomag-Henschel, Harburg.

Kurzarbeit und Arbeitshetze

— Zwei Seiten einer Medaille

Mit immer dreistoren Maßnahmen führen Schreyer's Offiziere der Harburger Hanomag-Henschel Leitung ihre Rationalisierungspolitik durch. Wir berichten bereits über die Stilllegung eines Großteils der Transporterproduktion, und von den „Zukunftsvisionen“ der groß angelegten Nachfolgeproduktion. Mittlerweile ist die Transporterproduktion so gut wie eingestellt und die neue Arbeit da. Im folgenden die jüngsten Auswüchse dieser Rationalisierungspolitik.

Kurzarbeit

Vom 16.12. bis 3.1.75 wird erneut in Teilen des Werkes Kurzarbeit durchgeführt. Betroffen sind alle noch für den Transporter arbeitenden Kollegen. Die offizielle Begründung für die Kurzarbeit lautet: „schlechte Marktlage“ und „Abmagerungsweg“. sowie gleichzeitige Kurzarbeit in den Werken Düsseldorf und Bremen. Es ist bekannt, daß die gesamte Dreherei aber ausgerechnet die Abteilung, die am stärksten von der Kurzarbeit betroffen ist. Es liegt also nahe, daß die Kurzarbeitsperiode dazu benutzt wird, kurzzeitig die Dreherei wegzuschaffen und die Nachfolgearbeiten aufzubauen — um so die Bezahlung der Kollegen während dieser Zeit zu vermeiden.

Endgültige Stilllegung der Autoproduktion

Vor einigen Wochen lief der letzte „normale“ Transporter in Harburg vom Band. Seitdem werden nur noch Sonderfahrzeuge gebaut. Die betroffenen Kollegen und auf andere Abteilungen verteilt worden. Nun soll auch der letzte Rest verschwinden. Die Kollegen an dem für Sonderfahrzeuge zuständigen kleinen Band erfahren in der letzten Oktoberwoche durch Zufall, daß in dieser Woche eigentlich der letzte Wagen hätte gebaut werden sollen. Verhofft und importiert haben wir immer zugerechnet worden, daß bis Ende '75 noch die Sonderbauten in Harburg

bleiben) zitierten sie daraufhin den BR-Vorsitzenden G. Paulsen zu sich. Er kam — und wollte sich nach einigen Sprüchen gleich wieder verabschieden, worauf die Kollegen um ihn einen Kreis bildeten und ihm so nach und nach die Würmer aus der Nase rogen. Er gab dann zu, daß die Kollegen jeden Tag mit der Stilllegung rechnen müßten, eventuell auch Kurzarbeit mitmachen, und daß im Übrigen der BR natürlich zugestimmt hat...

Mit diesem Schritt der endgültigen Einstellung der Autoproduktion ist ein Schlüsselstein unter die seit Jahren laufende Entwertung gezogen. Produziert wird heute nur noch Zubehörmaterial (Schaltungen und Lenkungsgeräte) für andere Daimler-Werke.

Neue Fertigung — Arbeitshetze und Disziplinierung

In den neuen Fertigungsbereichen herrscht eine lätschlich wahnwitzige Arbeitshetze, gepaart mit überhöhten Disziplinierungsversuchen. An Maschinen, wo pro Schicht in der Regel 4-500 Stück gemacht werden, will der Stopper 1.200 haben. Fast durchgängig wird versucht, mindestens das Doppelte von dem rauszuholen, was die Kollegen ohne Akkord schaffen. Mit Tricks werden einzelne Kollegen dazu gebracht, traurige Akkord„rekorde“ auf Kosten der übrigen Kollegen aufzustellen. In der Stanzerei liegt dieser bei derzeit 7.000 Stück an einer Maschine, wo sonst immer 2.800 - 3.000 Stück gemacht wurden.

In der Mantelrohrfertigung gab es einen besonders Eifrigen, der jeden Tag die Maschine wechelte und an dem einen Tag die normalen Stückzahlen erheblich überbot. Da auf den meisten Arbeiten noch kein Akkord drauf ist, gelten auch die Akkordbestimmungen (Vorteilzeit etc.) nicht, und die Kollegen werden bereits angemacht wenn sie mal zehn Minuten einen Kaffee trinken. Neuerdings versucht ein Vorarbeiter sogar, die

Frühstückspause als nicht zulässig hinzustellen! Daneben müssen die Kollegen bis Punkt Feierabend arbeiten und werden zusammengezwungen, wenn sie „schon“ eine Minute nach Feierabend stecken.

Gezielt werden einzelne Kollegen zum Personalchef gerufen, weil es wegen „Beleidigung“ (da wurde angeblich der Akkordschinder als „Schwein“ tituliert), oder wegen „zu frühen Verlassen des Arbeitsplatzes“ Gezielt werden seit neuestem auch Kollegen Gruppen auseinandergerissen, die einzelnen verärgert, andere Kollegen an die Maschinen gesetzt.

Warum diese Arbeitshetze und Disziplinierung? Tatsache ist, daß Daimler-Benz von den neuen Harburger Teilen (die sie für andere Werke brauchen) bislang seine Traum-Stückzahlen nicht bekommen hat, daß gegen die Arbeitshetze und Antriebe ein recht hartnäckiger Widerstand geleistet wird, wenn auch nicht mit Streiks, sondern durch verschiedenste Formen des passiven Widerstands.

So sprechen sich in den beiden westlichen Abteilungen (Stanzerei und Mantelrohrfertigung) die Kollegen mittlerweile über ihre Stückzahlen ab. Teilweise werden auch überhöhte Akkorde „unterboten“, um ein nachträgliches Runtersetzen zu verhindern. Wenn gestoppt wird, arbeiten die Kollegen nach ihrem Tempo und lassen sich durch die Stopper wenig beeindrucken.

Das Ausmaß dieses Widerstandes wird deutlich, wenn man bedenkt, daß heute bereits einige Maschinen nicht arbeiten können, weil das Material fehlt.

Ob auch weiterhin die Verschärfung der Arbeitshetze abgewehrt werden kann, hängt davon ab, ob die Disziplinierungsmaßnahmen abgewehrt werden können, daß die Kapitalisten mit ihren Einschüchterungsversuchen nicht zum Zuge kommen.

Betriebsrat Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Harburg

Reynolds (Hamburg):

IGM-Schreibers einsamer Kampf für die Interessen des Konzernhorm

Nachdem auf der Betriebsversammlung bei Reynolds am 17.9.74 wieder kein Vertreter der Hamburger IGM-Metall Ortsverwaltung anwesend war, beschloß der Betriebsrat (BR) eine Stellungnahme, in der das Desinteresse der IGM-Führer an den Problemen der Reynolds-Arbeiter ausführlich vorgetragen wurde. So heißt es in der Stellungnahme u.a.: „Der absolute Höhepunkt ihrer Nachlässigkeit wurde erreicht, als Sie es nicht einmal für nötig erachteten, zu einem Zeitpunkt einer solchen prekären Situation, in der sich die Arbeiter und der Betriebsrat gegenüber einer drohenden Werkschließung befinden, einen Vertreter zu entsenden.“

Außerdem wurde in diesem Schreiben die weitere Zusammenarbeit mit dem zuständigen IGM-Sekretär Problem abgelehnt.

Dieses Schreiben veranlaßte den 1. Bevollmächtigten der Ortsverwaltung Hugo Schreiber, höchst persönlich auf der nächsten Vertrauenskörpersitzung zu erscheinen. Für Hugo Schreiber war die Kritik völlig unverständlich, zumal er sich nach eigenen Angaben persönlich um die Probleme der Reynolds-Arbeiter gekümmert hat. Als Beweis brachte er eine DGB-Presserklärung mit, mit der Bemerkung: „An der habe ich persönlich mitgearbeitet, nun könnt ihr mir doch wirklich nicht mehr mangelndes Interesse vorwerfen.“

Mangelndes Interesse für die Ziele der Kapitalisten konnte ihm lätschlich nicht mehr vorgeworfen werden. So heißt es dort u.a.: „Der DGB-Hamburg weiß darauf hin, daß angesichts einer steigenden Arbeitslosigkeit, die Verdrängung oder gar den Verfall der Betriebsaufnahme emissionsaktiver Produktionsanlagen untragbar ist, wenn — wie im Falle Reynolds — die nach dem Bundesemissionschutzgesetz verhängten Auflagen erfüllt werden und die Betriebsaufnahme im öffentlichen Interesse liegt.“

Anleger, die durch die Produktion nachweisbar in ihren Rechten beeinträchtigt werden, sollten angemessen entschädigt werden.“

Die 1969 getroffene Entscheidung über den Standort des Reynolds-Werkes in unmittelbarer Nähe des

Obstbaugartens im Alten Land sei heute nicht mehr korrigierbar. Demals sei die Möglichkeit, dagegen Einspruch zu erheben, nicht genutzt worden, da das allgemeine „Umweltbewußtsein“ die „Problematik eines solchen Standortes nicht erkannt habe.“

Hiermit stellen sich die Gewerkschaftsführer eindeutig gegen die Interessen der Bevölkerung. Geradezu unvernehmlich ist es, die lätschliche Gefährdung mit „angemessenen Entschädigungen“ begleichen zu wollen. Dies wurde in dem empörten Brieftrügen einer Reihe von Vertrauensleuten angetragen.

Doch Hugo Schreiber blieb unbeirrt, Offen und plump verteidigte er die Anordnungspläne seiner Parteifreunde: „Was wollt ihr denn eigentlich?“, „wollt ihr den Laden dichtmachen?“

Jetzt kam Hugo richtig in Fahrt: „Wir sind doch damals froh gewesen als Reynolds sich hier ansiedelte, ungeachtet der Krise auf den Werften. Dieses mit dem Umweltschutz wird doch nur hochgepuselt, jetzt stehen wir bei HSW (Hamburger Stahlwerke) vor dem gleichen Dilemma. Die kriegen keine Genehmigung für den 3. Ofen, dabei wollen die doch alles für den Umweltschutz tun. Die brauchen auf den 3. Ofen, dann sollen die anderen vorübergehend stillgelegt werden, um neue Filter und Abgasanlagen zu bauen.“

Damit war Hugo Schreiber am Ende und er unterläge die weitere Kritik. „Für mich ist die Sache erledigt, ich nehme euren Standpunkt zur Kenntnis und damit fertig, und wenn das hier so weiter geht, gehe ich gleich nach Hause!“

Hugo blieb zwar, doch er gab die richtige Richtung an. Für die Reynolds-Arbeiter und die gewählten Interessenvertreter, Betriebsräte und Vertrauensleute, wird es darauf ankommen, in Zukunft weiter die Auseinandersetzung mit den IGM-Führern zu suchen, mit dem Ziel, die Abkehrung dieser Leute herbeizuführen.

Betriebsrat Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV Gewerkschaftsgruppe an der Universität Hamburg

ÖTV Gewerkschaftsgruppe an der Universität Hamburg

„Nicht klein kriegen lassen!“

Im letzten AK wurde bereits berichtet, daß die ÖTV-Jugendgruppe an der Universität Hamburg mit der Auflösung gedroht wurde, wenn sie weiterhin

1. Veröffentlichungen herausgibt, die nicht durch die Zensur der Ortsverwaltung gegangen sind, und

2. mit Kollegen über 25 Jahren in der Gruppe zusammenarbeiten.

Solange die Jugendgruppe mit ihrer Arbeit nicht an die Öffentlichkeit getreten war, kümmerte sich auch keiner um sie. Doch als sich die Jugendgruppe — dann mit einem „Offenen Brief“ — gegen die Verschleppung der Unterschriftensammlung zur „Resolution gegen die Extremistenbeschlüsse“ an die Kollegen und Vertrauensleute wandte, wurden die Gewerkschaftsführer heillos. Obwohl die Jugendgruppe noch keine konsistente klassenkämpferische Politik entwickelt hatte, führen die Gewerkschaftsführer mit großen Geschützen auf.

Nach der Methode „teile und herrsche“ soll die Jugendgruppe gespalten werden. Für die Kollegen über 25 Jahre soll eine Betriebsgruppe eingerichtet werden, die vollkommen in der Hand der Gewerkschaftsführer ist. Durch diesen Schachzug meinen die Gewerkschaftsführer, besonders die linken und klassenkämpferischen Kollegen von der Jugendgruppe trennen zu können.

Bei den Kollegen ist das Vorgehen der ÖTV-Ortsverwaltung gegen die Jugendgruppe auf Empörung gestoßen. Die antimilitaristische Politik wird jedoch noch nicht durchschaut.

Die Kollegen der Jugendgruppe haben sich nach diesen Angriffen zusammengesetzt und einheitlich beschlossen, sich nicht klein kriegen zu lassen. Es wurde eine schriftliche Stellungnahme verfaßt. Darin macht die Jugendgruppe klar, daß es für ein demokratisches Recht hat, ihre Meinung ohne Zensur zu veröffentlichen. Die jüngeren und älteren Kollegen sollen auch weiterhin eng zusammenarbeiten.

Weiter wurde beschlossen, daß einige Mitglieder der Jugendgruppe zur

Vertrauensleuteausbildung gehen. Dort sollte mit den Vertrauensleuten über die Angriffe auf die Jugendgruppe diskutiert werden.

Auf der Vertrauensleuteausbildung wurde diese Diskussion vom stellvertretenden Vorsitzenden P. Thiemann (Mitglied des Vorstands) mit dem Hinweis verhindert, die Sitzung sei „nicht öffentlich.“

ÖTV-Sekretär Gericke versuchte, die Jugendgruppe als „Querulanten“ hinzustellen. Er unterstellte die Jugendgruppe, sie würde „aus Prinzip“ gegen die Satzung verstoßen. Kritik sei zwar richtig, müsse aber „im Rahmen der Satzung“ und nicht in der Öffentlichkeit mit den Kollegen diskutiert werden.

Einen besonderen Auftritt hatte der stellvertretende Jugendvertreter Walter V., (beim im OJA-Gesellschaft bekannt). Er ist gleichzeitig einziger Leiter der Jugendgruppe. Die Gewerkschaftsführer fanden in ihm ein williges Werkzeug, um gegen die Kollegen vorzugehen. So knallte er auf der VK-Sitzung die letzte Ausgabe des ARBEITERKAMPF (Nr. 51) mit einem Artikel über die Jugendgruppe auf den Tisch und brüllte, daß er auf die Unterstützung solcher Leute verzichten würde.

Erfahrungen aus anderen Gewerkschaften zeigen, daß ein antikommunistische Hetzkampagne eingerichtet wird um in diesem Klima fort schrittliche Gewerkschaftsgruppen zu zerschlagen und kommunistische Gewerkschaftler auszuschließen.

Die Jugendgruppe muß sich auf weitere Angriffe gefaßt machen. Die momentane Empörung der Jugendgruppenmitglieder muß in eine langfristige konsequente Gewerkschaftsarbeit einfließen. Die Jugendgruppe muß verstärkt an die Kollegen an der Universität herantritt. Probleme wie Stellenplan, fehlende Arbeitskräfte durch 40-Stundenwoche, Höhergruppierungen, Tariffrage, Angriff der Presse auf den Öffentlichkeitsdienst, Arbeitsunruhe, Ausbildung etc. müssen aufgegriffen werden.

ÖTV-Garomon
KB/Gruppe Hamburg

Westberlin:

ÖTV plant Ausschlüsse

Am 31.10 gab die Bezirksverwaltung (BV) Westberlin der ÖTV der Presse bekannt, daß sie „mit allen Konsequenzen“ gegen den Personalrat und die Vorsitzenden der Fachgruppe Gerichtsfunktionäre der ÖTV, W. Wieland, vorgehen will. Der Grund: W. Wieland habe zusammen mit 128 Gerichtsfunktionären am 30.10 im Westberliner „Tagesspiegel“ eine Anzeige abdrucken lassen, die sich gegen die Isolationsfolter an politischen Gefangenen in Westdeutschland und Westberliner Gefängnissen richtete und die Abschaffung der Isolations, medizinische Versorgung durch Ärzte, freie Wahl sowie die gleiche und menschenwürdige Behandlung aller Gefangenen forderte.

Nach am gleichen Tag kündigte der stellvertretende ÖTV Bezirksvorsitzende Ingo Hinz ein Ausschlussverfahren gegen W. Wieland, „und andere“ an mit der Begründung, daß kein von den verantwortlichen Gremien die Anzeigenaktion beschlossen mit

„Überbiete hinaus“ besaß die ÖTV-Führung die Frechheit, sich „weiterhin solidarisieren“ mit den Justiz- und Justizvollzugsbediensteten zu erklären, von denen sie wisse, daß sie „ihre verantwortungsvollen und schweren Aufgabe auch weiterhin im Sinne der geltenden Rechtsordnung unter schwierigsten Bedingungen erfüllen.“

(„Tag“, 31.10.74)

Vom dem angedrohten Ausschluss haben die Betroffenen erst durch einen Reporter des „Tagesspiegel“ erfahren. Sie beschwerten daraufhin, gemeinsam am nächsten Tag beim ÖTV-Vorstand eine öffentliche Anhörung zu verlangen.

Bei dieser Anhörung wurde W. Wieland aufgefordert, freiwillig (!) die ÖTV zu verlassen, um andere vor dem Ausschluss zu bewahren! Nach dem er dieses unverschämte Ansinnen ablehnte, bekräftigte die ÖTV-Führung ihre Absicht, gegen ihn ein Ausschlussverfahren einzuleiten.

Bei dieser Anhörung wurde W. Wieland aufgefordert, freiwillig (!) die ÖTV zu verlassen, um andere vor dem Ausschluss zu bewahren! Nach dem er dieses unverschämte Ansinnen ablehnte, bekräftigte die ÖTV-Führung ihre Absicht, gegen ihn ein Ausschlussverfahren einzuleiten.

Schärfster Wind in der ÖTV

Man muß diese Vorgänge im Zusammenhang sehen mit einer ungewöhnlich schärfen Politik der ÖTV-Führer in Westberlin. Ein weiteres Beispiel dafür war die Funktionskonferenz am 8.10.1974.

Hatten verschiedene Betriebsgruppen (BG) der ÖTV die Funktionskonferenz im letzten Jahr gegen den Widerstand der Bezirksverwaltung durchgeführt, um gemeinsam über Lohn- und Gehaltsforderungen bzw. eine Teuerungszulage zu beraten, so war dieses Jahr die Bezirksverwaltung gut gerüstet.

Die Kollegen mußten eine zweifache Kontrolle über sich ergehen lassen, um überhaupt in den Versammlungssaal zu kommen.

Mehrere Mannschaftswagen der Polizei standen für etwaige „Störungen“ bereit. Im Saal selbst waren die ersten Streifen von der Rednertribüne mit getrennten Abhängern der Bezirksverwaltung besetzt.

Statt der von vielen anwesenden Kollegen geforderten Diskussion über die Lohn- und Gehaltsrunde '75,

setzte die Bezirksverwaltung ohne Abstimmung zwei Referate auf die Tagesordnung im Stil wie „Der Öffentliche Dienst — heute und morgen“. Fragen zu den Referaten durften nur schriftlich gestellt werden, von der Darlegung seiner eigenen Meinung ganz zu schweigen. Die ÖTV-Führer hatten damit erreicht, die Funktionskonferenz zu einer seitenlosen „Informationsveranstaltung“ zu machen.

Dazu muß gesagt werden, daß die meisten Bezirksgruppen bzw. Abteilungen innerhalb der ÖTV keinen Kontakt untereinander haben und die Bezirksverwaltung natürlich kein Interesse hat diesen Kontakt herzustellen. Diese Isolierung wird von der der Bezirksverwaltung ausgenutzt, um Forderungen fortschrittlicher Bezirksgruppen mit Argumenten wie „Ihr steht in kleine da“ abzuwehren. Von daher hätte die Funktionskonferenz für die Linke innerhalb der ÖTV ausgenutzt werden können, einen Kontakt untereinander herzustellen. Da dies nicht gelungen ist, stellt einen Erfolg der Bezirksverwaltung dar.

Diese Schwäche der Linken ist um so bedeutungsvoller, da die ÖTV-Führung offensichtlich die Absicht hat, die Betriebsgruppen plan- und stattdessen betriebliche „Vertrauensleutekörper“ aufzubauen. In dem entsprechenden Konzept, in dem die Betriebsgruppen mit keinem Wort erwähnt werden, ist zwar von der ÖTV-Führung vorerst zurückgezogen worden, allerdings mit der Ankündigung, darüber Ende nächsten Jahres endgültig zu beschließen.

Ein Genosse des KB Westberlin

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber — Druck — Verlag:
J. Reemtsma Verlag ARBEITERKAMPF,
2 Hamburg 13, Rütchbahn 36, veranlagt
Redaktionsrat: Kai Ehlers, Auflage 12.000,
Erscheinungsweise: dreiwöchentlich
Verkaufspreis: 60 Pf., Verlagskonten:
Dresdener Bank, Kto. Nr. 461 8378
J. Reemtsma und Postfachkonto Hamburg
Nr. 240 000, J. Reemtsma

Bericht aus Westberlin

Zur Lage der Arbeitslosen

Die Situation auf dem „Arbeitsmarkt“ hat sich in den letzten Monaten in Westberlin drastisch zuspitzt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt ständig. Zwar sind die Zeitungen wie eh und je voll mit Stellenangeboten, aber einen Job bekommt man nur durch Zufall.

Erste Anzeichen zeigten sich im Sommer. Für Studenten war es fast unmöglich, Ferienjobs zu bekommen. Und heute? Arbeitslose Facharbeiter reißen sich um Jobs als Transport- und Lagerarbeiter, z.T. für 5,50 DM die Stunde. Ungelernte Arbeiter werden abgewiesen. „Wir nehmen lieber Facharbeiter“.

Am schlimmsten betroffen sind Kollegen, die gerade ihre Lehre beendet haben und von ihrer Lehrfirma nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Sie bekommen nur ein ganz geringes Arbeitslosengeld, berechnet nach ihrem Lehrgeld. Außerdem finden sie ganz besonders schwer Arbeit. Die Kapitalisten nehmen lieber Arbeiter mit Berufserfahrung. Und sie haben die Auswahl. Ein Beispiel:

Bei Schering wurden elf Bio- bzw. Chemielaborantenkandidaten bei bestandener Prüfung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Die Schering-Kapitalisten sagen dazu, sie würden nicht auf für den „eigenen Bedarf“ ausbilden, sondern auch für den „Markt“. Kriterien für die Übernahme seien nicht nur die Zeugnisse und Fähigkeiten der Auszubildenden, sondern vor allen Dingen auch, ob sich „die Zusammenarbeit“ bewährt habe, also politische Kriterien. Was wird aus den Kollegen? Sie müssen nach Westdeutschland umziehen oder können sich gleich einen Job als Hilfsarbeiter suchen. In ganz Westberlin gibt es keine einzige offene Stelle für Bio- oder Chemielaboranten.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie die Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch schwächt. Die Konkurrenz unter den Arbeitern wird größer. Die Kapitalisten suchen sich die ihnen genehmen Arbeiter aus. „Schmauze halten“, sonst kannst du stempeln gehen.

In den letzten zwei Monaten haben in Westberlin zwei Betriebe dicht gemacht. Bei zwei weiteren wurde die bevorstehende Schließung bekanntgegeben. Insgesamt sind allein von diesen Schließungen ca. 1350 Kollegen betroffen. Am schlimmsten trifft es die Kollegen der Druckindustrie. Nachdem im letzten Jahr schon mehrere kleinere Betriebe geschlossen wurden, soll am 31.12. der drittgrößte Druckbetrieb Westberlins, das „Druckhaus Tempelhof“ (840 Beschäftigte, das sind 10% der Beschäftigten der Druckindustrie in Westberlin) dicht machen. Für Druckereifacharbeiter gibt es keine Arbeit mehr.

Zu diesen Betriebschließungen kommt noch hinzu, daß überall stark rationalisiert wird. Allein Krone

hat 300 Beschäftigte gefeuert, und schon wieder stehen „Personaleinsparungen“ bevor. Von den Rationalisierungen sind in letzter Zeit mehr und mehr auch Angestellte betroffen, so z.B. bei Schering, wo die augenblickliche Einführung der Analytischen Arbeitsplatzbewertung im Angestelltenbereich und Ausbau der EDV als Vorbereitung für weitere Rationalisierungen anzusehen ist.

Die Lage der Arbeiterklasse verschlechtert sich zusehens. Morgens kann man beobachten, wie Kollegen in der Telefonzelle stehen, in der einen Hand eine lange Liste mit Telefonnummern von Firmen, in der anderen Hand einen Berg Groschen, und resigniert eine Firma nach der anderen aus der Liste streichen. Die Arbeitsämter sind überfüllt, stundenlang kann man warten, bis man rankommt, und wenn man fertig hat und die Börsen schreiben, bevor man an der Reihe ist, kann man am nächsten Tag wieder kommen. Ist man endlich an der Reihe, wird einem gleich eröffnet, daß man so wie so zwei Monate warten müsse, bis man die erste „Stütze“ bekommt. Bei der Menge von Arbeitslosen würde die Bearbeitung der Anträge nur mal so lange dauern. In der Zwischenzeit könne man ja zum Sozialamt gehen.

Die meisten der arbeitslosen Hilfsarbeiter sind Ausländer. Ihnen sitzt außer der Sorge um die Miete, um das Geld für Nahrungsmittel noch eine andere Angst im Nacken. Sie sind ständig vor der Ausweisung bedroht. Auf einem Arbeitsamt beschickte ich folgende Szene: Eine junge Ausländerin, der keine Arbeitsstelle vermittelt werden konnte, ließ dem Sachbearbeiter auf dem Flur hinterher: Er solle doch versuchen ihr zu helfen, sie brauche wenigstens eine Arbeit für ein paar Stunden in der Woche, sonst würde sie ausgewiesen werden. Der Beamte wies sie schroff ab, dafür sei dann ein anderes Arbeitsamt zuständig.

Die Kapitalisten begründen diesen Zustand mit der „schlechten wirtschaftlichen Lage“. Aber den westdeutschen Kapitalisten geht es nicht schlecht. Im Gegenteil: sie können ihre ökonomische und politische Macht zur Zeit noch ausbauen.

Demagogisch wollen sie uns vor die Alternative stellen: entweder größere Arbeitslosigkeit oder niedrigere Löhnerhöhungen (d.h. realen Lohnabbau). In Wirklichkeit aber „beschern“ sie uns beides. Wenn es nach ihrem Willen geht, werden in den kommenden Tarifrunden nicht mal 10% für uns rausgerufen, und für den Winter wird mit 1 Million Arbeitslosen gerechnet. Für uns gibt es kein „entweder – oder“. Für uns heißt die Parole: den Kampf gegen die Kapitalistenklasse selbstig entfalten.

die Kapitalistenklasse selbstig entfalten.

Eine arbeitslose Westberlinerin
Groschke

Protestdemonstration in Speyer



Am 21.10.74 demonstrierten fast 3000 Arbeiter und Angestellte durch Speyer, um der Öffentlichkeit die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Speyer bekannt zu machen. Es war bekannt geworden, daß das Salamander-Werk in Speyer geschlossen werden sollte. Damit würden 460 Arbeiter auf der Straße sitzen. Außerdem sollen bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken Fokker (VFW) 300 bis 350 Kollegen entlassen werden.

Der DGB-Kreis Speyer und die Einzelgewerkschaften riefen deshalb zu dieser Solidaritätsdemonstration auf. Unter den Parolen:

„40 Jahre in der Bude – heute ab nach Buxtehude!“

„Die Unternehmer nehmen sich die Profite – uns geben sie Pötte!“

„Wie in den 30er Jahren kann man mit uns nicht verfahren!“ und

„Übt heute Solidarität, denn morgen laßt vielleicht zu spät!“

solidarisieren sich die Kollegen aus anderen Betrieben. Die DGB-Jugend sammelte 3150 Unterschriften für die Aktion.

Solidarität mit den Salamander-Kollegen

umginglich machen, was wiederum zum Gewerkschaftsausschluß führen kann.

„Das Kandidieren auf anderen oder gegnerischen Listen ist gewerkschaftsschädigendes Verhalten, und zieht das Ausschlussverfahren nach sich.“

Betriebszelle Texaco-Grubbrook, KB/Gruppe Hamburg

BALLADE VON DEM ARBEITER UND SEINEN KAPITALISTISCHEN BLUTSAUGERN

Und Du hast ein langes Leben, Deine Knochen ihm gegeben. Für Deine Kröten, sein Profit! Arbeiter! Mach das nicht mit! Du weißt nicht mehr wie Blumen duften.

Immer arbeiten, immer schuften, Von einer Schicht zur anderen Schicht, Tag und Nacht, Du nimmst sie nicht Und Überstunden hängst Du ran, Weil man fürs Geld nichts kaufen kann. Das Kapital, das freut sich dran. So hebt er doch in seiner Klasse Der Arbeiter, mit schmalen Kasse Die Preise steigen, Mieten munter, Vom Mietshaus flüht der Putz schon runter.

Und so liegt Du an dem Tage, Auf der großen weißen Bahre. Bevor Du Deine Rente hast, Ist die verkaufte Haut verblasst! Es war ein Unfall im Betrieb, Weiss aus Kosten, Sicherheit nicht gibt Und über Dir! Grinst das Kapital: Kapitalkasse, allemal! Fürs Kapital! Mach mit ihm Schluss! Nichts den Ausbeutern! Alles für den Sozialismus!

mit solidarischen Grüßen,

mit solidarischen Grüßen,

WERNER HOLZ (Arbeiter)

Für einen Sozialisten (!) ist eine solche Orientierung gerade genug! bescheiden! Denn ob ein R u s s k i o n e r „die unmittelbare Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder“ erhalten hat (also auf „demokratischem“ Wege in den Betriebsrat gelangt) oder ob er auf Mäuschel

Der Vorschlag der drei oppositionellen Daimler-Benz Betriebsräte zu den Betriebsratswahlen 1975

1. Die Betriebsratskandidaten der Daimler-Benz werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

2. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

3. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

4. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

5. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

6. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

7. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

8. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

9. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

10. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

11. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

12. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

13. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

14. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

15. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

16. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

17. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

18. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

19. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

20. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

21. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

22. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

23. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

24. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

25. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

26. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

27. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

28. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

29. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

30. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

31. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

32. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

33. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

34. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

35. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

36. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

37. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

38. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

39. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

40. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

41. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

42. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

43. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

44. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

45. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

46. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

47. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

48. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

49. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

50. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

51. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

52. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

53. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

54. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

55. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

56. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

57. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

58. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

59. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

60. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

61. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

62. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

63. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

64. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

65. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

66. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

67. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

68. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

69. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

70. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

71. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

72. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

73. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

74. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

75. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

76. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

77. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

78. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

79. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

80. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

81. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

82. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

83. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

84. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

85. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

86. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

87. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

88. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

89. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

90. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

91. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

92. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

93. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

94. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

95. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

96. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

97. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

98. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

99. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

100. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

101. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

102. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

103. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

104. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

105. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

106. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

107. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

108. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

109. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

110. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

111. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

112. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

113. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

114. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

115. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

116. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

117. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

118. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

119. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

120. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

121. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

122. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

123. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

124. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

125. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

126. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

127. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

128. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

129. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

130. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

131. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

132. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

133. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

134. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

135. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

136. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

137. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

138. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

139. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

140. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertritt...

141. Die Betriebsratskandidaten werden durch eine Abstimmung (Wahl) von den Kollegen in der Betriebsratswahl...

142. Der Betrieb wird in einen gleichberechtigten Betriebsrat umgewandelt, der die Interessen der Arbeiter und

Noch langwierigen Auseinandersetzungen wurde am 9.7.74 die ÖTV-Betriebsgruppe (BG) in zwei Lübecker Krankenhäusern von der Gewerkschaftsgruppe (KG) abgelöst. Das geschah auf dem Höhepunkt einer vorbereiteten breit angelegten Kampagne gegen die BG und gegen Kommunisten im Betrieb. Damit ist den Kollegen ein wichtiger Impuls, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen, zerschlagen worden. Und zu einem Zeitpunkt einer großangelegten Rationalisierungswelle (bes. durch das Krankenhausaufbaugesetz - KRG).

Hier sollen der Ablauf und der aktuelle Stand der Kämpfe dargestellt werden. Dabei folgt nicht, das bestimmte Fehler in der betrieblichen Arbeit noch zu verbessern sind.

Mit Unterstützung des Bezirksvorstandes Nordwest in Kiel hat es der ÖTV-Kreisvorstand am 9.9. endlich geschafft.

Der ÖTV-KV hat auf seiner Sitzung am 9.9. beschlossen: „Die ÖTV-BG MfL und Krankenhäuser wird aufgelöst. ... In insbesondere auf verschiedene Aktionen der BG innerhalb des Betriebes zurückzuführen.“ (aus dem offiziellen Schreiben des KV an die BG)

„Verschiedene Aktionen“ der Kollegen im Betrieb – Ansätze einer besseren Interessensvertretung

Nach dem 1. Mai bemüht sich die Kollegen der BG, ihre gewerkschaftliche Arbeit zu verbessern. Anstelle allgemeiner Aufrufe trat eine konkrete Arbeit. Dies soll am Beispiel der Forderungen der BG in Bezug auf den DRK und auf die 40-Stunden-Woche gezeigt werden.

Der DRK hat durch die sogenannten „Verschiedenen“ in Lübeck die Möglichkeit (fast alle weiblichen Pflegekräfte einzustellen. Das bedeutet ein Ausmaßfertiger der Schwestern und Helfern an diesen Verband! Für DRK-Angehörige gibt es keinen Personalrat, „Arbeitsgeber“, der DRK ist auch ihr „Interessenvertreter“. Dieser völlig rechtlose Zustand ist nur abzuschaffen, indem der Gestaltungsvertrag verschwindet, d.h. alle weiblichen Pflegekräfte wie ihre männlichen Kollegen über die Stadt eingeteilt werden.

Deshalb ist die Forderung der in der ÖTV organisierten Schwestern: Weg mit dem Gestaltungsvertrag!

Diese Forderung formulierten sie in einem Flugblatt, das jedoch von dem Bezirksleiter der Abteilung Gesundheitswesen, Weide völlig sinnlos stellt zensiert zurückkam.

Das führte dazu, daß die BG jetzt

hauptsächlich für die Durchsetzung dieses Flugblattes den Kampf gegen die Gewerkschaftsführung aufnahm.

Es wurde nicht gleichzeitig der Kampf für diese Forderungen ohne dieses Hilfsmittel im Betrieb aufgenommen. Die Kolleginnen des DRK, die nicht in erster Linie für die Forderungen mobilisiert, sondern mehr abstrakt für die Durchsetzung des Flugblattes, die, jedoch nicht gelang. So verliefen die Aktionen zum DRK schließlich im Sande.

Die Einführung der 40-Stunden-Woche führt zu einer verschärften Arbeitslast, wenn nicht gleichzeitig eine der Arbeitszeiterleichterung entsprechende Stellenvermehrung erfolgt!

Das heißt Kampf um mehr Planstellen und gegen Rationalisierung auf dem Rücken der Beschäftigten. Um diesen Posten nicht gleichzeitig zu verlieren, organisierte die BG zunächst eine Befragung der Kollegen zur „Lage“ in den verschiedenen Bereichen und wie die Kollegen sich in der Einführung der 40-Stunden-Woche vorstellen.

Die Ergebnisse wurden den Personalrat und der Gewerkschaftsgruppe mitgeteilt und zugleich wurde ein Flugblatt ausgearbeitet, das u.a. die Forderung nach Personalvermehrung und einer ÖTV-Mitgliederversammlung beinhaltet, um gemeinsam Schritte zur Durchsetzung der Forderungen zu überlegen.

Als die Gewerkschaftsführung auch dieses Flugblatt verbot, führte die BG erneut einen erfolgreichen Kampf gegen die Gewerkschaftsführung, ohne in erster Linie die Kollegen für die Durchsetzung einer tatsächlichen Arbeitszeiterleichterung zu mobilisieren.

Hetzkampagne gegen fortschrittliche Kollegen nimmt zu

Nach Erscheinen eines AK-Artikels

Als die Gewerkschaftsführung auch dieses Flugblatt verbot, führte die BG erneut einen erfolgreichen Kampf gegen die Gewerkschaftsführung, ohne in erster Linie die Kollegen für die Durchsetzung einer tatsächlichen Arbeitszeiterleichterung zu mobilisieren.

Hetzkampagne gegen fortschrittliche Kollegen nimmt zu

Nach Erscheinen eines AK-Artikels

ÖTV-Gesundheitswesen.

Gewerkschaftsführung zerschlägt die Betriebsgruppe der Kollegen

(siehe AK 46 ÖTV-Gesundheitswesen Lübeck Kampf um inner-gewerkschaftliche Demokratie) zu den Kämpfen vor 1. Mai verstärkten die Feinde der BG ihre von Beginn an bestehende Hetzkampagne. Der Lübecker Kreisvorstand verteilte an die ÖTV-Funktionäre die wahlbeeinträchtigen Broschüre, „Was wollen die Aesonen?“ der Hamburger IG-Chemie-Sekretär, zitierten („Lügenbarren“) von Kolditzsch.

Die ganze BG wurde als „identisch mit der Krankenhause des KB“ bezeichnet, einzelne Kollegen als „Flugblattverteiler des KB“ bezeichnet, und schließlich ein Kollege schriftlich zu einer „Gegendarstellung“ im AK aufgefordert.

In diesem aufreizenden Klima der Kommunisten wurde schließlich eine Unterschriftenaufrufung versucht, in der der Verwaltungsdirektor des Krankenhauses Ost aufgefordert wurde, „gegen einige Radikale im Betrieb“ den Extremismus bekämpfen zu lassen, so also zu erlassen!

Diese Initiative ging hauptsächlich von Nichtgewerkschaftsmitgliedern aus, bei der Mehrzahl der Kollegen kamen diese Leute allerdings nicht an.

Reaktion der Kollegen auf eine Informationschrift des KB

Nachdem uns bekannt wurde, daß die Gewerkschaftsführung konkrete Schritte zur Auflösung der BG und Ausschließverfahren einleiten wollte, haben wir versucht, durch eine Zeitung die Kollegen über die tatsächlichen Vorgänge in der Gewerkschaft und im Betrieb aufzuklären.

Statt an den konkreten Erfahrungen der Masse der Kollegen anknüpfend die nächsten Aufgaben im Kampf aufzuzeigen und daraus auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Gewerkschaftsführung zu entwickeln, verteilten wir uns auf eine Darstellung in erster Linie über die Vorgänge um die Betriebsgruppe.

Dieser Fehler war besonders schwer, da es sich um die Herausgabe

der ersten Zeitung im Krankenhaus handelte.

Besonders bei all den Kollegen, die nicht in der Betriebsgruppe mitgearbeitet haben, überwiegt die Meinung: Zuviel Polemik um Dinge, die wir nicht beurteilen können.

Die BG-Mitglieder dagegen waren zwar praktisch alle der Meinung, daß die Vorgänge inhaltlich richtig wiedergegeben seien, befürchteten jedoch zum größten Teil, daß diese Zeitung der BG den Todestop versetzen würde und löschten sie aus diesem Grunde ab.

Allerdings gab es auch Kollegen, die der Zeitung mit Begeisterung zustimmten. Die Kommunisten schreiben doch wenigstens Dinge wie sie sind, da gibt es keine Fälschung gegen uns, im ÖTV-Magazin hätte sowas nie stehen dürfen! –

Der Kampf der BG-Kollegen um die Aufrechterhaltung der Betriebsgruppe

Besseren Anklang als die Zeitung des KB fanden die Kollegen der BG selbst, die sich mit einem Offenen Brief an die Kollegen wandten. Die über 20 Unterschriften forderten die inhaltliche und konkrete Auseinandersetzung, auch mit Kommunisten, in der Gewerkschaft. Sie protestierten gegen die geplante Auflösung der BG unter dem Vorwand der „kommunistischen Unterwanderung“. Sie zeigten

den Hintergründe für die Hetze im Betrieb nannten die Verantwortlichen beim Namen und forderten Einheitsgewerkschaften, in denen alle Kollegen gemeinsam kämpfen können.

Doch auch dieser Offene Brief blieb relativ abstrakt und trug nicht dazu bei, die BG in der Betriebschaft zu verankern.

Die Jugendlichen der BG arbeiteten in einem weiteren Schritt eine genaue Dokumentation aus, in der alle bisherigen Diskussionen der BG, ihre Resolutionen und Solidaritätsadressen zur Tarnfrunde, zum 1. Mai, zum DRK, zur 40-Stunden-Woche und zur Ausbildungssituation festgehalten wurden. Diese Dokumentation ist über ein gutes Hilfsmittel für die BG anderen Gewerkschaften zu zeigen, wie sie gearbeitet hat und wie die ÖTV-Spitze alles verboten hat, längst bevor der KB das erste Mal über die BG berichtete.

Eine breite Solida-Hilf wurde die BG jedoch nicht allein durch das Verleihen der Dokumentation erreichen. Hierzu müssen sich vielmehr die Krankenhauskollegen selbst wie auch alle anderen Gewerkschaften und aktive Kollegen, die Erfahrungen dieser Gruppe verarbeiten und den gegenständlichen Kampf in ihrem eigenen Bereich verstärken.

Krankenhause-Zelle KB-Gruppe Lübeck

Für den Profit gehen sie über Leichen: Arbeiter bei Dynamit Nobel und in Turin von Krebs bedroht

„Todesfabrik läuft weiter“, 40 sterben an Krebs“ – so oder ähnlich konnten wir es vor einigen Zeit in der bürgerlichen Presse lesen.

In einem Entwurf eines Vortrags von Turin wird bei der Herstellung von Ammonitrit durch die Ausbreitung eines krebserzeugenden Giftstoffes (frei in den letzten Jahren und 40 Arbeiter dieser Fabrik an Blasenkrebs gestorben. Zur Zeit sind weitere 20 Arbeiter an Blasenkrebs erkrankt, die teilweise weiter arbeiten können. Sachverständige vermuten, daß bei zahlreichen Arbeiterinnen, wobei wenn sie nicht mehr in der Fabrik arbeiten, Krebs auch im kommenden Jahr auftreten wird.

Die Arbeiter dieses Betriebes sind nie auf die Gefährlichkeit ihrer Arbeit hingewiesen worden. Und selbst schon erkrankte Arbeiter zum Betriebsrat gingen, erzählte der ihnen nicht, welche gefährliche Krankheit sie durch die Arbeit in diesem Betrieb bekommen hatten. Stattdessen gab er ihnen den Rat: „Rauchen Sie weiter!“

Seit 1972 mußte ein Untersuchungsverfahren gegen diesen Betrieb, aber ein Prozeß wird frühestens 1975 erwartet. Solange darf der Betrieb ungeschränkt weiterproduzieren. Über diese Vorfälle in fernen Italien konnten wir in der bürgerlichen Presse lesen. Woher wir allerdings wenig bis gar nicht lesen konnten, daß sich sehr ähnliche Vorfälle in der BRD.

So sind bei Dynamit Nobel im Werk Trosdorf 124 (!) Fälle von Krebskrankungen bekannt geworden. Bis Anfang des Jahres waren es noch 123, das heißt ein weiterer Arbeiter an Krebs erkrankt.

Die Dynamit Nobel-Kapitalisten sind bekannt für ihre mörderische Produktionsweise durch die es schon häufiger zu Explosionen kam, bei denen Arbeiter ums Leben kamen oder schwer verletzt wurden. Wir berichten darüber bereits in AK 44.

Und auch um Nobel-Werk Trosdorf gehen sie bewußt als „Risikofabrik“ ein, daß Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz erkranken oder sterben.

Im Werk Trosdorf wird PVC hergestellt, und es ist den Kapitalisten wohl bekannt, daß das PVC (Vinylchlorid) Krebs erzeugend ist.

Es gibt in der BRD 7 PVC-erzeugende Konzerne, die alle dem Verband der kunststoffverarbeitenden Industrie angehören. Diese Verband hat angekündigt, daß es in der BRD keinen Produktionsstop geben wird. Im Gegenteil, Dynamit Nobel will die Produktion von PVC

Anders sieht es in Schweden und Norwegen aus. Dort hatten die Arbeiter nach dem Kollaps von ihnen

Für den Profit gehen sie über Leichen: Arbeiter bei Dynamit Nobel und in Turin von Krebs bedroht

„Todesfabrik läuft weiter“, 40 sterben an Krebs“ – so oder ähnlich konnten wir es vor einigen Zeit in der bürgerlichen Presse lesen.

In einem Entwurf eines Vortrags von Turin wird bei der Herstellung von Ammonitrit durch die Ausbreitung eines krebserzeugenden Giftstoffes (frei in den letzten Jahren und 40 Arbeiter dieser Fabrik an Blasenkrebs gestorben. Zur Zeit sind weitere 20 Arbeiter an Blasenkrebs erkrankt, die teilweise weiter arbeiten können. Sachverständige vermuten, daß bei zahlreichen Arbeiterinnen, wobei wenn sie nicht mehr in der Fabrik arbeiten, Krebs auch im kommenden Jahr auftreten wird.

Die Arbeiter dieses Betriebes sind nie auf die Gefährlichkeit ihrer Arbeit hingewiesen worden. Und selbst schon erkrankte Arbeiter zum Betriebsrat gingen, erzählte der ihnen nicht, welche gefährliche Krankheit sie durch die Arbeit in diesem Betrieb bekommen hatten. Stattdessen gab er ihnen den Rat: „Rauchen Sie weiter!“

Seit 1972 mußte ein Untersuchungsverfahren gegen diesen Betrieb, aber ein Prozeß wird frühestens 1975 erwartet. Solange darf der Betrieb ungeschränkt weiterproduzieren. Über diese Vorfälle in fernen Italien konnten wir in der bürgerlichen Presse lesen. Woher wir allerdings wenig bis gar nicht lesen konnten, daß sich sehr ähnliche Vorfälle in der BRD.

So sind bei Dynamit Nobel im Werk Trosdorf 124 (!) Fälle von Krebskrankungen bekannt geworden. Bis Anfang des Jahres waren es noch 123, das heißt ein weiterer Arbeiter an Krebs erkrankt.

Die Dynamit Nobel-Kapitalisten sind bekannt für ihre mörderische Produktionsweise durch die es schon häufiger zu Explosionen kam, bei denen Arbeiter ums Leben kamen oder schwer verletzt wurden. Wir berichten darüber bereits in AK 44.

Und auch um Nobel-Werk Trosdorf gehen sie bewußt als „Risikofabrik“ ein, daß Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz erkranken oder sterben.

Im Werk Trosdorf wird PVC hergestellt, und es ist den Kapitalisten wohl bekannt, daß das PVC (Vinylchlorid) Krebs erzeugend ist.

Es gibt in der BRD 7 PVC-erzeugende Konzerne, die alle dem Verband der kunststoffverarbeitenden Industrie angehören. Diese Verband hat angekündigt, daß es in der BRD keinen Produktionsstop geben wird. Im Gegenteil, Dynamit Nobel will die Produktion von PVC

Anders sieht es in Schweden und Norwegen aus. Dort hatten die Arbeiter nach dem Kollaps von ihnen

Die Kapitalisten versuchen ständig, die Schädlichkeit der PVC-Herstellung zu verharmlosen. Im Gegenteil, sie prüfen den Stoff als „umweltfreundlich“ an. Ihnen geht es lediglich um die Abklärung und Erhöhung ihres Profits. Der wäre im Gefähr, wenn das ganze Ausmaß der Gefährlichkeit breit bekannt würde. Die Kapitalisten wären dann, um Unruhen zu vermeiden, gezwungen, wenigstens einige Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Sicherheit für die Arbeiter bedeutet aber für die Kapitalisten Schmäherung ihres Profits.

Die Dynamit Nobel-Kapitalisten denken auch gar nicht daran, die Arbeitsplätze sicherer zu machen, denn laut Aussage einiger Arbeiter wurde seit 1972 die Entlohnung der Kunststoffe im Rahmen der Produktionssteigerung auf etwa die Hälfte herabgesetzt („UZ“, 19.10.). Während der Entlohnungszeit weicht ein großer Teil des VC-Gehalts.

Spätestens im 1961 ist bekannt, daß eine Luft mit 100 Teilen Gift auf eine Million Teile Luft schädlich ist. Heute ist bekannt, daß schon 50 Teile Gift ausreichen um einen Menschen zu töten. In der BRD gab es bis 1966 gar keine Vorschriften über Höchstzulässige Mengen Gasstoffe.

Erst seit 1966 wurde es auf 500 (!) Teile Gift auf eine Mio. Teile Luft festgelegt. 1970 wurde diese Grenze auf 100 Teile herabgesetzt.

In der Sowjetunion beträgt die Höchstgrenze der Gasstoffe 10 auf eine Mio. Teile Luft. Das zeigt, daß es möglich ist, PVC zu produzieren ohne das Leben der Arbeiter zu gefährden.

Die Kapitalisten aber versuchen nicht, ihre Produktionsweise zu ändern, die darauf abgezielt ist, den höchstmöglichen Profit zu erzielen. Sie versuchen einzig, Forschungen gebührend, die etwas über die Leber- und Lungen-Pflichter klären, um zu verhindern, daß diese und sich die Kapitalisten um die Kosten, wenn die Arbeiter ihre Brutalität zu unerschöpflich zeigen, könnten sich die Arbeiter zu tun. Und auch sich gemeinsam weigern, unter diesen Bedingungen zu arbeiten.

Moskauer Komitee KB / Gruppe Hamburg

Bayern Richtlinien über die Funktion der Betriebsvertrauensleute

Wieder „UZ“ (Zeitung der DKP) vom 12. berichtet, haben die Kapitalisten des Bayer-Konzerns kurz vor dem Sommerurlaub versucht, dem Betriebsrat „Richtlinien über die Funktion betrieblicher Vertrauensleute“ vorzuschlagen.

Diese Richtlinien, die wir hier abdrucken, sind weniger das, was die mehr geringen Einfluß der IG-Chemie in diesem Konzern noch weiter zurückzudrängen.

Im Chemietraktat 1971 wurde beispielsweise von dem örtlichen Sekretariat erklärt, daß bei Bayer höchstens 30 % organisiert sind. Ein Streik sei unmöglich, „nicht dein“. Die Gewerkschaft habe zu wenig Einfluß.

Nach den Angaben der „UZ“ wird weiteres deutlich. So heißt es dort: „Im Grunde genommen wird vorgegeben, daß Richtlinien bei Bayer seit Jahren praktiziert.“

Das heißt, daß der Bayer-Betriebsrat offensichtlich seit geraumer Zeit stillschweigend ein betriebliches Vertrauensmann-System zulieft. Schick ab können die Kapitalisten ohne arbeiterfeindliche Zurücksetzung auch nur mit Zustimmung des BR praktizieren.

Darüber hinaus spricht die „UZ“ von der „Forderung nach einem gewerkschaftlichen Vertrauenslektör“.

Das ist allerdings die Gipfel! In einem Betrieb mit fast 70.000 Beschäftigten soll die IG-Chemie so offensichtlich nicht einmal für nötig eine funktionierenden gewerkschaftlichen Vertrauenslektör einzuführen. Dabei soll aber ein betriebliches „Vertrauenslektör“-System.

Das ist bloßes Zukunftsrechnen von den Interessen des großen Kapitals.

Selbst wenn nur jeder dritte Bayer-Kollege Mitglied der IG-Chemie ist, was u.a. weit über 20.000 Mitglieder der IG-Chemie ist, so viele, wie der gewerkschaftliche Vertrauenslektör der IG-Chemie in Hamburg organisiert ist.

Richtlinien-Vorschlag der Bayer-Kapitalisten für ein betriebliches „Vertrauensleute“-System

1. Bei Bayer werden Betriebsvertrauensleute gewählt. Die Wahl richtet sich nach der durch Betriebsvereinbarung festgelegten Wahlordnung.
2. Die Betriebsvertrauensleute dienen der Verbindung zwischen Betriebsrat und Mitarbeitern einzelner und Mitarbeiter und Betriebsleitung andererseits. Im Rahmen dieser Funktion sollen die Betriebsvertrauensleute mit ihren zentralen Aufgaben im Rahmen der Betriebsvereinbarung und des Betriebsrat, insbesondere personelle und soziale Angelegenheiten ihres Betreuungsbereichs. Das umfasst für den jeweiligen Betreuungsbereich:
- 2.1. Beratung von Auswärtigen an die von ihnen betreuten Mitarbeiter über gesetzliche und tarifvertragliche Bestimmungen sowie über Betriebsvereinbarungen und sonstige Absprachen und Regelungen, die das Arbeitsverhältnis betreffen. Die Vertrauensleute sollen, soweit die Anfragen nicht oder nicht ausreichend beantwortet werden können, Auskünfte beim zuständigen Betriebsrat oder beim Betriebsrat einholen.
- 2.2. Prüfung und Weitergabe von Wünschen der betroffenen Mitarbeiter an den Betriebsrat bzw. Betriebsleitung.
- 2.4. Mitberatung bei der Aufstellung des Urlaubsplanes.
3. Bei der Lohn-/Gehaltsfestsetzung für die Mitarbeiter hat der Betriebsvertrauensmann kein Mitspracherecht. Ein Einsichtsrecht in die Lohn- und Gehaltsliste steht dem Betriebsvertrauensmann nicht zu. In Einzelfällen kann der Betriebsvertrauensmann Vorschläge zur Lohn- und Gehaltsliste auf der Grundlage der Eingruppierung machen. Die Entscheidung trifft die Betriebsleitung.
4. Bei unterschiedlichen Auffassungen über Eingruppierungs- und Entlohnungsfragen bezüglich einzelner Mitarbeiter können die Betriebsvertrauensleute die Betriebsleitung anrufen und den Betriebsrat einschalten.
5. Zusammenkünfte
- 5.1. Betriebsleitung und Betriebsvertrauensmann sollen mindestens einmal im Quartal zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenkommen.
- 5.2. Zusammenkünfte von Betriebsvertrauensleuten mit dem Betriebsrat sollen bei besonderen Umständen, wenn maximal bis zu viermal jährlich erfolgen. Weitere Zusammenkünfte mit Betriebsvertrauensleuten können nur in besonderen Fällen stattfinden. Die Betriebsleitung ist verpflichtet, die Zusammenkünfte und die Weitergabe von Wünschen der betroffenen Mitarbeiter an den Betriebsrat bzw. Betriebsleitung zu prüfen.
6. Nimmt der Betriebsvertrauensmann während der Arbeitszeit Aufgaben als Betriebsvertrauensmann wahr, muß sich seine Tätigkeit hierauf beschränken und darf nicht anderen Zwecken dienen. Im Auftrage des Betriebsrat zur Wahrnehmung seiner Aufgaben steht dem Betriebsvertrauensmann:
- 6.1. Die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer im Aufgabenfeld des Betriebsvertrauensmanns, einschließlich der Betriebsvereinbarung und der Betriebsvereinbarung.
- 6.2. Die Möglichkeit, die Arbeit als Betriebsvertrauensmann nicht wesentlich beeinträchtigt werden.
- 6.3. Aufgabenteilung: Jeder der Betriebsvertrauensmann hat seinen Aufgabenfeld zugeordnet, die Betriebsvereinbarung und die Betriebsvereinbarung zu prüfen.
- 6.4. Die Möglichkeit, die Arbeit als Betriebsvertrauensmann nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Beiersdorf, Hamburg:

Rationalisierungswelle läuft an

Der Beiersdorf-Konzern umfasst in der BRD folgende Gesellschaften mit insgesamt 6 000 Arbeitern und Angestellten: die Beiersdorf AG mit knapp 4 500 Arbeitern und Angestellten in insgesamt sieben Hamburger Betriebsstätten (Werk I und II in Hamburg-Eimsbüttel, Werk III in Billbrook, Werk IV in Hausbruch, eine Lager in der Nollstraße, die Unterbringung des Vertriebs-Inland im Kienzie-Haus in der Kienziestraße), und die Tochtergesellschaften: Chemische Werke Offenburg - größte Teesa-Fabrik in der BRD, Ikebana Kosmetik GmbH, Hamburg Ferd. Lutz Nachf. GmbH Stuttgart, Phantex Handelsgesellschaft mbH Hamburg, Fabrik pharmazeutischer Präparate Carl Bühler GmbH, Hamburg, Udrin Kosmetik GmbH, Frankfurt, Tradica Pharmazeutische GmbH, Hamburg.

Madrid (Spanien) und die „Beiersdorf de Chile S.A.“, Santiago (Chile).

2. Der Aufbau eines europäischen Konzerns bedeutet die Zentralisierung der Verwaltung sowie die Entwicklung eines arbeitsteiligen Produktionsnetzes unter den Gesichtspunkten weltmöglicher Standortvorteile für die Kapitalisten.

Im folgenden beschränken wir uns zunächst auf den zweiten Punkt.

Das Hauptwerk der Beiersdorf AG - Werk I - steht im Hamburger Arbeiterwohnbezirk Eimsbüttel. Hier werden Verbandplaster, technische Klebblätter, pharmazeutische Präparate, Seifen hergestellt. Außerdem befindet sich hier die Hauptverwaltung, die Räume des Betriebsrats, Labors und eine Werkstatt. Dieses Werk hat eine Reihe von Anlagen durch die Gewerkschafts- und Baupolizeibehörde, die die Beiersdorf Kapitalisten zum Tod unter

vier pharmazeutischer und kosmetischer Artikel sowie technische Klebblätter hergestellt. Die Pläne der Beiersdorf-Kapitalisten gehen dahin, die Verwaltung im Werk I zu konzentrieren und Teile der Produktion außerhalb des Hamburger Ballungsgebietes in Hausbruch anzusiedeln.

Das Werk Hausbruch

„Unser Werk und Wir“ schreibt über das Werk Hausbruch: „Dieses Werk ist noch ein wenig Zukunftsmusik. Auf der umfangreichen Fläche, die Beiersdorf je zur Verfügung stand, sind die ersten Anlagen sichtbar zu einem Werk, das einmal das größte sein soll.“ Die unverholene Freude der Kapitalisten gilt den außerordentlich günstigen Standortbedingungen dieses Werkes. Es liegt direkt an der geplanten B 73. Die

arbeiten für das dritte Hallenschiff (Größe 3 800 qm)!

Auswirkungen für die Arbeiter und Angestellten

Die Arbeiter und Angestellten werden über diese Vorgänge bewußt im Unklaren gelassen. Im „Hauskurier“ vom Oktober '73 erklärt die Geschäftsleitung, Versetzungen nach Hausbruch im größeren Ausmaß seien nicht geplant. Im März 1974 hieß es dann eindeutig: „... Und auch für Hausbruch existieren sicherlich in irgendeiner Schublade schon Pläne, auf denen wenigstens die Umrisse weiterer Werkhallen eingezeichnet sind, und irgendwann in der Zukunft wird dann mehr Teil vom Dubben (= Werk Eimsbüttel) aus der Unnastraße (= Werk Eimsbüttel) kommen.“ Im August 1974 schreibt dann schließlich das Kapitalistenblatt: „Von der Verlegung der termoli-Fertigung werden etwa 70 Arbeitsplätze betroffen.“

Bei der Verlegung gehen die Kapitalisten mit der Taktik der Spaltung und Verunsicherung der Kollegen vor. Derzeit finden im Arbeiter-

unsicherung durch das ständige Ausstreuen sich widersprechender Meldungen und Gerüchte vergrößert, das Vorhaben wird immer wieder wutradikal angekündigt und wieder abgeblasen.

In dieser Situation wirkt sich die derzeitige Strukturkrise des BRD-Kapitalismus für die Beiersdorf-Kapitalisten günstig aus. Sie arbeiten mit dem vorhandenen „Arbeitslosenschatz“, indem sie dieses gegen die Beiersdorf-Kollegen auszuspielen versuchen. Offen wird den Kollegen, die sich gegen Versetzungen wehren, durch ständige Versetzungen wehren, oder die sie „negotiert“, nach Hausbruch zu gehen, auszuweichen, mit dem Verlust des Arbeitsplatzes droht. Die Konkurrenz unter den Arbeitern wird ungeheuer gesteigert, denn keiner will zu den „Betroffenen“ gehören. Die unmittelbare Folge dieses Spaltungsmanövers mitem den Kapitalisten ist eine Steigerung der Arbeitslast, Krankheiten werden öfters am Arbeitsplatz „auskuriert“, die Arbeiter halten mit Widerstand zurück. Abgesehen von den ständig stattfindenden Akkordhöhungen unter dem Vorwand, daß letztendlich an den Maschinen verändert würde, wird so mit der bereits eingeführten „Leistungsbeurteilung“ und der „Prämie“ die Ausbeutung der Arbeiter ungeheuer gesteigert.

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung

Die stattfindenden einseitigen Maßnahmen der Kapitalisten verursachen unter den Arbeitern und Angestellten Angst und Unsicherheit. Auf diese Weise bereiten die Kapitalisten den Boden vor, einzelne Kollegen herauszuheben, sowie die Masse der Kollegen einzuschüchtern, um ungehindert ihre Pläne verwirklichen zu können. An diesem Geschäft sind die sozialdemokratischen Betriebsräte „vertrauensvoll“ beteiligt. Aus dem Betriebsrat drängen keinerlei Informationen zu den Kollegen. Offenbar wird die Angelegenheit auf höchster Ebene ausgemacht. Das hat die Arbeiterschaft der sozialdemokratischen „Errungenschaft“, dem „Arbeitnehmervertreter“ im Aufsichtsrat, Max Ganschow, davon ab, daß die Arbeiterschaft der sozialdemokratischen „Errungenschaft“, dem „Arbeitnehmervertreter“ im Aufsichtsrat, Max Ganschow, zu verdanken. Wir sind davon überzeugt, daß Max Ganschow hier entschieden für die „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ eintritt und konsequent die Auswirkungen auf die derzeitigen Arbeitsplätze „vergißt“.

Der Austragung der kapitalistischen Pläne auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten können diese nur solidarisch und geschlossen entgegenwirken. Die Kommunisten tragen hier die Verantwortung die Taktik der Kapitalisten und der Sozialdemokraten vor den Kollegen zu entlarven und gleichzeitig die Absätze zum gemeinsamen Abwehren voranzutreiben.

Wichtige Forderungen in diesem Zusammenhang sind:

- Versetzungen innerhalb des Werkes dürfen keine Schlichterleistung für die Kollegen mit sich bringen.
- keinem Kollegen dürfen irgendwelche Nachteile dadurch entstehen, daß er eine Versetzung nach Hausbruch ablehnt.
- die Probleme der Kollegen aus Hausbruch (z.B. die Verkehrerverbindungen, hygienische und soziale Einrichtungen, die Arbeitsbedingungen) müssen in den gewerkschaftlichen Organen der Beiersdorf-Kollegen zur Sprache kommen. Hier Abhilfe zu schaffen, ist im Interesse aller Kollegen und bedarf ihrer Unterstützung.

Zwei Beiersdorf-Genossinnen KB/Gruppe Hamburg

Beiersdorf-Vertrauensleutkörper „gesäubert“

IG-Chemie-Verwaltungsmittel schlägt wieder zu

Anfang November bekamen einige IG Chemie Vertrauensleute bei der Beiersdorf AG durch die Hamburger IG Chemie Verwaltungsmittel mitgeteilt, daß ihnen ab sofort das Vertrauensleutemandat entzogen sei. Damit rückt sich Beiersdorf ein in Betriebe wie Reichhold, Norddeutsche Affinere und Deutsche Tenaco AG, in denen die Gewerkschaftsführer bereits mit längerer Zeit mit einem massiven Hetze gegen linke Kollegen und Ausschaltterror vorgehen.

Bei Beiersdorf hofft die IG Chemie Gewerkschaftsführung, mit diesem Schritt entscheidend mit dazu beitragen, daß die kommende Betriebsratswahl im Frühjahr keine Schlappschere für die rechten SPD Betriebsräte wird.

Die Zentrierte-Kollegen (hauptsächlich Handwerker) bei Beiersdorf



Plasterproduktion bei „Beiersdorf Hellas“ s.p.a., Athen (Griechenland)



Die größte ägyptische Kosmetik-Firma UTAC stellt Nivea-Creme in Lissabon her. Selbst das Lächeln der Kolleginnen für den Fotografen kann nicht die über hinwegwischen, in welchem Loch hier produziert wird.

Die Beiersdorf-Kapitalisten begannen ihre Geschichte mit dem Apotheker „Beiersdorf“, als dieser 1882 ein Patent für ein neuartiges Plaster erhielt. Der anschließende „Markenprodukt“ nach dem anderen. Daß die Kapitalisten nur deshalb heute Riesengewinne machen können (der in der Bilanz ausgewiesene Gewinn für das Jahr 1973 ist 14,88 Mio. Mark gegenüber 13,44 Mio. Mark im Vorjahr, der tatsächliche Gewinn liegt erheblich über diesem in den Aktienkurs eingeschätzten Gewinn), weil sie seit fast 90 Jahren ein Herr von Arbeitskräften nach den saugstärksten Methoden auszubeuten vorstehen, bleibt in dieser „Geschichte“ natürlich unerwähnt. Was die Arbeiter und Angestellten bei Beiersdorf aber in den kommenden Jahren bezahlen sollen, damit die Kapitalisten auf internationaler Ebene ihren Markt erweitern und einen europäischen Konzern aufbauen können, stellt eine vorübergehende Maßnahmen in den Betrieben der Beiersdorf AG zur Rationalisierung der bestehenden Produktionsanlagen und Steigerung der Arbeitslast in den Schichten!

Die Bezeichnungen der Beiersdorf Kapitalisten gehen in zwei Richtungen:

1. Verlegung der lohnintensiven Produktion in die sogenannten „Niedriglohnländer“. Die Beweggründe dabei den Aufbau von Werken in Ländern mit faschistischen Regimen. Hier sind einige zu nennen: die „Beiersdorf Hellas s.p.a.“ in Athen (Griechenland), die Beiersdorf Portuguesa Lda in Quez (Portugal), die Beiersdorf Española SA in

laufen. Werk I darf nicht weiter in die Höhe gebaut werden, angeblich droht in einigen Produktionshallen Deckenbruch. Zum anderen werden die unmittelbaren Anlagen (hauptsächlich in der Quickbornstraße) auch nach 22 Uhr noch durch den Lärm der Produktionsmaschinen während der Spätschicht belästigt. Wodurch die Beiersdorf-Kapitalisten die Schichtarbeit abbauen noch die Maschinen runterziehen wollen, kaufen sie schon frühzeitig die Wohnungen in der Quickbornstraße auf und vermieten sie als „Werkwohnungen“.

Ebenfalls in Eimsbüttel befindet sich das Werk III mit dem Kosmetikgebäude der Stanzerei Drucker, dem Zentrallager der Schwageren-Abteilung. Das Werk ist mit unterirdischer Fahrstraße einer Auffahrt und einem Parkdeck ausgestattet. Zwischen Werk I und Werk III ist in den letzten Jahren ein riesiges Forschungszentrum mit Laborgebäuden, Technik-Hörsaal und Bibliothek entstanden.

Weniger, um die Bevölkerung vor dem produzierten Gestank zu bewahren, wie es die Beiersdorf AG in ihrem Hochglanzdruck von 1970 „Unser Werk und Wir“ schreibt („Auch auf die Natur der Nachbarn in Eimsbüttel nahm man Rücksicht“) als mit der Absicht, behördliche Auflagen zu umgehen, legten die Beiersdorf Kapitalisten im Werk II, „wo es als und zu streng“ riefte, in den Südküsten Hamburgs, nach Billbrook Auf einer Nutzfläche von 22 000 qm ist das Billbrookwerk seit 1974 in Betrieb. In den nächsten Jahren wurde es erheblich erweitert. Heute werden hier die Grundstoffe



Das Werk IV in Hausbruch nach Fertigstellung des zweiten Hallenschiffes Ende '73

Das Werk IV in Hausbruch nach Fertigstellung des zweiten Hallenschiffes Ende '73



Die erste Betriebsversammlung im Jan. 1973 in Hausbruch

Verbindung nach Hamburg ist durch die Köhlbrandbrücke und den geplanten zweiten Elbtunnel die billigste und schnellste.

In unmittelbarer Nähe des Werkes liegt die Großwohnsiedlung Neuwiedenthal. Die Bevölkerung wird sich im nächsten Jahr auf 14 000 erhöhen. Auf dieses Arbeitskräftepotenzial sozusagen direkt „vor der Tür“ spekulieren die Beiersdorf Kapitalisten. Neuwiedenthal erspart ihnen den Bau einiger Werkwohnungen. Somit kommt der Flächennutzungsplan der SPD/FDP Regierung auch den Beiersdorf-Kapitalisten zugute. Dieser Plan stellt eine Zuordnung von Wohnsiedlungen zum Einzugsgebiet der Industrie im Südküstenraum dar. Der prägnanteste Ausbau des Werkes Hausbruch ist von den Kapitalisten regelmäßig abgelehnt und in seinen Konsequenzen für die Arbeiter und Angestellten im Werk I verheimlicht worden. Der im folgenden aufgeführte Entwicklungsplan in Hausbruch spricht aber für sich selbst.

- Ende 1970 das erste Hallenschiff 200 m lang und 20 m breit ist fertiggestellt.
- Im Februar 1972 und in Hausbruch 40 Arbeiter beschäftigt. Die Mehrzweckbeschäftigungsanlage L1 im Werk begann bereits für den Verkauf zu produzieren.
- Im Dezember 1973 ist das zweite Hallenschiff - 200 m lang mit einer Nutzfläche von 4 537 qm, überdacht Lade- und Wendefläche fertig.
- Im März 1974 wird die größte Umkleeanlage für Technische Klebblätter (DTN 5) eingefahren.
- Im August 1974 beginnen die Bau-

Form: Betriedsrat

Forderung die monatlich brutto ca. DM 260,- ausmachte

Don rechten Betriebsräten gelang es, dass man, die Forderung über Monate hinaus zu verschleppen und einen Augen auf der Geschäftsführung zuzunehmen. Daß nur 15 der Forderung erfüllte Hinzu kommt, daß diese Leute mit der Zustimmung zu diesem missen Abschluß gleichzeitig die „Gegenleistung“ für die Kapitalisten einem Abbau von Sozialleistungen zugestimmt haben, z.B. bezahlte Wachtel Treppentritt usw. abzubauen. Zwei haben die Kapitalisten jetzt kurzfristig etwas höhere Lohnabrechnungen zu begleichen, langfristig sind jedoch die Gewinner.

Die IG Chemie-Verwaltungsstelle hielt im Verlauf der ganzen Zeit ein Eingreifen bzw. Unterstützung der Kollegen nicht für notwendig. Flugblätter zu drucken usw. wurde abgelehnt mit der frohen Begründung der „Friedenspolitik“, die zwar für Streiks gegen bestehende Tarifverträge, nicht jedoch für das Drucken von Flugblättern für Betriebsvereinigungen besteht. Die rechte und berüchtigte Betriebsratspolitik wurde also gedeckt (Betriebsratsvorsitzender Lammich ist u.a. Mitglied des Verwaltungsrates des Vorstandes. Mitglied des Betriebs der IG Chemie war die „Zusammenarbeit“ gefördert haben dürfte.)

In dieser Situation haben zehn linke Vertrauensleute und fortwährende Gewerkschafter ein Flugblatt heraus, daß 1 der Spaltung zwischen Zeit- und Akkordlöhnen entgegenzutreten sollte, indem alle Kollegen über die Forderung der Zeitlöhner informiert wurden, 2. vor Abschluß über das Angebot der Kapitalisten eine Versammlung und Abstimmung forderte, und 3. für die Ablehnung des Abbaus der Sozialleistungen eintrat.

Die Folge war dann auch, daß sowohl eine Versammlung und eine Abstimmung abgelehnt werden mußte, bei der der rechte Betriebsrat mehrheitlich eine Abfuhr erteilt bekam, indem das Angebot der Kapitalisten abgelehnt wurde, welches die Betriebsräte vorher zur Annahme empfohlen hatten.

Sofort nach der Verteilung des Flugblattes bekamen alle Linien der des Flugblattes einen Brief der Verwaltungsstelle, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß dieses Verhalten „für unsere weitere Zusammenarbeit nicht ohne Folgen bleiben“ kann. Vier Wochen später kam der Ausschluss aus dem Vertrauensleutenkörper, der u.a. wie folgt begründet wurde:

„... aus dem Vertrauensleutenkörper, der u.a. wie folgt begründet wurde:

„... von Deinem Betrieb ein Flugblatt verteilt, das weder mit dem gewerkschaftlichen Vertrauensleutenkörper noch mit der Verwaltungsstelle abgestimmt war ...“ und daß es zum „Selbstverständnis gewerkschaftlicher Vertrauensleute (gehört), daß Flugblätter in enger Abstimmung mit der Verwaltungsstelle und unter deren Verantwortung verteilt werden ...“

Dies bezieht sich ausschließlich auf linke Flugblätter, nicht jedoch auf die von dem rechten Betriebsrat verteilte SPD-Propaganda, die jederzeit von einzelnen Betriebsräten und Vertrauensleuten verteilt werden darf!

• Eine Kritik am Verhandlungsstil der Betriebsräte und Verhandlungskommissionen hielt die Verwaltungsstelle ebenfalls für „schädigend“ und „nachteilig“, da ja „mehrere Verhandlungen einberufen wurden“. Tatsache ist jedoch, daß die rechten Betriebsratsfunktionen zunächst monatlich nichts taten, dann eine Versammlung durchführen, um den Handwerkern vom Überstundenpauschalabrechnen einen einzigen Druckmittel zu. Zu einer zweiten Versammlung war es nur gekommen, weil 60 bis 80 Handwerker spontan die übliche Vertrauensleute-Sitzung „unfunktionalisierten“, die dritte fand auf 1. Forderung des linken Flugblattes statt.

Sicherlich kommt zu diesem Ausschluss linke Vertrauensleute aus dem Vertrauensleutenkörper ein weiterer „Säuberungsschritt“ hinzu, der vor sich, daß zukünftig keine Gänge (wie z.B. der Handwerker zur zweiten Versammlung) mehr an den Sitzungen teilnehmen dürfen.

Damit hätte man den Vertrauensleutenkörper wie vor 1970 wieder voll in der Hand als ein Gremium, das zu einem Ja und Amen sagt was die rechte Betriebsratsführung an Säuberungen auch leisten mögen.

Leitung der Betriebsstellen
Boierdorf KB/Gruppe Hamburg

Hamburg Norddeutsche Schleifmittelindustrie

Kurzarbeit – ein Vorspiel für Entlassungen

Die Norddeutsche Schleifmittelindustrie (NSI) gehört zu den größten Schleifmittelproduzenten Europas. In den letzten Jahren sind die NSI Kapitalisten systematisch daran gegangen, Produktionsbetriebe in 61 Ländern aufzubauen. So wie Teile der Produktion aus dem Mutterbetrieb in Hamburg-Lurup nach Österreich zu verlagern, um Transport- und Lohnkosten zu sparen.

Im April 74 wurden zehn Kündigungen ausgesprochen, mit Zustimmung des sozialdemokratischen Betriebsrates, dessen Vorsitzender, G. Paulsen stellvertretender Verwaltungsstellenleiter in der Verwaltungsstelle der IG-Chemie Hamburg ist. Die Hauptantragungen des BR's waren in dieser Angelegenheit darauf gerichtet, das „Vorschlagsrecht“ wahrzunehmen, was von den Kollegen in den sauren Apfel zu beißen haben sollte. Dabei war es kein Zufall, daß unter diesen Kündigungen auch linke Gewerkschafter fielen.

Indem so die Kampfkraft der Arbeiter geschwächt wurde, bereitete man bewußt den Boden für die Durchsetzung der nächsten Maßnahmen der Kapitalisten vor.

Ende September meldete die NSI-Geschäftsleitung beim Arbeitsamt Kurzarbeit (4-Tage-Woche) für zunächst die Hälfte der Beschäftigten an, was aber innerhalb kurzer Zeit auf

lung gab als Grund „die schlechte Konjunktur in der Auto-Bau und Möbeldindustrie“. An In Wirklichkeit aber lauten im Hamburger Werk groß angelegte Rationalisierungsmaßnahmen ab.

Wie vertrauensvoll der BR mit den Kapitalisten zusammenarbeitet zeigt seine Hinhaltetaktik gegenüber den Kollegen in den letzten sieben Monaten. Anfang des Jahres sagte er noch: „Wir verzichten es mit Vorseitungen innerhalb des Werkes, um Entlassungen zu verhindern.“ Ab dann erstmalig doch entlassen wurde, meinte er nur, er habe ja schließlich diesen und jenen Kollegen vor der Kündigung bewahrt. Als dann Kurzarbeit aktuell wurde, erklärte er, so würden wenigstens keine entlassen werden. Als dann wieder und gleich dreimal soviel Kollegen wie zum ersten Mal gekündigt wurden, meinte er nur lapidar, es habe ja noch schlimmer kommen können. In derselben typisch sozialdemokratischen Argumentation „erinnerte“ G. Paulsen auf der Hamburger Vertrauensleutenversammlung der IG-Chemie anlässlich der Vorbereitung zur Tarifrunde 74 die Kollegen daran, daß man in Ländern wie Griechenland schließlich überhaupt keine Lohnforderungen mehr aufstellen könne (Diese ausdammende Ausrede hat er jetzt auch nicht mehr!).

Es hat sich wieder bestätigt, daß Kurzarbeit keine Entlassungen ver-



die gesamte Belegschaft ausgedehnt wurde

Ende Oktober folgte dann eine zweite Kündigungsrunde 30 Kollegen wurden entlassen. Die Geschäftsleitung kündigte wiederum 30 Kollegen wurden entlassen. Die Geschäftsleitung kündigte wiederum 30 Kollegen wurden entlassen.

Texaco, Hamburg-Grainbrook

Erneut drei Linke entlassen – Chronologie eines schmutzigen Zusammenspiels –

Die vier Anfang des Jahres aus dem Vertrauensleutenkörper (VLK) der Texaco-Grainbrook ausgeschiedenen linken Gewerkschafter sind alle entlassen und mit Werkverbot belegt worden. Die drei unterschiedlichen Kündigungsgründungen legen ein enges Zusammenspiel von Geschäftsleitung und rechter Betriebsratsleitung offen. Ein Zusammenspiel, das schon der Betriebsratsvorsitzende Ruch unmissverständlich ankündigt, als er die Kollegen anlässlich ihres VLK Ausschlusses anpöbelte: „Man muß Euch nicht nur aus dem VLK rausnehmen, aus der Gewerkschaft und aus dem Texaco müßt ihr auch raus!“

Der Reize nach

• Schon im Frühjahr wurde dem ersten der Vier gekündigt – angebliche Fehlzeiten und zu häufige Krankheitsfälle waren die „Begründung“. Der Betriebsrat (BR) stimmte zu und war im Arbeitsgerichtsprozess eine wesentliche Stütze der Geschäftsleitung (GL).

• Am 13.10. erhielt der zweite Kollege die Kündigung. Angeblich wegen „verwehrteter Arbeitsaufträge“ sei sein Arbeitsplatz „überflüssig“ geworden. „Mit Bedauern“ behauptete die GL, daß es in der gesamten Texaco-Hamburg (ca. 2000 Angestellte) keinen Arbeitsplatz für ihn gäbe. Natürlich stimmte der BR wie der ohne Zögern zu. Der Kollege wurde mit seiner Kündigung von der Arbeit suspendiert – („wir haben absolut keine Arbeit für Sie“) – und ihm jede Diskussionsmöglichkeit im Betrieb genommen.

• Am 14.10. verteilten zwei von drei ehemaligen Vertrauensleuten unterzeichnete kleine Zeitung „Arbeiterstimme“, die die Mängel sonstiger

Möglichkeiten einer linken Öffentlichkeit bereits schon länger geplant hatten. Sie behandelte verschiedene Mißstände (Arbeitsunsicherheit und Gesundheitsgefährdung) und forderte Verbesserungen.

Noch am selben Tag wurden die Kollegen vom Werksdirektor in Abwesenheit des Betriebsrats „verhört“.

• Die freche Behauptung des Direktors, daß keiner der aufgeführten Mißstände wahr sei, mochte der Betriebsrat damals noch nicht offen unterstützen, hatte er doch schon morgens feststellen müssen, daß die „Arbeiterstimme“ Nr. 1 von den meisten Kollegen positiv aufgenommen worden war.

• Nach 24 Stunden Denkpause erhielten die Kollegen dann Werkverbot und am 23.10. flüchteten ihnen ihre Kündigung ins Haus. „Störung des Betriebsfriedens“ und „schwere Verletzung der ihnen obliegenden Treuepflicht“ war die Begründung. Der Betriebsrat hatte sich (wen wundert's) den Argumenten der Geschäftsleitung inwischen angeschlossen. Der vorgebrachte „Kündigungsgrund“ ist mit einiger Sicherheit unhaltbar und dürfte kaum einem Arbeitsrichter genügen – und doch alle geschilderten Mißstände und Verbesserungsorderungen im Rahmen der (im derzeitigen Frage noch bestehenden) „Meinungsfreiheit“ ge deckt.

Gerade zu den überall anstehenden Betriebsratswahlen soll den Arbeitern die Möglichkeit einer Alternative zu den alten Betriebsratsführern genommen werden.

Betriebsstelle Texaco-Grainbrook
KB/Gruppe Hamburg

Norddeutsche Affinerie, Hamburg

Von den Kapitalisten gefeuert, von der Gewerkschaftsführung im Stich gelassen!

Auf einer Vertrauensleuten-Versammlung der Affi am 22.10. wurden drei linke Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Vertrauensleutenkörper ausgeschlossen und zu einfachen Mitgliedern „degradiert“. Auf Anregung von Walter Holst (IG Chemie-Sekretär für die Affi und Vorsitzender der Verwaltungsstelle in Hamburg) wurde auf der Sitzung der Antrag auf Rauschmiß gestellt und von ca. 10 zur Abstimmung erschienenen Kollegen gegen acht Stimmen befristet.

Was hatten die drei Kollegen gegen? Peter T. (Lehrling und Vorsitzender der Jugendvertretung) und Gerd N. (Kraftfahrer und seit zwei Jahren Vertrauensmann) waren von den NA-Kapitalisten fristlos gekündigt worden – das war ihr „Vergehen“.

Der 3. Kollege, Ralf H. wurde aus dem Vertrauensleutenkörper (VK) ausgeschlossen, als er sich beschwerte, daß Walter Holst zu dieser Versammlung besoffen erschienen war. Sein Ausschuß aus dem VK wurde am nächsten Tag durch den Verwaltungsstellen-Vorstand aus offiziell abgesegnet, da gegen ihn und Gerd N. so wies ein Antrag auf Ausschuß aus dem VK lief, der von vier Betriebsräten und vier Vertrauensleuten gestellt worden war, als die beiden die Zustimmung des Betriebsrats zu der Kündigung von Peter T. kritisierten (siehe auch REBEL 1, Seite 5).

Auf gute Zusammenarbeit!

Als Begründung für den Ausschuß von Peter T. und Gerd N. wurde von Walter Holst angegeben, daß sie ja aus der Firma „ausgeschieden“ se, habe ihr auch „automatisch“ kein Recht mehr, Vertrauensleute zu sein.

Und dies, obwohl beide Kollegen vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung klagen und von der Rechtsstelle des DGB offiziell vertreten werden.

Und dies, obwohl die Rechtsstelle in beiden Fällen die Kündigungsgründe für nicht ausreichend hält.

Hier wird die gute Zusammenarbeit zwischen Kapital und Gewerkschaftsführung nun wirklich deutlich.

Verant gegen links schlagen!

Verant gegen links schlagen!

Die beiden Hetzbrochüren des Freiherrn Philip von Kodochits (Sekretär der IG Chemie) „Was steckt dahinter“ und „Was wollen die Choten?“ zeigen die ersten konkreten Erfolge. Die Gewerkschaftsführung

Neues zu den fristlosen Kündigungen! Die Affi-Kapitalisten haben eine weitere Schlappse erlitten!

Die beiden fristlosen Kündigungen gegen Peter T. und am 24.10 vom Arbeitsgericht Hamburg in aller Form zurückgewiesen worden. Peter ist wieder einzusetzen und auf der Affi wieder einzusetzen.

Daß die Affi-Herren noch nicht aufgegeben haben ist klar, trotzdem ist dies für Peter T. natürlich ein Triumph. Der Anwalt der Arbeitsgemeinschaft Chemie drückte das so aus: „Wir haben zwar eine Schlacht verloren aber noch nicht den Krieg.“

Selbst wenn die Affi vor das Landesarbeitsgericht zieht, muß Peter T. bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Karlsruhe weiter ausgebüßelt werden (Bis dahin ist seine Lehre sowieso beendet). Es sei denn, Peter wird ein drittes Mal gekündigt.

Trotzdem ist jetzt bei Peter noch eine Probebeichte offen. Die Anzeige der Affi-Broschüre bei Staatsanwaltschaft wegen angeblicher „falscher eidesstattlicher Aussage“, die er bei seiner Verteidigung bei der Behandlung der ersten fristlosen Kündigung gemacht haben soll.

Bei der Kündigungsanhörung von Gerd N. steht noch kein Termin fest. Der Schriftsatz der Affi zur Klage liegt bereits vor. Wir werden im nächsten AK darüber ausführlicher berichten.

Betriebsstelle Norddeutsche Affinerie, KB/Gruppe Hamburg

und die SPD-Betriebsgruppe auf der Affi haben es geschafft, die Mehrheit im Vertrauensleutenkörper und den gesamten Betriebsrat auf Grundlage der Hetzbrochüren gegen die linken Kollegen aufzutupfen.

Am Anfang stand die Kritik von Gerd N. und Ralf H. Die NA hatte Peter T. fristlos gefeuert (vier Tage vor der Jugendvertreter-Wahl), der Betriebsrat hatte mit 11 gegen 7 der Kündigung zugestimmt, ohne die vorgeschriebenen Gründe der NA zu überprüfen. Die beiden Vertrauensleute kritisierten diese Haltung öffentlich im VK als unsolidarisch und fahrlässig (weil nicht genau überprüft).

Der Betriebsrat wurde daraufhin auf Vordemman gebracht, „wir lassen uns von denen doch nicht anmachen, die mühen wir auf jeden Fall loswerden, die mühen“.

Bei der 2. fristlosen Kündigung von Peter T. (gegen die erste klagte Peter T. erfolgreich) stimmten alle Betriebsräte schon einstimmig der Kündigung der Affi-Kapitalisten zu (Übrigens alle Betriebsräte sind Mitglieder der IG Chemie).

Es wurde jetzt unter der Federführung des BR-Vorsitzenden Benno Olach, der schon genannte Antrag auf VK-Ausschuß von Gerd N. und Ralf H. bei der Verwaltungsstelle gestellt. Die beiden betroffenen Kollegen verfielen daraufhin eine Stellungnahme in der sie unter anderem feststellten, daß hier linke Kritiker abgeschoben werden sollten. Diese Stellungnahme wurde auch an einige Kollegen verteilt. Dies war heute übrigens dem Kollegen Gerd als Kündigungsgrund vorgehalten.

Teilen des Betriebsrat und der Vertrauensleuten-Körpers gelang es, noch weitere 30 Vertrauensleute zur Unterschrift unter den Ausschuß-Antrag zu bewegen. Nun wurde vom Betriebsrat ein Ultimatum an die Verwaltungsstelle gestellt: „Solange die beiden noch im VK sitzen, werden wir nicht mehr erscheinen.“

Auf der vorhergehenden VK-Sitzung erschien auch tatsächlich kein einziger Betriebsrat (außer einem Beobachter), Anfragen und Erklärungen des Betriebsrats wurden den anwesenden Problemen der Kollegen konstant nicht behandelt werden.

Jetzt mußte auch die Verwaltungsstelle, die bisher die Kündigungsgründe behandelt wurde.

Jetzt mußte auch die Verwaltungsstelle handeln, oder anders ausgedrückt, jetzt hatte es einen guten Vorwand zum Handeln. Bis jetzt hatte die Gewerkschaftsführung über den Antrag noch nicht entschieden seit zwei Monaten!

So erschienen auch auf der VK Sitzung am 22.10. alle Betriebsräte offenbar von der Verwaltungsstelle vom bevorstehenden „Schlichtungsfall“ informiert. Es herrschte eine richtige Hetzmasche. Es durfte zum Beispiel vor der Abstimmung des Rauschmißes, nachdem Gerd N. auch da zu geblieben war, nur noch für den Abstimmungsantrag gesprochen werden, anderen Meinungen wurde das Wort entzogen. Die große Mehrheit war erschienen und die drei Kollegen loszuwerden was dann auch über die Bühne gegangen wurde. Selbst als (Käte durch die Kollegen nicht mehr hören ließen.

Damit ist wieder mal vorerst ein trauriges Kapitel der guten Zusammenarbeit zwischen Kapital, Gewerkschaftsführung und SPD (Betriebsgruppe) abgeschlossen.

BR-Wahlen

Diese Vorgänge stehen in engem Zusammenhang mit den nächsten Jahr anstehenden Betriebsratswahlen. Diesen drei Kollegen ist es jetzt kaum mehr möglich zu den BR Wahlen auf der Liste der IG Chemie zu kommen, da diese Liste im Vertrauensleutenkörper aufgestellt wird. Es bliebe diesen Kollegen dann nur noch die Möglichkeit, eine eigene Liste aufzustellen – und das führt dann zum endgültigen Ausschuß aus der Gewerkschaft. Es ist ein alles oder nichts Engagement und vorbereitete Nacharbeit es dann wieder. Wir mühen die Kollegen einschreiben, da sie sich „gewerkschaftswidrig“ verhalten hätten, durch ihre eigene Liste zu den BR Wahlen! Die Kapitalisten ihrerseits versuchen, die Auswählung dieser linken Kollegen durch fristlose Kündigungen zu ver vollkommen.

Betriebsstelle Norddeutsche Affinerie, KB/Gruppe Hamburg

Mit Krupp und Schah für „Mitbestimmung“

Am 16. und 17. 10. fand im Bundestag ein Mitbestimmung-Hearing statt. Der Clou des ganzen AS Sachverständigen der Gewerkschaftsführung trat hier Generaldirektor Mommsen (Vorsitzender der Krupp GmbH) auf. Er verteidigte das Mitbestimmungsmodell, das auch von der Gewerkschaftsführung bevorzugt wird. Warum nach einem neuen Gesetz suchen, das außerordentliche Probleme mit sich bringen würde, statt ein bereits vorhandenes Gesetz, das seinerzeit einstimmig vom Bundestag angenommen wurde auf die übrige Großindustrie anzuwenden zu machen (Mommsen, FAZ 24.10.). Hervorgehoben Personlichkeiten wie Herr Abt, Herr Pfendner, Herr Pöschel und Herr Dohrn hätten ausgezeichnete Erfahrungen mit der Mitbestimmung gemacht. Auch der Schah (!) aus dem furchtsamen Persien habe sich, „bevor er bei Krupp einstieg, mehr der

saßten über die Mitbestimmungssysteme in Deutschland unterrichtet, dennoch hat er allerdings durchblicken lassen, daß das Mitbestimmungsmodell der bisherigen Regierungsentwurf („Welt am Sonntag“, 20.10.) Mommsen selbst nicht für den Mitbestimmungsmodell sei, weil er das „westreichendste“ aller vorgelegten Entwürfe ist, von daher den Arbeitern am ehesten schmackhaft gemacht werden kann.

Gleichzeitig aber sei für die Kapitalisten so „system - stabilisierend und systemkonform zugleich“ (Mommsen), daß er völlig ungeführlich sei.

„Wenn wir wirklich in Kürze 1 Million Arbeitslose in unserem Lande haben sollten, dann zeigt dies mit aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, daß sich Kapital und Arbeit in einer ausgewogenen Position gegenüberstehen, einer Position, die auf keinen Fall Kampf (!) aber auch nicht

nur Mitwirkung (!) sein darf. Dazu ist das Schicksal derjenigen, die arbeitslos werden oder die Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes möglich zu versperren haben, zu hart.“ (Mommsen, „FAZ“, 24.10.)

Das offene Auftreten eines Kapitalistenvertreters als Sachverständiger der Gewerkschaften ist in Teilen der bürgerlichen Presse (wie „FAZ“ und „Welt“) auf Kritik gestoßen. Einerseits geht die Kritik in die Richtung mangelnder Klassenloyalität; andererseits meint die Presse aber auch, so offensichtlich sei's nicht schicklich. Darauf eingehend weist Mommsen auf die Klassenkompromittierung in der BRD hin. In seiner Berufung zum Sachverständigen der Gewerkschaften zeige sich, „welchen Wandel unsere Demokratie gegenüber den vielen Ländern um uns herum in den letzten Jahren erfahren hat. Glauben meine Kritiker daß eine solche Berufung und eine solche Benennung in Italien, Frankreich oder England möglich gewesen wäre?“ „Wohl kaum!“

Chemiegruppe KB / Westberlin

Demokraten in der Bundeswehr nur unter dem Blickwinkel der „Merkelkraftsetzung“ steht.

Eine Studie der DKP, in der die Bundeswehr als „Bürgerkriegsarmee“ charakterisiert wird, der Austritt aus der NATO und der Rücktritt von (Ex-Gewerkschaftsführer) Leber gefordert wird, bezeichnet die WDA als „schlecht als „Mitschritt“! Darum begrüßt sie es auch, daß die Verbreitung dieser Studie verboten wird.

Schließlich wird ja „jemand der Kopf abgerissen“, sondern der Gefreite, der sie trotzdem verteilte, „bezog ganze 14 Tage Arreststrafe“. Wirklich, so großmütig sind die Militärs!

Konsequenz war das der „Kollege Oberst“ der von 1953 bis 1956 Leiter des Hauses der Gewerkschaften in Oberursel war, bezeichnet die WDA als „schlecht als „Mitschritt“! Darum begrüßt sie es auch, daß die Verbreitung dieser Studie verboten wird.

Zelle Hanomag-Henschel KB/Gruppe Hamburg

kommandeur und als Lehrgruppenkommandeur an der Heeresoffizierschule in die Praxis“ um.

Zelle Hanomag-Henschel KB/Gruppe Hamburg

(Darunter verstanden sie z.B., daß die hochbezahlten leitenden Angestellten mehr als 50 % abgezogen bekommen)

Die Abwehrfront der Kollegen muß erst noch geschaffen werden!

Der größte Teil der Kollegen hat den Angriff zwar empört, aber letztlich widerstandslos hingegenommen. Inzwischen hat auch die bisher kampfscheue Abteilung der Tiefdruck, resigniert die Meisten wollen die Liste mit „Ja“ unterschreiben. Die Tiefdruckmontage macht Wochenarbeit, im Offset ist die Druckgeschwindigkeit um 20 % erhöht worden.

Auf der anderen Seite ist ein kleinerer Teil der Kollegen nicht gewillt, überhaupt eine Unterschrift zu geben. Eine Schicht im Offset hat beschlossen, jenen Unterschriftenliste nicht auszufüllen, aus den anderen Abteilungen gibt es ebenfalls eine Reihe von Kollegen, die auf diese Art den Plan der GL ablehnen wollen, ohne sich dadurch gleich der endgültigen Kündigung auszusetzen.

Aber innerhalb dieses Teils der Belegschaft gibt es eindeutige Schwächen. Einige von ihnen würden unter abgezwungenen Bedingungen“ vermutlich doch unterschreiben. Andere ziehen in Erwägung, den Betrieb zu wechseln, wenn die Schweinerei durchmitten.

In dieser Situation ergeben sich zwei wesentliche Aufgaben: 1. als erstes muß die Vorlage der Unterschriftenlisten so breit wie möglich zurückgewiesen werden. Auch wenn keine Mehrheit gegen die Vorlage zustande kommen sollte, so wäre ein möglichst starker Widerstand in dieser Frage dennoch von großem Nutzen für die Kollegen.

Nur wenn die Abwehrfront offensiv angepackt wird, besteht die Möglichkeit sie weiterzutreiben. Ihre Schwächen zu überwinden.

2. In dieser Arbeit gilt es, die rangierten fortschrittlichen Kollegen aus ihre Defensive in die Defensive zu ziehen. Es ist heute nötiger denn je, einen Kreis fortschrittlicher Kollegen zu schaffen, der die Abwehrfront breit aufbauen kann.

Druckerguppe KB Westberlin

Hamburg

Denkzettel für GEW-Führung

Auf Klage von 107 GEW-Mitgliedern gegen den Hamburger Landesverband der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft erließ das Landgericht am 5.11. folgende einstweilige Verfügung:

Dem Vorstand wird „bei Verletzung einer Geldstrafe in unbefristeter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten“ verboden, an einer Landesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, einzutreten oder die Einberufung einer solchen Versammlung vorzubereiten, solange nicht durch ein für die Überprüfung derer Maßnahmen antragsgemäß oder gesetzlich zuständigen Organ verbindlich festgestellt worden ist, ob es dazu einer Satzungsänderung bedarf.“

Wie wir mehrfach im ARBEITERKAMPF berichteten, geht es darum, daß der Vorstand mit Hilfe der Ermächtigungsbefugnisse des Mainzer Kongresses der GEW versucht hat, die Hamburger Hauptversammlung kurzerhand aufzulösen, um eine un-demokratische Vertreterversammlung nach seinem Geschmack durchzusetzen.

Dieser Machtpolitik – sich selbst Jahren über den Willen der Mitglieder und über sämtliche satzungsmäßigen Mitgliederrechte hinwegzusetzen – möchte in diesem Fall sogar das bürgerliche Gericht nicht zustimmen.

In der Hamburger GEW hatten über 1.600 Mitglieder in einer Unterschriftenaktion die Einberufung einer Hauptversammlung gefordert. In verschiedenen Fachgruppen hatten sich die Mitglieder deutlich gegen die Willkür des Vorstands ausgesprochen. Auf der anderen Seite fanden sich nur ganze sechs Mitglieder, die sich innerhalb des Verbandes zur Vorstandssitzung öffentlich bekannten.

Deshalb lautete der zweite Punkt der Klage auf Einberufung einer

Hauptversammlung mit der Tagesordnung: Auswirkungen der Mainzer Beschlüsse auf den Landesverband Hamburg der GEW und Beauftragung über Satzungsänderungen.

Dies wurde vom Landesgericht an das Amtsgericht überwiesen.

Der Vorstand allerdings fürchtet eine Hauptversammlung wie der Teufel das Weihwasser und hat klar zum Ausdruck gebracht, daß es eher durch sämtliche gerichtlichen Instanzen geht (um dabei die Mitgliederbeiträge zu verschwenden), als sich dem Willen der demokratischen Mitglieder zu beugen.

Was der Vorstand „anheißet“, ist, eine die vom Mainzer Kongreß vorgezeichneten Schiedsinstanzen entscheiden zu lassen, aber deren Besetzung, man sich ja einigen konnte.“ Diesen Weg, die Sache auszumachen, läßt auch das Urteil offenbar offen.

Der Betrug an den Mitgliedern und die Verletzung ihres Rechts, über Satzungsänderungen selbst auf einer Hauptversammlung zu entscheiden, wäre aber in diesem Fall genau dasselbe.

Es kommt darauf an, daß sich die 107 klagenden GEW Mitglieder in dieser Frage nicht spalten lassen. Wichtiger als das ist es aber noch, innerhalb der GEW nicht locker zu lassen und das Gerichtsurteil für eine erneute Stärkung der demokratischen Kräfte in der Gewerkschaft zu nutzen.

Dabei kommt es auch nicht zuletzt darauf an, durch die Solidarität der Mitgliedschaft zu verhindern, daß der Vorstand seine gegen die 107 Kollegen erhobene Drohung des „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ (d.h. Ausscheid!) wahrnehmen kann.

Bandenkommission des KB, Gruppe Hamburg

Druckerei Severin:

Kollegen gegen Beiragserhöhungen

Druckerei Severin

Kollegen gegen Beiragserhöhungen

Am 18. Oktober fand sich im „Flensburger Tageblatt“ ein Artikel über die zehnten Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier. Unter anderem hieß es da: „Der Gewerkschaftstag beschloß auch eine drastische Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Die bisherige Beitragsrate reichte von mindestens vier Mark monatlich, bei einem Verdienst bis zu 560,- DM, bis zu 24,- DM bei 1.520,- DM Verdienst und darüber. Jetzt werden die Grenzenwerte auf mindestens acht DM und höchstens 32 DM angehoben.“

Als die Kollegen von dieser Erhöhung erfuhr, waren die meisten nicht bereit, diese Erhöhung ruhig hinzunehmen. Einige wollten aus der Drupa austreten.

Wie sieht es mit den Finanzen bei der Drupa aus? Hier zeigt sich schon, wie wenig die Mitglieder zu melden haben, denn es existieren in der Drupa nicht einmal eine Streikkasse oder Rücklagen, die einzig und allein für den Arbeitskampf bestimmt sind. Stattdessen ist das Drupa „Vermögens“ (immerhin über 20 Mio.) Vermögensverwaltungsgesellschaften überlassen und in Wertpapieren und Grundstücke angelegt.

Falls aber mal tatsächlich gestreikt werden sollte und die Drupa Streikgelder zahlen muß, muß sie zu normalen Bedingungen einen Kredit aufnehmen, für den sie dann auch noch Zinsen zahlen kann.

Austritt?

Nachdem diese Punkte im Betrieb z.T. schon diskutiert waren, wurde von den Kollegen spontan eine Unterschriftenaktion gegen die Beitragsanhebung gemacht. Einige Kollegen wollten, daß in der Unterschriftenaktion die „Drohung“ mit aufgenommen wird, daß sie bei einer Beitragsanhebung austreten würden. Es wurde diskutiert, daß dies die falsche Konsequenz ist.

Die Verhältnisse in der Gewerkschaft kann man nicht durch Austritt ändern, sondern nur durch einen dauernden Kampf für innergewerkschaftliche Demokratie in der Gewerkschaft.

In der Unterschriftenaktion wurde gleichzeitig gegen die Kürzung der Sozialleistungen protestiert. Denn

schon läßt die Hauptvorstand vor, verschiedene Sozialleistungen zu streichen. So soll z.B. das Kranken-IG Druck und Papier. Unter anderem hieß es da: „Der Gewerkschaftstag beschloß auch eine drastische Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Die bisherige Beitragsrate reichte von mindestens vier Mark monatlich, bei einem Verdienst bis zu 560,- DM, bis zu 24,- DM bei 1.520,- DM Verdienst und darüber. Jetzt werden die Grenzenwerte auf mindestens acht DM und höchstens 32 DM angehoben.“

BR versucht Spaltung

Die Unterschriftenaktion, die anfangs sehr gut lief, kam ins Stocken, als der rechte BR-Stück die Kollegen zunächst mit dem Argument, die Erhöhung gelte nur für Schriftsteller und Journalisten, zu spalten versuchte. Kurz darauf erklärte er, die Erhöhung gelte nur für Maschinen-setter, und die Beiträge der anderen Mitglieder würden vorübergehend sogar gesenkt, da die Beiträge prozentual an den Lohn angepaßt würden.

Der Spaltungsversuch des BR's war auch z.T. erfolgreich, einige Kollegen meinten, man solle mit der Abgabe der Unterschriftenaktion warten bis die neue Beitragsabgabe rausgekommen sei, dann könne man es immer noch sehen. Jedoch konnten sie teilweise überzeugen werden, daß es dann bereits zu spät ist, wenn diese Unterschriftenaktion noch Wirkung haben soll, mußte es auf jeden Fall sofort abgegeben werden.

Nie Beitragsanhebungen?

Leizendlich ist nicht so sehr entscheidend, ob der Beitrag um ein paar Mark angehoben wird oder nicht. Entscheidend ist, daß die finanziellen Mittel, genau wie die anderen gewerkschaftlichen Einrichtungen (z.B. Zentralorgan, Tarifkommission) nicht unter Kontrolle der zahlenden Mitglieder stehen und sich nicht grundlegend gegen eine Beitragsanhebung wehren. Für so lange wie nicht abgehegt ist, daß die breite Masse der Mitglieder darüber verfügen kann, was mit dem Geld gemacht wird.

Ein Flensburger Druckereisano

„Kollege Oberst geht“

Unter dieser Überschrift erschien in der „Welt der Arbeit“, dem Zentralorgan des DGB, ein Nachruf auf H. Hülsmann. Dieser, Oberst der Bundeswehr, hatte am 1.10. mit 57 Jahren die Altersgrenze erreicht und schied aus dem „Dienst fürs Vaterland“ aus.

Sein wesentliches Bestreben war immer gewesen, daß „die mehrheitlich Bundeswehr nicht in die gleiche Isolation kommen dürfe, wie die Reichwehr nach 1918“.

Diese Haltung zur Bundeswehr und den militärischen Instrumenten in der BRD ist allerdings nicht die verschworene Ansicht eines Journalisten, sondern spiegelt das Verhältnis der „Arbeiterorganisation“ DGB zum bürgerlichen Militärapparat wider.

In zwei Berichten in der WDA (Nr. 33 und 34) hatten die DGB-Obersten schon mal die Versuche der „Unterwanderung“ der Bundeswehr durch Kommunisten angeprangert.

In diesem Artikel heißt es zur Arbeit des „Militärischen Abschirmdienstes“ (MAD), eines der wichtigsten Organe zur Bespitzelung und

Verfolgung von Demokraten und Kommunisten.

„Jedenfalls liegt die besondere Stärke des MAD in seiner zentralen Führung, er ist frei von Loyalitäts- und Hämlichkeit-Bindung. MAD-Chef General Paul Scherf hat den Laden in der Hand, wie es scheint.“

Es ist nicht ohne Reiz, mit ihm und den Seinen zu reden. Scherf ist klein, drahtig und in seiner Temperamentsfülle das genaue Gegenbild des aktuellen Geheimdienst-Chefs, wie ihn ihn die Kommunisten einschlägiger Romane und Filme vorstellen. Obendrein ist er sogar Sozialdemokrat (!).

Sein Presseschef Hubert Wilke, Freigantkapitän, so clever wie diskussionsfreudig, könnte auch als Public Relations Manager in der Großindustrie sitzen.

Wir sind die einzige Einheit der Bundeswehr, die sich schon mitten im Friedenskrieg befinden.

Die MAD-Männer stellen den Teilbestand bedürftig fest (WDA 33/74). So ist es auch klar, daß die WDA die Tätigkeit von Kommunisten oder

Wir sind die einzige Einheit der Bundeswehr, die sich schon mitten im Friedenskrieg befinden.

Die MAD-Männer stellen den Teilbestand bedürftig fest (WDA 33/74). So ist es auch klar, daß die WDA die Tätigkeit von Kommunisten oder

der „Unterwanderung“ der Bundeswehr durch Kommunisten angeprangert.

In diesem Artikel heißt es zur Arbeit des „Militärischen Abschirmdienstes“ (MAD), eines der wichtigsten Organe zur Bespitzelung und

Druckhaus Tempelhof:

„Es geht weiter“ gegen die Kollegen

Wir berichteten im letzten AK über die Schließung der Druckerei Gruppe. Mittlerweile scheint sich jene Drohung als taktisches Manöver der Druckhaus-Kapitalisten herauszustellen, das einen Angriff auf die Druckhausbelegschaft vorbereitete, der in der Westberliner Druckindustrie alle bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen in den Schatten stellt.

Am 16.10. gab die Geschäftsleitung (GL) ein Rundschreiben heraus, in dem es bekannt gab, daß die Verhandlungen endlich zu einem absehbaren Ende gelangen würden. Ein Teil der verlorengewonnenen Aufträge sei so gut wie zurückgewonnen. Zur Weiterführung des Betriebes sei es aber notwendig, „Lohn- und Arbeitsplatzbedingungen der Auftragslage anzupassen“:

- Ca. 150 Kollegen aus allen Abteilungen sollen entlassen werden. Dabei soll die GL nicht nur nach „sozialen Gesichtspunkten“ aus, sondern z.B. nach dem Kriterium „Bereitschaft zur Mehrarbeit“!

- Drastische Reduzierung der Maschinenbesetzung im Tiefdruck auf drei Drucker an soziol. Rollen. Die Überflüssigen Zuzug werden um 50 % bzw. der Effektivlohn um 10 % gekürzt.

- Anrechnung der nächsten Tarifsteigerung auf die überzähligen Zuzüge bei einem Teil der Kollegen. Zur Einführung der Rationalisierungsmaßnahmen soll die GL einen besonders üblen opressiven Druck ausüben. In allen Abteilungen sollen ausgelegt werden, in die man eintragen will, ob man unter diesen Bedingungen weiterarbeiten will oder nicht. Wer mit Nein antwortet, darf sich wohl schon als gekündigt betrachten.

BR - voll auf der Linie der GL

Es lag nahe, daß der „Vorstoß“ der GL bei einem großen Teil der Kollegen erstmal sehr große Empö-

rung hervorrufen würde. Im Gegenteil zu der Hoffnung, die Kollegen durch Rundschreiben zu „informieren“, zogen es deshalb die einzelnen Betriebsräte – wahrscheinlich auf Geheiß des rechten Vorsitzenden Eggle – vor, persönlich in ihren Abteilungen aufzutreten.

Was eigentlich begründbar wäre, nämlich die – vom BR während der ganzen Auseinandersetzung unterlassene – direkte Diskussion mit den Kollegen, entpuppte sich als Versuch, den Angriff der GL so schwachmachtig wie nur möglich zu machen. Es mußte jeder Kollege hedenken und abwägen, ob ihm die Sicherheit seines und der anderen Kollegen Arbeitsplatzes voransteht.

Über diesen oder jenen Punkt müssen man natürlich mit der GL noch ins Reine kommen. Zur Einführung der Rationalisierungsmaßnahmen der BR schon einen Gegenvorschlag unterbreiten, die Unterschriftenliste nicht im Betrieb ausgelegt werden, sondern jedem Kollegen einzeln nach Hause geschickt werden, wo sich jeder in Ruhe die Sache durch den Kopf gehen lassen könne und erst dann unterschreiben soll. Dieser Vorschlag zeigt den Ideenreichtum des BR in Sachen Kapitalinteressen.

Die Kollegen reagierten insgesamt erstmalig ablehnend. Sie stellten nicht fest, daß im Grunde „es keine Sache“ sei, sondern, daß die Arbeitsplätze durch Lohnverzicht und Ähnliches zu erreichen ist (wer garantiert uns, daß die Bude in starrer Zeit nicht doch geschlossen wird?). Deshalb würden sie mit „Nein“ unterschreiben!

Andererseits jedoch gingen einige Kollegen der GL auf den Leim. Zwar würden sie den „Vorstoß“ in seiner bestehenden Form nicht mit „Ja“ unterschreiben, aber wenn ein „ge-rechtes“ verzeiht, in Angriff genommen würde, wären sie dabei.

Die Angriffe der Gewerkschaftsführung in der Fachgruppe Buchhandel der HBV

Am 21.10.74 wurde auf der Vorstandssitzung der Fachgruppe Buchhandel der HBV einstimmig beschlossen, den Kollegen Ulrich Vetter aus der HBV auszuschließen. Zu dieser Vorstandssitzung wurde der Kollege Vetter selbst Mitglied des Vorstandes, nicht eingeladen.

Wie ist es dazu gekommen?

Das erste Mal wurde eine konsensuale Tarifpolitik im Buchhandel entwickelt. Es wurden z.B. präzisierende Strukturpläne entwickelt. Die wiederholten Überstunden zu Weihnachten im Buchhandel wurden abgebaut. Die Gewerkschaftsmitglieder machten den Kollegen deutlich, daß diese unbezahlten Überstunden den Profit der Kapitalisten erhöhen. Es wurde damit erreicht, daß diese unbezahlten Überstunden radikal zurückgingen.

Hierbei faßten aber die Gewerkschaftsführer den Kollegen in den Rücken, indem sie argumentierten, er sei verpflichtet, die Arbeitszeitordnung Überstunden zu machen. Sie setzten sich zwar für die Bezahlung der Überstunden ein, nicht aber für deren Abbau. Chefsekretär Krause z.B. in einer BR-Sitzung bei der Firma Libri. Ihr könnt doch der Firma nicht das Weihnachtsgeld kaputt machen.

Zur Tarifpolitik

Von den Kollegen wurden zur Tarifrunde 74 Forderungen von ca. 16 % aus den Betrieben aufgestellt. Daneben wurde auf der Mitgliederversammlung beschlossen, daß die Tarifkommission bei größeren Abweichungen von diesen Forderungen in den Verhandlungen mit den Kapitalisten keinen Tarifabschluß tätigen darf, sondern erst eine Mitgliederversammlung einberufen muß, auf der dann entschieden wird. Das Tarifergesetz lag nachher bei ca. 11 %.

Die Tarifkommission hatte sich

auf der MV verpflichtet, alle Informationen während der Tarifrunde an die Mitglieder zu geben. Als die Tarifkommission dann auf ihrer Sitzung über die Frage der Veröffentlichung und Einberufung der Mitgliederversammlung diskutiert wurde, drohte Landesbeauftragter Schiel. Wenn ihr Öffentlichkeitsarbeit macht, schließt ich den Tarifvertrag von 1971 ohne Tarifkommission ab. Daraufhin beschloß die Tarifkommission, keine Öffentlichkeitsarbeit herzustellen und keine Mitgliederversammlung durchzuführen. Aus diesem Vorgehen entwickelte sich eine Resignation bei den fortschrittlichen Kollegen. Zur letzten Mitgliederversammlung kamen nur 16 Kollegen, Arbeitskreise fielen auseinander usw.

Diese Verhinderung einer konsistenten und richtigen Gewerkschaftspolitik reicht der Gewerkschaftsführung aber noch nicht aus. Die Kollegen, die trotz dieser Nachschüsse versuchen, die Arbeit fortzusetzen, sollen eingeschüchtert bzw. ausgeschlossen werden.

Der Kollege Ulrich Vetter, der in der Tarifkommission als einziger, trotz der Drohungen von Schiel, für die Veröffentlichung der Tarifinformationen gestimmt hat, wurde deswegen seines Amtes als Fachgruppenvorsitzender und Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes von Krause und Schiel entbunden. Zu dieser Schweigenkommission kam hinzu, daß diese Disziplinarmaßnahme von Krause/Schiel satzungswidrig ist, nämlich ohne Bestätigung durch den Hauptvorstand und ohne Beschlüsse der zuständigen Gremien selbstherrlich durchgeführt wurde.

Gegenüber den Kollegen müssen allerdings andere Argumente herhalten. So wurde von den Sekretären auf der Mitgliederversammlung behauptet, der Kollege Vetter würde seit Jahren keine satzungsgemäßen Beiträge zahlen, (übrigens in einer persönlichen Erklärung von ihm selbst

dementiert) und dies als Begründung gegenüber den Kollegen zur Annaherhebung und Ausschlussgrund angegeben. Man stellte den Kollegen auf der Mitgliederversammlung als nicht vertrauenswürdig für die Vorstandsvorsitzende-Funktion hin (wer nicht beitragsfähig ist, dem schenkt man auch kein Vertrauen).

Der Kollege Vetter hat inzwischen zu den Auseinandersetzungen in der Fachgruppe Buchhandel eine persönliche Erklärung an alle HBV-Mitglieder geschrieben und einen Einspruch gegen den Landesbeauftragten Schiel wegen seiner Machenschaften gestellt. Durch diese Veröffentlichung wurde erreicht, daß die fadenäugige Begründung mit der Beitragsfähigkeit bei den Mitgliedern nicht mehr zählte. Die Gewerkschaftsführung benutzt jetzt nicht mehr dieses Argument, sondern ganz allgemein wird dem Kollegen „gewerkschaftsschädliches Verhalten“ vorgeworfen. Er habe als einziger gegen die Tarifkommission gestimmt und durch seine Veröffentlichungen die Gewerkschaft diffamiert.

Der Gewerkschaftsführung geht es darum, den Kollegen auszuschließen. Gestellt hat diesem Ausschluss die DKP-lerin Helga Berdowski (Betriebsratsvorsitzende bei Weidrecht & Marx), unterstützt durch die DKP-lerin Gabriele Gornert (Internationale Buchhandlung) und weitere DKP-ler.

Die DKP unterstützt damit auch die Politik der rechten SPD-Gewerkschaftsführung, sondern nimmt ihr aktiv diese Schmutzarbeit ab. Das zeigt deutlich, in welchem Sumpf nicht nur diese Organisation, sondern auch ein Großteil der DKP-ler gelandet ist.

Hand in Hand mit dem Gewerkschaftsschubhänger hat der Kollege ganz seine Kündigung im Betrieb erhalten.

HBV J. 1974
KB/Gruppe Hamburg

nach als ÖTV Betriebsrat in Arm

nach als ÖTV Betriebsrat in Arm unter den Rechten inzwischen abgemachte Sache. Mit der „Kampagne“ gegen M. R. dürfte er sich bei der (Schäftsleitung) schon jetzt bestens in Empfehlung gebracht haben.

Von den Linken muß jetzt verstärkt versucht werden, in der ÖTV und unter den Eltern die Solidarität mit M. R. zu organisieren, nicht für ihre Wiederanstellung einzustehen und eine fortschrittliche ÖTV-Liste für die Betriebsratswahlen in der „Verordnung“ aufzustellen.

Initiative sozialistischer Erzieher, Hamburg (132)

DGB-Rechtsschutz – Kein Schutz für die Kollegen

Eine besonders krasse Methode in der Praxis des DGB-Rechtsschutzes ist letzter Zeit nahm Rechtsanwalt (RA) U. Mörfert zum Anlaß, an die einzelnen DGB-Gewerkschaften einen Brief zu verschicken, in dem er den DGB zur Änderung seines Rechtsschutzes auffordert. Folgender konkreter Fall hatte sich ereignet: Zwei Lehrlinge bei der Hamburger Maschinenfabrik Spaeper GmbH wurde fristlos gekündigt. Sie gingen daraufhin zur Rechtsstelle und baten Herrn Engelmann von der IG-Metall, eine einstweilige Verfügung auf Fortsetzung der Ausbildung zu beantragen, da die Kündigung unwirksam sei. (Das Mittel der einstweiligen Verfügung (eV) ist deshalb so wichtig, weil darüber wegen der besonderen Eilbedürftigkeit in der Regel in wenigen Tagen entschieden wird). Engelmann beschloß jedoch, keine eV zu beantragen, sondern Klage zu erheben, in der es (immerhin) noch hieß: „Der Kläger übt mit seiner begründeten Kritik ein Recht aus ... Es muß angenommen werden, daß die Beklagte in Wirklichkeit ihre Auszubildenden einschüchtern will, mit der unzureichenden Ausbildung zufrieden zu sein.“ Erfahrungsgemäß können solche Prozesse sehr langwierig sein. Erhält der Kollege in erster Instanz Recht, legt der Kapitalist Berufung ein usw. und RA Mörfert betont daher mit Recht, daß er den Lehrlingen – und den anderen fristlos gekündigten Kollegen – nicht in erster Linie darum geht, nach Jahren „Recht“ vor der letzten arbeitsgerichtlichen Instanz gesprochen zu kriegen, sondern sie wollen ihr Recht, wieder in den Betrieb zu kommen, sofort praktisch durchgesetzt haben. Natürlich ist der Rechtsschutzstelle die Tatsache bekannt, daß in den letzten Jahren über 600 Jugendvertreter entweder nach ihrer Ausbildung in ihrem Betrieb nicht eingestellt oder vorher gefeuert wurden. (Man erinnere sich an die DGB-Kampagne „Von den Kollegen gewählt, von den Bossen gefeuert“). Und natürlich ist der Rechtsschutzstelle auch folgende Tatsache bekannt: Seit März dieses Jahres war der Monat im Monat eV's beantragt und von den Arbeitsgerichten erlassen, so bei HDW, Norddeutsche Affenerie, Biersdorf usw., sodaß die gekündigten Lehrlinge ihre Ausbildung fortsetzen konnten.



Bestellungen an
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Hoheluftweg 1
Telefon 2-20

Verlag Arbeiterkampf

Kollege Engelmann will nicht ...

Zurück zum konkreten Fall Engelmann: weigerte sich also eine eV zu beantragen, weil er sie für zu „unsicher“ hält. Damit nicht genug. Die Lehrlinge waren nun gezwungen, sich einen Anwalt zu suchen, der ihnen zu ihrem Recht verhilft. Darauf antwortet Engelmann mit einer langen Erpressung: „Eine parallele Vertretung in der Kündigungsschutzsache leh ich nicht für zweckmäßig und würde dann meine Vollmacht niederlegen ...“. Also – entweder der betroffene Kollege macht es so, wie Engelmann es wünscht, oder er legt sein Mandat nieder. Man sieht, daß die Gewerkschaftsführer ihre klassenverräterische Politik auch konsequent in die Gerichte tragen. Bloß nicht auf Konfrontationskurs mit den Kapitalisten (bei Nichtbefolgung einer eV können die Kapitalisten z.B. nicht arbeitsrechtlich bestraft werden, sondern sie können einfach entlassen werden, ohne Arbeitsvertrag zu beenden). Daß der Kollege mittels eV, ist eingeplant.

Der von RA Mörfert beantragte,

Deutschland nach Hamburg gekommen, um den Hamburger Genossen ihren „Schlichtplan“ auszurollen.

Wir meinen allerdings, daß auch ein nachträglich „zurückgezogener“ „Schlichtplan“ eine Menge über seine Verfasser aussagt. Im Übrigen ist uns bisher keine schriftliche Selbstkritik des KBW, OG Hamburg, zu dem „Schlichtplan“ bekannt. Für den Fall, daß es eine gibt – möße es doch eigentlich? – bitten wir die Genossen, uns diese zu übersenden, damit wir sie in der nächsten Nummer von UNSER WEG präsentieren können.

Redaktionskollektiv des KB

KB Unser Weg

Zusatzteil des Kommunistischen Bundes zur aktuellen Frage der Arbeitsmarktlage

'Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts'

INHALT

Das Programm des KBW
Wegweiser nach rechts –
KBW benimmt den „Rechts“ der Hamburger Staats vor

Soldat mit dem chinesischen Volk oder leibenswärtigen Meistertitel. Zu den „militärischen Forderungen“ im Programm des KBW

Kapitalisten stellen an die Basis – ein Dokument zur Strategie und Taktik-Debatte innerhalb der Bourgeoisie

PIPPERIS-PROFIT
– Räteindustrialismus im Angestelltenbereich
Hans-Joachim Heidekamp
„Neue Arbeitsordnung als Kampfinstrument der Kapitalisten“

Zur Lage der Unversichertesten gehörenden Länder
11 Gewerkschaften der IG Metall
Oskar Gassen befragt nach ein Teilpunkt

Kritik an der Durchführung der Hamburger ÖGB-Vorversammlung
– Leserbrief und Antwort –

angeblich „unmündig“ eV wurde übrigens am 23.10. stattgegeben, sodaß die Firma weiter ausbilden und beschäftigen muß.

Dies war nur ein Beispiel dafür, wie der DGB-Rechtsschutz mit den Rechten und Interessen seiner Mitglieder verfährt.

... Material wird zurückgehalten, Termine nicht bekanntgegeben...

Eine weitere geklüffelte Praxis ist der ständige Wechsel der Vertreter der Rechtsschutzstellen vor wichtigen Verhandlungen. Das sieht dann z.B. so aus, daß ein Vertreter dem anderen kurz vorher die Akten zuschiebt, und der hat dann keine Ahnung, worum es geht. Der Kollege ist wieder der Dumme.

Und noch ein Hammer in zahlreichen Fällen ist es vorgekommen, daß die betroffenen Kollegen nicht im Besitz des vorhandenen Materials über ihren Fall waren. Einem Kollegen erging es so, daß er erst – nachdem eine mündliche Verhandlung vor Gericht bereits stattgefunden hatte – von dem und von den vorhandenen Schriftsätzen erfuhr. Als er sich daraufhin beschwerte, bekam er die freche Antwort, daß er schon ausdrücklich beantragen müsse, wenn er über alle Termine informiert werden und alle Schriftsätze erhalten möchte.

Festzuhalten bleibt: Es ist die satzungsgemäße Aufgabe der Gewerkschaft, ihren Mitgliedern kontinuierlichen Rechtsschutz zu gewähren. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung der dort arbeitenden RA's, sich besonders mit den Fragen des Arbeitsethik zu befassen, da davon die Kollegen schließlich am meisten betroffen sind. Nicht zuletzt beruhen die Kollegen durch ihre Beiträge auch für diesen Rechtsschutz. Bist du daher nicht, daß die Vertreter des Rechtsschutzes auf die Interessen der Kollegen verpflichtet werden und daß alle Praktiken, die gegen die Interessen der Kollegen verstoßen, veröffentlicht werden.

„JKAH“ (Arbeiterhilfe)

Ausbildungsverbot gegen eine Erzieherin

Am 21.10. gab der Vorstand der ÖTV (Abteilung Sozialarbeit) den Vertrauensleuten der „Verordnung“ Kindertagesstätten und Jugendheimen bekannt, daß es ein Ausschlussverfahren gegen die Kollegin M. R. wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ eingeleitet habe.

Die Kollegin, die sich noch in der Erzieherausbildung befindet, wurde prompt einige Tage später wegen „Störung des Betriebsfriedens“ durch die Behörde vom Dienst suspendiert. Bald darauf erhielt sie mit derselben Begründung ihre fristlose Kündigung von der „Verordnung“ (der Betriebsrat) und die nach dem ÖVG erforderliche Zustimmung der Behörde wird mehrheitlich von ÖTV-Leuten gestellt. In Wülfrath vereinbarte Behörde und ÖTV-Führung damit erstmals ein Ausbildungsverbot unter Erzieherinnen.

Anlaß für das Vorgehen des ÖTV-Vorstandes war ein Beitrag der Kollegin auf einer Betriebsversammlung der „Verordnung“ gewesen, die von Zeichen des Unmuts der Kollegen über die Folgen des Einstellungsstopps stand Angesichts des immer drückender werdenden Personalnotstands an den Heimen hatte die Kollegin auf die Notwendigkeit gemeinsamer Kampfmaßnahmen hingewiesen. Die könnten allerdings kaum zustande kommen, meinte die Kollegin, wenn selbst ÖTV-Vorstandsleute, wie ihr Heilmittel Dieter Lauterbach, während der Betriebsversammlung privaten Angelegenheiten (Fahrschule) nachgingen.

Nach Ansicht des ÖTV-Vorstandes erfüllt diese Äußerung den Tatbestand „gewerkschaftsschädigendes Verhalten“, weil die Gewerkschaft verpflichtet sei, ihre Funktionäre (wie in diesem Fall Lauterbach) vor Kritik unter den Augen der Geschäftsleitung (f) zu schützen.

Denn wäre jetzt erst recht ein Ausschlussverfahren gegen den ÖTV-Vorstand (f) zu führen. „Gegenkritik“ an der Kollegin 16 R hat ja sogar zu einem Ausbildungsverbot durch die Behörde geführt!

Was der ÖTV-Führung recht ist, ist der „Verordnung“ allemal billig. Es ist bezeichnend, was man der Kollegin M. R. als „Störung des Betriebsfriedens“ anlastet. M. R. hat seit längerer Zeit mit einigen Eltern zusammen, denen sie von der Lage im Kindergarten berichtet, u.a. auch von der beängstigten Betriebsversammlung. Ergebnis war, daß die Eltern sich entschlossen, diese Dinge auf

dem nächsten Elternabend zur Sprache zu bringen. Als Heilmittel lauterbach Wind davon bekam, verfaßte er eine „Solidaritätsresolution“ für sich selbst und ließ die Erzieher des Kindergartens als „Basis“ unterschreiben.

Als nächstes startete er unter den Eltern eine widerwärtige Differenzierungskampagne gegen M. R. Er sei zwar kein Fachmann, aber er würde der Kollegin empfehlen, sich von einem Psychologen untersuchen zu lassen. Man könne ihr kein Wort glauben. Für einen Gewerkschaftler wahrlich eine „würdevolle“ Methode, sich mit Kritikern „politisch“ auseinanderzusetzen.

Lauterbach erreichte damit, daß die fortschrittlichen Eltern isoliert wurden und davon Abstand nahmen, die Vorgänge um M. R. auf dem Elternabend anzusprechen.

Kurz darauf wurde sie suspendiert und schließlich fristlos gekündigt. Weil sie bei Gesprächen mit Eltern die erforderliche „Amtsverweigerung“ praktizierte hätte! Mit dieser Maßnahme demonstriert die „Verordnung“, wie sie gegen eine Zusammenarbeit von Eltern und Erzieherinnen im Interesse der Kinder vorgehen gedenkt.

ÖTV-Führung: Einen schlagen – alle treffen!

Der Vorstand hat mehr im Auge als Herrn Lauterbach vor Kritik in „Schutz“ zu nehmen. Tatsache ist, daß der Vorstand schon seit einiger Zeit davon redet, unter den Linken in der Abteilung Sozialarbeit „mit einern Bossen zu kehren“.

Mit dieser registriert er, was einerseits in den Heimen angesichts der reaktionären Sozialpolitik höhere Erwartungen an die Erzieher-Gewerkschaft gestellt werden, andererseits innerhalb der ÖTV die Kritik daran zunimmt, daß der Vorstand praktisch jede gewerkschaftliche Sozialpolitik liquidiert hat.

So ist auch dieser Ausschluss vor allem als exemplarische Drohung an die Adresse derjenigen gedacht, die geschwehener und nachdrücklicher als bisher für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik im Interesse der werktätigen Bevölkerung eintreten.

Nicht zuletzt wurden mit diesem Wülfrath Weichen für die Betriebsratswahl in der „Verordnung“ gestellt, die in wenigen Wochen ansteht. Die Kandidatur von Lauter-

Schmidt/Genscher-Besuch in Moskau: Ein neuer Meilenstein . . .

Auf Einladung der sowjetischen Führung waren Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher in der Zeit vom 28. - 31. 10. 74 in Moskau, um dort „praktische Fortschritte“ in der Entwicklung der westdeutschen-sowjetischen Beziehungen auszuhandeln.

Die revisionistischen Führer der KPDSU bereiten den Unterhändlern den westdeutschen Imperialismus einen überaus freundlichen Empfang. „Bei der Ankunft winkten einige hundert sowjetische Kinder mit schwarz-rot-goldenen Fähnchen (!)“.

„FR 29. 10. 74“
Im sowjetischen Fernsehen konnten die Zuschauer 3 Tage vor dem Besuch aus Westdeutschland noch der Ausstrahlung eines Interviews mit Schmidt den vielgesagten Kommentar entnehmen: „Die Sowjetischen begrüßen die Ankunft des Kanzlers und geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Besuch ein neuer Meilenstein in der Entwicklung der Beziehungen wird“ (Händlerblatt, 28. 10. 74).

Der Kommentator sollte Recht behalten, wie der Verlauf und die Ergebnisse der anschließenden Verhandlungen zeigten. Abgeschlossen wurde während der Verhandlungen das dritte Erdgas-Röhren-Geschäft mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2000 (!) und die Errichtung eines Atomkraftwerkes bei Kaliningrad durch die BRD und dessen Abrechnung mit Stromlieferungen an diese (unter Einbeziehung Westberlins).

Als weiterer „Höhepunkt“ wurde ein Abkommen über „wirtschaftliche Kooperation“ unterzeichnet.

Politische Erpressung . . .

Von westdeutscher Seite wurde die Moskau-Reise mit den Mitteln der politischen Konfrontation und Erpressung während der letzten Monate sehr sorgfältig vorbereitet. Als politischer Kern der Differenzen wurde die „Berlin-Frage“ herausgestellt, an der die BRD ein „vitales Interesse“ (Schmidt) habe. Jegliche Verhandlungen wurden zunächst von Zugeständnissen in der „Berlin-Frage“ abhängig gemacht.

Nach am zweiten Verhandlungstag (29. 10.) ließ die westdeutsche Delegation verlauten, Schmidt und Genscher würden „eher nach Bonn zurückfahren . . . als wirtschaftliche Kooperation ohne ein Entgegenkommen der Sowjets gegenüber Berlin“ (Händlerblatt, 29. 10. 74). Die Differenzen in der „Berlin-Frage“ bestehen formell in der Auslegung des Abkommens von 1971 über Westberlin und konkret in der Einbeziehung Westberlins in die Verträge der BRD mit osteuropäischen Staaten.

Im Westberlin-Abkommen wird das Verhältnis Westberlins zur BRD mit der erwähnten Formulierung umschrieben, daß die „Bindungen“, bzw. „Verbindungen“ (sowjetische Auslegung) zwischen beiden „weiterentwickelt“ werden dürfen. Im Sommer 74 nutzten dann die westdeutschen Imperialisten diese im Grunde nichtssagenden Formulierungen um unter „Bedrohung“ das Abkommen mit dem Umweltbundesamt in Westberlin eine Bundesbehörde zu erreichen und damit wieder einmal ihre aggressiven Absichten gegenüber Westberlin und der DDR unter Beweis zu stellen.

Westberlin ist, wie die jüngsten Ereignisse erneut zeigen, der erste Schritt im Feldzug der westdeutschen Imperialisten zur Wiederherstellung der „deutschen Einheit“. Helmut Schmidt scheute sich nicht das in den Gesprächen mit der sowjetischen Führung mit den folgenden Worten unmissverständlich deutlich zu machen:

„Das deutsche Volk hat die Forderung auf Wiedervereinigung in Frieden nicht aufgegeben“ (Süddeutsche Zeitung, 30. 10. 74).

Sowohl die praktische Erpressungspolitik der längsten Zeit wie auch die eindringlichen Äußerungen Schmidts und Genschers über die unvermeidlich aggressive Absicht der BRD hinderten die Sowjetunion nicht daran, in der „Berlin-Frage“ weitgehende Zugeständnisse zu machen, um die anstehenden Abkommen - insbesondere das „wirtschaftliche Kooperations“- zur Unterzeichnung zu bringen. So wußte die zunächst einmal die alte Brezhnevsche Formel von der „vollen Anwendung und strikten Einhaltung“ des Westberlin-Abkommens aufgewärmt, die dieser schon 1972 der Errichtung des Umweltbundesamts

heim Besuch in der BRD in nichtlassender Übereinstimmung mit Ex-Kanzler Brand von sich gegeben hatte.

In dem Abkommen über wirtschaftliche Kooperation findet sich dann als Artikel 10 die folgende Passage: „Entsprechend dem 4. März 1974-Abkommen vom 3. September 71 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.“ (Abkommen im Wortlaut nach „Welt“, 1. 11. 74).

In dem Vertrag über die Errichtung eines Atomkraftwerkes bei Kaliningrad (früher Königsberg) und dessen Abrechnung durch Stromlieferungen an die BRD, gelang es der westdeutschen Delegation, einen Anschluß Westberlins über die Stromleitung zu erreichen. Die Stromleitung soll - vorbehaltlich noch zu führender 4seitiger Gespräche zwischen der Sowjetunion, Polen, der DDR und der BRD über Polen und die DDR in die BRD führen und von dort zurück nach Westberlin. Eine direkte Abzweigung durch die Errichtung eines Abzweigwerkes auf dem Gebiet der DDR hatte Schmidt abgelehnt, da das die DDR zu „Sanktionen“ verurteilen könnte. Außerdem gestattete es die jetzt vereinbarte Umkehrleitung von bundesdeutschem Boden der BRD „erstmalig seit 30 Jahren“ (Schmidt) auch Energie nach Westberlin zu schicken (nach „Spiegel“, 45/74).

Zu allem betont Genscher in einer Pressekonferenz, daß bei den Verhandlungen über die noch ausstehenden Abkommen zur wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit, zum Kulturaustausch und zum Tourismus „davon auszugehen sei“, daß es „keine Diskriminierung (!) Westberlins bringen werde“ („FR 31. 10. 74“). In allen diesen Berlin-Passagen zeigt sich der politische Kniefall des Revisionismus zum „Nutzen und Prommen“ der ökonomischen Zusammenarbeit!

Sowjetische Kooperation mit Imperialismus gedeiht prächtig

Der Handelsumsatz zwischen der BRD und der UdSSR hat sich zwischen 1971 und '73 um das 2,2-fache erhöht, wogegen er nur rund 2 % des deutschen Außenhandels betrug („Welt“, 2/3. 11. 74). Betrachtet man jedoch die Steigerungsraten vom 2. Quartal 73 bis zum 2. Quartal 74, die bei 57 % liegt, so ist ein deutlicher Anstieg des deutsch-sowjetischen Handels zu erkennen. Aber Handelsbeziehungen allein reichen den revisionistischen Führern nicht mehr aus. In der Deutschen Volkszeitung vom 24. 10. 74 bezeichnet Dr. G. Sokolnikow, Mitglied des „Instituts für Konjunktur“ der KPDSU, das „konventionellen Handelsverkehr“ als „das Gerüst der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten“. „Heute ist das Fruchtbare Funktionen einzelner Völker wirtschaftssysteme ohne wirtschaftliche und industrielle Kooperation jeder Art und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit undenkbar.“

Mögliche Formen solcher Zusammenarbeit sind für Sokolnikow die „gemeinsame Gründung von Industriekomplexen“, „Produktionsbeteiligungen auf der Grundlage einzelner Ausstattungsarbeiten“, „gemeinsame Rohstoffgewinnung und Verarbeitung“ etc.

Der von Schmidt in Moskau abgeschlossene Vertrag über die „wirtschaftliche Kooperation“ beruht auf Sokolnikows Vorstellungen voll mit ein und bezeichnet insbesondere die „Erzeugung von Rohstoffen und Energie“ (Artikel 1/5) als Feld dieser Kooperation. Er konkretisiert in Artikel 6, daß die Zusammenarbeit „insbesondere in der Einbringung von Patenten, Lizenzen, Know-how, technischer Information, neuer Technologien, der Lieferung von Maschinen und Ausrüstungen, der Bereitstellung von Fachleuten (!), sowie in der Lieferung der Erzeugnisse bestehen“ soll.

Dem „Spiegel“ 42/74 ist zu entnehmen, daß die Sowjetunion zur Bewältigung des erwarteten Andrangs westlicher Firmen ein riesiges Handelszentrum in Zusammenarbeit mit Spezialisten der USA für knapp 100 Millionen DM (!) aus der Moskauer Kade-Kampfen will. Um den Kern, „ein Hotel mit 1000 Betten, ein Appartementhaus mit 625 Wohnungen und einem Konferenzzentrum für 2000 Kongressler und -Kongressisten und -Spezialisten, Wintergärten und Schwimmbäder, Parkanlagen und Tennisplätze“ gruppiert, „für die Pa-

milien der Manager jener 400 Firmen aus aller Welt, die in das Handelszentrum einziehen“.

Der Artikel 6 im oben zitierten Abkommen bringt ein anschauliches Beispiel dafür, wie weit die Sowjet-Revisionisten bereit und ihren internationalen Kooperationspartnern über die Gewährung von wirtschaftlichem Luxus auf Kosten des sowjetischen Volkes hinaus, in der „Herstellung und Pflege von Geschäftskontakten“, „entgegenzukommen“. Es heißt dort unter anderem, daß zur „Pflege“ dieser Kontakte gehören:

„die Anmietung von geeigneten Geschäfts- und Wohnräumen durch Organisationen und Unternehmen sowie durch deren Angestellte der einen Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei, die Beschäftigung von Angestellten“

„Reisen von Vertretern von Organisationen und Unternehmen zu Geschäftszwecken und von deren nächsten Familienangehörigen im Gastland“

„die Einrichtung von Vertretungen der Unternehmen (!) der BRD und der UdSSR“

„die Bildung gemischter Firmen unter Beteiligung sowjetischer Außenhandelsorganisationen in der BRD (!)“

Imperialismus wirtzt seine Chance !

Einem solchen Angebot freilich müssen die Kapitalisten „erliegen“. So sprach der Vertreter der Deutschen Bank in der westdeutschen Delegation, Christians, von einem „Wiedersehen bei neuen großen Aufgaben“, an denen „schon gearbeitet“ werde und kündigte an, daß die künftigen Vorhaben eine Größenordnung haben werden, die an „die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Kreditinstitute“ gehe. „Die nächsten Abschlüsse können hoffentlich bald in Düsseldorf unterzeichnet werden“ („Welt“, 30. 10. 74).

Der Vorsitzende des Krupp-Vorstandes, Ernst-Wolf Mothmann, äußerte gegenüber der „Welt“ (2/3. 11. 74), jetzt kämen „die Monate der Planung“ die „Welt“ schreibt weiter: „Als Ergebnis dieser Gespräche kann sich Mothmann Chentowenko in der Sowjetunion vorstellen, Unternehmungen der Elektronik, eine neue Kraftfahrzeugfabrik, ein riesiges Holzkombinat mitten in den Wäldern Sibiriens.“ „An Explorationen mitten in den Wäldern Sibiriens.“ „An Explorationen für Gas, Öl und anderen Rohstoffen in Sibirien sei ebenso gedacht wie an den Bau einer Russen-refinerie“.

Neben den eingangs erwähnten abgeschlossenen Geschäften ist als nächstes größtes Objekt die Errichtung eines Hüttenwerkes bei Kursk durch ein deutsches Stahlkonzernunternehmen. Die Bundesbank hat die Finanzierung des Projekts konkret in Arbeit. Kreditiert wird die Unterfinanzierung durch einen Bankverbund - allen voran die „Deutsche Bank“. Das voraussichtliche Finanzvolumen wird zwischen 15 - 20 Milliarden DM liegen. Die Thyssen-Hüttenstahl-Technik, die bereits mit 1977 für 200 Millionen DM im Jahr Walzstahl für die sowjetische Fiat-Produktion liefert, erhält künftig zudem einen 12 Millionen DM Aufschlag für 2000 Container und soll im Lieferung in Höhe von 215 Millionen DM an einem noch in der Planung befindlichen Lastkraftwerk an der Kama beteiligt werden. Hauptgeschäftspartner der Sowjetunion ist bei diesem Projekt Klöckner-Humboldt-Deutz („Spiegel“ 45/74).

Die westdeutschen Imperialisten sehen in der Kooperation mit der Sowjetunion vor allem anderen wirtschaftlichen Vorteilen die Möglichkeit, ihre knapper werdenden Rohstoffe und Energiequellen zu erweitern. Die zunehmend rasche betriebliche Verumpfung der sowjetischen Politik läßt sie berechnen hoffen, daß in der Sowjetunion auch für die „eine enorme Reserve“ steckt (Mothmann gegenüber dem „Spiegel“ 44/74).

Aber ihre Kommentatoren wissen daß es langfristig deraufgehe. „Chentowenko für die deutschen Anliegen nur im Falle der Lockerung des sowjetischen Systems“ geben kann (so Rechthausen D. Cyvon in der „Welt“ vom 2/3. 11. 74), und man kann getrost behaupten, daß die Imperialisten alle Möglichkeiten nutzen werden, um die Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der Sowjetunion zu forcieren. Die neuen Abkommen bieten von diesen Möglichkeiten nicht gerade wenige!

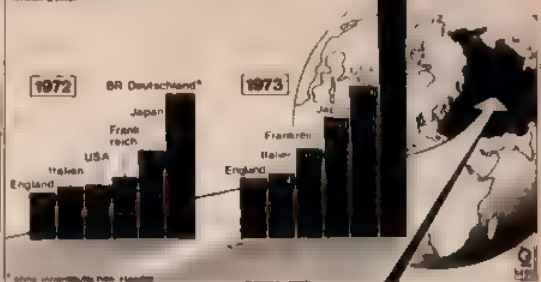
„Und die DKP natürlich wieder wie gehabt !“

Wie schon zur Zeit der „großen Schlacht“ um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau (1970/71) rührte die DKP während der Schmidt-Reise wieder kräftig die Weibeltrömel für den westdeutschen Handel und Wandel. Da wurde fröhlich noch einmal das alte Märchen aufgetischt, daß „Beziehungen zur krisenfreien Wirtschaft der sozialistischen Staaten“ dazu beitragen würden, in der BRD

„Drittens macht sich jetzt schon bemerkbar, daß der BRD Imperialismus seine eigene Produktion in R.W. landen verlagert (z. B. in der Form der Lizenz-Produktion), wo die Arbeitskräfte eben noch billiger zu haben sind als in der BRD, wo ein Streik kaum zu befürchten ist etc. Dazu kommt, daß heute schon z. B. Bauarbeiter aus „sozialistischen“ Ländern (vor allem Rumänien) von ihren Firmen in die BRD geschickt werden und damit zu Löhndrückern gegenüber den ohnehin schon bedrückten westdeutschen Bauarbeitern werden.“

Die größten Osthändler

Export in den Ostblock einschließlich China in Mio. Dollar



Obwohl der Anteil der RGW-Länder am Export der BRD mit nur 5,8 Prozent vergleichsweise bescheiden ist, liegt der westdeutsche Imperialismus im „Osthandel“ klar vor seinen Konkurrenten.

„die Arbeitsplätze sicher zu machen“ („UZ“, 21. 10. 74). Als Beispiel werden gern die „Kollegen von Klöckner-Humboldt-Deutz“ genannt, die durch einen sowjetischen Großauftrag (9500 Lastwagen) „neue Arbeitsplätze fanden“.

Zu diesem Unsinn ist erstens zu sagen, daß die RGW-Länder weder sozialistisch noch „Krisenfest“ sind, wie z. B. die Ereignisse in Polen 1970 (Demonstrationen von Arbeitern gegen Preiserhöhungen) beweisen - von einem laut DKP Definition „sozialistischen“ Land wie Jugoslawien ganz zu schweigen (eins der höchsten Inflationsraten in Europa, massenhafter Export seiner Arbeitslosenarmee in die BRD und andere imperialistische Länder).

Zweitens ist zu sagen, daß ein großer Teil des Handels und der Projekte zwischen SU und BRD über gewaltige Kredite abgewickelt wird. Diese werden, wie jeder andere Kapitalexport des Imperialismus auch, aus der westdeutschen Arbeiterklasse herausgepreßt.

Schließlich verstärkt gerade das jetzt abgeschlossene westdeutsche-sowjetische Kooperationsabkommen eher die Gefährdung von Arbeitsplätzen in der BRD, als daß es diese sichern würde, nämlich durch „Verlagerung von Arbeit dorthin, wo Energie und Rohstoffe vorhanden“ sind („Welt“, 2/3. 11. 74) - und das heißt u. a. in die Sowjetunion.

Die DKP „Fachleute“ wissen das natürlich auch. Ihnen geht es aber darum, den „großen Bruder“ Sowjetrevisionismus für den schwindstichtigen eigenen Laden nutzbar zu machen (Motto: „Die sozialistische Sowjetunion rettet Eure Arbeitsplätze, darum wählt aus Dankbarkeit die DKP!“). Aber Lügen haben immer kurze Beine. Die Krise des Kapitalismus in Form von Preissteigerungen, zunehmenden Entlassungen, Einstellungsstopps, Arbeitslosigkeit und seine grundsätzliche Krisenhaftigkeit läßt sich nicht weg-

Metallkomitee
KB / Gruppe Hamburg und
AK-Redaktion

„Empfehlung“ eines skrupellosen Menschenchinders

Als Auftakt der neuen ARD-Sendereihe „Kraftproben“ strahlte der Westdeutsche Rundfunk am Mittwoch, dem 14. 8. 74, ein TV-Porträt des westdeutschen Textilfabrikanten Alfons Möller-Wipperforth aus. Der 63jährige Kapitalist, dessen 5500-Mann-Befehlsmacht in 13 in- und ausländischen Firmen Herrenoberbekleidung im Gesamtwert von jährlich 400 Millionen Mark produziert, gab in einem Interview mit der WDR

antwortungsbewußt, von noblen Verhalten“ etc. als eine Folge. Was zitierten im folgenden Auszug des Nachdruckes im „Stern“, Nr. 35/1974, in Klammern gewollten und Anmerkungen der „Stern-Redaktion“.

Möller-W über Arbeiterinnen in seiner Fabrik bei Monastir (Tunisien):

Die sind wie Armeen, wenn sie an der Maschine sitzen. Diese Böglerin ist 14 Jahre alt und hat eine La-



Textil-Kapitalist Möller-Wipperforth bekannt öffentlich Farbe: Was für ein Mensch ist ein Schwein . . . sonst nichts! - ein würdiger Vertreter seiner Klasse!

Redakteurin Elke Hockett Werner seine Ansichten über Gewerkschaften und Mitbestimmung, Mitarbeiter etc. preis.

Dieses Interview bedarf keines Kommentars. Es zeigt die Skrupellosigkeit Brutalität und unheimlicher Gewalttätigkeit („Gewalt als Sport“) der Kapitalisten, und es antwortet jeder Gerade von ihrem „Ver-

stung, die 50% höher ist als die jeder Böglerin in Deutschland oder Belgien“.

Frage Sie halten nichts davon, daß sich die Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisieren?

Möller-W: Warum? Wir können auch so klar - besser! Mir ist es lieber, „Ver-

BND-Affäre — Erst ein Bruchteil der Wahrheit

Im Zusammenhang mit den „Ent-
tüllungen“ über den DDR-Agenten
Guillaume haben einige „Enttüllun-
gen“ über den Bundesnachrichtendienst
(BND) Aufsehen erregt.
Der BND hat demzufolge
„Dossiers“ über mehr als 50 Poli-
tiker, Militärs, Wissenschaftler u.a.
angefügt. Darunter Barzel, Brandt,
Heinemann, Erhard, von Hassel, Kle-
inger, Lübke, Mende, Ollenhauer,
Strauß, Stoltenberg und Wehner. Als
Ergebnis einer intensiven Bespitzlung
waren hier auch solche Dr. als festge-
halten wie etwa der frühere Kanz-
ler Erhard am späten Abend den Whi-
sky aus der Flasche trank.

Einige Dutzend Journalisten auf
seinen Lohnlisten geführt und sie
für ihre Dienste als Spitzel und agents
provocateurs mit Honoraren bis zu
150 000 DM monatlich entschädigt.
Auch der jetzige Bonner Botschafter
von Springer, „Bild“ soll in den Dien-
sten des BND gestanden haben („Ham-
burger Morgenpost“, 30.5.74). Van
Nieuwen, Redaktionsdirektor der
„Quick“ (die ständig antikommu-
nistische Lügen aus geheimdienstlichen
Quellen kolportiert), behauptete gar,
„gut zehn Dutzend der führenden
Journalisten“ der BRD hätten „Son-
derverbindungen mit dem BND“ —
nicht ohne hinzuzufügen, daß er das
für „ehrenhaft“ hält.

Rüstungsgeschäfte in Millionenhö-
hen betrieben. Dazu bediente er sich
Firmen wie der „Radio A.I.R.“ in der
Mainzer Landstraße 65/67 in Frank-
furt, oder der „Mores“ in Bonn („
Frankfurter Rundschau“, 23.10.74).
Der BND verschob auch Waffen in
„Kriegsgebiete“. Zu seinen Aktivitä-
ten gehört auch die Unterstützung
des faschistischen Putsches in Indonesien
1965 durch Waffenlieferungen.

Diese „Enttüllungen“ (die z.B. den
revisionistischen Weatherliner „Extra-
dienst“ zu der Illusion veranlassen,
die SPD-Führung wolle jetzt vielleicht
in dieser politisch-kriminellen Doku-
mente für etwas mehr Transparenz sor-
gen) sind indessen nicht akkurat
und größtenteils auch kolossal falsch.
Die „Enttüllungen“ mit den „Dossiers“
z.B. war schon zumindest seit Anfang
der 70er Jahre bekannt, als Ethniks
(als damaliger Kantlerminister ver-
antwortlich für den BND) die Ver-
brennung dieser Dossiers anordnete,
als damaliger Kanzleramtchef ver-
antwortlich für den BND) die Ver-
brennung dieser Dossiers anordnete.
Daß Journalisten für den BND arbei-
ten, ist auch nicht gerade sensationell.
Über den Widerstand des BND
konnte man spätestens 1971 im „Spie-
gel“ lesen.

Wenn diese „Enttüllungen“ jetzt
von der SPD noch einmal so aufgewir-
belt werden, wenn angeblich eine
Liste mit Namen von 14
Journalisten-Agenten kurzweilig etc.,
dann ist erster Liste als Warnung
an die CDU/CSU und die
reaktionären Teile des Staatsapparates,
so mit ihrer Folie nicht gegen die
SPD in Zusammenhang mit Guillaume
nicht zu wild zu treiben. Darüberhan-
den handelt es sich sicher auch um
einen Bestandteil des Konkurrenz-
kampfes zwischen, in und um die

Geheimdienste der BRD, der seit der
Gründung im Gange ist.
Für diesen Zusammenhang ist es
bezeichnend, daß z.B. die Anlage der
„Dossiers“ nicht etwa „für die
Sitzung“ — „angegriffen“ wird, son-
dern nur mit dem formalen Argu-
ment, daß das ja nicht Sache des BND
sei (der sich nur mit „Auslandsauf-
klärung“ befassen soll), sondern des
„Bundesamtes für Verfassungsschutz“
(BfV). Daß die BND die Gespräche
einer SPD-Führer mit Vertretern der
italienischen „KP“ 1967 belauschte,
wird auch nur zum Gegenstand eines
formalen Hickhacks gemacht (wobei
der BND darauf verweist, daß die Ge-
spräche in Italien stattfanden, also in
den Bereich „Auslandsaufklärung“
fallen), ohne daß die politische Unge-
heuerlichkeit dieses Vorgangs kritisiert
wird.

Die SPD-Führung wird sich auch
hüten, mit ihren „Enttüllungen“ al-
zu weit vorzudringen, da sie in einer
möglichsten großen Affäre um die Ge-
heimdienste des BRD-Imperialismus
selbst bis zur Halskrause
stecken würde. So ist auch schon
genügend, daß das „Ent-
tüllungen“ (z.B. über den Waf-
fenschmuggel) nicht näher nachge-
gangen wird, und daß es keine Verfeh-
ren gegen die beteiligten BND-Leute
geben wird. Angeblich verbietet das
„nationale Interesse“ eine Aufde-
ckung von belastenden Einzelheiten.

BND — Hitlers Erbe

Der BND wurde seit Ende 1946,
zunächst als „Organisation Gehlen“,
von Nazi-Generalmajor Reinhard
Gehlen aufgebaut. Gehlen war während
des Krieges Chef der Abteilung
„Fremde Heere Ost“ (FHO), die in
engem Zusammenhang mit „Reichs-
sicherheitshauptamt“ (RSHA — die
Zentrale der NSD und zum „Sicher-
heitsdienst“ (SD) der NS stand. Auf-
gabe der FHO war es, die sowjetische
Armee auszuspiionieren, Bünden anti-
kommunistischer Kassen zu organisie-
ren und zu leiten, Anschläge hinter
der Front zu verüben. Gehlens Stell-
vertreter war Nazi-Oberstleutnant
Gerhard Weisel — seit 1967 als Nach-
folger von Gehlen Chef des BND.

Mit zahlreichen Koffern voll Spio-
nagematerial über die Sowjetunion
und einem Trupp von FHO-Leuten
wurde Gehlen dann nach dem Krieg
als „neuen“ Geheimdienst des BRD-
Imperialismus auf — zunächst im Auf-
trag der US-Imperialisten, dann zu-
nehmend unter direkter Kontrolle des
westdeutschen Staates und seit 1955
schließlich offiziell als BND. Spätes-
tens 1950 zog er sich in großer
Zahl alle „Fachleute“ von SS, SD
und Gestapo in seine „Organisation
Gehlen“ hinein.

Der BND entfaltete in der ersten
Halbte der 50er Jahre seine Wählig-
keit vor allem in der DDR, wo er ein-
ge Hundert Agenten unterhielt. Die-
ses Netz wurde jedoch 1953 bis 56

weitgehend zerschlagen. Der BND or-
ganisierte Anfang der 50er Jahre die
Einschleusung von baltischen Emi-
granten (Litauen, Lettland und Esten)
zu Terroraktionen in die Sowjetunion.
Ebenso befaßte sich der BND im Lau-
fe der Zeit auch mit Polen, der CSSR
und Ungarn.

Während des Korea-Krieges ver-
stärkte der BND das Aufspüren und
Bespitzeln „unzuverlässiger Elemen-
te“ in der BRD im „Erfall“ — sol-
len diese nach vorbereiteten Listen
„in Schutzhaft genommen“ werden.
Auf diese Liste kamen automatisch
die dem BND bekannten Mitglieder
der KPD. Auf der Liste standen aber
auch die damaligen SPD-Führer Ol-
lenhauer, Wehner, Heinemann. Ange-
blich wurde diese „Inlandsaufklä-
rung“ Mitte der 50er Jahre einge-
stellt — tatsächlich gibt es aber, außer
den erwähnten „Dossiers“ — weitere
zahlreiche Beweise über ihre Fortfüh-
rung. Der BND bespitzelte z.B. noch
mindestens Anfang der 60er Jahre
u.a. Professoren, Pfarrer usw. und
notierte als „verdächtig“, wenn sich
die „beobachteten“ Personen etwa für
die friedliche Koexistenz mit der
Sowjetunion aussprachen.

Ende der 50er Jahre wurde das Auf-
gabengebiet des BND offiziell auf die
„Ausführung der Kriegegebiete in al-
ler Welt“ ausgedehnt. So nahm der
BND über in seinen Diensten stehende
SS- und SD-Leute Kontakte zu alten
Faschisten auf, die nach dem Krieg
nach Argentinien, Brasilien, Paraguay
oder Chile geflüchtet waren. Ebenso
wurden Kontakte zu alten Faschisten
in den arabischen Ländern hergestellt.
Der BND unterhielt bald besonders
gute Kontakte zum ägyptischen Ge-
heimdienst. Das hinderte ihn aller-
dings nicht, eng mit den israelischen
Geheimdiensten zusammenzuarbeiten.
So wurde u.a. der 1965 in Ägypten
aufgeloogene israelische „Meister-
spion“ Lotz in der BRD für seinen
Dienst ausgebildet. Zahlreichen Koen-
gen (Indonesien, Saudi Arabien, Koen-
gen, Iran, Afghanistan u.a.) war der
BND bei der Formierung und Ausbil-
dung ihrer Geheimdienste behilflich.

SPD und Geheimdienste

SPD und Geheimdienste

In der Zeit des Regierungsmono-
pols der CDU/CSU waren die Ge-
heimdienste vor allem ein Instru-
ment dieser Partei. Insbesondere hat-
te Adenauer den BND eng an sich
und an das Kanzleramt gebunden.
Kanzleramtchef und damit für den
BND verantwortlich war damals Glopke,
unter der NS-Diktatur Kommentator
der faschistischen „Rassengesetze“
mit denen der Völkermord an den
Juden vorbereitet wurde, und Referent
für Staatsangehörigkeitsfragen im
NS-Außenministerium.

Indem hatte auch die SPD-Spi-
tze Kontakte zu den „Diensten“. So in
den 50er Jahren Epler vom BND, der
ihm mit Meldungen aus der DDR
und Bespitzelung von SPD-Mitglie-
dern gefällig war. Des „Ostbüro“ der
SPD war eine Zentrale für Spionage
und Provokationen gegen die DDR.
Der Leiter des „Ostbüros“, Berwald,
Verfasser von antikomunistischen
„Analysen“ und Pamphleten, war
Agent des BND. Inzwischen ist er zu
CDU übergetreten. Das „Ostbüro“
konnte sich Anfang der 50er Jahre
noch auf ein Netz sozialdemokrati-
scher „Zellen“ in der DDR stützen,
die für Spionage und Provokationen
eingerichtet wurden.

Der heutige Präsident des „Bundes-
amtes für Verfassungsschutz“ (BfV),
Nollau (SPD), soll schon Anfang der
40er Jahre (als er noch Leiter der
Abteilung III — „Linkradikalismus“ —
im BfV war) in engem Kontakt zu
Wehner gestanden und ihm mit Mel-
dungen über SPD-Mitglieder bedient
haben.

Mit dem Regierungsantritt der
SPD (Ende der Großen Koalition, 1969
SPD/FDP-Koalition), dem das Scheitern
der CDU-Politik vorausging („Kalter
Krieg“ usw.) vollzogen sich auch in
den Geheimdienstlichen Veränderun-
gen Gehlen wurde 1967 durch Weisel
abgelöst. Sein Stellvertreter wurde
der Geschäftsführer der Hamburger
KPD, Dieter Bildt. Von ihm herfuhr,
daß sein Kontakt zum BND schon
früher sehr eng gewesen sei. Einige
hohe BND-Führer wurden durch SPD
ler abgelöst, andere traten zurück und
versuchen mit Hilfe der CDU/CSU
und der Springerpresse ihr Comeback
vorbereiten.

Eines ihrer Ziele haben sie bereits
erreicht: der damalige Kanzleramt-
chef Ehmke verantwortlich für die
„Reform“ des BND wurde nach dem

BND und italienische Faschisten

Auf Anfrage des Abgeordneten Lam-
bus wurde im Bundestag demon-
striert, daß es Kontakte zwischen ita-
lienischen Faschisten und den Bun-
deswehrschule für psychologische
Verteidigung in Bücklingen gegeben
habe.

Es sei „lediglich“ im Herbst
1969 eine „Gruppe von neun ita-
lienischen Faschisten“ auf Vermit-
tlung der deutschen Botschaft
in Rom in die BRD eingeladen wor-
den. Diese Gruppe habe in der Zeit
vom 20. bis 25. Oktober 1969 u.a.
auch die Bundeswehrschule für Inne-
rührung in Koblenz besucht.

In dieser „Journalistengruppe“
waren — wie im Bundestag zugege-
ben wurde — zumindest drei Fa-
schisten (über die übrigen sechs wur-
de nichts gesagt), nämlich:
● Pino Rauti von der profaschis-
tischen Tageszeitung „Il Tempo“
 („Die Zeit“);

● Guido Giannettini von der Armees-
chrift „Rivista militare“;
● Lino Ragnò von der profaschis-
tischen Zeitung „Lo Specchio“
 („Der Spiegel“).

Diese drei „Journalisten“ übten
in Wahrheit allenfalls eine „jour-
nalistische Nebenbühlichkeit“ aus.

● Pino Rauti war von 1957 bis
November 1969 Führer der
rechtsextremen Terrorgruppe „Or-
dine nuovo“ und trat dann in die
neofaschistische Partei MSI ein. Er
geriet in Verdacht, an der Planung
der „strage di stato“ (Bomben-
schlag auf eine Mailänder Bank am
12. Dezember ’69 — anderthalb
Monate nach der BRD-Reise, 16
Tote) beteiligt gewesen zu sein. Er
wurde verhaftet, dann aber wieder
freigelassen. Heute ist er Abge-
ordneter der MSI im Parlament.

● Guido Giannettini ist „hauptberuf-
lich“ Agent des italienischen
Geheimdienstes SID. Auch er ist,
ebenso wie Rauti, verdächtig, an
der Vorbereitung der „strage di sta-
to“ beteiligt gewesen zu sein.
Nach als — zu Beginn dieses Jahres —
endlich Haftbefehl gegen Giannettini
erlassen wurde, zahlte der SID ihm
weiter sein Honorar (G. hielt sich
damals in Paris auf). Giannettini
ist inzwischen im Knaist, auf seine
„Enttüllungen“ ging auch die Kenn-
-

nis über seinen Aufenthalt in der
BRD zurück, die Anlaß der Anfrage
im Bundestag war.

● Gin Ragnò kandidierte 1972
für die MSI. Er ist Vorsitzender
einer „Gesellschaft für deutsch-ita-
lienische Freundschaft“, die das
rechtste von mehreren konkurrieren-
den Unternehmen mit ähnlichem
Namen ist. Die BRD arbeitet das
hab — bei Freiberichteten — mit
dieser Gesellschaft nicht zusammen.

Die Gesellschaft behauptet aller-
dings, Franz Josef Strauß zu ihren
Illustren Mitgliedern zu zählen!

Es ist demnach ein Hohn, die
Reise dieser Leute in die BRD als
eine journalistische Studentreise
verkauft zu wollen! Den verantwort-
lichen Stellen der BRD dürfte sowohl
Giannettinis Tätigkeit für den SID
als auch die Rolle von Rauti als
Führer der „Ordine nuovo“ bekannt
gewesen sein. Man kann also an-
nehmen, daß diese Faschisten nicht
etwa t r o i d e m, sondern viel-
mehr d e s w e g e n eingeladen
wurden (wobei es noch interessant
wäre, wer die anderen sechs „Jour-
nalisten“ waren?). Weiter kann man
annehmen, daß die Rolle der deut-
schen Botschaft in Rom bei dieser
Einladung vielleicht nicht ganz so
groß war wie z.B. die von F.J.
Strauß, der es ja schon immer be-
dauert hat, daß es in der BRD keine
Partei wie die MSI gibt, und dessen
rechtsextremes „Bayernkurier“ sich
verschwiegen für die MSI stark
gemacht hat.

Reicht also die Frage offen,
in welcher Beziehung diese Reise
möglichstweise zur faschistischen
Bombenstrategie allgemein und zur
„strage di stato“ im Besonderen
gestanden hat. Es bleibt weiter die
Frage offen nach dem Wahrheits-
gehalt einer weiteren Behauptung
Giannettinis, daß der italienische
Politikkommissar Calabrese (der im
Mai 1972 vor seinem Haus erschos-
sen wurde) vom BND „bespitzt“
worden sei, daß er einem umfang-
reichen Waffenschmuggel auf der
Spur war, und daß der Faschist
Nardi (den die italienische Polizei
des Mordes verdächtigt und nicht)
ein Agent des BND sei.

Reicht Brants nicht in die neue
Regierung übernommen, nachdem
vor allem die Springerpresse ständig
gegen Ehmke polemisiert hatte.
Im BfV machte Wehner Freund
von „Kritik und Kampf“ u.a. m.
vor allem die Springerpresse ständig
gegen Ehmke polemisiert hatte.
Im BfV machte Wehner Freund
Nollau Karriere 1967 wurde er Vice-
präsident des BfV, 1970 Leiter der
Abteilung „Öffentliche Sicherheit“
im Innenministerium. Im Mai 1972
wurde er Chef des BfV. Nollau ist
neither Zielscheibe für Angriffe der
CDU/CSU, Springerpresse, „Quick“
etc.

Im Mai 1974, in dem durch die
„Aufdeckung“ Guillaume aufge-
heizten Klima, sollte Nollau als Agent
der DDR in Verdacht gebracht wer-
den. Ein entsprechender Artikel wur-
de von der Zeitung „Capital“ ange-
kündigt. Angeblich stütze sich dieser
auf eine Studie des CIA. Tatsächlich
handelte es sich um ein plumpes
Machwerk ultrarechter BND-Leute
(bzw. ehemaliger BND-Leute).

Als Vermittler der Fälschung ge-
genüber „Capital“ (laut „Hamburger
Morgenpost“, 24.6.74) trat Joachim
Rabe auf — während des Krieges
bei der faschistischen „Abwehr“
(Gegenspionage), bis 1954 (i) Agent
des CIA, „ein Mann mit besten Kon-
takte zu hohen und höchsten Perso-
nen in der CDU/CSU“ („Mopo“).
Freund des parlamentarischen Ge-
schäftsführers der CDU/CSU, Leo Wa-
gen.

Geheimdienste — ein besonders gefährlicher Teil des bürgerlichen Staates

In den letzten Monaten haben sich
die Bemühen für die Beteiligung des CIA
an dem faschistischen Putsch in Chile
erklärt. Präsident Ford hat offen er-
klärt, daß es die Pflicht des CIA sei,
auch im „nationalen Interesse“ des US-
Imperialismus in die Angelegenheiten
anderer Länder einzumischen, reaktio-
näre und faschistische Kräfte zu
unterstützen, Putsche vorzubereiten
usw. Auch der faschistische Putsch
auf Zypern sollte die Handchrift des
CIA.

In Italien überschlagen sich „Kali-
hallungen“ über die konterrevolutio-
näre, putschistische Rolle des Ge-
heimdienstes SID. Sein früherer Chef
Micali mußte Anfang November ver-
haftet werden. Einer seiner Vorgän-
ger, Dr. Lorenza, hatte schon 1964
einen faschistischen Putsch geplant.

Die Rolle der BRD-Geheimdienste
ist nicht so offensichtlich, da sich die
Klassenkämpfe (und folglich die Nei-
gung der Bourgeoisie zu offen faschis-
tischen „Lösungen“) auf niedrigerem
Niveau als in Italien bewegen und —
was die Tätigkeit im Ausland an-
geht — der Einfluß des BRD-Impe-
rialismus natürlich nicht mit dem der
USA mithalten kann.

Was bisher bekannt geworden ist —
Anlage von „schwarzen Listen“ gegen
„unzuverlässige Elemente“ für deren
Verhaftung „Im Ernstfall“, Anlage
von „Dossiers“ über bürgerliche Füh-
rer, Unterstützung von Terroraktio-
nen gegen die Sowjetunion u.a., Un-
terstützung des faschistischen Pu-
tsches in Indonesien 1965 durch Waf-
fenlieferungen — gibt allerdings schon
ein deutliches Bild, das eine kleine
Vorstellung von den noch nicht be-
kannt gewordenen Aktivitäten der
BRD-Geheimdienste nach innen und
außen geben kann.

Für dieses Instrument der Bour-
geoisie gilt in besonderer Weise das
die revolutionäre Proletariat den hier
geführten Staatsapparat zerschlagen
muß.

Frage: Die können also drei Tage
nicht arbeiten?

Müller-W.: Nein, die werden drei Tage
nicht Haus geschickt. Das machen
alle (Unternehmen) hier — und unbe-
zahlt. Arbeitskräfte gibt es in reibenden
Mengen hier.

Frage: Was reizt Sie am meisten?
Mit dem Geld oder was sonst?

Müller-W.: Geld, das ist relativ. Man
kann ja nur normal leben. Sie können
nicht mehr als ein Schutzel essen.
Ich betrachte das Geschäft, das Ar-
beiten als Sport.

Frage: Sind Sie heute mit den deut-
schen Steuerbehörden ausgeklimmt, und
ist da keine Steuerhölle mehr übrig?

Müller-W.: Was heißt ausgeklimmt?
Frage: Steuerhölle stehen nicht
mehr an?

Müller-W.: Nein.
Frage: Und wie viele mußten Sie nach-
zahlen?

Müller-W.: Das war nicht so viel,
wie Sie (die Finanzämter) haben woll-
ten, auf jeden Fall. Sie haben unge-
fähr ein Viertel bekommen von dem,
was Sie (Steuerhölle) ermittelt ha-
ben oder ausgerechnet haben. Steu-
er und relativ Steuern lassen sich
steuern.

Frage: Wo sehen Sie den Grund für
Ihren Erfolg?

Müller-W.: Erfolg kann man das nicht
nennen.

Frage: Sondern?

Müller-W.: Das ist erst der Anfang.
Da ist noch viel mehr zu machen!

Eine HDW Leihlingszelle
KB/Gruppe Hamburg

wenn die Leute nicht gelenkt werden.
Wenn die hier (in Tunesien) streiken,
werden sie bestraft. Da brauch ich
oder noch die Gendarmen anzuordnen
aus der Arbeitsamt oder den Gouver-
neur — dann ist Feierabend.
Frage: Ist das ein Grund für Sie, daß
Sie hierher kommen sind?

Müller-W.: Ja, wider. Der Haupt-
grund ist, daß wir gute Arbeitskräfte
hier haben.

Frage: Wenn Sie schwärzende Ar-
beiterinnen haben, wie lange arbeiten die
dann noch?

Müller-W.: Wir haben einen Fall hier
gehabt, der hat bis zwei Stunden
vorher (vor der Niederhaltung) ge-
arbeitet. — Aber hier haben die Leute
Angst, daß sie ihre Stellung verlieren.
Wenn sie Mutterkorn in Anspruch
nehmen, könnten die wahrscheinlich
kaum von vom Staat bekommen. Der
Unternehmer braucht nichts zu be-
zahlen.

Frage: Die Arbeiterinnen haben sich
beschwert, daß sie drei Tage nicht
arbeiten können dürfen, wenn sie
zu spät kommen oder wenn sie ein-
gen.

Müller-W.: Wenn hier viel oder
für Mann fehlen ist das ein Pro-
duktionsausfall von ca. 100 bis 120
Hosen. Und mit der Finger ist
das auch was anderes, die armen
Kinder, die warten. Und das dauert
stundenlang. Man sieht die wieder auf
Schwung hat, sind auch wieder ein
paar Stunden vorgehen.

Im Europa der Monopole ist für die Arbeiter . . . am Ende des Tunnels – kein Licht !

Üblicherweise ist in der bürgerlichen, aber leider auch vielfach in der linken Presse nur von der Krise der „Europäischen Gemeinschaft“ (EG) oder den sich abzeichnenden und überlagernden Krisen ihrer Teilbereiche (Agrarmarkt, Währungsverbund etc.) die Rede. Seitens jedoch von den Folgen des Integrationsprozesses für die arbeitenden Massen in den von der Monopolbourgeoisie beherrschten Ländern Westeuropas.

Wir wollen in diesem Artikel am Beispiel der EG zeigen, daß die von den bürgerlichen, proeuropäischen Propagandisten verbreiteten „so-

genwärtigen Wirkungen“ eines „Ver-einigten Europas“ ausschließlich den Großkapitalisten zugutekommen – für die Arbeiterklasse aber das katastrophale Gegenteil (nämlich Elend) bedeuten.

Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gehören seit der Gründung der EG im Jahre 1957 zu deren angeblichen Zielen.

Die seitherige tatsächliche Entwicklung hat indessen unzweideutig gezeigt, daß Absichtserklärungen die soziale Lage der arbeitenden Massen verbessern zu wollen, nichts anderes als demagogische Propagandaformeln

sind.

Lediglich im Anfangsstadium der europäischen Integration (in der Zeit von 1958 bis Mitte der sechziger Jahre) sanken die Arbeitslosenzahlen. 2,7 sogar beträchtlich. Das war jedoch nur eine unplanmäßige, vorübergehende Begleiterscheinung bei der Beseitigung aller Zollschranken und sonstigen Beschränkungen im Handel zwischen den Partnerländern.

wieder beinahe, „daß sie eine Arbeitslosenquote von höchstens zwei Prozent akzeptieren würden“ („FAZ“, 28.10.74).

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß das Heer der Arbeitslosen in den kommenden Jahren noch enorm wachsen wird – und sich in nicht allzu ferner Zukunft „amerikanischen Dimensionen“ annähern dürfte in den USA beiträgt

irennbar verbunden mit der umfassendsten Rationalisierungswelle in der Geschichte der kapitalistischen Klassenherrschaft die Folge „Freisetzung“ von Arbeitskräften!

Der jeder Monopolbildung zugrundeliegende Konkurrenzkampf führt nicht nur zum Herauswachen von Arbeitern und Angehörigen aus den Betrieben der Großindustrie, sondern außerdem noch zur

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Land	1960	1964	1972	1974
Bundesrepublik Deutschland	271.000	169.000	246.000	702.000*
Frankreich	239.000	213.000	309.000	464.400
Italien	836.000	504.000	697.000	1003.800**
Niederlande	50.800	32.000	115.900	150.300
Belgien	117.800	55.000	92.000	117.800
Großbritannien ¹⁾	326.000	-	806.000	634.900
Irland ¹⁾	-	-	-	72.400
Dänemark ¹⁾	-	-	20.200	40.200
Luxemburg ²⁾	-	-	-	-

Anmerkungen: *) die westdeutsche Bundesanstalt für Arbeit rechnet im Gegensatz zur EG-Statistik für den Monat August 1974 mit „nur“ 557.000 Arbeitslosen.

**) im Falle Italien muß beachtet werden, daß dieses Land bereits über eine Million potentielle Arbeitslose als „Gastarbeiter“ exportiert hat.

1) diese Länder sind erst später der EG beigetreten.

2) Im Falle Luxemburg ist statistisch keine mit den anderen EG-Ländern vergleichbare Arbeitslosigkeit zu berechnen.

... Angaben zur Statistik sind entnommen der „FAZ“, 28. Oktober 1974
NB (die Daten für 1974 beziehen sich auf den Monat August)



Die Tendenz insgesamt geht eindeutig in die Richtung, ein riesiges Meer von Arbeitslosen (Reservearmee) zu schaffen. „Zwei Jahre nach Gründung der Europäischen Gemeinschaft, im Jahre 1960, hatten die heutigen neun Partnerstaaten zusammen 232,2 Millionen Einwohner. Davon waren 101,5 Millionen als stivile Erwerbstätige registriert und davon wiederum 1.933.000 arbeitslos.“

Im Jahre 1972 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 2.559.000 und bis August 1974 sogar auf 3.181.800“ („FAZ“, 28. Oktober 1974).

Das ist – da sich die Zahl der „Erwerbstätigen“ bis 1972 nur unwesentlich auf 103,3 Millionen erhöht hat („FAZ“, ebenda) – bereits eine Arbeitslosenquote von über drei Prozent. Die bürgerlichen Politiker halten aber bisher immer und immer

die Arbeitslosenquote augenblicklich bereits annähernd sechs Prozent und wird nach Vorausschätzungen des amerikanischen Wirtschaftsministeriums bis Jahresende 74/Anfang 75 auf sieben Prozent steigen („FAZ“, 28.10.1974).

Dor an den Interessen der europäischen Monopolbourgeoisie orientierte Integrationsplan (dessen Einzelaktionen in den Artikeln 2 und 3 sowie in weiteren spezialisierten Paragraphen, der „Römischen Verträge“ vorgezeichnet sind) führt auf Notwendigkeit zu größerem sozialen Elend und politischer Unterdrückung für die arbeitenden Massen.

Die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Kapitals, die auf nationaler und zunehmend auch auf europäischer Ebene immer gewaltigere Formen annehmen, und un-

Liquidierung der kleineren und mittleren Bourgeoisie – Folge „Freisetzung“ von Arbeitskräften!

Die Versuche, eine internationale, arbeitsteilige Agrarpolitik in den Ländern der EG durchzusetzen, hat bereits zur weitgehenden Ruinierung der kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsbetriebe geführt – die Folge ein Millionenheer von „freigesetzten“ Arbeitskräften.

Wir wollen es beim Aufzählen dieser Faktoren bewenden lassen.

Sie zeigen, daß die EG nicht nur nicht in der Lage ist, den Arbeitern „soziale Sicherheit“ zu garantieren, sondern daß dieser imperialistische Zusammenschluß die systematische Ruinierung von Millionen Arbeitenden zwingt!

Metal Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Forta. Wahlen

der Polizei „mehr Rückendeckung“ geben, statt der bisher in Frankfurt angeblich gängigen „tündigen Verunsicherung“ von faschistischen Einsatzleitern und schweißtreibenden Bullen durch die SPD-Politiker.

Dregger fordert: „keine Privilegien für politische Terroristen“ (tatsächlich, so sieht's wortwörtlich im Programm!) und „konsequenter Einsatz der staatlichen Macht“ gegen „Polit-Terroristen“, die „in unseren Großstädten vorwärtliche Rechtsbrüche zum Programm machen“.

Dregger will über die „soziale Politisierung“ (s. der heusschen Suizid durch die SPD-FDP) die heussche Justiz hñ Dregger für weitgehend ersetzt, weil Richterwahl und Juristen Ausbildung in der Hand der SPD und

„Wir werden Polizei und Justiz (die entscheidenden Instrumente der politischen Unterdrückung nämlich) die Bruchstücke erkennen, die sie als die für den inneren Frieden unseres Landes verantwortlichen Organe verdienen. Wir werden die Gerichte instandsetzen, gegen die permanent Verletzung der Ordnung und der

Würde der Gerichte durch die System veränderer wirksam durch zu greifen. Wir werden die Polizei nicht nur hervorragend ausstatten, sondern ihr auch den moralischen Rückhalt geben, den sie in ihrem schweren Dienst benötigt.“

„Es darf in Frankfurt keine Insel des Unrechts mehr geben, weder in der Universität, noch in bezetzten Häusern und auf Straßen.“ – „Haus besetzungen und andere politische Gewaltakte müssen sofort bekämpft werden.“ – „Die Anwendung des Strafrechts und der Strafprozedur muß stärker das Sicherheitsbedürfnis der Bürger (vor „Straßenterror“) und der Geschädigten (z. B. Hausbesitzer, Bodenspekulanten) berücksichtigen.“

Ein Streikrecht für Polizeibeamte darf es nach Dregger nicht geben. Ein ausführliches, 10 Seiten langes Programm zum „weiteren Einsatz des Verfassungsschutzes“ legte die Dregger-Partei vor. Dregger fordert u. a., daß der „Verfassungsschutz insbesondere auf die Hochschulen angesetzt werden soll.“ – Ebenfalls legte die CDU einen detaillierten Plan zur „Abwehr von Verfassungsfällen im öffentlichen Dienst“ vor.

Diese wenigen Zitate (die wir alle des beiden CDU-Wahlbroschüren „Frankfurt Magazin“, Ausgaben I und II, und „Das Destrier der Klitz! Wenn es Nacht wird in Frankfurt“ sowie der FR vom 10. und 16. 9. entnommen haben) mögen genügen um den wesentlichen Grundzug in Dreggers (und Straußens) Wahlkampf zu enthüllen, um zu zeigen, daß es hier nicht um eine beliebige bürgerliche Oppositionspolitik geht, deren Hauptziel im Ergatter einiger „Protest“-stimmen enthaltener SPD-FDP Wähler geht, sondern um die Durchsetzung eines extrem rechten, offen pro-faschistischen Kurses, der von starken Kreisen des westdeutschen Imperialismus gestützt (und bezahlt) wird.

An dieser Stelle war eigentlich eine detaillierte Einschätzung von Wahlkampf und Ergebnis-Analyse der linken Gruppen geplant, die sich am kommenden Sonntag im Wahlkampf teilnahmen. Offenbar aber waren DKP, KBW und „KPD“ nicht in der Lage, unmittelbar nach der Wahl schon ihre abschließende Einschätzung ihrer Wahlkampf-Führung und ihres Abschneidens vorzulegen. Die DKP hat bisher nur zwei recht kurze Artikel in ihrer „UZ“ (Tageszeitung und in der Wochenendausgabe) gedruckt, der außer einigen Zahlen-ergebnissen noch keine politische Einschätzung bringt, der KBW hat seine erste Stellungnahme zu den Wahlergebnissen (in „KJZ“, Nr. 72 vom 30.10.) unter so zugehörigen Themen wie „Die SPD beschneidet die Lage, die CDU nicht!“ in wahren Schreien durch einen langen Kommentar ihres Sekretärs J.S. korrigiert („er gah!“), wie das in „KJZ“ Nr. 73 etwas vornehmer ausgedrückt wird. Die „Rote Fahne“ der „KPD“ (Nr. 44) hat ja Wahlergebnis unter der ersten starken Überschrift „Arbeiter stimmen gegen SPD-Politik“ geteilt. Gleiches aber noch eine abschließende Analyse angekündigt. Wir wollen also mit unserer Einschätzung der Politik dieser Gruppen noch warten, bis uns das angekündigte Material vorliegt. Wir werden vermutlich in der nächsten Ausgabe des AK unsere Einschätzung vorlegen und dabei versuchen einige grundlegende Fehler und Mängel in der Politik von DKP, KBW und „KPD“ herauszuarbeiten.

Westdeutsche Kapitalhilfe für Chile

Nach außen gibt sich die SPD in ihrer Chile-Politik gern fortzuschrittlich. So beschloß die SPD-Bundestagsfraktion am 17. September aufgrund der weitverbreiteten Proteste gegen den faschistischen Terror in Chile eine Resolution, in der es unter anderem heißt: „Jede Hilfe, die die Bittung oder Unterstützung des Militärregimes verstanden werden kann, muß unterbleiben.“ Die Fraktion fordert die Bundesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um zur Wiederherstellung friedlicher und demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen.“

Tatsächlich hatte die SPD/FDP-Regierung zu diesem Zeitpunkt in geheimen gerade die Bedingungen herzustellen versucht, die für die Unterstützung der Faschisten notwendig waren.

So war schon im Juli zwischen der westdeutschen Regierung und den chilenischen Faschisten ein neues „Umschuldungsabkommen“ abgeschlossen worden, in dem den Faschisten laufende Rückzahlungverpflichtungen gestundet wurden. Damit war der Weg für „Kapitalhilfen“ und die für die nach Chile exportierenden Kapitalisten wichtigen Bundesbürgschaften und -garantien frei.

Zuvor hatte schon die Weltbank mit Zustimmung ihres westdeutschen Faktordirektors, der hierzu von der SPD/FDP-Regierung beauftragt war, beschlossen, die Geschäftsbankbeziehungen zu Chile wieder zu normalisieren. Diese Geschäftsbankbeziehungen waren von der Weltbank vor allem der USA, in der Anfangszeit der Allende-Regierung abgebrochen worden als Teil des weltweiten Wirtschaftsboykotts zur Zerstörung der chilenischen Wirtschaft.

21,5 Millionen DM „Kapitalhilfe“ werden damit sofort in die Taschen der Junta-Generäle fließen. Daß diese Zahlung offensichtlich gegen den SPD-Fraktionsbeschluss verstößt, rechtfertigt die SPD/FDP-Regierung mit einem „gültigen Regierungsabkommen“ mit der Allende-Regierung. Zynisch heißt es dazu: „Regierungswahl auf Geber- und Nehmer-

seite“ hätten bisher „noch nie Einfluß auf deutsche Entwicklungshilfen gehabt unabhängig auch von den damit verbundenen politischen Richtungsänderungen.“

Um eine weitere Zahlung von mindestens 45 Millionen DM vorzubereiten, wird der SPD-Staatsminister Wirtschaft vom Auswärtigen Amt am 16. November nach Chile fliegen. Diese Zahlung könnte allerdings nicht durch den Hinweis auf ein früheres Regierungsabkommen mit Allende gerechtfertigt werden, ein solches gibt es nicht. Flugs behauptete die SPD/FDP-Regierung daher, Staatssekretär Matthöfer habe der Allende-Regierung 45 Millionen im Frühjahr 1973 – also Monate vor dem Regierungsabkommen über die 21,5 Millionen DM mündlich (!!) zugesagt, und was ein Regierungsmitglied zugeht, daß sich „unabhängig von der Form verbindlich“.

„Links ist nie radikal“

Am 9. Oktober fand im Pöner Jugendzentrum („Barock“) ein Filmabend statt, wo „Der unsichtbare Aufstand“ – ein Film über den Kampf der MLN (Tupamaros, Uruguay) gegen Imperialismus und sta-histische faschistische Reaktion – gezeigt wurde (von dem bekannten antifaschistischen Regisseur Costa Gavras, der auch den Film „Z“ gedreht hat).

Bemerkenswert, welche „Lehren“ der KBW in dem anschließenden Diskussion aus dem gezeigten Film zog: Tupamaros-Aktionen (Sprengstoff-Anschläge, Geiselnahmen usw.) seien „Terrorismus“ (!), das sei demnach „wie Beate Meinhof und Kinsborin“ (!), diese „Fehlbedeutung“ (!!) gebe es überall (Irland, Lateinamerika, Spanien) und müsse bekämpft werden“, richtig sei allein die „organisierte Basisarbeit der Kommunisten“ – so etwa ihr Fazit.

Es dürfte übrigens auch ein Kurium in der linken Bewegung da stehen, daß der KBW den berühmten Häftling des ehemaligen spanischen Faschisten Carrero Blanco (C.14 Meter

hoch) bedauert (!), weil man doch „nicht einfach Menschen in die Luft sprengen“ könne.

In diesem Zusammenhang ließ es sich ein KBWler auch nicht nehmen, dem KB („Nord“) eins zu verpassen. Der KB („Nord“) würde jetzt wohl propagieren, Franz-Josef Strauß in die Luft zu sprengen! (Wo soll das hinführen, wenn Faschisten einfach hochgehängt werden, statt dem Kreis mit ihnen zu „diskutieren“?)

Wir haben uns bemüht, die Diskussion kritisch über die Lehren zu führen, die der Film über das Vorgehen des Imperialismus und der Faschisten liefert und haben das anhand der jüngsten Erfahrungen in Chile aktualisiert. Schließlich haben wir versucht, die Diskussion angesichts der schriftlichen Faszinierung in der BRD und dem vermehrten Auftreten der Faschisten auf die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes im eigenen Land zu orientieren.

Rympathisanten des KB in Pöner

CDU und Chile-Flüchtlinge

Offener als die SPD dokumentiert die CDU ihren Haß auf die chilenischen Faschisten und ihre Unterstützung der Faschisten. Vor wenigen Wochen erst wurde bekannt, daß größere Teile der CIA-Flüchtlinge über dunkle CDU-Kreise nach Chile geflohen sind.

Ende Oktober hat die Stuttgarter CDU-Regierung dem chilenischen Wissenschaftler Mario Durandrial und dem Studenten Arancibia den Aufenthalt in Baden-Württemberg verweigert. Beide wollten an der Universität Konstanz lehren bzw. studieren.

Polizeiminister Schöb begründete die Entscheidung mit „erheblichen Sicherheitsbedenken“, denn Durandrial sei ein führendes Mitglied des revolutionären Flügels der Sozialistischen Partei von Chile.

Anschließend verliert die CDU über ausgereizte Verbindungen zum chilenischen Junta-Geheimdienst, woher könnte Schöb sonst die Informationen haben.

Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg

NPD-Nazi-Parteitag in München:

Bullen- und Faschistenterror gegen antifaschistische Demonstration

Am 12.10.1974 hat die NPD in München ihren Bundesparteitag abgehalten, der ursprünglich in West-Berlin stattfinden sollte. Da wir jedoch von den Abritten verboten wurden, die Wahl fiel dann auf München (Tradition verachtet!). Das Treffen war ein willkommenes Anlaß für die NPD-Nazi, die offensiven Vorgehen gegen die Münchner Linke zu verstärken und sie noch weiter einzuschüchtern. Dabei wurden sie von der (vom München SPD-Stadtrat befehligten) Polizei tatkräftig unterstützt. Eine Genossin, die an der vom „Arbeiterbund für den Widerstand gegen die KPD“ (ehemals ABG) und der „KPD“ getragenen Protestdemonstration gegen diese Nazi-Zusammensetzung teilnahm, hat uns in einem Brief ihre Eindrücke geschildert.

Die „Vorbereitung“

Die Vorbereitung zur Demo erschien mir selbst sehr kurzfristig und schlecht. Flugblätter wurden im letzten Augenblick verteilt, so daß ich z.B. mehr durch Zufall erfuhr, daß die Demo um 11 Uhr am Sendlinger-Tor-Platz beginnen sollte. Vorher war es mir unmöglich, genauer darüber zu erfahren. Weder die ABG, noch die KPD-Genossen wußten Bescheid.

Als ich dann zu gegen 10.30 Uhr am Sendlinger-Tor-Platz ankam, waren kaum Leute zu sehen. Es regnete in Strömen, einige Häuflein standen in verdorrten Hecken – ein paar wackelige Polizisten waren zu sehen.

Um 11 Uhr reichten wir uns dann in Ser-Reihen auf Vorne der ABG Block – hinten der KPD-Block. Ich hatte den Eindruck, daß gar keine parteilosen Leute da waren. Insgesamt waren es etwa 300 Genossen. Für eine Riesenstadt wie München recht mäßig! Ich stieg dort mit zum KPD-Block und lief dort mit.

Abmarsch: „Kämpferische Stimmung“

Abmarsch: „Kämpferische Stimmung“

Als um 11.30 Uhr der Zug losging, herrschte trotz Regen eine recht „kämpferische Stimmung“. Folgende Parolen wurden in Sprechchören von uns rausgegeben:

Tod dem Faschismus!
Nieder mit der braunen Pest!
Faschisten raus aus München!
Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!
Schluß mit der Unterstützung der NPD durch die CSU-Regierung und den SPD-Stadtrat (nur im KPD-Block!)

Die KPdler konnten sich weiterhin auch nicht beherrschten und mußten die Demo als willkommenen Wahlpropaganda Anlaß heranziehen (Pa role: „Keine Stimme dem Parteien

die den NPD-Parteitag ermöglichen? Wählt KPD!“)

Des Polizei- und Spitzenaufgebot

Immer wieder sah ich Polizisten mit Sprechfunkgerät – Koordinierung zwischen den einzelnen Einsatzgruppen. Die Motorradbullen schafften sich einen schnellen, konkreten Überblick über den Demo-Zug. BMW-Wagen und wohl die Funkzentralen für Befehlsübermittlung. Unterwegs zwischen ungefähr zehn oder zwölf VW-Bullens an uns vorbei mit jeweils acht Bullen drin! Ich hatte permanent das Gefühl, jetzt bauen die da irgendwas Neues auf! Auf und knappen auf was los. Aber es passierte nichts der gleichen. Bei unserem kleinen Mitlaufen war das auch nicht nötig. Die Mächtigkeitsdemonstration reichte aber aus, um uns gefährlich einzuschüchtern!

Später fuhr mir noch oft auf, daß die Seitenstraßen durch solche Sonnertruppen abgeriegelt waren – überflutungsgefahr!

Durch die Reihen ging oft die Warnung: Film von links. Film von rechts! Ich bin in dem Moment froh, daß ich noch nicht zum Priester war und meine Haare kürzen ließ. Jetzt sind die langen Haare ganz nützlich: unter der Kapuze meines Parkas tauchen wir noch Haarsträhnen und Nase hervor – gute Tarnung!

Faschisten-Provokation

Wir waren noch nicht einmal am Marktplatz als auch schon der erste Zwischenfall passierte. Vorher war der Zug ungehindert von der Polizei zu Fuß und per Motorrad flankiert – vorwärtsmarschiert. Ich lief zwei Reihen vor dem Lautsprecherwagen der KPD. Plötzlich entstand hinter dem Wagen ein Tumult! Ordner liefen vor Schreien. Stichenbleiben! Schließt euch fest zusammen! Keine Lücke für Bullen und Provokateure! Ich bekam eine ziemliche Angst! Was war das los? Bullen und Demonstrieren in Handgreifung. Ein Typ mit ner blutigen Nase! Hinter mir lief eine schwarze Genossin mit ihrem Mann. Beide wurden eingekerkert.

Demokratischen und handgemachten Typ mit ner blutigen Nase! Hinter mir lief eine schwarze Genossin mit ihrem Mann. Beide wurden eingekerkert. Reiten weiter nach vorne genommen, fest eingekerkert von anderen Genossen. Auch eine 60-jährige Genossin wurde zum Schutz in die Mittelebenen genommen. Wir waren alle ziemlich aufgeregt und hatten große Angst! Nach einiger Zeit ging's dann aber weiter. Der Lautsprecher der KPD-Genossen klang wie jetzt endlich über den Zwischenfall auf.

Ein NPD-Provokation – der mit der blutigen Nase – hatte versucht eine Schlägerin mit einem Genossen zu provozieren. Die Genossen wehrten sich (blutige Nase)! Klar! Die Polizei griff ein – zum Schutz des Faschisten! Der lief dann die ganze Zeit ungehindert neben unseren Reihen her. Er soll eine Pistole bei sich gehabt haben! Verprügeln konnten

wer den nicht – die Bullenmacht war zu stark

Bullen-Provokation

Plötzlich – der erste Zwischenfall ist gerade vorüber! heißt es wieder stehenbleiben! Erneut gibt es einen Tumult hinter dem Lautsprecherwagen. Dieses Mal ist der Haufen jedoch viel wilder. Polizisten und Demonstrieren rangieren miteinander. Man will den Genossen ihre Parteiländer wegnehmen! Dann sehe ich einige Polizisten mit Handschellen herumhantieren. Einige Genossen laufen weg – rasen, rasen! Dann werden zwei Genossen, die sich verzweifelt wehren, von jeweils zwei Bullen weggeschleppt. Durch den Lautsprecherwagen werden wir informiert: „Man hat beide Genossen verhaftet! Will sie ihre Bänder verteidigen wollen!“

Systematischer Bullenterror – Auflösung der Demonstration

Eine Strecke vor dem „Schwabinger Bräu“ (wo der NPD-Parteitag stattfand, also AK) blieb der Zug plötzlich stehen! Keiner wußte was los war! Da kamen Worte durch den Lautsprecher von vorn: es wurde irgendwas von „Ordnung“ verhängt, halb der Zug nicht weitergehen“ etc. gemurmelt. Zuminderte forderte die Polizei dazu auf, die Demonstration aufzulösen. Ich war ganz baff! Wieso? Warum? Große Unklarheit! Unsicher stehen die Leute nur. Einige von dem vorderen Zugteil mochten sich schon auf den Heimweg. Der KPD-Block bleibt noch zusammen. Gemeinsam werden die Parolen wiederholt: die internationale Welt gesungen – und dann: „Löst euch auf in kleine Gruppen, löst euch!“ Innerlich während trotzte ich hinter einigen KPD-Genossen her. Frage, was denn los ist. Man weiß auch nicht so genau. Ein Genosse vermutet, daß man sich noch wieder trifft vor dem „Schwabinger Bräu“. Aber die Bullen haben sich schon auch wohl gedacht. Sie finden unsere Truppe recht bald wieder und machen uns darauf aufmerksam: „Ne, nun geht mal nach Hause! Wo wollen doch auch mal was zu essen kriegen heute!“

Der Abschied: „resigniert, enttäuscht“

Neja, es war dann recht lächerlich, als die restlichen Leute, ca. 30 Mann, „resigniert, enttäuscht“

Neja, es war dann recht lächerlich, als die restlichen Leute, ca. 30 Mann, gegenüber vom „Schwabinger Bräu“ – das zwischen eine riesige Autostraße – noch einmal „Faschisten raus aus München!“ etc. überriefen. Wir mußten dann auch wohl einsehen, daß man jetzt nichts mehr machen könnte. Das „Schwabinger Bräu“ war von einer Unmenge Polizisten abgeriegelt. Dieses Mal waren sie offen auf eine Auseinandersetzung vorbereitet. Ihre Ausrüstung war entspannt. Wir wußten, was los war! Wir sahen dann ab – resigniert, enttäuscht. Die Bullen brauchten nicht zum Gummiknüppel zu greifen – der NPD-Bundesparteitag konnte ungehindert stattfinden!

Soweit der Brief der Genossin. Die „KPD“ ist in ihrer Zeitung

„Rote Fahne“ vom 10. und 16.10.74 auf den Ausmaß des Polizeiterrors eingegangen. Danach sind „ganze Horden“ von zivilen Polizisten und Faschisten in die Demonstration eingedrungen, um Schlägerinnen auszuhebeln. Einer der Provokateure war dabei eine Pistole und seine Handschellen. Nach Auflösung der Demonstration setzte die Polizei Greiftruppe ein, die neben Teilnehmern auch Passanten festnahmen. Acht Demonstrationen wurden des Widerstands gegen die Staatsgewalt der (selbsternannten) und der Körperverletzung beschuldigt und festgenommen. Vier wurden nach einem Tag entlassen, die anderen vier, von denen einer von einem faschistischen Schläger gefoltert und zerrissen geschlagen worden war, sitzen nunmehr noch immer in Untersuchungshaft.

Einige Anmerkungen zur Politik der Linken

Der zitierte Brief macht die von der Bourgeoisie beabsichtigten Auswirkungen des Polizeiterrors etc. auf die Demonstrationen sehr deutlich. Angst, Einschüchterung, Resignation und Gefühl der eigenen Ohnmacht. Auch wenn die Genossen in ihren Schilderungen vor allem ihren eigenen Standpunkt äußern, so scheint uns aus ihrem Brief doch hervorzugehen, daß diese Auswirkungen relativ breit gewesen sind.

Wir meinen, daß Einschüchterung und Resignation der Demonstrationen nicht nur dem unangünstigen Kräfteverhältnis für die Linke, einem besonders „reaktionären Klima“ in München o.ä. zu schulden sind (was ja eben Bedingungen sind, denen wir in unserer Politik Rechnung tragen müssen), sondern im ersten Linie der opportunistischen Politik der in München vertretenen linken Organisationen und ihren bindenden „Einsparungen“ der politischen Situation und Entwicklung in Westdeutschland, sowie dem insgesamt noch niedrigen Niveau des antifaschistischen Kampfes in der BRD.

Das von den ABG erhaltene „breite demokratisch-antifaschistische Bündnis“ war nicht zustande gekommen. Das ist keine sonderlich sensationelle Erfahrung. Aber was soll's, die KPD schütz in ihrem Demomobilitätsflugblatt ein „Wort der Arbeiterklasse“ vertritt. Der Kampf für die Abschaffung dieses kapitalistischen Systems aufnehmen, dann (!!) werden diese Faschisten auf den Plan treten und mit Terror und Anschlügen gegen die sich erhebbende Arbeiterklasse und das ganze Volk vorgehen – und verliert das Auftreten der Faschisten, kurzfristig auf später. Auch nach der Niederlage kann beobachtet werden, in der „Roten Fahne“ vom 16.10.74 heißt es dazu: „Jetzt, nachdem es die Bundesregierung und die Landesregierung nicht wagten (!), der KPD die Beteiligung an den Landtagswahlen zu verbieten, versuchen sie, die Arbeit unserer Partei mit allen Kräften zu behindern. Sie wollen verhindern, daß am 17. Oktober Tausende die KPD wählen und damit zu erkennen geben, daß die herrschende Gesellschaftsordnung nicht wollen, daß sie den Kampf für den Sozialismus aufnehmen werden.“ Uff! Wo

es soll denn hier wohl das „Wagnis“ der Bundes- und Landesregierung, die heute schon legale Demonstrationen durch Bullenterror illegalisieren und zerschlagen bestanden wären? Angesichts aller Tatsachen gehört schon eine gehörige Portion Ignoranz dazu, die ganzen Vorfälle wesentlich unter dem Gesichtspunkt der eigenen (Wahl-) „Probleme“ zu betrachten.

Das Mobilisierungsfeld der ABG beschränkt sich auf die Entstehung der NPD als faschistische Organisation und das Zusammenstoß mit der (SU und CDU. Kein Wort zur Rolle der SPD, die durch Ausbau und Kampf des Staatsapparates das Vorgehen der Faschisten deckt und unterstützt. Das wird von den ABG auch „theoretisch begründet!“ Die Münchner Genossen schreibt dazu:

„Eine ABG-Genossin meint: „Nützlich muss man aufklärerische Arbeit über die SPD in der Bevölkerung betreiben! Aber bei dieser Demo ist es wichtig, daß man auch die fortschrittlichen SPD-Genossen Jungmänner usw. mit auf die Straße bekomme. Man wolle ein breites demokratisch-antifaschistisches Bündnis herstellen, und deshalb müsse man in diesem konkreten Fall auf Anti-SPD-Parolen verzichten – damit würde man solche Genossen verschrecken und dann nur noch als kleiner „Jammervogel“ dastehen.“ Hier dienen die eigene politische Lächerlichkeit und ideologischen Vorstellungen über eine „breite Aktionsfront“ als Rechtfertigung für den opportunistischen Verzicht auf allseitige politische Entschlüsse.

Noch wesentlich tiefer um rechtsoportunistischen Sumpf denken die KPD und KBW, die den NPD Faschisten und ihren Schutztruppen (Polizei, SPD-Stadtrat) kämpflos das Feld überlassen und sich nicht an der Demo beteiligten. Ein „KVZ“, Verkäufer „begründet“ dies unserer Genossen gegenüber so:

„Eine Demo ist grundsätzlich dazu da, eine schon vorhandene Bewegung innerhalb der Bevölkerung zusammenzufassen. Hier in München ist es aber so, daß zu diesem Anlaß (Bundesparteitag der NPD) kaum jemand auf die Straße geht. Grund das demokratische Bewusstsein der Bevölkerung ist in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung legal ist, auch das Recht hat, öffentlich oder intern zusammenzutreffen etc.“

Aufgabe von Kommunisten soll es nach Auffassung des „KBW“ heute – wo von „Bewegungen innerhalb der Bevölkerung“ (vielleicht im Gegensatz zu „außerhalb der Bevölkerung“) noch nicht überschwerlich berichtet werden kann (von der „KVZ“ vielleicht mal abgesehen) – durchaus nicht sein, Demonstrationen zum Zweck der Agitation und Propaganda, die den Massen durchzuführen, sondern auf „Bewegungen“ zu warten, um sie zusammenzufassen.

Ab demokratischen (!) Verständnis der Bevölkerung“ bezeichnet der KBW die bürgerlich-legistische Auffassung, daß sich Faschisten beliebig zusammenrotten dürften.

Das ist das Verständnis des „KBW“, aber beliebige nicht das Verständnis aller Teile der Bevölkerung! Alles bürgerlich-liberal ist – in unserer Formulierung!

KB/Gruppe Oldenburg

Neue Masche der JN: Faschisten als „Antifaschisten“!

In Oldenburg haben die Faschisten der „Jungen Nationaldemokraten“ in letzter Zeit ihre propagandistische Aktivität erhöht. Eine Zielgruppe sind dabei offensichtlich unpolitische, „linke“ Kleinbürger, weshalb sie mit allen demagogischen Tricks der JN's getarnten faschistischen Propaganda ihre wirklichen Absichten und Hintermänner klau bemänteln und sogar wortreich „die Faschisten“ (!), bekämpfen!“ Ein verblüffendes Beispiel für diese Propaganda-Masche ist ein Flugblatt der Oldenburg-JN, 19.10.1974, 35 Jahre Völkermord und Faschistenterror“, mit dem sie sich allen Ersten in die Cade-Solidarität (11. September) einschreiben wollten. Darin werden klipp und klar die Hintermänner und Profiteure des Faschismus benannt (von den Faschisten)! Hier nur einige Kostproben:

verdrängt in der SPD, FDP und C.D.U.

Das westdeutsche Großkapital schließlich... schreit nicht einmal, den Bluthunden in Chile ihre Unterstützung zuzugewinnen“

Genossen, seien wir auf der Hut! Die Geschichte hat gelehrt, daß die Kapitalistenklasse niemals freiwillig abgetreten ist, sondern im Gewand des Faschismus die Auseinandersetzung mit dem arbeitenden Volke suchte.

Diese Praktiken der Auseinandersetzung mündeten am 1. Sept. 1938 in dem zweiten Weltkrieg, für den Millionen Arbeiter bezahlt wurden und aus dem die Kapitalistenklasse als der Gewinner hervorging! (Hervorhebungen im Original).

Prompt erschienen am 25.9. auch zwei JN-Faschisten auf einer Childe-Diskussionsveranstaltung mehrerer linker Oldenburger Gruppen um hier endlich als „Antifaschisten verstellt“ – die „Aktionsfront mit den Maoisten“ herzustellen, die es nach von ihnen selbst häufiger lancierten Gerüchten ja schon geben soll!

Im Zusammenhang mit einem

sofort herbeigeführten einstimmigen Beschluß, daß die faschistischen rassistischen werden, vorläufige ein KBWler natürlich nicht, ihnen mit honorigen Worten dem demokratischen Charakter des Beschlusses zu erläutern, den sie doch bitte rezipieren möchten, usw. – der Teilnehmerkreis sei „eigenlich doch in eine andere Richtung gedacht“ gewesen. Die JN-Typen, wohl verblüfft über dieser Freundlichkeit etc., „billigten“ dann auch den Beschluß als „demokratisch“ und wünschten der Vernetzung „guten Verlauf“!

Inzwischen wird der KBW-Genosse wohl „Selbstkritik“ geübt haben, weil er die Diskussion mit den Faschisten und damit deren Überzeugung verhindert hat. Denn in einem folgenden Flugblatt zeigte sich die JN nun doch unentschieden und ließen ein „wichtiges, undemokratisches Licht auf die Veranstaltung fallen.“

„Mit dem lächerlichen Vorwurf, er sei Mitglied der JN, schafften sich die Vertreter von DKP, Juso (das in Wirklichkeit leider beide nicht dabei waren, Arm AK) und KB (Nord) die nötige „Rechtfertigung“, ihn noch vor Beginn der Veranstaltung aus dem Saal zu werfen, ohne ihm Gelegenheit zu einer Stellungnahme gegeben zu haben.“ Dadurch um „die geistige Verwandtschaft zwischen Faschisten und Sowjetkommunisten wieder einmal deutlich

geworden. Ihre Kämpfe sind lediglich Duelle. Herkämpfe! Im Namen aller echten Sozialisten und anderer Demokraten zu verurteilen und sozial-faschistischen Arbeiterpartei das Recht abgesprochen, Freiheit für Chile zu fordern, wenn sie selbst nicht einmal bereit sind, Angehörigen demokratischer Organisationen Rede-Freiheit zu gewähren!“

Wir meinen, der KBW sollte über diese Niederlage in seiner „anti-faschistischen“ Überzeugungsarbeit nun nicht resignieren, sondern über

diesen offensichtlichen Irrtum, der KBW diskutiert nicht mit Faschisten und gewähre ihnen keine Rede-freiheit, schlingt ein klürendes Gespräch mit den JN herbeiführen (wobei eine gewisse Selbstkritik, die Veranstaltung betreffend, wohl nicht zu umgehen wäre) oder nicht ohne diese alles öffentlich in der Bevölkerung richtigstellen. Wir wären gerne bereit, dies gehend in unserer Presse zu berücksichtigen.

KB/Gruppe Oldenburg

BFD-Bund faschistischer Demagogen

Der „Bund freies Deutschland“ (BFD) der sich am 12. Mai gründete, nannte sich am 20.10.74 in West-Berlin zur „Partei“. Er will unter Umkleiden an der Abgeordnetenhauswahl am 23.75 teilnehmen, wobei 8 % der Stimmen bekommen will. Zur Führung des BFD gehören so bekannte Vögel wie Lohmann (Schon als Sprecher des BFD), Schornack (ehemaliger Vorsitzender des Westberliner DCB), Jatschowitz (ehemaliger Landesvorsitzender des KPD), Dr. Drogula (kürzlich aus der SPD ausgestoßen), Meyer (ehemaliger SPD Stadtrat) etc., alles ehemalige SPDler, CDUler und Gewerkschaft-

funktionäre. Nach eigenen Angaben soll der BFD ca. 300 Mitglieder haben, 20.000 Zuschriften von West-Berlinern, die im BFD mitarbeiten wollen, sollen vorliegen. Der wichtigste Programmpunkt des BFD ist, daß es nur eine deutsche Nation gebe.

„Der BFD betrachte die DDR nicht als souveränen zweiten deutschen Staat, sondern als besondere deutsche Region unter sowjetischer Fremdherrschaft. Allen Deutschen müsse das Recht und die Möglichkeit zur freien Entscheidung über die Einheit Deutschlands gegeben werden. Berlin sei für den BFD die einzige

Der „Fall Streckenbach“ — Ein weiteres Beispiel der Behandlung von NS-Verbrechen in der BRD

Anfang Oktober hat das Hamburgische Oberlandesgericht in zwei Instanzinstanzen, das 72-jährige NS-Verbrecher Streckenbach „aus gesundheitlichen Gründen“ nicht verurteilt. Die Entscheidung, die bereits im April den Prozess wegen angeblicher „Herrschafts- und Angliederungsdelikte“ abgebrochen hat, ist ein weiterer Schritt in der Verurteilung von NS-Verbrechen. Der Prozess gegen Streckenbach ist ein weiterer Schritt in der Verurteilung von NS-Verbrechen. Der Prozess gegen Streckenbach ist ein weiterer Schritt in der Verurteilung von NS-Verbrechen.

Bruno Streckenbach war bereits von 1933 Mitglied der NSDAP und der SS. Er war zeitweilig Hamburger Gestapo-Chef und war 1939 als Führer eines Einsatzkommandos an der Ermordung von Polen und Juden beteiligt gewesen. 1940 wurde er auf Grund seiner „Verdienste“ Chef des Amtes I des Reichsicherheitshauptamtes. Die Anklage wirft ihm vor, daß er in diesem Amt zwischen 1941 und 1942 „gemeinsam mit anderen in der Verurteilung von NS-Verbrechen“ an der Ermordung von Millionen Menschen beteiligt gewesen sei. Streckenbach ist 1942 Schnellrichter an der Sicherheitspolizei und SD-Dienststellen, in denen er anordnete, gegen „Polen und Angehörigen der Ostvölker“ auf die Durchführung ordentlicher Strafverfahren zu verzichten und sie unmittelbar an den Henker auszuheben.

In der UdSSR wurde Streckenbach 1945 als Kommandeur der aus Kollaborateuren gebildeten 19. lettischen SS-Panzerbrigade-Division zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im Jahr 1950 wurde er nach Adenauer Besuch in Moskau vorzeitig freigesetzt, nachdem die Regierung Adenauer zugesichert hatte, die in die BRD abgeschobenen Kriegsverbrecher hier wieder vor Gericht zu stellen. Die Ermittlungen gegen Streckenbach begannen jedoch erst 1961 (1) — sie dauerten 13 Jahre. In der gesamten Zeit konnte er unbehellig seinem Beruf als kaufmännischer Angestellter in Hamburg nachgehen.

Im Zuge der Ermittlungen wurden 150 Zeugen verhört, es entstanden Kosten von weit über 1 Million DM. Dies alles ist jetzt schließlich umsonst, da Streckenbach aller Voraussicht nach nicht mehr vor Gericht gestellt wird.

Tatsächlich hätte ihm aber bereits im April 1961 der Prozess gemacht werden können.

Tatsächlich hätte ihm aber bereits im April 1961 der Prozess gemacht werden können. Es ist anzunehmen, daß bereits 1955, nach 10 Jahren Haft in der UdSSR, genügend Material vorlag, um ihn wegen Beihilfe zum Mord in mehreren Fällen zu verurteilen. Doch unter dem Vorwand, seine Straftaten umfassen aufzuklären, wurde der Prozess verweigert.

Mit diesem „Argument“ sind eine Vielzahl der Prozesse gegen NS-Verbrecher verschleppt worden. Hieran sind gerade die NS-Größen betroffen. Der Fall Streckenbach ist ein weiteres Beispiel für die Verurteilung von NS-Verbrechen. Der Prozess gegen Streckenbach ist ein weiteres Beispiel für die Verurteilung von NS-Verbrechen. Der Prozess gegen Streckenbach ist ein weiteres Beispiel für die Verurteilung von NS-Verbrechen.

Panzeron für Massenmörder

Zahlreiche NS-Massenmörder laufen in der BRD unbehellig herum, obwohl sie z.T. bereits im Ausland verurteilt wurden. Der Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN) veröffentlichte im Juli dieses Jahres eine Liste mit 37 in Frankreich verurteilten NS-Verbrechern (davon 12 zum Tode) — alle sind als bei uns freizugehen. Darüber befinden sich zahlreiche Beiräte, die entweder bereits eine Pension bekommen oder Anwärter hoher Ruhegelder sind. Eine kleine Auswahl macht dies deutlich.

Molnart, am 13.4.51 in Metz zum Tode verurteilt, nach dem Krieg Brigadegeneral der Bundeswehr und im Führungsstab des Heeres.
- Müller, K.-H., am 11.6.53 in Bordeaux zum Tode verurteilt, heute pensioniert als Kriminalhauptkommissar.

Odenwald, am 11.7.54 in Paris zu einer Haftstrafe verurteilt, nach

dem Krieg Oberregierungsrat beim Verfassungsschutz, heute Pensionär. Diese Liste läßt sich mühelos durch andere NS-Verbrecher erweitern.

- Spiel, nach 45 Landesgerichtsdirektor, sowie
- Remold, nach 45 hoher Polizeioffizier, beide verantwortlich für die Hinführung von vier deutschen Soldaten wegen „Fahnenflucht“ zwei Tage nach der Kapitulation, heute beide Empfänger hoher Pensionen.

- Krebs, heute noch Richter am Bundesoberlandesgericht in Kassel. Er verhängte im Dritten Reich Terrorurteile gegen Antifaschisten, darunter die Todesstrafe wegen „Abhören feindlicher Sender“.

- oder der jetzt erst Angeklagte
- Struve, nach 1945 Hamburger Senatpräsident und Mitglied des Planungstabes der Hamburger Senatkanzlei bis 1969. Gegen ihn wird z.T. Anklage wegen hundertfacher Beihilfe zum Mord erhoben, sowie Verantwortlichkeit für Massenmorde an geistig Behinderten („Prozessunfähigkeit“ ist bereits von ihm beantragt — sollte dies durchkommen, wird sich der heute 72-jährige wahrscheinlich nie mehr vor einem Gericht verantworten müssen). Nicht zuletzt sei an den Fall Linckh erinnert!

Daß die Bourgeoisie ihre Folterknechte nicht nur weitgehend unbestraft läßt, sondern z.T. sogar finanziell belohnt, ist nicht neu. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß bisher nicht ein NS-Richter in der BRD verurteilt wurde. Die „richterliche Unabhängigkeit“ muß dafür barhalten, diese Verbrechen zu schützen.

Von der Verschleppung ...

Jahrelange Prozessverschleppungen oder die „Verjährungsdebatte“ (nur noch Mordtaten werden bestraft, der sogenannte Totschlag fällt unter die „Verjährung“) sind ein wichtiger Bestandteil der NS-Verfahren.

So werden Ermittlungen über Jahre hinaus verzögert, in denen sich der Angeklagte überlegen kann, ob er sich nicht doch lieber ins Ausland „absetzen“ sollte, wenn die Sache für ihn zu brenzlig wird. Doch nicht nur die Ermittlungen, auch die Prozesse werden in die Länge gezogen, durch zahlreiche Zeugenvernehmungen im Ausland, an denen sich die gesamte Gerichtsbeteiligung Prozeduren über 1 Mio. DM und keine Seltenheit.

Doch viele dieser Verfahren enden wegen angeblicher „Verhandlungsunfähigkeit“ der Angeklagten oder wegen „Bewusstseinsstörungen“ nach „so langer Zeit“. Direkte Freisprüche sind nicht selten.

So wird den Mordern meist Haftverschonung aus „gesundheitlichen Gründen“ gewährt. Auch die Fälle, wo NS-Verbrecher auf Kaution freigesessen werden, häufen sich, die hohen Summen werden unstandsbehaftet bezahlt.

So steht die Bilanz der Mordprozesse gegen SS- und Gestapomänner aus dem Jahre 1972 wie folgt aus:
28 Angeklagte, davon 10 freigesprochen, von den 18 Verurteilten sind 12 gar nicht in Haft genommen worden, ganze 6 dieser Mörder sind im Gefängnis.

Das Mittel der „Haftverschonung“ oder „Prozessunfähigkeit“ kommt hierbei immer häufiger zum Tragen. Den NS-Verbrechern läßt es relativ leicht, sich von ihren Ärzten „schwere gesundheitliche Schäden“ bescheinigen zu lassen. Die BRD-Justiz akzeptiert dies nur zu gern.

Ganz anders aber werden von ihr die Angeklagten der Baader-Meinhof-Gruppe behandelt, die in den Gefängnissen offensichtliche gesundheitliche Schäden davon getragen haben. Als „Prozessunfähigkeit“ oder gar „Haftverschonung“ denkt die bürgerliche Klassenjustiz in diesen Fällen nicht.

... über juristische Beschränkung ...

Mit juristischen Tricks wird den NS-Verbrechern unter die Arme gegriffen. So werden aktive Massenmörder vor Gericht zu Mordgehilfen, um milde Urteile durch die Anklage „Beihilfe zum Mord“ abzurufen. In der Regel wird den Angeklagten eine vermeintliche „Rechtsunsicherheit“ oder „Befehlshandlung“ — trotz Grausamkeit ohne Gleiches — als strafmildernd anerkannt.
- Exemplarisch ist das Vorgehen bei der Urteilsverkündung gegen den

ehemaligen „Sicherheits-Dienst“-Chef von Warschau, Ludwig Hahn (12 Jahre verurteilt wegen „Beihilfe“) (1) zu 12 Jahren Gefängnis — Haftverschonung — natürlich!

Der Hamburger Richter erkannte als strafmildernd an, daß es „die prozessuale Form der Verurteilung“ der Promovierten Juristen (Hahn's Ann. AK) nicht als wahrscheinlich erscheinen (läßt), daß er „wirklichen Menschen angetan hat“. Den Beifall zur Erwählung von 150 Menschen gab Hahn „möglicherweise ohne nachzudenken“ und hat also „nur einen fremden Willen vollzogen“. So wird den Massenmördern ein Paraschirm ausgestellt. Daß darüber hinaus solche NS-Größen wie Hahn gute Beziehungen besitzen, beweist, daß bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung mehrere Aktienordner mit fotokopierten Zeugnisaussagen gefunden wurden, die ihm „aus Versehen“ von der Justiz zugesandt worden waren.

Noch dröster treten die Rechtsanwältinnen dieser Verbrechen auf. Im Frankfurter NS-Prozess Anfang vorigen Jahres verlangten sie, die Täter nicht nach dem heutigen Rechtsbegriff zu beurteilen, sondern man müsse das „aus der Sicht der damaligen Rechtsordnung run“.

Gleichzeitig wird von einem Angeklagten gefordert, der sich bei Mordaktionen „vorgedankelt“ habe, dies als strafmildernd (1) auszulegen. Denn es ist doch „Vordringen“ laune auf „Minderwertigkeitskomplexe und Neurosen und damit auf verminderte Zurechnungsfähigkeit zur Tatzeit“ schließen!

... zur Haftentscheidung!

Eine neue Entwicklung scheint sich bei den bereits vor Jahren verurteilten und im Gefängnis einsitzenden NS-Verbrechern abzuzeichnen. So haben verschiedene von ihnen eine Wiederaufnahme ihrer Prozesse erreicht (die Wiederaufnahmeverfahren kostete z.B. bei dem Judenmörder Fasold bereits über 500.000 DM).

Beispielhaft scheint hier der Prozess gegen den SS-Führer Strippel aus dem KZ-Buchenwald. Als sich beim Wiederaufnahmeverfahren einige Zeugen nicht mehr detailliert an die Strippel-Tataten erinnern konnten, wurde das Urteil aufgehoben. Damit war der Weg frei für eine Haftentscheidung in Höhe von 150.000 DM, während 1.000 DM für einen Monat Haft (die Überlebenden von Buchenwald bekamen pro Monat im Lager als „Wiedergutmachung“ 150 DM). Die „Chance“, daß sich die alten und z.T. durch die KZ-Haft körperlich räumten Zeugen nach so langer Zeit nicht mehr an alle Einzelheiten ihrer Erlebnisse entsinnen können, sind naturgemäß hoch, und so ist mit weiteren Entscheidungen in diese Richtung zu rechnen!

SPD-Schützlinn

SPD-Schützlinn

Den verurteilten Massenmördern bleibt aber noch ein anderer Weg. So begnadigte der heussche SPD-

Ministerpräsident Oetzel den zu lebenslanger Zuchthausstrafe wegen mehrfachen Mordes verurteilten Gestapo-Sekretär Baab „aus gesundheitlichen Gründen“. Die Verfolgung der NS-Verbrecher wird zur Farce, wenn allein im SPD-regierten Hamburg noch etwa 50 Ermittlungsverfahren (nicht gerechnet hunderte von NS-Verbrechern, gegen die noch gar nicht ermittelt wurde) in dieser Sache anliegen, die seit Jahren auf sich warten lassen. Daß man auch in Hamburg bemüht ist, solche Prozesse und ihre milden Urteile möglichst ohne „Störung“ über die Bühne zu lassen, beweist der Ausschluss eines Hamburger Schöffens aus einem NS-Prozess (Januar 73). Der Schöffe hatte die Argumentation eines Richters kritisiert, die geeignet sei, jüdische Zeugen zu verunsichern und die angeklagten NS-Verbrecher zu entlasten — die Entfernung des Schöffens aus dem Prozess hatte die Zustimmung des Präsidenten des Hamburger Oberlandes-Gerichts.

Fußtritte für Antifaschisten

Die Freizügigkeit gegenüber den faschistischen Massenmördern fließt hier Gegenstück zur Behandlung der Verfolgten des Naziregimes. Nach § 6 des Bundesentschuldigungsgesetzes ist von dem Entschuldigungsanspruch ausgeschlossen, wer nach dem 23.5.49 die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat, wer nach dem 8.5.45 rechtmäßig zu einer Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt worden war. Hierdurch wird ein großer Teil von Antifaschisten, wesentlich Mitglieder der verbotenen KPD, von den ohnehin geringen Entschuldigungen ausgeschlossen. Wie dieser Paragraph auch heute noch gehandhabt wird, zeigt der Fall

des Antifaschisten Stietzenbach, dem von der Entschuldigungsbehörde des Landes Niedersachsen seit 17 Jahren keine Wiedergutmachungsansprüche bewilligt werden. Die Behörde beruft sich dabei auf den berichtigten § 6, und führt als „Begründung“ an, Stietzenbach sei Mitglied des VVN/Bund der Antifaschisten und habe als Chefredakteur der „Ist-Wachenzeitung des VVN“ Kritik an der Bundeswehr und an gesellschaftlichen Institutionen der BRD geübt. Deutlicher kann die Funktion der „Wiedergutmachung“ nicht gezeigt werden. Während sie gegen die Antifaschisten als Druckmittel für politisches Wohlverhalten benutzt wird (bzw. als Zahlung an Israel zur Unterdrückung in Nah-Ost bestimmt ist), greift die Bourgeoisie zu einer neuen Art der „Wiedergutmachung!“ Diese

„Hier wird mit Sieg-Heil“ begrüßt!“

Nach dem faschistischen Militärputsch in Chile weitestgehend die bürgerliche Presse und führende Politiker darin, der Bundeswehr ihre „demokratischen Absichten“ und ihre vorgeblichen Klassenneutralität zu bescheinigen, um in der Arbeiterklasse die Illusion zu bestärken, daß in der Bundesrepublik ein Militärputsch völlig undenkbar sei. Doch in Wirklichkeit sieht das Bild ganz anders aus. Im Offiziers- und Unteroffizierskorps konzentrieren sich faschistische und neofaschistische Kräfte. Es ist eben nicht so, daß nur alte („ewigesträge“) Offiziere dazugehören, sondern gerade auch ein großer Teil der jüngeren Vorgesetzten.

So sagte z.B. der Hauptfeldwebel Stotmann von der Fahrschule des Baulions 324 in Schwabmünde (nördlich von Bremen) im Unterricht über den „Bremer Vulkan“ (Großwerft), daß dies ein „sauroter“ Betrieb sei, und weiter: Wir könnten das möglicherweise mal eingesetzt werden, wenn das „mal wieder Terror“ wäre. Dann würde eine Kompanie herausgegriffen; die Leute, die dort Bekannte oder Verwandte hätten, müßten nach links räumten, und die anderen würden dann sofort hinfahren, um dort „Ordnung zu schaffen“.

Schon im Streik im Februar (Lohnarbeit) wurde beim „Bremer Vulkan“ mit Polizeieinheiten gedroht. Der CDU-Abgeordnete und Bremer JU-Vorsitzende von der Schulenburg griff brutal Streikposten an, wobei zwei Kollegen verletzt wurden.

Was damals noch von Polizei und reaktionären Kräften wie von der Schulenburg gemacht wurde, dafür soll in Zukunft auch die Bundeswehr eingesetzt werden. Übungen für terroristische Einsätze der Bundeswehr gegen die Arbeiterklasse finden ja schon laufend statt, wie z.B. die Übung „Römerkastell“, wo die Räumung einer

hospitäre Fabrik (Henschelwerke)

statt, wie z.B. die Übung „Römerkastell“, wo die Räumung einer besetzten Fabrik (Henschelwerke) geht, wurde, oder eine Übung im Vorverden im August 73, wo die Niederschlagung einer Demonstration vor dem Kaiserforum geübt wurde.

Ein weiteres Beispiel ist der Stützpunkt (Stabsunteroffizier) Neger aus der 33/22. Bei einem Scharfschützenagitation, der „Ich mach' euch immer denken, ihr schickt auf Solche in den Krieg“, und als er selbst daneben geschossen hatte „Ich habe mir damals nicht getroffen, weil ich eben nur eine Schelle und kein Bolzenversteck war.“ Wenn man sich mal vor Augen führt, daß jeder für schriftliche Arbeiter heute schon als

Demokratische Soldaten verknackt: „Hetzerische Kritik“

Anfang Oktober wurde der wehrpflichtige Offizier Harald Forst, Stabsarzt im Bundeswehrlazarett Rosport (bei Oldenburg), von einem Truppeneinsatzleiter wegen seiner Unterzeichnung der von Reformisten herausgegebenen „Studie Soldat 74“ und seiner Beteiligung an der IX. Kundgebung am 1. Mai in Köln (in Uniform, mit IX-B Plakette und roter Fahne) zu 14 Tagen Arrest verurteilt. Entweder soll er auch aus der Bundeswehr gesteuert werden, was eine Vorstufe bedeutet. Das ist die Praxis der Militärs, trotz aller demokratischen Geschwätz wie

„In der demokratischen Gesellschaft gibt es auch für das Militär kein kritischen Schornstein. Die Bundeswehr stellt sich der öffentlichen Diskussion“ (Kriegsminister Leber im „Weltblick“ 1974 der Bundeswehr). Das Gericht urteilte über die Aktivitäten von H. Forst „bewußt

mal aber weit großzügiger, denn es geht darum, ihre faschistischen Sicherung durch Haftentziehung zu belohnen. Hiermit demonstrieren die Kapitalisten wiederum, daß sie durchaus bereit sind, ihre Folterknechte für ihre „Dienste“ zu „entschädigen“. Dies ist gerade auch ein „Wink“ an die neue Generation der „Folterknechte“, die die schmutzigen Geschäfte der Bourgeoisie in Zukunft durchzusetzen haben.

Die Schonung der Nazi-Verbrecher durch die bürgerliche Justiz zeigt erneut, daß nur die Arbeiterklasse an der Macht mit diesem Gesindel gründlich aufzuräumen und eine Wiederholung solcher Verbrechen unmöglich machen kann.“ (AK 47)

Ein Mitglied der Beiratskollaborateure des Kf/Gruppe Hamburg

Kommunisten verschrien wird, kann man sich leicht vorstellen, auf wen dieser Faschist alles schreiben würde.

Derselbe Stützpunkt Neger rühmt sich auch folgender „Heldentat!“ Auf einem Lehrgang erwachte er als Wachmann eines englischen Soldaten, der seine Papiere irgendwo nicht in Ordnung hatte. Er nahm ihn fest, stellte ihn an die Wand, untersuchte ihn nach Waffen und schlug ihm bei einer falschen Bewegung die Beine weg, so daß er voll hinfiel. Danach führte er ihn — Gewehr im Anschlag — ab, wobei der „Tommy“ so eingeschüchtert gewesen sein soll, daß er dauernd wimmerte und nicht klug me. Auf der Wache erhielt er einen Nervenzusammenbruch.

Diese Schilderung muß man auch im Zusammenhang damit sehen, daß Stützpunkt Neger es sich nie nehmen läßt, chauvinistisch „unsere Bundeswehr“, insbesondere deren Waffen, in den Himmel zu loben und gegen alle ausländischen Soldaten, z.B. Holländer, zu hetzen. Was an Neger auch auffällt, ist seine krasse intellektuellen Feindschaft, die bei Faschisten sehr verbreitet ist.

Ein Soldat, der im Offizierskasino als Ordnungsmann arbeiten mußte, berichtete folgendes: als er sich dort melden wollte wurde er gleich angefaßt. „Du kriegst gleich eine in die Prüm“, hier wird mit „Sieg-Heil“ begrüßt. Dann mußte er den ganzen Abend mit „Sieg-Heil“ grüßen, und die Offiziere sahen faschistische Lieder.

Vom Hauptmann Osmers (4/323) wird berichtet, daß er bei einem Übungsauftritt in Bergen-Holten in SA-Uniform durchs Lager marschiert sei und dem Bataillonskommandeur in diesem Aufzug gemeldet wurde.

Im Februar 74, in Sennelager, mußte ein Unteroffizier, der gewisse

Ähnlichkeit mit Hitler hatte, Zitate von diesem vortragen.

Dies und bestimmt keine Beispielsbeispiele, sondern sie zeigen den Vorwärt der Faschisten, wie er auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu sehen ist. Für die Genossen in der Bundeswehr stellt sich hier die Aufgabe, über diese Entwicklung unter ihren Soldatenkollegen politische Klarheit zu schaffen und zum anderen, diese Sachen weit zu verbreiten u.a. in unserer Presse.

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Ein Soldaten-Gesinnung im Schwabmünde (bei Bremen)

Sanatorium Knast?

Wir berichteten in den letzten Ausgaben des AK von den Gefangenennüchternungen besonders im Mannheimer Knast bei denen es auch Tote gegeben hatte. Aus Aussagen der Häftlinge und einiger Knastbediensteter wurde klar, daß zum einen die Gefangenensituation nicht nur den Zustand kenne, sondern auch unterstütze und ebenfalls die anderen Behörden bis hin zum Justizministerium informiert waren, und zum anderen Mannheim absolut kein Einzelfall ist (siehe AK 48, 49, 51).

Baden-Württemberg Justizminister Bender traf die Anordnung, daß jetzt „gründlich aufgeräumt“ werden soll, daß alle seit 1970 eingestellten Ermittlungsverfahren, bei denen es um unethische Todesfälle, Körperverletzung und Bestechungsvorfälle geht, darauf untersucht werden sollen, ob es genügend Zeugen und Beweismaterial gibt. Am 25.9.1974 teilte Bender mit, daß 297 solcher Vorfälle ausmuriert worden seien, darunter 24 Todesfälle, bei denen es jedoch kein Fremdverschulden gegeben habe.

Bis zum 17.10.1974 waren es dann über 1000 solcher Fälle, davon 600 im Bericht des Oberlandesgerichts Karlsruhe und alleine 430 aus Mannheim (nach „FAZ“ 17.10.1974).

Schnell reduzierte man diese Zahlen dann auf 9 (!) Vorfälle, wieder überwiegend aus Mannheim aus der Zeitspanne Anfang September, die Betreffenden zur Rechenschaft zu ziehen, wurde.

„Das baden-württembergische Justizministerium teilte am Donnerstag mit, in Kürze werde gegen 2 weitere Bedienstete wegen Bestechung und gegen 3 Beamte wegen Mißhandlung von Gefangenen Anklage erhoben“ („FAZ“ 20.9.74). Und bereits einen Tag später ließ es voraussichtlich noch in diesem Jahr werden am Landgericht weitere Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Gefängnisandalen eröffnet werden, darunter auch Verfahren wegen Gefangenennüchternungen“ („FAZ“ 18.10.74).

Die Gefangenennüchternungen, die den eigentlichen „Skandal“ ausmachten, sind jetzt schon nur noch „im Zusammenhang“ zu sehen. Dagegen wird immer mehr versucht, in den Zeitungen das Bild eines wahnsinnig angenehmen Knastaufenthaltes zu vermitteln, bei dem die Gefangenen eine Art Sanatoriumsurlaub verbringen.

Allerdings zeigen diese Berichte auch recht anschaulich das Ausmaß der Korruption in BRD-Gefängnissen.

Im Vordergrund stand im letzten Monat der Prozeß gegen den Bauunternehmer Dieter Hess, der im Mannheimer Knast sitzt und die Hinterziehung von 2 Millionen Steuer- und Versicherungsbeiträgen angeklagt ist. (Hess hatte dem Finanzamt 20 - 30 Arbeiter angegeben, ließ jedoch ca. 300 Arbeiter für sich arbeiten, nach „FR“ vom 15.10.74).

Hess nannte feste Preise im Knast 200 DM für unzensurierte Briefe an seine Liebste, 100 DM für ein Telefonat, 5000 DM für den Transport von Geld, Schnaps und einem Fernsehapparat in die Zelle (nach „FR“ vom 15.10.74) und schließlich 42.000 DM für einen fingierten Anfall, aufgrund dessen Hess aus dem Knast „vorzeitig entlassen“ wurde.

„Bei seiner Einlieferung in die Vollzugsanstalt hatte er etwa 20.000 DM bei sich, heute wundert er sich nicht mehr, daß sie ihm beim Kleiderwechsel nicht abgenommen wurden.“ Ein Mitgefühl preis ihm gleich seine Beziehungen „von den Beamten bis zur Geistesfreiheit“.

Hess: „Ich würde gut bedient - an und für sich war ich ein glücklicher Mann. Schon bald nach meiner Einlieferung wurde ich in eine andere Zelle verlegt, auf die Seite von denen, die Geld hatten“ (alles „FAZ“ vom 15.10.74).

Fotos im Prozeß zeigen Dieter Hess in strahlender Laune mit einer Hand voller Geldscheine neben dem Fernsehapparat („FAZ“ vom 18.10.74).

Weiterhin sagten in diesem Prozeß der Justizhauptwachmeister Pöschinger und der Häftling Alfred Vake im Range eines Kalfaktors aus: „Für Vake stand jede Tür im Gefängnis offen“ (Pöschinger). Jedoch: „Wenn ich Vake ausgeführt habe, dann nicht aus Gefälligkeit und nicht wegen Geld, sondern mit Genehmigung der Anstaltsleitung.“ Diese Ausfahrten beinhalteten Taxifahrten ins „Hart-Center“, Lokale und manchmal die Freundin von Vake. Und immer bezahlte der Gefangene die Zechen (nach „FAZ“ vom 18.10.74).

Vake gibt vor Gericht Geldgeschäfte mit und für Vollzugsbeamte zu, ebenso einen schwungvollen Handel gegen bar für Mitgefängnisse.

Das Gericht kommt in seinem Urteilsspruch gegen Hess zu dem Schluß, daß der Bauunternehmer die geringste Schuld trifft.

Hess habe „in der Mannheimer Vollzugsanstalt Verhältnisse angeordnet, in denen die Rechtschaffen der Beamten schon in einer solchen Weise korruptiert gewesen sei, daß

er nicht der Auslöser, sondern lediglich der Weiterverbreiter dieser Situation gewesen sei. Nicht Hess war es, der die Beamten von der rechten Bahn abbrachte, sondern es hat für ihn nicht viel dazu gehört, sich der Situation anzupassen“ („FAZ“ vom 26.10.74). Wahrscheinlich nicht, als Bauunternehmer!

„Die Strafe für den Bestechungskomplex ist mit je 10 Monaten an der Gesamtstrafe von 3 Jahren und 10 Monaten plus 750.000 DM beteiligt. Wahrscheinlich wird dieser Teil der Gesamtstrafe später auf dem Gnadenweg erlassen werden“ („FAZ“ vom 26.10.74).

Der Kalfaktor Vake allerdings findet es ein Übel, „die ganze Bestechungsschleife nunmehr auf vier Beamte abwälzen zu wollen. Die meisten Beamten hätten gewußt, daß es im Haus Schnaps gab. Als man die Zelle von Hess nach der Flucht gestrichelt habe, hätten die Beamten zwar Unterhosen und Bettschlösser mitgenommen, Whisky und Fernsehgerät hätten sie offensichtlich bei der Durchsuchung übersehen“ („FR“ vom 18.10.74).

Hamburg-Fuhlsbüttel

Auf der gleichen Welle des „fidelien Knastes“ schwimmt auch die „Hamburger Morgenpost“.

Nachdem sie ihre Schlagzeile vom 1.8.73 „So leben Häftlinge in Santa Fe: Schnaps - Heuschick - Sex beim Pfarrer“ wieder aufgewärmt hat, heißt die neue Überschrift: „Im Knast floß der Schnaps“ („Mopo“, 24.10.74).

„In Santa Fe gibt es alles zu kaufen, vom französischen Weinbrand bis zu Hasch und Morphinum.“ Und von einem Häftling wird berichtet, er habe den Knast Fuhlsbüttel zu einer „Königsinsel“ gemacht, Selbstgebrannten Schnaps verkaufte er als Hausmarke für 20 - 25 DM und war damit der absolute „Preisbrecher“.

Hier wie auch für die Mannheimer Aussagen braucht man nicht lange zu fragen, bei welchen Leuten der Schnaps denn „in Störchen“ geflossen sein kann.

Zusammenreißt für den Knast wird im Knast nämlich mit 1,50 DM bis 2,50 DM für einen 8-Stunden-Tag „vergolten“, in anderen Fällen etwas mehr, bei guter Leistung eine Monatsprämie von 10 - 50 DM (Zahlen nach „FAZ“ 21.9.74).

Klassenunterschiede bleiben eben auch im Knast bewahrt!

Gesamtheit der Betriebsbevollmächtigten, Beiersdorf, KB/Gruppe Hamburg

Bestellt!

Beim VERLAG ARBEITERKAMPF

Anzahl

UNSER WEG Sondernummern

- ☐ Zum Nehest-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
60 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2,-
- ☐ Die Emanzipation der Frau in Palästina
Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,-
- ☐ Chile: Vom „friedlichen Übergang“ zur feierlichen Mündeliktatur
3. geländerte und erweiterte Auflage 88 Seiten DM 4,-
- ☐ Chile: Reform oder Revolution
Auseinandersetzung mit den „Stregien“ revisionistischer Parteien
82 Seiten DM 3,-
- ☐ Von Pinelli zu Fainelli - politischer Mord in Italien
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bestrafung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes feierlicher Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italiens analysiert.
44 Seiten DM 1,80
- ☐ Zur Außenpolitik der VR China
Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik.
Nachdruck von ARBEITERKAMPF-Artikeln
80 Seiten DM 2,80
- ☐ Auch aus dem Knast
Nachdruck von KB-Federn, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten
28 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 0,80

Nachdruck von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung

- ☐ Teil 1
Aus dem Inhalt:
„Links“ Opportunismus in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgewiesen werden
Kampf dem Faschismus
Zur Rolle der SPD
„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“?
Die Arbeiter brauchen ihre Partei über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden?
Europas Proletariat vor dem Sturm
88 Seiten DM 2,-
- ☐ Teil 2
Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage, Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Metabewegung?
Chamie-Terrörden '71. Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß
Urkrieg und politische Lösung
Zur Kritik der RAF
16 Jahre KPD-Verbot
Aktionseinheit zur Metallarbeiterfrunde '71 - Verlauf der Aktionseinheit
Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse
82 Seiten DM 2,-
- ☐ Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1968/69
Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
DM 1,-
- ☐ Wohnungsprobleme in der BRD
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit März '72
4. erweiterte Auflage
eins 5. Auflage wird vorbereitet
84 Seiten kleinformat DM 1,80
- ☐ Sie haben das Präsidium ...
Schaffplätze des Hamburger Straßenkessers mit 4 Agitationsliedern
des Kampfes um den Präsidentschaftsamt ...
Schaffplätze des Hamburger Straßenkessers mit 4 Agitationsliedern
DM 0,-
- ☐ Nachdruck von Artikeln der ARBEITERKAMPF
62 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 3,80
- ☐ Wenn ritzten die Bomben bei Springer?
Nachdruck von Referaten auf der Großerversammlung des KB anläßlich der Basler-Meinhart-Konferenz der Bauarbeiter
32 Seiten DM 1,80
- ☐ Zwei Aufsätze über Sozialistischen Studentenbewegungen, Teil I
46 Seiten DM 1,80
- ☐ Ein Streik, der nicht streikt!
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und
75 Seiten DM 3,-
- ☐ Aktionseinheit oder „Partei“-Innen-Politik
Innere Politik des Regimenterbottes Wasserhaus der „KPD“ gegen den KB
60 Seiten DM 0,85

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

- ☐ Nr. 18
Ausführliche Analyse der Metallarbeiterfrunde 1971
im Uhrwerk der Arbeiterbewegung
26 Seiten DM 1,80
- ☐ Nr. 19/17
Zur Auseinandersetzung mit den ABG/Münchener
40 Seiten DM 1,80
- ☐ Nr. 18
Kampf zweier Linien in der KP-China
Die Leistungsfähigkeit und den Arbeitsethik verbessern
Die politische Arbeit im Stadtrat
22 Seiten DM 1,-
- ☐ Nr. 19
Zur Faschismuskritik
32 Seiten DM 1,-
- ☐ Nr. 20/21
Zum 1. Mai 1973
Die chinesische Kulturrevolution
82 Seiten DM 2,-
- ☐ Nr. 22
Schöne Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikomunistische Broschüre
37 Seiten DM 2,80

BRD-Justiz zu Hausbesetzung in Hannover - Gesinnungsterror: „auch nur bei psychischer Unterstützung - Schadensersatz“!



„Wir an einer Hausbesetzung teilnehmen, bei der es während der Räumung zu Gewalttätigkeiten kommt, muß wegen des dabei entstehenden Schadens unter Umständen auch dann Ersatz leisten, wenn er nur durch seine Anwesenheit den Mut der Akteure und ihren Willen zum Widerstand psychisch gestärkt hat.“ Dies entschied das Vierte Zivilsenat des Bundesgerichtshofes am 30. Oktober in Karlsruhe. Weiter heißt es in der Urteilserklärung:

„Allerdings besteht eine solche Haftung nicht schon wegen der bloßen Teilnahme an der Demonstration, sondern nur dann, wenn der Demonstrant die Tätlichkeiten zumindest begünstigt hat.“

Und: „Den Beweis einer solchen inneren Einstellung muß das Gericht auf Grund aller Umstände des Einzelfalles feststellen.“

Wie dies „Recht“ anzuwenden ist, bleibt aber dem Gutdünken des Gerichts vorbehalten, was „beurteilt“.

Wieder „Ermittlungen“ gegen KB Presseverantwortlichen

Am 25.10. erhielt der Kommunistische Bund über seinen Presseverantwortlichen die inzwischen dritte Anschuldigung wegen „Beleidigung“ der Polizei. Durch den Ermittlungsrichter wurde ein eröffnet, die Betriebsorganisation des KB (Gruppe Hamburg) habe zum 1. Mai 1974 ein (nicht) unglücklich gelungene Aktion durchgeführt. Sie habe behauptet, in der ganzen BRD vertriebe sich die politische Unterdrückung durch Polizei-Statapparat und Militär, in dem Flugblatt war insbesondere das MiK (mobiles Finanzkommando) angegriffen worden („staatlich geplanter Mord“, „Bürgerkriegsgefahr“).

Zweck der Vorladung „Da Ende Oktober Verführung einzutreten droht, bitte ich um rechtzeitige zur Unterbrechung geeignete richterliche Handlung.“ Mit erfolgter Vorladung ist es nun um Beibehaltung der Staatsanwaltschaft gestellt, ob die Anklage erhoben will oder nicht.

Von besonderem Interesse ist in diesem Fall das Vorgehen der Polizei und Justiz gegen den Drucker des Flugblattes. Ihm wurden Bilder des Presseverantwortlichen vorgelegt, um die „Auftraggeber“ zu identifizieren. Auch nach Adressen etc. wurde er

wird, ist in jedem Fall die politische Einstellung.

Dieses Urteil wurde gegen einen Munkler, einen Studenten und einen Anstreicher gefällt, die von der Polizei als „Initiatoren“ der Besetzung eines Kleinwohnhauses in Hannover im Dezember 71 in Hannover durch 300 Jugendliche bezeichnet wurden, die als unabhängiges Jugendzentrum forderten.

Nach zwei Tagen rückten die Polizeistreifen an und räumten das Haus in ihrer bloßen Wut mit Tränengas, Wasserwerfern und einem Panzerwagen. Die 300 Jugendlichen, die sich das Recht auf ein Jugendzentrum nicht nehmen lassen wollten, leisteten gegen den brutalen Polizeieinsatz Widerstand, und dabei gelang es ihnen, zwei Polizisten zu verletzen und mehrere Polizeifahrzeuge zu beschädigen.

Die drei Angeklagten wurden verurteilt, dem Land Niedersachsen „Schadensersatz“ in Höhe von etwa 4.000 DM zu zahlen.

Beckrothel, KB/Gruppe Frankfurt

befragt er mußte passen. Dann wurden ihm die beanstandeten Passagen des Flugblattes vorgelegt und er gefragt, ob er den Text nicht vorher auf mögliche „strafbare“ Inhalte geprüft habe. Er ließ sich einschleichen, versetzte zwar die Frage, sicherte aber zu, zu Zukunft die Inhalte von „politischen Druckerzeugnissen“ auf „eventuelle Straftaten“ hin „vor dem Druck durchzusehen“.

Es fragt sich, daß die Staatsorgane die Öffentlichkeitsarbeit der Kommunisten nicht nur durch Druck auf sie selbst bekämpfen, sondern z.B. auch durch Einschränkung eines Druckers die technischen Möglichkeiten unserer Presse einzuschränken versuchen.

Wir werden beim Aufbau einer Solidaritätsfront gegen die zunehmenden Repressalien auch auf solche Dinge achten müssen.

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

- Anzahl
- ☐ Nr. 23 Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“
Selbstkritik Marke KBW
Arbeitsordnung Blohm & Voos
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
48 Seiten DM 2,50
- ☐ Nr. 24 „Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts“
PWP-PERSPROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –
Zur Lage der unterentwickelten gehaltenen Länder
44 Seiten DM 2,-

Bücher und Broschüren

- ☐ Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Erklärung
126 Seiten Großformat DM 8,-
- ☐ In Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1968 und 1969
134 Seiten, Großformat DM 8,-
- ☐ UNSER WEG Revisionismuskritik
180 Seiten, Buchformat DM 8,-
- ☐ Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
280 Seiten, Buchformat DM 8,50
- ☐ Gegen die schrittweise Faszialisierung von Staat und Gesellschaft
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faszialisierung von Staat und Gesellschaft
180 Seiten, Buchformat DM 8,-
- ☐ Kampf dem Faschismus
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM 8,50
- ☐ Deutsche Revolution von 1918 bis 1923
192 Seiten, Buchformat DM 8,-
- ☐ Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:
- ☐ Eine teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 8,-
- ☐ Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKE, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat DM 3,-
- ☐ Iwan Popow – Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stalinschen Revolution“, dieser schwarzen und finsternen Zeit für das russische Proletariat die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,-

- ☐ Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen das Linke- und Rechtsopportunisten in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,-

Preis zusätzlich Portokosten

Abonnement
ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

- | | | |
|---|--------|---------|
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 4,80 |
| <input type="radio"/> für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 9,60 |
| <input type="radio"/> Förderabo für 6 | | |
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 4,80 |
| <input type="radio"/> für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 9,60 |
| <input type="radio"/> Förderabo für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 8,- |
| <input type="radio"/> Förderabo für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 12,- |

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

- | | | |
|---|--------|---------|
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 4,80 |
| <input type="radio"/> für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 9,60 |
| <input type="radio"/> Förderabo für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 8,- |
| <input type="radio"/> Förderabo für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 12,- |

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

- | | | |
|---|--------|---------|
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 4,80 |
| <input type="radio"/> für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 9,60 |
| <input type="radio"/> Förderabo für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 8,- |
| <input type="radio"/> Förderabo für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 12,- |

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- | | | |
|--------------------------------------|--------|--------|
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 8,- |
|--------------------------------------|--------|--------|

52

Anschrift

Verlags-Katalog

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden

Seit dem 13. September sind über 40 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten, um gegen ihre Haftbedingungen zu protestieren. Nach dem Abbruch zweier Hungerstreiks ist dies der dritte Versuch der Genossen, sich im Knaat die grundlegenden Rechte zu erkämpfen. Ziel des Streiks ist die Aufhebung der Sonderbehandlung der politischen Gefangenen. Inzwischen wird seit Anfang Oktober Zwangsernährung gegen die Genossen angewandt.

Gegenwärtig sitzen etwa 70 bis 80 Genossen im Zusammenhang mit der RAP-Verfolgung im Gefängnis, eingeschlossen seit vier Jahren. Viele von ihnen sind bereits verurteilt worden, zu Strafen bis zu zwölf Jahren (siehe AK Nr. 40). Der Hauptprozeß gegen die RAF soll voraussichtlich nächstes Jahr in Stuttgart stattfinden (siehe AK Nr. 50). Unabhängig, ob in Untersuchungshaft oder verurteilt, werden alle Genossen einer mehr oder weniger strengen Isolation unterworfen.

Folter – klinisch erprobt

Die Isolation ist eine wissenschaftlich ausgearbeitete Foltermethode. Schon vor 1960 wurde in den USA mit den „silent rooms“ experimentiert. Im Universitätskrankenhaus Eppendorf in Hamburg gibt es im „Laboratorium für klinische Verhaltensforschung“ eine „camera silent“ (tiller Raum), in die vorzugsweise Bundeswehrsoldaten als Versuchskobjekte gesiekt werden. Diese Räume sind vollkommen geräuschlos, haben kein natürliches Licht, nur eine Person ist drin. Alle gewohnten Reize an die Sinnesorgane sind ausgeschaltet. Außer sich selbst kann der Gefangene nichts wahrnehmen, was sich zugegen bewegt, verändert, lebt.

Dieser Entzug der Sinneswahrnehmung (sensorische Deprivation) führt sehr schnell zu unnormalem Verhalten. Da der Gefangene nur mit sich selbst konfrontiert ist, ersetzt seine Vorstellungskraft die fehlenden Reize von außen, er halluziniert. Auf tatsächlich stattfindende Veränderungen, z.B. durch Essensausgabe u.ä., reagiert er übermäßig. Schlafstörungen und andere nervöse Leiden sind die Folge, die häufig auch körperliche Schäden nach sich ziehen. Dies alles ohne äußerlich erkennbare Einwirkungen. Das ist wissenschaftliche, „saubere“ Folter!

Hungerstreik politischer Gefangener gegen die Haftbedingungen

Dort, wo der Kontakt mit anderen Menschen unmöglich ist, bei der Essensausgabe usw., ist es auf die Wächter beschränkt. Unter allen Umständen wird ein Kontakt der politischen Gefangenen untereinander oder mit anderen Gefangenen verhindert. In dem eben zitierten Briefschluß wird gegen den Vorwurf der Isolationsfolter eingewandt: „Die Beschuldigten... werden mit Rücksicht auf die strenge Einzelhaft häufiger als sonst ab von Anwaltsbediensteten aufgesucht.“ Auch mit „Psychologen und Seelsorgern“ erhalten sie „männliche Gelegenheiten, zwischenmenschliche Kontakte zu pflegen.“ Viele der Genossen erkennen dies als Falle. Sie reden solange nicht mit ihren Feindern und deren Verbündeten, bis sie nicht Kontaktmöglichkeiten mit anderen Gefangenen erhalten.

In aller Regel sind die politischen Gefangenen auch von den Gemeinschaftsveranstaltungen wie Kino, Fernsehen, Kirchgang u.ä. ausgeschlossen.

Die Kontakte zu Menschen von außerhalb des Knaats sind ebenfalls drastisch eingeschränkt. Zu Besuchen werden prinzipiell nur Anwälte und Angehörige zugelassen, z.T. wurden sogar Verlobte zurückgewiesen. Neben den Anwälten können so nur leibliche Verwandte Besuche machen.

In knapp einem Jahr bis Anfang 73 hatte z.B. die Genosin Irmgard Möller ganze zwölf Besuche. Keiner der Gefangenen hatte mehr als ein Schnitt einen Besuch pro Woche.

Einkreisung

Der Ausschuß nicht-verwandter Besucher wird begründet mit der Erfahrung, daß ausschließlich „Gesinnungsgenossen“ kämen, bei denen auch „durch Überwachung der Besuche nicht völlig ausgeräumt werden kann“, daß sie Befreiungspläne übermitteln. Eine vom BGH bestätigte Verfügung gegen Holger Meins in der JVA (Justizvollzugsanstalt) Wittlich/Eifel zeigt aber, daß es darum nicht gehen kann. Sie enthält die Bestimmungen:

zu nehmen. Das soll dann, über Jahre hinweg, die politische Widerstandskraft soweit schwächen, daß die Gefangenen auf die gebotenen Kontaktmöglichkeiten mit ihren Wächtern eingehen und „kooperativ“ werden.

Besonders deutlich wird das am Hofgang, der generell einzeln stattfindet, im Beisein von zwei Wächtern, die zum Teil bewaffnet sind.

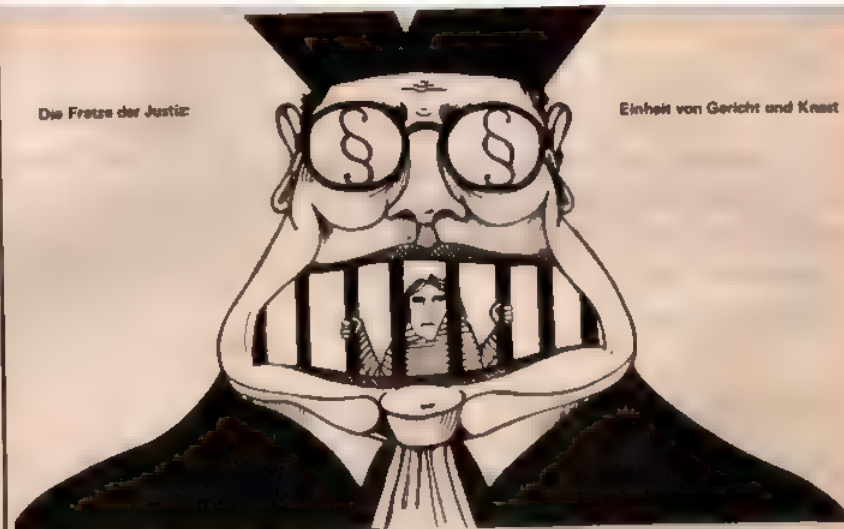
In einigen Fällen wurde noch eine Fesselung der Hände auf dem Rücken befohlen. Nach vielen Beschwerden wurde fünf Genossen (u. a. Ulrike Meinhof, Holger Meins, Jan-Carl Raspe) ein Hofgang mit einem Häftling erlaubt, der von der Anstaltsleitung ausgewählt ist. Ein Gefangener berichtet über seine Erfahrungen mit diesem „Beigänger“, er habe ihn nach der RAF ausverfrachtet. Der „Beigänger“ gab an, daß er dafür einen zusätzlichen Hofgang, Extraverpflegung und einen Besuch seiner Frau gewährt bekam. Andere Gefangene wurden zu diesem „Dienst“ gezwungen. Um Repressalien gegen diese Gefangenen zu verhindern und aus Protest gegen die Beschränkungen lehnten viele Genossen den Hofgang mit „Beigängern“ ab.

Schriftliche Kommunikation

Schriftliche Kommunikation und Informationsmöglichkeiten der politischen Gefangenen sind ebenfalls weitgehend beschränkt. Der Postverkehr ist auf Verwandte eingeschränkt, da sonst angeblich „verschlüsselte Mitteilungen“ gegeben werden könnten.

Das Bundesverfassungsgericht rechtfertigte diesen brutalen Eingriff mit „genereller Beschränkung“ (des Postverkehrs u.ä.) sei erlaubt, wenn eine „hohe Gefährdung des Haftzwecks“ nicht durch Einzelmaßnahmen zu verhindern sei.

Der Genosin Brigitte Asdonk wurden von Bundesrichter Buddenberg zur „Aufrechterhaltung der Ordnung in der Haftanstalt“ verordnet, „jeweils wöchentlich zwei zweiseitige Briefe im Format DIN-A4 sowie zwei Postkarten schreiben und eine ebensolche Anzahl empfangen“ zu dürfen. In verschiedenen Beschlüssen von Bundesrichtern (Zipfel, Knoblich, Wornier) wird eine umfassende Zensur politisch begründet.

Die Fresse der Justiz
Einheit von Gericht und Knaat


- Besucher, auch Rechtsanwälte, werden vor dem Besuch körperlich durchsucht,
- Besuche nur in Gegenwart von zwei Beamten,
- nach dem Besuch wird Holger Meins durchsucht und neu eingekleidet.

Die anwesenden Wächter versuchen während der Besuche, die Verwandten zu beeinflussen und schalten sich in die Gespräche ein. Einzelnen Genossen, z.B. Astrid Prohl, die inzwischen wegen schwerer gesundheitlicher Schäden entlassen werden mußte, wurde der Besuch ganz gesperrt. Einem Gefangenen in Heidelberg wurde der Besuch der Ehefrau verweigert, da sie befürchtet sei, „daß der Besuch zum Anlaß genommen würde, großbildig störende Behauptungen über die Arbeitsbedingungen aufzustellen.“ Die ganze Besuchseingelassenheit und die Schikanen, denen die Nachbarn bei Besuchen unterworfen werden, laufen darauf hinaus, den Genossen jeden direkten Bezug zur Außenwelt

- durchzieren (Zipfel, Knoblich, Wornier) wird eine umfassende Zensur politisch begründet.
- eine Postkarte von Astrid Prohl wurde nicht weitergegeben, da der Inhalt der Postkarte beleidigend sei wegen der Verwendung des „Ausdrucks“ Korruption im Zusammenhang mit der Schilderung des Verhaltens des Angeklagten Rudolph Wornier. Manipulation des Verfahrens unterstellt sei Rudolph ließ sich im Austausch gegen seine Freilassung zum Kronzeugen gegen die Genossen machen.
- ein Brief von Brigitte Asdonk wurde zurückgewiesen, da er „eine Schilderung über angebliche Anstaltsverhältnisse beinhalte“.
- ein Brief von Irmgard Möller wurde zurückgehalten, da ihm die „Beziehungen zum Beigänger“ schwerer Straftäter vom Richter Buddenberg gestellt wurde. „Sie (IM) befolgt damit ersichtlich die von den Mitgliedern der kriminellen Vereinigung praktizierte Methode, das Vertrauen des



Gesundheit ruiniert.



gefoltert.



erschossen
die Bourgeoisie kennt viele Mittel

Bürgern in den Staat und seine Institutionen zu erschüttern".
Sinnvollerweise (im Sinn der Staatsgewalt) werden in die Zensur auch Zeilungen u. Informationsmaterialien übergeben. Die Offenheit der politischen Meinung setzt, was auf alle politischen oder einfach „rentierten“ aufzählenden Gefangenen zukommt.
• Manfred Grahof wurde eine Schrift der Briten Hilfe verweigert, da die „eine Heftschiff ohne Informationswert“ (15.00).
• Heinz Brockmann wurde u. a. das Knütteln 77 und Biermanns „Jura“ verweigert, da diese Bücher

„nach ihrer eindeutigen Zielrichtung generell“ den „Anstaltsfrieden“ und „Ordnung und Sicherheit der Anstalt“ gefährden

• Monika Berberich durfte keine von zehn Sendungen erhalten, da sie „von Gesinnungsgenossen der Beschuldigten verfaßt, gedruckt oder verlegt werden“, die „nicht jedermann verständliche Ausdruckswort“ die Kontrolle verstärkte Mitteilungen erschwere und den Richtern die eingehende Lektüre dieser Schriften nicht zuzumuten sei. Monika B. darf aus noch Sachen aus dem „offiziellen Handel“ (???) über die Vermittlung der Anstalt beziehen

• Manfred Grahof wurden von Bundesrichter Buddenberg Bücher zum antiparalysierenden Kampf mit folgender Begründung vorenthalten

„Die Verfasser der beflaggten Druckschriften propagieren in primitiver Weise die bewaffnete Auseinandersetzung angeblich unterdrückter Gruppen in verschiedenen Teilen der Welt mit ihren Unterdrückten. Da durch für den Empfänger der Eindruck entstehen kann, daß er Mitglied einer Gruppe ist, welche sich in einem weltweiten Kampf gegen die Ausbeutung befindet und sich der Solidarität ähnlicher Gruppen im Ausland gewiß sein kann, wird er durch die Lektüre dieser Bücher in seiner ablehnenden Haltung gegenüber Staat und Gesellschaft befestigt und durch die darin enthaltenen Kampfrufe zu Störungen der Anstaltsordnung verleitet“.

Deutlicher kann der Zweck der Zensur und der Isolationsfolter kaum dargestellt werden. Es geht um die Zerstörung der Genossen als Genossen, um die rückschüssige Brechung ihres Widerstands. Die politische Realität hat die gesetzlichen Bestimmungen über den Zweck der Untersuchungshaft weit hinter sich gelassen (Fluchtverhinderung, Beweissicherung).

Schikanen

Der Zermürbung der politischen Gefangenen dienen eine Reihe von Schikanen, deren Anwendung vorläufig noch individuell erfolgt

- Klaus Jünke saß über ein halbes Jahr in einer Zelle, deren Fenster nur einen Spalt breit geöffnet werden konnte. Selbst der Pfarrer hielt das bei seinen Besuchen nicht aus und beschwerte sich.
- Margit Schiller wurden bis auf eine Liege sämtliche Einrichtungsgegenstände entzogen.
- eine Reihe von Genossen wird in Intervallen von einer halben Stunde beobachtet, z. T. bei Nacht mit eingeschalteter Zellenbeleuchtung.
- die Zellen vieler Gefangener werden regelmäßig kontrolliert

Alle „Schikanen“ und „regulären“ Maßnahmen beruhen auf rechtlichen Beschlüssen. Sie werden in allen Anstalten, über einem Dutzend, angewandt, in denen RAF-Gefangene sitzen.

Am 13.9 traten einige RAF-Genossen in den Hungerstreik. Inzwischen sind über 40 Gefangene am Hungerstreik beteiligt. Sie sitzen hauptsächlich in Hamburg im UG und in West Berlin. Der Rest ist verstreut über die ganze BRD.

Der erste Hungerstreik Anfang '73 dauerte drei Wochen, der zweite vom 8.3. - 29.6.73. Beide wurden im wesentlichen erfolglos abgebrochen. Nach wie vor ist die hauptsächlichste Forderung die Abschaffung der Isolations- und politischen Gefangenen.

Die Bourgeoisie versucht, diesen Hungerstreik mit allen Mitteln zu brechen. Die Gefangenen werden einer verschärften Isolation während des Hungerstreiks unterworfen. Der Hamburger Justizsenator Klug erklärte im NDR, nach einer Woche Hungerstreik werde den Gefangenen das Trinkwasser entzogen. Trinkwasserentzug ist Mordversuch! Nach 6-9 Tagen führt zu Tod des Gefangenen, schon wenige Tage ohne Wasser führen zu schweren Stoffwechselstörungen und zu irreparablen Ausfallerscheinungen.

Durchgeführt wurde der Trinkwasserentzug bei Ronald Augustin. Er wurde am 14.10.74 in eine Trockenzelle verlegt, ohne Wasseranschluß und ohne WC, und vom 15.10 ab wurde ihm das Trinkwasser entzogen, gleichzeitig mit dem Abbruch der Zwangsernährung. Erst am 18.10 konnten die Verteidiger beim Gericht ein Verbot gegen den Trinkwasserentzug erwirken. Gegen den Leitenden Obermedizinaldirektor Dr. Hubertus Kollisch wurde deshalb von den Verteidigern Strafanzeige wegen Mordversuchs gestellt.
Hilflos wird der Streikenden statt Wasser Milch, Bier oder Tee hinge-

stellt. Diese Nahrungsmittel lehnen sie ab. Ronald Augustin haben die Bullen sogar ein ganzes Menü einschließlich Bier in die Zelle gestellt! So sollen die Gefangenen selbst zur Verwerfung der Flüssigkeitsaufnahme gezwungen werden. Auch das ist Mordversuch. Aus Solidarität mit Ronald Augustin waren die anderen Streikenden kurzfristig zu einem Durststreik getreten.

Seit Anfang Oktober werden die Gefangenen zwangsweise häufig durch ein dauerndes Schläuchchen durch die Nase in die Speiseröhre eingeführt, in die er kaum hineinkommt. Dabei werden Nase und Speiseröhre verletzt. Gefangene, die äußerst geschwächt und z. B. Andreas Bader, bekommen Infusionen (er hatte innerhalb von acht Tagen nur zweimal je einen viertel Liter Wasser erhalten). Diese Verletzungen der „anerkannten Regeln ärztlicher Kunst“ und bewußte Schikane und Qualerei. Gegen mehrere Knastärzte wurde von den Verteidigern Strafanzeige gestellt.

Die Aufgabe der Knastärzte ist, die Gefangenen für „helflos“ zu erklären. Deshalb verlangen die Gefangenen eine ärztliche Untersuchung durch Ärzte ihres Vertrauens. Irene Goergens wurde von ihrem Arzt bescheinigt, sie schwebte in akuter Lebensgefahr. Die Knastärzte bestreiten das. Irene Goergens liegt jetzt im Mosbiter-Hafrankenhause. Eine Verlegung in die Steglitzer Uniklinik wurde abgelehnt, obwohl sie sich weigert, sich im Knastkrankenhaus von Knastärzten behandeln zu lassen.

Den Reigen eröffnete „Bild“ am 17.9. mit einem Bild von Andreas Bader, auf dem ihm das Fett geradezu aus den Augen zu tropfen scheint. Überschrift des Artikels: „Bader-Meinhof: Hungerstreik“ mit Konserve, Butter und Schmalzfleisch.“ „Bild“ weiß auch von „Pendelverkehr“ zwischen Zellenfenstern zu berichten – wohl auch im Toten Trakt?!

Am 14.10. berichtete „Bild“ von „Bader an den Tropf angeschlossen“. Alles ist sehr friedlich, denn Bader liegt auf einem Ledertisch und wehrt sich nicht! 38 Mark kostet eine Infusion laut „Bild“! – ob man die nicht sparen könnte! Am 22.10. beantwortete die „Welt“ die Frage nach der Isolationsfolter mit dem Hinweis auf häufige Anwaltsbesuche, eigene Radiogeräte (hinter Stahlgittern), ein soll der Empfang ja besonders gut sein) und Empfang linkeradikaler Zettelungen (glatt gelogen). Unter der angeblich „meterweise“ vorhandenen Literatur befindet sich auch kriminalistische Fachpresse „Weicher Art“. Die Erkenntnisse sind, die sie daraus schöpfen können, ist nicht schwer zu erraten! Mit Lore-Romanen und „Bild am Sonntag“ sähe Springer die politischen Gefangenen sicherlich lieber versorgen!

Im übrigen demüßt sich die bürgerliche Presse, die ganze Angelegenheit zu verschweigen. In den fast zwei Monaten des Hungerstreiks kommt kaum eine Zeitung über knapp zehn kurze Meldungen hinaus.

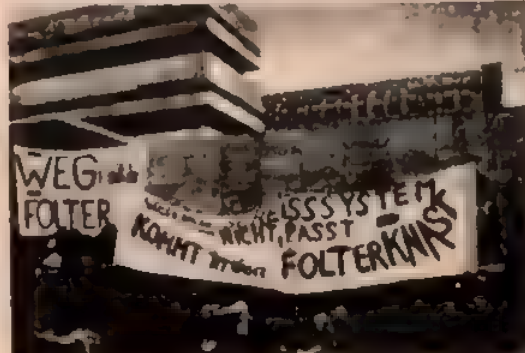
Auch nicht mehr Mühe machen sich die staatlichen Stellen. Auf einigen Pressekonferenzen und in Erklärungen wird die Folter schlicht gelugnet. Justizsenator Korb aus West-Berlin: „Eine Folter gebe es nicht, auch „dann nicht, wenn man diese Begriffe mehr extensiv auslegt“. Die Gefangenen könnten an allen üblichen Kommunikationsmöglichkeiten teilnehmen!

Solidarität

Diese harte Linie der bürgerlichen Presse und der Justiz kann nur deshalb so einmütig durchgehalten werden, weil es gelungen ist, die RAF-Genossen politisch weitgehend zu isolieren.

Die Folterkomitees versuchen mit einigen Aktionen, die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Öffentlichkeit zu bekommen, u. a. mit einer Aktion in einer Westberliner und einer Hamburger Kirche in Frankfurt versuchte ein Genosse bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels eine Erklärung vorzulesen.

Am 30.10. besetzte in Hamburg das Folterkomitee das Büro von Amnesty International. Amnesty ließ das Büro durch 100 Bullen räumen. Wolfgang Piepenstock vom Amnesty-Vorstand distanzierte sich erstmalig von „Kriminellen Verhalten“ und bestritt dann die „angebliche totale Isolation der Bader-Meinhof-Häftlinge“.
In West-Berlin machte eine Gruppe von 24 Menschen, darunter die Schriftsteller Peter Schneider und Ingeborg Drewitz einen Solidaritäts-Hungerstreik in Murnau in Bayern abhi. 6 von Brigitta Wolf („Engel der Gefangenen“) dem Streik an. (KAH „Arbeiterhilfe“)



Protest vor der Paulskirche



Der Versuch in der Kirche die Hungerkündigung zu verlesen.

Das erste Opfer der Folter— Holger Meins ist tot!

Holger Meins ist in der Nacht von Freitag auf Samstag im Würtlich-Eifel gestorben. Er war seit fast zwei Monaten im Hungerstreik gegen die Isolationsfolter. Rechtsanwalt Crossant hat Strafanzeige wegen Mord gestellt.

Holger Meins gehörte zu den Hauptangeklagten des RAF-Prozesses. Als einziger im Knast Würtlich, von der Justiz zum „harten Kern“ gezählt ist er von Anfang an besonders gezielt fertiggemacht worden.

• der Anstaltsleiter hat im März 73, nach bereits zehnmonatiger Isolationshaft, eine 26 Punkte umfassende Verfügung zur schriftlichen Kontrolle, Zensur und Isolation erlassen, die in allen wesentlichen Punkten von Bundesrichter Knobloch bestätigt wurde und für die anderen Anstalten als Beispiel diente.

• der Anstaltsarzt Freitag hat die gerichtlich verfügte Zwangsernährung in besonders sadistischer Weise durchgeführt. Holger Meins wurde ein dauerndes Schläuchchen in die Speiseröhre eingeführt, wodurch es zu inneren Verletzungen kommt, dem Nahrungsdruck wurden Psycho-Pharmaka beigegeben.

Rechtsanwalt Crossant hatte bereits am 14.10 dieses Jahres gegen Freitag Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erstattet. Der „Spiegel“ schrieb am 4.11, Holger Meins wurde angeschrien und gewaltsam ernährt, „ein Verfahren zu dem das Minister Justizministerium bislang die Stellungnahme verweigerte“.

Die Justiz hat Holger Meins auf dem Gewissen, der ganze Schweineapparat samt seiner Presse trägt die Verantwortung dafür.

Isolationsfolter an Ronald Augustin

Der holländische Staatsangehörige Ronald Augustin befindet sich seit dem 24. 7. 73 wegen Verdachts der Zugehörigkeit zur „Rote Armee Fraktion“ (RAF) in strenger Einzelhaft zur Zeit im toten Trakt der Justizvollzugsanstalt in Hamm.

Augustin ist damit nicht mehr den üblichen Isolationsmaßnahmen der gegen alle politischen Gefangenen angewendet werden, unterworfen, als das und der Ausschluss von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, Sprechverbot, Sichtkontaktverbot. Der tote Trakt in Hannover ist ein extra als Isolationsort gebauter Gebäudeteil. Ronald Augustin lebt darin in einem schmalen Raum. Die Wirkung u. nach wissenschaftlichen Erkenntnissen elektronisch gleichzusetzen. Das Ergebnis ist nicht nur vorübergehende Desintegration und Desorientierung. Die Folter zielt ab auf die Zerstörung der politischen Handlungsfähigkeit der Gefangenen.

Die Isolation wurde bei Augustin dadurch perfektioniert, daß Verteidigerbesuche durch eine besondere Besuchszelle verhindert werden, in der der Gefangene durch eine Wand von dem Verteidiger getrennt ist, in die eine Glasbrücke eingearbeitet ist. In die vom Besuchsfähig kann man zwar die Worte des Gegenübers noch verstehen, doch ist die Lautstärke erheblich herabgesetzt und der Klang sehr dumpf. Am unteren Ende der Panzerglasscheibe ist ein dünner Schlitze, durch den noch nicht einmal dünne Hefen geschoben werden können. Die Planung der Ver-

teidigung zwischen Augustin und seinen Anwälten wird dadurch verhindert. Einige tausend Seiten Belastungsmaterial mühen blattweise durch den Schlitz gehoben werden. Schon die den Anwälten zugewiesene Besuchszelle bei Augustin würde nicht ausreichen, um in den Prozeß vorzubereiten.

Auch nach außen ist auf Anweisung des Bundesrichters Knobloch die totale Isolation angeordnet worden. Jeder Besuch und Briefwechsel ist für Augustin auf seine Eltern und seine Schwester beschränkt. In der Praxis wird auch der Briefverkehr mit den Angehörigen verhindert. Beispielsweise wurden Briefe an seine Eltern beschlagnahmt, in denen diese gebeten wurden in Holland einsehende Zeitungsausschnitte an die Verteidiger zu schicken. Die Besuche der Angehörigen werden nicht nur von Anstaltsbeamten sondern auch von Angehörigen der politischen Polizei abgehört. Die Besuchsprotokolle werden für Ermittlungs-zwecke mißbraucht, obwohl das mit gegen zwei Grundrechte des rechtsstaatlichen Verfahrens verstoßen wird gegen das Recht des Beschuldigten, die Aussage zu hören zu verweigern und das Recht von Angehörigen, im Verfahren keine Aussage zu machen.

• Wir entnehmen diese Informationen dem Aufsatz des Rechtsanwalts Kurt Groenewald „Folter und psychologische Kriegführung“ in der Zeitschrift „Politische Gefangene in der BRD“ Nr. 1 August 1974. •
Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Göttingen:

Gegen die Fahrpreiserhöhungen!

In AK 51 berichteten wir über die Absicht der Göttinger Stadtwerke, zum 1. Januar die Fahrpreise für Stadtbahn-Einzelfahrkarten um 20% auf DM 1,10 zu erhöhen.

Ablenkungsmanöver

Je näher der 1. Januar rückt, umso stärker „umwirbt“ die Stadtwerke die Buskunden:

Im Oktober/November wurden an Umsteigehaltestellen hinter dem Rathaus, bei Herie, beim Neubau der Gothar Überbrückung und am Bahnhof große Übersichtsplanen mit Darstellung der Linienführungen aufgestellt, wie man sie z.B. in Hamburg auf U-Bahnlinien kennt. Anlaß hierzu war nach Meldung des „Göttinger Tagblatt“ (19. Okt.) „Klagen der Busbenutzer (1), die sich in dem oft unübersichtlichen Gewirr der einzelnen Linien kaum noch zurecht fanden“. Diesen ganz normalen Service löst man mit großem Getöse „zufällig“ jetzt installieren.

Ende Oktober verteilten die Stadtwerke ca. 40.000 Fragebogen gezielt in Betrieben und Schulen, mit deren Hilfe „Fahrgewohnheiten“ wie Einstieg, Ausstieg, Umsteigen und Fahrzeiten ermittelt werden sollen. „Selbstverständlich“, so beteuerte ein Stadtwerkseingenieur laut „GT“, „können auch Wünsche und Kritik auf dem Fragebogen geäußert werden. Offizielle Begründung für diese Fragebogenaktion: Die Verkehrsbetriebe brauchen wegen einer Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes „neueste statistische Unterlagen“. Aufgezogen wird die ganze Farcia als ein Preisausschreiben, dessen Hauptpreise – Jahresfreifahrkarten sind.

Daß diese übersteigert zur Schau getragene „Interesse“ am Wohlergehen der Fahrgäste nur so lange währt, bis die Tarifherhöhung nach dem Willen der Stadtverwaltung unter Dach und Fach ist, versteht sich von selbst.

Initiative gegen die Erhöhungen

Bereits Anfang Oktober hatten sich in Göttinger Druckbetrieben zwei Komitees „Kampf den Fahrpreiserhöhungen“ gebildet. Die Kollegen verabschiedeten eine gemeinsame Resolution, die sie zusammen mit

einem Brief an Vertretungskörperschaften von Betrieben, Schulen, Hochschulen usw. sowie an linke Organisationen schickten. Der Brief enthielt die Aufforderung, auf Grundlage der Resolution weitere Komitees und Initiativgruppen zu bilden sowie um Treffen durchzuführen, auf dem die nächsten Maßnahmen beschlossen und koordiniert werden sollten.

Am 17. Oktober fand dieses Treffen statt. Unter den 60 Teilnehmern waren über 25 Vertreter von inzwischen gegründeten Komitees und Initiativen sowie Beobachter aus politischen Organisationen. Es wurde zunächst für den 21. November eine Veranstaltung beschlossen, die möglichst breit in den einzelnen Komitees vorbereitet – „über die arbeiterfeindliche Politik der Stadtverwaltung aufklären und den Zusammenhang zu anderen Angriffen auf das Lebensniveau (Lohnabbau usw.) aufzeigen soll, um das nötige Bewußtsein für weitere Schritte zu entwickeln.“

Als wichtige Aufgabe der Komitees ist erkannt worden, Erfahrungen aus den Kämpfen in anderen Städten, insbesondere Frankfurt, heranzuziehen und auszuwerten. Insbesondere konzentrieren sich die Komitees darauf, weitere Menschen in die Arbeit miteinzubeziehen. Dies geschieht mit Hilfe kleinerer öffentlicher Veranstaltungen, durch Plakataktionen, systematische Hausbesuche usw.

Was ist an dieser Initiative wichtig?

Zunächst ist von Bedeutung, daß die Initiative von Arbeitern und Angestellten im Leben gerufen wurde, daß die gesamte Aktion auf einer klar antikapitalistischen Grundlage stattfindet und realistischweise auf eine Verteidigungsforderung orientiert („...gegen die Erhöhung“). Es ist nicht überflüssig, dies hervorzuheben. Denn in den letzten Jahren war es meist so, daß Fahrpreiskämpfe von studentischen Gruppen initiiert wurden, die kurzzeitige Forderungen, wie etwa nach dem Nulltarif als Aktionslösungen aufstellten und obendrein noch die tollsten Hoffnungen über die Möglichkeit der Unionen verbreiteten. Das Ergebnis war regelmäßig ein „böses Erwachen“ und entsprechende Resigna-

tion unter den Beteiligten. Weiterhin ist an dieser Initiative von Bedeutung, daß sie nicht auf kurzfristige, spektakuläre „Erfolge“ setzt. Es ist vielmehr ihr politischer Lebensinhalt die Abwehrkraft insbesondere in der werktätigen Bevölkerung durch gezielte Kleinarbeit auszuweisen von „unten her“ zu entwickeln.

Der entscheidende Gradmesser für den Erfolg der Arbeit der gesamten Initiative ist deshalb gar nicht in erster Linie, ob es gelingt, die Erhöhung zu verhindern – sondern, ob es gelingt, mit erhobenem Kopf einen möglichen Mißerfolg zu überstehen, den selbständigen Kampf für die Lebensinteressen weiterzuführen und zu verbinden mit anderen Abschnitten derselben Kampffront (gegen sinkende Löhne, steigende Preise und Mieten usw.).

Dies sind für die KAG die wichtigsten Gründe, weshalb sie von Anfang an die Initiative tatkräftig unterstützt hat.

Das IK/KHB hat in ähnlicher Weise in seiner „Roten Tribüne“ (28. Okt.) zu der Aktion Stellung genommen. Genossen des IK bemühten sich gemeinsam mit Studenten- und Schüler-Genossen der KAG, an der Uni ebenfalls eine entsprechende Arbeit aufzubauen.

Dor „Göttinger Betriebspress“ (tendiert Richtung Soz. Büro) hat sich in seiner letzten Ausgabe mit der Resolution der Initiative solidarisierend erklärt, jedoch keine uns bekannten praktischen Schritte folgen lassen.

Die Juso-Hochschulgruppe und der Juso-ASTA schwanken wie stets. Das Delegiertentreffen am 17. Oktober besuchten sie trotz Einladung nicht; stattdessen saßen sie zur gleichen Zeit mit der DKP zusammen und berieten über eine Spalterinitiative, die allerdings mangels politischer und personeller Masse nicht zustande gekommen ist.

Die DKP schien anlässlich der Fahrpreiserhöhungen zunächst „gewaltig“ aufzutrompeln zu wollen, wobei sie sich wohl bereits beim Ausheben den Arm ausstreckte. Sie beschränkte sich dann auf eine „Volksabstimmung“ mit einer Papp-Urne: „für“ oder „gegen“ die Erhöhungen.

KBW/KSB: schlängelnd bergab

Ihre fast schon traditionelle Rolle spielen erneut KBW und KSB, die

es offensichtlich darauf anlegen, die letzten Stückchen politischer Substanz und Ernsthaftigkeit in ihrer Mitgliedschaft zu zerstören und diese in einen jämmerlichen Haufen beliebig hin- und herziehbbarer Mandarinnennetze zu verwandeln. Hier die vorläufigen Akte des KBW-Sumpfballa:

1. Akt: Die KBW-Studenten sammeln 10.000 Unterschriften gegen die Fahrpreiserhöhungen. Das ist über 2 Monate lang ihre einzige Aktivität in dieser Richtung. Hierzu schrieben wir in AK 51:

Ein Beispiel für Verantwortungslosigkeit liefert in diesem Zusammenhang wieder einmal der KBW, der den Menschen als Abwehrmaßnahme gegen die Fahrpreiserhöhungen nichts weiter zu empfehlen vermag, als „Öffentlichkeit“ der Ratsitzungen, auf der es um die Erhöhung geht, sowie namentliche Abstimmung der Ratskassen – so propagiert im Text einer Unterschriftensammlung, die seit einigen Wochen vom KBW durchgeführt wird. Die Leute vom KBW haben sich von vornherein derart in ihre stupide Beschränkung auf Entlarvung der Rathaus-Papageien verhasst, daß nach ersten Aktionseinheitsveranstaltungen Ende August selbst die Jusos verblüfft feststellten: „Ihr habt viel von der DKP gelernt!“

2. Akt: Die Fahrpreiskomitees werden gegründet; KAG, IK/KHB und GBE unterstützen öffentlich die Aktion. Den KBW-Studenten ist die Initiative aus den Händen genommen; ihnen dämmert, daß die von vornherein zum Scheitern verurteilte Unterschriftensammlung aus politischer Sicht gestorben ist.

Man verlegt sich aufs Taktieren. Das Delegiertentreffen am 17. Oktober und das von DKP und Jusos angeordnete Spaltertreffen werden gleichzeitig besucht. Man redet von „Einheit“ und von 10.000 Unterschriften. Auf dem Delegiertentreffen wird die Drucker-Resolution bekräftigt; der KBW blüht ab. Nachdem man nun draußen ist, verlegt man sich aufs Spalten und Denunzieren.

Zwei KSB-Leute tauchen im Stadtteilkomitee West auf und drängen den anwesenden Kollegen Diskussionspunkte auf („Öffentlichkeit der Ratsitzungen“ usw.), die durch den praktischen Stand der Arbeit längst überwunden sind. Die Absicht ist eindeutig: durch „Filibustieren“ das politische Fortkommen der Arbeit des Komitees zu verhindern.

Einer der beiden läßt sich dann schembar von der Mehrheit des Komitees „überzeugen“, und er ver-

spricht, auf einer Uni-Vollversammlung Ende Oktober „wahrheitsgetreu“ über den Stand der Arbeit des Komitees zu berichten. Auf der Uni-VV tritt dieser Typ in der Manier eines gebübten Polizeispitzels auf, indem er seinen „Bericht“ mit den Worten beginnt: „Wir treffen uns einmal wöchentlich in der Kirche...“ In dem so absichtlich provozierten Lächerfolg gehen seine weiteren Bemerkungen unter.

Derselbe Bursche ist offenbar die Quelle für einen Drecksartikel in der „KVZ-Ordnung“ vom 27. Oktober, in dem der KAG praktisch Etikettenschwindel unterstellt wird: die ca. 20 Mitglieder des Komitees seien KAG-Leute (schön wärs!) und hätten das Komitee ganz undenkbar (nicht „öffentlich“) gegründet.

In einem Flugblatt des KSB wird dasselbe Komitee durch bewußt undeutliche Formulierung als Gründung von KBW/KSB ausgegeben.

Gegen diesen Rattenschwanz von Verleumdungen und Spaltungsverwechslungen hat der Koordinationsausschuß der Komitees mittlerweile eine entsprechende Erklärung herausgegeben.

3. Akt: Die zunehmend außer Rand und Band geratenen KBW/KSB-Führer starten ein jammervolles Ablenkungsmanöver. Ihnen fällt „plötzlich“ ein – nach Monaten Fahrprei-unterschriftensammlung! –, daß die Fahrpreise ja auch erhöht werden sollen. Sie rufen Knall und Fall zur Demonstration zum Sitzungsort des Stadtrats auf, um den so „zusammengefaßten Protest der Bevölkerung“ einzusetzen, den Stadtrat zu „zwingen“ (wörtlich!), keine Erhöhung zu beschließen. Nachdem zuvor nichts, rein gar nichts zur politischen Fundamentierung des Widerstands in der Bevölkerung getan worden ist, soll nun der Stadtrat „gezwungen“ werden – von 400 Demonstranten und einer dreiköpfigen Delegation, die erig dem Oberbürgermeister während der Ratsitzung eine Resolution überreicht. Der bewährte arbeiterfeindliche Stadtrat (SPD-Mehrheit!) läßt sich durch diese Art „Zwang“ allerdings nicht beirren und beschließt die Gasterhöhung zum 1. Januar.

Der KBW führt uns beispielhaft vor, wie man mit solcherart angelegten Aktionen tatsächlich in der Sackgasse landet. Er zeigt uns, daß jede kurzzeitige, überstürzte Aktion nicht nur einfach „erfolgslos“ ist, sondern daß sie von der hauptsächlichsten Aufgabe ablenkt – nämlich insbesondere unter den Werktätigen Klarheit über die politischen Fronten zu schaffen und auf dieser Basis gemeinsam vorzugehen. KAG Göttingen ●

Fahrpreiserhöhungen in Hildesheim: Schlechte Abwehr der Linken

Nach den Gespreiserhöhungen im Januar und der Heraussetzung der Strompreise im September erhöhten die Stadtwerke AG Hildesheim die Preise für den Busverkehr für alle Fahrkarten zwischen 14 und 33 Prozent. Am meisten betroffen sind die von der Sozialtarife für Kinder, Schüler, Studenten und Rentner.

Im Großraum Hannover kann man für 0,80 DM bis zu 50 km fahren, hier in Hildesheim beträgt die längste Strecke 10 km. Trotz des dünnen Busnetzes, gerade in den Randgebieten, soll z.B. die Einzelfahrkarte nun 0,80 DM statt 0,70 DM kosten.

Nach gemeinsamen Aktivitäten zum Jahrestag des Militärputsches in Chile versuchte der KBW wieder die örtlichen politischen Gruppen, die Ästen der Fachhochschulen, der Pädagogischen Hochschule (PH) etc. zu einer gemeinsamen Aktionseinheit zusammenzufassen. Um diese Aktionseinheit so groß wie möglich zu machen, legte er aus seinen Flug-

blättern alles, was nach Politik aussah, heraus und arbeitete unter dem Motto: Die Reichen zahlen wenig für die Leistungen der Stadtwerke, die Armen viel, also sollen die Reichen das Defizit tragen.

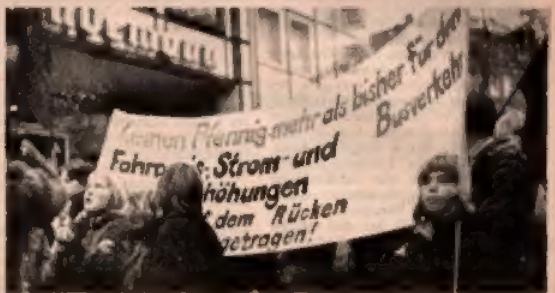
Doch die Jusos mochten trotzdem nicht mitleiden. Sie begründeten die Ablehnung der Zusammenarbeit mit „schlechten Erfahrungen mit dem KBW“ (in der Chile-Aktion) und beschloßen wegen „erheblicher inhaltlicher Unterschiede“ keine Aktions-einheit mit kommunistischen Gruppen („K-Gruppen“) einzugehen.

Die SPD hatte ihren Jugendclub zurückgepfiffen.

So entstand eine „Aufklärungskampagne“, deren Höhepunkt der Vorschlag war, einheitliche Uniformen für die Stadtwerkbediensteten Niedersachsens zu fordern, um das Defizit zu verringern. An der Juso-Gemeinschaftsaktion beteiligte sich auch der revisionistische MSB-Spartakus (er ist ja keine „K“), sondern eine „M“-Gruppe. Den Vogel schoß

die DKP ab, die bei den Jusos, Jungdemokraten usw. gerne mitmachen wollte, aber dummerweise ein „K“ in ihrer Abkürzung trägt. Sie arbeitete als „Viele Hildesheimer Bürger“ mit, eine pfiffige Lösung der Deutschen... Partei.

Der KBW versuchte daraufhin einen Abgang. Unter der Parole: „Keinen Pfennig mehr als bisher für den Busverkehr“ sammelte er Unterschriften; das scheint inzwischen überhaupt seine wichtigste Waffe zu sein. Weiter legte er die Termine für eine Podiumsdiskussion und eine Demonstration fest und rief dann „Bürgerversammlungen“ ein. Die Organisation der Versammlungen klappte so gut, daß selbst KBW-Genossen uns nicht sagen konnten, wann sie wo stattfinden. So hatten wir nur einmal die Möglichkeit, daran teilzunehmen: Von den 50 Anwesenden, davon etwa 80 KBWler und Sympathisanten, wurde ein Komitee gewählt, das die vom KBW festgelegten Aktionen ausführen sollte. Das bedeu-



Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hildesheim

te, daß die Bürgerversammlung nur eine Alibiaktion hatte.

Ergebnis dieser Politik war eine klägliche Kundgebung mit 20, und eine Demonstration mit ca. 30 Teilnehmern.

Die örtliche Presse hat versucht, der Bevölkerung einzublasen, die Sache mit den Fahrpreiserhöhungen sei eine Streitfrage zwischen Jusos und KBW. Ziel dieser rechten Politik ist es, die Menschen von dem Erkennen ihrer Interessen abzuhalten, den Kampf

um die Interessen zu verhindern.

Es hat den Anschein, als kritisierten wir die Vorgänge als Besessenen. Während der Fahrpreiskampagne waren wir im wesentlichen „Besucher“ bei Veranstaltungen. Inzwischen haben wir begonnen, den Verkauf des ARBEITERKAMPF zu organisieren und sehen auch im Schreiben von Korrespondenzen unsere Aufgabe als

Sympathisanten des KB in Hildesheim

Hannover:

Erneute Erhöhung der Fahrpreise geplant

Hannover 1970: Großer Bullenaufruf bei den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen. Die Fahrpreise wurden damals einheitlich von 50 Pfg. auf 60 Pfg. erhöht („Großaufruf“). 1969 hingegen war es durch große Monatsdemonstrationen und -aktionen noch gelungen, eine Senkung der Fahrpreise auf 50 Pfg. durchzusetzen („Roter-Punkt-Aktion“).

1972: Die USTRA (kommunale Verkehrsgesellschaft) erhöht erneut die Fahrpreise von 60 Pfg. auf 75 Pfg. Zu Beginn der Aktionen berichteten etwa 4.000 Demonstranten die Verkehrsmittel und kämpften gegen eine Übermacht von brutal vorgehenden Bullen. Durch massive Hitze von Presse, Funk und Fernsehen wurden die Demonstranten zunehmend von der Bevölkerung isoliert. Nach einer Woche mußten die Aktionen abgeblasen werden.

1974/75: Die Stadtverwaltung will die Tarife erneut erhöhen. Es soll (wahrscheinlich) ein Stufenstarb für das Stadtbüro von mindestens 15 Pfg. bis 1,30 DM eingeführt werden. Für Pendler bedeutet das eine Mehrbelastung von 35 bis 50 Mark. Will die Stadtverwaltung bei ihren bisherigen Fahrpreiserhöhungen dreimal gehörig „Arger“ bekommen hat, hat sie diesmal die Hand durch die Presse etc. vorbereitet. Zeitpunkt und genauer Umfang der geplanten Erhöhung ließ sie bewußt unklar. Die SPD, die zunächst gegen Stufenstarb und für Fortsetzung des Einheitsstarbs war, hat inzwischen eingesehen, daß dies „unrealistisch“ sei.

In diesem Jahr ist bei Demonstrationen mit noch schärferem Vorgehen der Polizei zu rechnen. Mögliche Aktionen gegen diesen erneuten Angriff sollten in gemeinsamen Gesprächen aller linken Gruppen optimal vorbereitet werden.

Sympathisanten des KB, Hannover



Düsseldorf

Türkische Arbeiter protestieren gegen Kindergeldregelung

Mit Transparenten und Plakaten demonstrierten am 26.10.1974 etwa 300 türkische Arbeiter durch die Düsseldorfer Innenstadt.

Sie protestierten damit gegen das Abkommen über Kindergeldzahlung, das am Freitag zwischen der BRD und der Türkei abgeschlossen wurde. Nach diesem ausländerfeindlichen Gesetz (vgl. AK 46) sollen die türkischen Kollegen nur für ihre in der

BRD lebenden Kinder das gleiche Kindergeld erhalten wie ihre deutschen Kollegen. Für die in der Türkei geborenen Kinder werden die Beiträge drastisch reduziert. So soll das erste Kind nur DM 50,- bekommen (hier DM 50,-), das zweite DM 25,-, das dritte und vierte jeweils DM 60,- und jedes weitere DM 70,-.



BRD lebenden Kinder das gleiche Kindergeld erhalten wie ihre deutschen Kollegen. Für die in der Türkei geborenen Kinder werden die Beiträge drastisch reduziert. So soll das erste Kind nur DM 50,- bekommen (hier DM 50,-), das zweite DM 25,-, das dritte und vierte jeweils DM 60,- und jedes weitere DM 70,-.

Diese Regelung wurde außer mit der Türkei auch mit Spanien, Griechenland und Jugoslawien abgeschlos-

sen. Während die Gewerkschaftsführer noch gegen ein solches Abkommen protestierten, weil dann zu viele ausländische Arbeiter ihre Kinder in die BRD holen würden (!), ist das Bundesministerium zurechtzulegen: die Familienzusammenführung wird nicht explosionsartig zunehmen, sondern im normalen Maße bleiben.

Noch logisch, das Risiko wäre auch viel zu groß - welcher ausländische Kollege weiß denn schon, wie lange es noch dauert, bis auch er abgeschoben wird.

Die BRD spart jetzt rund 1 Milliarde DM gegenüber der alten Regelung, nach der das Kindergeld für die in der BRD lebenden und die im Ausland lebenden Kinder gleich war.

Metal-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Politische und religiöse Vetterwirtschaft DKP „distanziert“ sich von fortschrittlichen Christen

Am 17.10.74 trat in dem kleinen Ort Eller aus bei Quickborn im Kreis Pinneberg der Pastor Gallmeier aus der Kirche aus. Er veröffentlichte die ihn dazu bewogenden Gründe in einer Sonderausgabe der „Kommunistischen Volkszeitung“ des KBW. Die angeführten Gründe laufen in etwa auf die gleichen hinaus, wie die der Pastorin Edda Groth aus Bramfeld: Daß die Kirche die Rechte der Bevölkerung ver- und behindere, daß die Kirche „Opium für das Volk“ sei und daß Gallmeier nicht länger auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung leben wolle. (Gegen ihn lief seit 8. November 1973 ein Amtsentscheidungsverfahren, er erhielt aber dabei sein volles Gehalt in der Höhe von DM 18.000,- pro Jahr.)

Dieser Vorfall war natürlich ein gefundenes Fressen für die Lokalpresse im Kreis Pinneberg, die dann auch groß und breit mit der Überschrift: „Gallmeier gibt sich als Kommunist zu erkennen. Ellerener Pastor aus der Kirche ausgetreten“ darüber berichtete.

Einige Tage später fand sich im „Wedel-Schulauer-Tagblatt“ ein Leserbrief der DKP zu dem Thema, in dem sich der DKP-Kreisvorsitzende Herbert Formannsch nicht in beispieldarstellender Weise demagogischer Art von Gallmeier „distanziert“, obgleich er die Gründe von G.'s Kirchenaustritt zu verlieren (vgl. K. 46).

Kirchenaustritt zu verlieren (vgl. K. 46).

Die ganze Freiheit des Leserbriefes wird einem erst bewußt, wenn man die Hintergründe dieses Austritts kennt:

Der 2.500-Seelen-Ort Eller aus wird beherrscht von einer Fabrik, deren Besitzer die meisten Arbeitsplätze an Ort kontrolliert und gleichzeitig Großvermieter in Eller aus ist. Durch seinen leitenden Direktor, E. Blechschmidt, kontrolliert er das kommunale und kirchliche Geschehen. Blechschmidt ist Vorsitzender des Bürgervereins sowie 2. Bürgermeister und Mitglied des kirchlichen Kindergartenausschusses. Seine Frau ist Mitglied im Kirchenvorstand und im Vorstand des Bürgervereins. Der 1. Bürgermeister, Schmelow (CDU), ist ebenfalls Mitglied im Kirchenvorstand. Ebenso J. Hühne (SPD-Premiersprecher von Quickborn), Schwager der Gemeindefürerin Frau Haas, deren Mann ebenfalls Mitglied des Kirchenvorstandes ist. Der Vorgänger Gallmeier, Pastor Mondry, jetzt stellvertretender Pastor in Niendorf, ist der Pate von Frau Haas' Tochter. Und um den Kreis zu schließen, sind Herr Haas und J. Hühne ebenfalls Mitglieder des Kindergartenausschusses. (Sollte ein Leser jetzt noch irgendwelche Unklarheiten haben, empfiehlt sich ein mehrmaliges Durchlesen dieses Absetzes - wir steigen bei unseren Recherchen auch nicht ganz durch).

Pastor Gallmeier platzierte am Anfang '72 in diese bisher ständig um das Wohl des örtlichen Kapitalisten bemühte, illustre Gesellschaft. Er gab

ESG zu verbieten, dem Komitee weiter die Räume zur Verfügung zu stellen („Gruppen links von der Mitte der SPD“ hätten in der Gemeinde nichts zu suchen). Ein Vertreter der Kirchenleitung wurde daraufhin aufgefordert, öffentlich zu diesem Verbot Stellung zu nehmen, doch diese Herren fanden es nicht einmal nötig, überhaupt zu reagieren.

Auf dem Fest zu Semesterbeginn, das die ESG veranstaltete, wurden die Vorfälle diskutiert und beschlossen, eine Art „Krisenstab“ zu bilden, der die Arbeit der ESG weiter aufrecht erhält (Telefondienst, Raumvergabe etc.).

Auf dem Fest wurde außerdem eine Resolution verabschiedet, die sich gegen:

- die Schließung der ESG
- gegen jeden Versuch seitens der Kirchenbehörde zu bestimmen, welche Gruppen in der ESG tagen dürfen oder nicht, wandte und sich
- für eine öffentliche Behandlung der Vorfälle,
- die Aufhebung des Versammlungsverbotes gegen das „Komitee gegen Ausbildungen- und Berufsverbote“.
- für eine selbstverwaltete Studenten-Gemeinde,
- für die unverzügliche Einstellung eines Studentenpfarrers

Sympathisanten des KB an der GHK Kassel

DKP distanziert sich von Gallmeier

Zum Artikel in ihrer Zeitung vom 18. Oktober 1974 „Ellerener Pastor aus der Kirche ausgetreten“ - Gallmeier er gibt sich als Kommunist zu erkennen“ möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Herr Gallmeier hat in dem genannten Artikel gegenüber der Kirche und den Pastoren unter der Firmierung „Kommunist“ Auffassungen vertreten, denen ich als Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei entschieden widersprechen muß. Im Gegensatz zu Herrn Gallmeier und seinen Freunden vom „Kommunistischen Volksrat“ für die Durchsetzung konkreter Forderungen auch ohne Ansehen politischer und religiöser Auffassungen eine gemeinsame Basis zu suchen.

Die DKP und ihre Mitglieder lassen sich nicht einem Augenblick außer Acht, das zwischen Marxismus und Religion unüberbrückbare weltanschaulich-philosophische Gegensätze gibt, die nicht verachtet werden sollten. Gegenüber dieser Art und jedoch kein Hindernis für ge-

meinsamen Handeln auf der Grundlage gemeinsamer Interessen.

So wird deutlich, daß was sich Herr Gallmeier Wirklichkeit zu erkennen gegeben hat mit seinen Auffassungen gegen die Kirche und deren Mitglieder. Weder Herr Gallmeier noch seine Anhänger sind Kommunisten, vielmehr lassen sie sich ihren Ausfall in Niendorf auf die Köpfe aller Kräfte - auch innerhalb der Kirche - den den gemeinsamen Handeln von Marxisten und Christen ein Dorn im Auge ist.

Herbert Formannsch, Wedel
Kreisvorsitzender der DKP

„Wedel-Schulauer-Tagblatt“, 24.10.74

Abdruck aus „Wedel-Schulauer-Tagblatt“: Ein DKPler zieht vom Leder - die reaktionäre Presse öffnet ihm nur allzuleger ihre Spalten.

Im letzten Teil, auf die er sich stellen konnte: auf die Seite des örtlichen Bourgeois oder auf die der Bevölkerung. Er stellte sich auf die Seite der Bevölkerung, indem er aus dem Kindergarten, der bisher gal als Aufbewahrungsort für die Kinder der beschäftigten Mütter diente, in Zusammenarbeit mit Eltern und Kindergärtnerinnen eine pädagogische Einrichtung im Sinne der Eltern zu machen versuchte. Er kritisierte den Fabrikbesitzer Erhoff, daß er die Arbeitskräfte nur dann beschäftigte, wenn und wie er wollte. Er weigerte sich, slawischen Eltern des Gerichts vollziehen auf den Hals zu schicken.

Gallmeier organisierte Tanzveranstaltungen für Jugendliche, ohne sie zu bevormunden, diskutierte mit ihnen, zeigte dabei gesellschaftliche Mängel auf. Weiterhin versuchte er, den Widerstand der Bevölkerung gegen die himmelstreichenden Zustände in der Textilfabrik zu wecken (es bestand keine Gewerkschaftsarbeit, den Betrieb gab es nur auf dem Papier, usw.).

Seine Aktivitäten in der Eltern-, Jugend- und Konfirmandenarbeit brachten ihm Sympathien bei der Ellerener Bevölkerung ein, riefen aber im Kirchenvorstand (verständlicherweise) das entgegengesetzte Echo hervor. Dort hatte Gallmeier von Anfang an verpielt, weil er es an dem erwarteten „Wohlbollen“ gegenüber Fabrikbesitzer und Honoratioren vermissen ließ. So ging dann auch der Kirchenvorstand in konzentrierter Aktion (vereint durch Verdröberung und Verschmäuerung) gegen Gallmeier vor. Man warf ihm verschiedenes „Ungeheuerliches“ und „Unkirchliches“ vor.

• Er hätte bei einer Tanzveranstaltung Jugendliche unbeaufsichtigt gelassen (d.h. nicht ständig hinter ihnen hergipiert).

• Er hätte eine Sekretärin ohne Zustimmung des Kirchenvorstandes gefeuert (dies hatte G. offensichtlich nicht als „Schwein“ bezeichnet, worauf er eine Zusammenarbeit mit ihr ebenso deutlich ablehnte).

• Er hätte einer Sterbenden sechserstündiges Gespräch verweigert (nach Aussage der Gemeindefürerin Haas).

• Hausfriedensbruch (J. Hühne hat G. unterzogen, das einzige Telefon in Gemeindefaust und Pastorat zu benutzen, und rief, als Gallmeier sich nicht daran hielt, den Ortspolizisten zu Hilfe und bezichtigte dabei G. des Hausfriedensbruchs).

• Auch in dem am beschriebenen bei G. des Hausfriedensbruchs). Die Liste der Anschuldigungen und rechten Verdrehungen setzt sich in dieser Art fort.

Man schaltete die Proteste ein, und der Bischof von Niendorf, Vorbesitzer des Palastparks der Tochter der Ellerener Kirchenfamilie Haas, leitete ein Amtsenthebungsverfahren gegen Gallmeier ein. Das war am 8. November letzten Jahres. Dem Ergebnis dieses Verfahrens ist nun Gallmeier durch seinen Kirchenaustritt zuvorgekommen.

Dieser Fall steht in unmittelbarem Zusammenhang mit einer zunehmend reaktionären Ausrichtung der Kirche, mit einem zunehmenden Druck gegenüber linken Christen, wie er gerade auch auf dem letzten Kirchentag der EV Kirche Deutschlands (EKD) wieder deutlich zum Ausdruck kam. Die Angriffe gegen Edda Groth, die Hetze gegen die „Reformierung“ des § 118 und gegen das „Kirchenpapier“ der FDP sowie der Versuch der Liquidierung der Hamburger BV. Studentengemeinde (ESG) verdeutlichen die uneingeschränkte Solidarität aller Demokraten und Kommunisten gegen diese Tendenzen einsetzen. Sich so zu verhalten, wie die Wedeler DKP es in ihrem Leserbrief tut, heißt dagegen, die Bewegung zu spalten, zeigt im Grunde genommen, trotz unendlicher Worte, eine grenzenlose Verachtung gegenüber linken und fortschrittlichen Christen.

Sympathisanten der Gruppe Wedel des KB

Westberlin: Sperrbezirke für Ausländer!

Am 30.10. kündigte die Bildzeitung mit Schlagzeilen auf der ersten Seite an: „Tiergarten, Wedding und Kreuzberg sind rassistisch überfremdet. Senat: Ausländerverbot“.

Längerfristig ist diese Maßnahme auch für die Arbeiterbezirke Schöneberg und Neukölln angedroht.

Dieser Erlaß richtet sich vor allem gegen die türkischen und griechischen Kollegen; ausgenommen sind Kollegen aus den EG-Ländern sowie Amerikaner, Österreicher und Schweizer.

Die Begründung des Senats: „...die Belastung der bestehenden Infrastruktur durch Ausländeranteile von 23% (Kreuzberg), 17% (Wedding) und 15% (Tiergarten) in den genannten Gebieten ist nicht mehr tragbar.“ („Tagesspiegel“ vom 30.10.)

Was bedeutet dieser Erlaß für die ausländischen Kollegen?

Hier wird das demokratische Recht auf freie Wahl des Wohnortes einem Teil der Arbeiterklasse entzogen, der vom Abbau der demokratischen Rechte sowieso besonders stark betroffen ist (Ausländergesetz). Und da man wohl kaum davon ausgehen kann, daß ausländische Kollegen auf einmal in Bezirken wie Dahlem oder Zehlendorf („gutbürgerliche“ Bezirke in Westberlin) Wohnungen bekommen werden, heißt das, daß weniger Kollegen einen Wohnort finden, der wiederum Voraussetzung für eine Arbeiterverbundenheit ist. Außerdem wird es nach diesem Erlaß den ausländischen Kollegen noch schwerer fallen, ihre Familien nachzuholen, denn dazu müssen sie jetzt Wohnungen nachwei-

sen, die „angemessen“ sind (bisher hat es den Senat auch nicht interessiert, ob die Kollegen „angemessen“ wohnen). Oder sich Wohnungen in nicht „Sperrbezirken“ suchen, was so gut wie unmöglich ist.

Und was hat der Senat davon, wenn er es den ausländischen Kollegen fast unmöglich macht, ihre Familien nachzuholen?

- Er braucht weniger Kindergeld zu zahlen, denn für Kinder in der Türkei braucht er nur einen Bruchteil des Kindergeldes zu zahlen, und das, obwohl die ausländischen Kollegen die gleichen Sozialabgaben und Steuern bezahlen.
- Die Kinder der ausländischen Arbeiter bringen noch keinen Profit für das Kapital, sondern brauchen Schul-, Kindergartenplätze und Freizeiteinrichtungen. In der Schule bekommen sie zwar eine beschränkte Ausbildung, Kindergartenplätze gibt es fast gar nicht, in FZH werden kaum Erzieher eingestellt, die überhaupt die Sprache der Kinder verstehen, aber immerhin
- der Senat könnte das Geld „besser“ verwenden.

• Wenn die Familien in den Heimatländern bleiben, haben die Kollegen auch nicht die Perspektive hier zu bleiben; d.h. sie versuchen, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld zu verdienen, kümmern sich nicht um die Situation am Arbeitsplatz, versuchen nicht, sie zu verändern, organisieren sich nicht gewerkschaftlich etc.

Verteilergruppe/Kollektiv Kreuzberg
KB/Westberlin

Kassel

Kirchenleitung will Arbeit der ESG verhindern

Seit dem 1. September 1973 ist die Studentenparastelle der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) in Kassel unbesetzt. Der bisherige Studentenpfarrer übernahm diese Aufgabe für die Übergangszeit kommunal.

Die Ausschreibung der Stelle erfolgte von der Kirchenleitung, allerdings nach einem merkwürdigen Wahlverfahren (siehe auch AK 47 zur Hamburger ESG): Die Kirchenleitung beruft, die ESG hat Votum.

Seit September letzten Jahres hatten sich neun Interessenten gemeldet, wovon einige sich beworben, die anderen dies erst gar nicht vernachlässigten, weil sie von den Praktiken der Kirchenleitung abgeschreckt wurden. Ein Bewerber trat von sich aus zurück, ein anderer, der den Vorstellungen der Mitarbeitergruppe der ESG entgegenkam, wurde von der Kirchenleitung ohne Begründung abgelehnt („aus beamtenrechtlichen Gründen kann ich Ihnen

über den Inhalt der Ablehnung nicht sagen“ - Oberlandeskirchenrat).

Daraufhin wurde eine Vollversammlung einberufen, auf der die Kirchenleitung aufgefordert wurde, den Bewerber einzustellen, bzw. eine Begründung für seine NichtEinstellung zu nennen. 300 Studenten und Hochschulelehrer solidarisierten sich mit der ESG. Doch dies ließ die Kirchenleitung kalt.

Zum Wintersemester '74 wurde die ESG erneut von der Kirchenleitung abgelehnt. In den Semesterferien hatte sich in Kassel ein Komitee „Gegen Ausbildungen- und Berufsverbote“ gebildet, das sich für die Einstellung von zwei Lehramtskandidaten einsetzte, die nicht zu den Schuldienst zugelassen wurden (wegen Verdachts auf „Verfassungsfeindlichkeit“). Dieses Komitee benutzte die Räume der ESG und forderte öffentlich auf, die Komiteeveranstaltungen zu besuchen.

Das war für die Kirchenleitung Anlaß genug, den Mitarbeitern der

ESG zu verbieten, dem Komitee weiter die Räume zur Verfügung zu stellen („Gruppen links von der Mitte der SPD“ hätten in der Gemeinde nichts zu suchen). Ein Vertreter der Kirchenleitung wurde daraufhin aufgefordert, öffentlich zu diesem Verbot Stellung zu nehmen, doch diese Herren fanden es nicht einmal nötig, überhaupt zu reagieren.

Auf dem Fest zu Semesterbeginn, das die ESG veranstaltete, wurden die Vorfälle diskutiert und beschlossen, eine Art „Krisenstab“ zu bilden, der die Arbeit der ESG weiter aufrecht erhält (Telefondienst, Raumvergabe etc.).

Auf dem Fest wurde außerdem eine Resolution verabschiedet, die sich gegen:

- die Schließung der ESG
- gegen jeden Versuch seitens der Kirchenbehörde zu bestimmen, welche Gruppen in der ESG tagen dürfen oder nicht, wandte und sich
- für eine öffentliche Behandlung der Vorfälle,
- die Aufhebung des Versammlungsverbotes gegen das „Komitee gegen Ausbildungen- und Berufsverbote“.
- für eine selbstverwaltete Studenten-Gemeinde,
- für die unverzügliche Einstellung eines Studentenpfarrers

Sympathisanten des KB an der GHK Kassel

Ausweisung - Probleme aller Ausländer

Wie sich jüngst in Berlin zeigte, ist eine willkürliche Ausweisung von Ausländern leicht. Takuya Yokoi, japanischer Student, verstarb, nach Tage die Todstarbe, konnte offensichtlich nicht nachgewiesen werden, was einer gerichtlichen Klärung standgehalten hätte.

Die Verdröberung, einer Terroristen-Gruppe zugehörigen, reichte der Behörde, der nun Polizeibehörde auf der Studentenscheinbahn, am Dauerwohnort in Berlin (West) und zur Abschließung Takuya nach Japan. (Das Ausländergesetz ermöglicht dies).

Nach Stundenlangen und erfolglosen Versuchen um 1.10.74 wurde Takuya aus dem Land entlassen worden. Am 3.10.74, um ca. 6.00 Uhr morgens 6.10 Uhr mit Maschinenpistole auf, bedrohten damit Einwohner, die sich ihnen entgegenstellten und setzten Takuya in seine Wohnung frei, ohne sich auszuweisen zu haben. Zur Verstärkung vor durch den Überfall geweckten Studenten marschierten ca. 20 Bereitschaftspolizisten auf. Rechtsanwältin wurde Takuya verweigert, ohne Geld und Papiere, in Menschenhand und ohne Mitleid wurde er verpackt. Frau Yokoi, die mit sechs Tage zuvor ein Baby entbunden hatte, wurde dabei blitzschnell und wahllos in die Lebergegend geschlagen, so daß sie auf die Straße zusammenfiel. Der passive Widerstand der Studenten wurde von Gummiknüppeln und MP-Bedrohung gebrochen. Die Verfolgung des Abtransport durch Heimkehrer wurde durch

eine Straßensperre verhindert.

Bevor ein Anwalt einschreiten konnte, wurde Takuya nach Frankfurt am Main geflogen. Denn stellte man fest, daß die Ausweisung nur durch ein Verwaltungsgericht in Berlin (West) aufgehoben werden könnte. Es sei aber wegen Gefährdung der Grundordnung und Sicherheit der BRD „sofortiger Vollzug“ angeordnet. Man „beachte“ die Aktion, „Glücklicherweise“ hatte wenigstens das japanische Konsulat vorgeordnet: Am 2.10.74 war ein „Paß für die Rückkehr nach Japan“ für sechs Tage, ausgestellt worden. Der Paß wurde in Frankfurt zusammen mit einer Flugkarte übergeben wurde. Um 10.10 Uhr wurde Takuya nach Tokio geflogen, dort drei Stunden von der Sicherheitsbehörde ausgefragt und - freigesetzt.

UNTERSTÜTZT DIE AUFHEBUNG DES AUSWEISUNGSBEFEHLS UND DIE RÜCKKEHR DES VERSCHLEPPTEN TAKUYA YOKOI

Einwohner des Bundeslandes THURINGEN
die Stadt, Studentenvertretung der Studenten- und Arbeiterbewegung
1 Berlin 10, Dauerwohnort 1
Tel. 302 8008
Konto: Berliner Disconto Bank, 1 Berlin 12
Bismarckstr. 88, 1070 107/108/109
Kasseler: Takuya-Kasse

(Am einem Brief, den wir aus Westberlin erhalten)

Schulkampf und kommunistische Massenarbeit

Im ARBEITERKAMPF wurde wiederholt über Schritte und Aktionen des Elternrats der Schule Arnikelstraße in Hamburg-Altona, zusammen mit anderen Eltern und Elternräten aus Altona, berichtet. Diese Arbeit wurde vielfach so bewertet, daß dort „proletarische Massenpolitik, die diesen Namen wirklich verdient, aufgebaut wurde“ (so noch in einer Anzeige für die Schulkampf-Broschüre in AK 51!).

Neuere Auseinandersetzungen veranlassen uns, diese Dinge doch erheblich kritischer zu sehen und in diesem Licht auch unsere früheren, zum Teil geradezu euphorischen, Darstellungen selbstkritisch zu überprüfen.

Dieser Artikel soll dazu dienen, an dieser Episode einige grundsätzliche Fragen kommunistischer Massenarbeit weiter zu klären.

Elternrat Arnikelstraße – Nabel der Welt?

Wie im AK 51 berichtet, haben am 4. Oktober etwa 800 Besucher einer Veranstaltung eine Resolution beschlossen, in der die baldige Durchführung einer Demonstration gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats gefordert wird. Unmittelbarer Anlaß dieser Versammlung war der Beschluß der Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung, dem Ring Bündischer Jugend (RBJ) die staatliche Anerkennung und Förderung zu entziehen.

Im Sinne dieser Resolution wandten sich daraufhin RBJ, Kommunistischer Bund, Evangelische Studentengemeinde (ESG) sowie die griechische Jugendorganisation Rigas Feraios (die auf der Veranstaltung vom 4.10. vertreten waren) mit einem „Offenen Brief“ an andere fortschrittliche Kräfte, um sie für eine gemeinsame Demonstration zu gewinnen: „Wir meinen, daß diese Resolution Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen sein kann, das nicht durch allgemeine politische Meinungsverschiedenheiten und parteipolitische Abgrenzungsbeschlüsse beeinträchtigt werden sollte“ (aus dem „Offenen Brief“, abgedruckt in AK 51).

Im Elternrat der Schule Arnikelstraße war man da allerdings ganz anderer Meinung. Nicht nur, daß man die Demonstration nicht unterstützen wollte, weil da auch der KB mitmacht! Zusätzlich wurde noch behauptet, die Initiative von RBJ, KB und ESG zu dieser Demonstration sei „spalterisch“.

Das wurde mit einem eigenen Demonstrationsvorhaben des Elternrats gegen die Schulmisere („Aufhebung der Studienplatzbeschränkung für Lehrerstudien und Referendare“, „Ausreichend Lehrer für einen ungekürzten Unterricht gemäß den Stundenplänen“) begründet.

Dieser faktische Führungsanspruch einiger Elternräte ist schon deshalb hankebisch, weil die beiden Initiativen ja gar nicht alternativ zueinander stehen, und weil die auf der Versammlung vom 4.10. gefasste und von KB, RBJ und ESG unterstützte Resolution und Demonstrationsinitiative inhaltlich sehr viel weitgehender ist als der Plan der Elternräte zu einer Demonstration gegen die Schulmisere (die Resolution bezieht sich auf Kampf gegen den Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung der Arbeiterjugend, gegen politische Reglementierung und Repression, für selbstverwaltete Jugendzentren u. a.).

Faktisch fordern diese Elternräte von den demokratischen und kommunistischen Organisationen, daß sie zugunsten eines bloßen Demonstrationsschrittes, der sich auf Schulprobleme bezieht, auf Aktionen gegen den allseitigen Angriff des Hamburger Senats in der Jugend- und Bildungspolitik gefälligt verzichten sollen. Dazu ist noch anzumerken, daß die Resonanz der Altonaer Eltern auf den Demonstrationsschritt des Elternrats der Schule Arnikelstraße bisher minimal war! – Einige Elternräte von der Arnikelstraße ergriffen denn auch gern die Gelegenheit beim Schopf und erklärten demagogisch, wegen der von RBJ, KB und ESG initiierten Demonstration müßten sie jetzt ihren eigenen Demonstrationsplan fallen lassen!!

Ferner wandte sich der Elternrat der Schule Arnikelstraße mit einem „Offenen Brief“ an den RBJ und den Fachschaftsrat Erziehungswissenschaften (FE) der Universität. Darin wurde allen Ernstes behauptet, daß die Unterstützung von RBJ und FSR für die geplante Demonstration „gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats“ unvereinbar sei mit ihrer weiteren Mitarbeit im sogenannten „Kerngebiet“ (eine Arbeitsgemeinschaft Altonaer Eltern, vor allem von der Arnikelstraße, mit interessierten Schülern, Lehrern und Lehrerstudenten). Mit diesem Ansinnen erlitt der Elternrat der Schule Arnikelstraße allerdings im „Kerngebiet“ vorläufig eine deutliche Abfuhr!

Gegen Zusammenarbeit mit dem KB

Wie erwähnt, begründete der Elternrat Arnikelstraße seine Ablehnung der von RBJ, KB und ESG initiierten Demonstration auch damit, daß der Kommunistische Bund diese Demonstration öffentlich unterstützt. Das sei für den Elternrat Arnikelstraße nicht akzeptabel, denn da würden die Eltern abgeschreckt! Man müsse „dem herrschenden Antikommunismus Rechnung tragen“.

Was diesen Punkt angeht, so muß man wohl von Glück sagen, daß heute z. B. der Antisemitismus nicht mehr zu den herrschenden Ideologien gehört, da sonst womöglich noch absurdere „Abgrenzungsbeschlüsse“ zu erwarten wären...

Zum einen ist es natürlich so, daß man s. o. wie es sich hier offenbar einige Elternräte vorstellen, dem „herrschenden Antikommunismus“ „hinhin“ nicht wirksam entgegen kann. So ist es Tatsache, daß nach der ersten Demonstration Altonaer Eltern und Schüler (und speziell der Arnikelstraße) vor einigen Monaten die bürgerliche Presse aus allen Rohren antikommunistischen Dreck schloß (auf der Demo seien fast gar keine Eltern, sondern bloß linksradikale Studenten und Kommunisten gewesen etc.). Damit, daß man eine klare Stellungnahme zur Zusammenarbeit mit Kommunisten vermeidet, kann man diesen Verleumdungen nicht entgegenreden, sondern leistet ihnen eher wohl Vor-schub.

Zweitens ziehen die Elternräte der Arnikelstraße, die bisher ihre Arbeit als im Interesse gerade der Arbeiterkinder und -kinder verstanden wissen wollten, mit dieser Entscheidung voll im Sinn der Absicht der Bourgeoisie, die Kommunisten immer weiter zu isolieren.

Dem Verbot und der Illegalisierung der kommunistischen Organisationen geht der Versuch voraus, sie von der Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen und Gruppen abzuschneiden, indem auf alle potentiellen „Bündnispartner“ der Kommunisten politisch-ideologischer Druck ausgeübt wird. Sich dieser Tendenz zu unterwerfen und sei es auch nur unter Berufung auf den „herrschenden Antikommunismus“ an derer bedeutet faktisch, zum Klima der Isolierung der kommunistischen Organisationen beizutragen.

Dieses Vorgehen unterscheidet sich von den Stellungnahmen der SDAJ, Jusos u.ä. zur Demonstration („wir können uns nicht beteiligen, weil der KB mitmacht“) in seiner objektiven Wirkung überhaupt nicht. Als besonders verwerflich ist dabei der Versuch einiger Elternräte zu sehen, auch noch RBJ und Fachschaftsrat FE gegen die gemeinsame Demonstration mit dem KB einzunehmen.

wird fortgesetzt

Uni, Kiel:

Kampf dem „Ordnungsrecht“!

Seit den Semesterferien stehen erstmals drei Studenten vor dem neu eingerichteten „Ordnungsausschuß“. Damit wird das „Ordnungsrecht“, wesentlicher Bestandteil des Landeshochschulgesetzes (LHG), zum ersten Mal angewandt.

● Ein Fachschaftsvertreter der Biologie ist wegen einer „Vorlesungsstörung“ angeklagt: Er wollte zu Beginn einer Vorlesung eine studentische Vollversammlung ankündigen! Für Dr. Müller, der als reaktionärer Vorreiter gegen kritische Studenten in der Biologie kein unbeschriebenes Blatt ist, Anlaß genug ein Ordnungungsverfahren anzusetzen.

● Gegen den zweiten Studenten ist ein Ordnungungsverfahren wegen „Störung“ anläßlich der Fakultätsitzung der Philosophischen Fakultät am 13.2.74 eingeleitet.

Auf dieser Fakultätsitzung im Audi Max sollte eine neue Prüfungsordnung für die Psychologiestudenten verabschiedet werden. Die Studenten forderten die Zulassung der Öffentlichkeit (ca. 50 hatten sich vor dem Audi Max versammelt), weil sie dabei sein wollten, wenn direkt über ihre Studiensituation entschieden wird. Das Audi Max war aber verschlossen. Es gelang dem jetzt angeklagten Studenten, durch ein Fenster ins Audi Max zu kommen, wo er aber vom Rektorsfahrer daran gehindert wurde, eine Tür für die anderen Studenten zu öffnen. – Eine halbe Stunde später verließ jedoch ein Fakultätsmitglied das Audi Max, wobei die übrigen Studenten die Möglichkeit nutzen konnten, hinein zu gelangen.

● Der dritte Student hatte sich „schuldig“ gemacht, aktiv für die Verhinderung der Chemie-Klausur eingetreten zu sein. Dafür soll er jetzt stellvertretend für alle Kommilitonen abgeurteilt werden.

Der reaktionäre Inhalt des „Ordnungsrechts“

Das Ordnungsverfahren ist mit „Sondergerichtsbarkeit“ wie etwa dem Truppendienstgericht der Bundeswehr vergleichbar: Ein Richter, ein Vorsitzender (an der Uni ein Professor) und ein gleichrangiger Dienstführer (an der Uni ein Student) befinden unter Ausschuß der Öffentlichkeit über den „Fall“.

Da sich hier kein Student zur „Mitarbeit“ bereit erklärt, wird ein zweiter Richter diesen Platz einnehmen.

Mit dem „Ordnungsrecht“ soll künftig gegen studentische „Störer“ noch schneller und wirksamer als bis-

her vorgegangen werden – hat es doch gegenüber der bisherigen (strafrechtlichen) Verfolgung fortschrittlicher Studenten den „Vorteil“, anstelle langwieriger und unnötig Staub aufwirbelnder Gerichtsverfahren (oft haben diese Prozesse bis zu zwei Jahren gedauert, und einige sogar mit Freispruch geendet) reaktionäre Urteile schnell und hinter verschlossenen Türen zu verhängen. Weiter hat der angeklagte Student keine Möglichkeit, einen Verteidiger zu bestellen, kann schnell mit Haus- und Studienverbot belegt werden und kann sogar mit einer Doppelbestrafung (also auch noch einem Verfahren vor Gericht) rechnen.

Der Strafaktual (s. § 32 LHG) geht bis zum Ausschuß vom Studium an allen Hochschulen im Geltungsbereich dieses Gesetzes bis zu zwei Jahren, was faktisch Berufs- bzw. Ausbildungsverbot bedeutet. Dabei kann schon die Wahrnehmung elementarer Rechte an der Uni wie z. B. das Recht der Kritik, Diskussions- und Informationsfreiheit in Lehrveranstaltungen als „Verstoß“ gegen die Aufgaben der Universität ausgelegt und mit Ordnungsstrafen belegt werden.

Es ist offensichtlich, daß die Anwendung des Ordnungsrechts nicht ein vereinzelter Übergriff des Kieler Rektors ist, sondern ein Teil jenes systematischen reaktionären Feldzugs, der mit LHG, Ordnungsrecht, Maulkorbberaub, politischen Prozessen, Polizeieinsatz (Chemie-Klausur) und dergleichen die Zerschlagung der demokratischen und sozialistischen Strömungen in der Studentenschaft der BRD zum Ziel hat.

Diesem Angriff des bürgerlichen Staates gilt es, den Kampf gegen jede einzelne reaktionäre Maßnahme entgegenzusetzen; richtigerweise sind die drei betroffenen Studenten während der Semesterferien nicht vor den Ordnungsausschuß gegangen; ebenfalls richtig ist die Orientierung einiger Studenten aus den betroffenen Fakultäten auf Fakultätsversammlungen, wo konkrete Schritte – Veranstaltung, Flugblätter dazu usw. – diskutiert werden sollen. Wichtig ist aber, dabei nicht nur diese einzelnen Maßnahmen des Rektors im Auge zu haben, sondern die langfristigen Ziele der Kapitalisten und ihrer Statthalter im Kultusministerium. Nur so wird es gelingen, den bisher immer nur spontanen Aktionen der Studenten eine bewußte, antifaschistische Stoßrichtung zu geben.

Bezirksorganisation des KB/Gruppe Kiel

Altötting:

Wieder Mißhandlungen von Patienten aufgedeckt



Ende Oktober deckten fünf Zivil-dienstleistende im Alten- und Pflegeheim Altötting, nahe bei München, ähnliche Mißhandlungen von Patienten auf.

Im Heim hausten 130 Patienten unter unvorstellbaren Verhältnissen. Überall liefen Wanzen und Läuse in rauben Mengen und Küchenschabe! Mit Kot beschmierte Wände wurden in derselben Badwanne gewaschen, in der anschließend Patienten ohne vorherige Desinfektion gebadet wurden!

Patienten werden immer wieder geschlagen. Leichen seien in einer ehemaligen Garage neben Mülltonnen hingelegt worden.

Ein Arzt habe nach der Ausstellung eines Totenscheines in der Garage einen Toten vorgefunden, der in ein Bettuch gewickelt, am Boden angefroren gewesen sei. („FA“ 23.10.).

Die Heimleitung und die örtliche Gesundheitsbehörde wiesen den Bericht der Zivildienstleistenden als „unwahr“ zurück.

Demgegenüber bestätigte inzwischen ein Arzt, der in Notfällen gelegentlich ins Heim gerufen wurde, die dortigen Zustände und bezeichnete das Heim als „Saugstall“ („FA“ s. o.). Bisher ist nicht bekannt, ob irgendeine Kommission sich mit diesen Vorwürfen beschäftigt, geschweige denn Abhilfe geschafft wird und die Verantwortlichen in den Gesundheitsministerien zur Verantwortung herangezogen werden.

Einziges bisheriges Ergebnis: Die fünf Zivildienstleistenden sind sofort an andere Einsatzorte versetzt worden!

Merke: Im Kapitalismus werden nicht die Schuldigen allein Übel bestraft, sondern die, die die Mißstände aufzeigen. Ke wird der Arbeiterklasse vorbehalten sein, die Schuldigen eines Tages selber zu bestrafen.

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN DES KB

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Bremerhaven:
F. Köppl
295 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmündorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 26 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 088 831 A

Oldenburg:
Th. Pieppgras
29 Oldenburg
Postfach

Bremen:
Arnold Neugebhorn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte
Nr. 081368 A

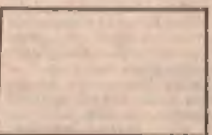
Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagerkarte

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Häxstr. 68

Westberlin:
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomasstr. 2

Weitere Vertriebsgruppen:



Warschauer Revisionisten-Treffen KBW l d Faschisten ein

In Warschau fand vom 16. bis 18. Oktober ein sogenanntes „Konsultativtreffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ statt. 28 Parteien nahmen daran teil. Es fehlten die Revisionisten der Niederlande, und natürlich fehlte die Partei der Arbeit Albaniens, die das „Konsultativtreffen“ ausdrücklich verurteilte. Aus Griechenland und Spanien, wo die revisionistischen Parteien gespalten sind, nahmen nur die an der KPdSU eng orientierten Minderheitsfraktionen teil.

Das „Konsultativtreffen“ sollte dazu dienen, eine „Konferenz“ der europäischen Revisionisten vorzubereiten. Diese soll nun „nicht spät als Mitte 1975“ (vorausichtlich in der ersten Mai-Hälfte) in Berlin/DDR stattfinden. Vorher wird es im Dezember oder Januar noch ein Vorbereitungstreffen geben.

Das Abschlu kommuniqu  gibt über den Verlauf des „Konsultativtreffens“ praktisch keinen Aufschluß.

Die Tatsache, daß die italienische „KP“ (PCI) und die polnische Vereinigte Arbeiterpartei offiziell als Organisatoren des „Konsultativtreffens“ auftraten, zeigt allerdings bereits die Verschiebung des Kräfteverhältnisses im revisionistischen Lager. Der Vertreter der PCI machte sich denn auch besonders stark für den Gedanken der „Gleichberechtigung“, der „Unabhängigkeit“ usw. der einzelnen Parteien. Hierbei wur-

de er vor allem vorjugoslawischen Bund der Kommunisten unterstützt. Die KPdSU-Führer haben sich viele Jahre lang abgestr mpelt, um ein Forum für die „Verurteilung“ der KP Chinas, für ihren „Ausschluß“ aus der „kommunistischen Weltbewegung“ zusammenzubringen. Das war schon auf der Moskauer Weltkonferenz 1961 revisionistischer Parteien von 1969 nicht möglich, und ist heute erst recht unrealistisch. Die Parteien Rumäniens, Jugoslawiens und Italiens haben ausdrücklich zur Bedingung gemacht, daß über „abwesende“ Parteien nicht diskutiert werden darf. Dabei steht als Motiv sicher nicht die Sympathie dieser revisionistischen Parteien für das sozialistische China im Vordergrund, sondern die Sorge um die eigene „Unabhängigkeit“, denn eine „Verurteilung“ der KP Chinas würde die Tür weit aufstoßen, auch an diese Parteien zu maßregeln, einzuschließen und eventuell „auszuschließen“.

Im Abschlu kommuniqu  des Warschauer Treffens ist außerdem die Rede davon, daß auf der kommenden „Konferenz“ in Berlin „nach Herbeiführung gemeinsamer Standpunkte“ zu „streben“ ist. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens will dies so verstanden wissen, daß eine „Zustimmung aller bei allen Entscheidungen“ notwendig sei, also letztlich Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden können. Darüber hinaus haben sich die jugoslawischen Revisionisten grundsätzlich gegen eine neue „Weltkonferenz“ ausgesprochen, falls die chinesische KP nicht daran teilnimmt (was natürlich nicht zu erwarten ist).

Schon auf dem Br seler Treffen der westeuropäischen Revisionisten im Januar 1974 wurden unter diesen politischen Meinungsverschiedenheiten deutlich. So kämpfen einige kleinere, bedeutungslose Parteien (wie die Großbritannien und der BRD) noch einigermaßen gegen die imperialistische „Europäische Gemeinschaft“ (EG), während die gr o eren, sozusagen „der Macht“ näher stehenden Parteien (PCI, PCF), die EG nur noch „demokratisieren“ wollen und sich sogar mit der NATO schon weitgehend abgefunden haben. Die PCI vertritt gar eine etwas entschärfte Version der Theorie, daß sich „Europa“ sowohl von den USA als auch von der Sowjetunion „unabhängig“ machen müsse.

Hier zeigt sich ein zunehmender Widerspruch zwischen Parteien, die sich vor allem am „Kompromiß“ mit der eigenen Bourgeoisie orientieren und da r f r NATO, EG usw. zumindest in Kauf nehmen, und anderen Parteien, die sich stärker aus den Interessen des Sowjetrevisionismus orientieren und folglich noch stärker gegen NATO und EG Front machen (wie z.B. die DKP). In Griechenland und Spanien ist dieser Widerspruch schon in offene Spaltungen g mdelet.

Die Sowjetrevisionisten haben es also zunehmend schwerer, ihre „Schäfchen“ beisammen zu halten, und die Berliner Konferenz im nächsten Jahr wird sicher kein reines Verzügen für sie werden.

Auf der letzten Vollversammlung der Gesamthochschule Kassel wurde vom KSB (KBW) der Antrag gestellt, „alle sich derzeit zu den historischen Landtagswahlen stellenden Parteien (CDU, DKP, FDP, KRW, KPD, NPD, SPD) zu einem Diskussionsforum an die Hochschule einzuladen.“ Der Antrag wurde von den noch 120 anwesenden Studenten (insgesamt ca. 6.000) mit knapper Mehrheit und mit den Stimmen des RCDS angenommen.

KSV („KPD“), MSB (DKP) und Junos sprachen sich gegen die Einladung der Faschisten aus. Der KSB unterstrich noch einmal seinen Antrag in einem Flugblatt, in dem es hieß: „Für die bürgerlichen Politiker kann es eine au erst unangenehme Sache werden, wenn sie den Studenten Rede und Antwort stehen müssen ...“

Zu der Veranstaltung selbst waren ca. 300 zum großen Teil „organisierte“ Studenten gekommen. Am ersten Tag der DKP-Vertreter auf und erklärte, daß er als alter Widerstandskämpfer sich weigere, mit Faschisten an einem Tisch zu sitzen. Daraufhin wurde eine Resolution die von uns mit erarbeitet wurde, zum Landtagskandidaten der „KPD“ zur Abstimmung gestellt. In der Resolution wurde dargestellt, welche Aufgaben dem Faschismus zugeordnet sind, belegt durch die blutigen Fakten der Naziherrschaft und in jüngster Zeit der Mord und Terror in Chile und Italien.

Diese Resolution wurde von der Mehrheit der Studenten mit Sprechch ren: „Faschisten raus – keine Faschisten an die Hochschule“ unterstützt. Bevor es zur Abstimmung über die Resolution kam, wurde den anderen Podiumsgastmitgliedern eine Stellungnahme erlaubt, woraufhin der SPD-Vertreter eine „persönliche“ Erklärung abgab: er sagte, daß dieser NPD-Vertreter auf einer Demonstration 1970 in Kassel auf Demonstrationen geschwenkt habe, deshalb werde er für den Ausschuß des NPD-Vertreters stimmen. Der KBW-Vertreter zog sich auf den Beschluß der „Vollversammlung“ zurück, die NPD einzuladen. Einschränkend bemerkte er, (als „guter Demokrat“, wie es ein KBWler nun-mal ist), daß, wenn die Mehrheit der Anwesenden eine andere Meinung hätten, er selbstverständlich zustimmen würde. Der CDU-Vertreter widersprach der Resolution, da er in einer Demokratie mit jedem diskutiert ...

Nach der Stellungnahme der Parteien und Organisationen wurde über die Resolution abgestimmt. Sie wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen, wobei auf Antrag eines KSB-Vertreters eine neue Abstimmung und Aussch bung erforderlich wurde. Die KBW-Mitglieder stimmten fast geschlossen gegen die Resolution.

Sympathisanten des KBW an der GHK Kassel

PI Hamburg:

Große Koalition von MSB/SHB, KBW und KSV stürzt linken Fachschaftsrat

Wie in AK 44 (Seite 31) berichtet, war am Wladigowski Institut (Lehrerbildung) der Hamburger Universität im Mai ein linker Fachschaftsrat, bestehend aus SSB (KB-Sympathisanten) gebildet worden, nachdem der FSR lange Zeit vom revisionistischen MSB/SHB verwaltet worden war.

MSB/SHB hatten dem neuen FSR ein rasches Ende „in den nächsten Wochen“ angedroht. Daraus wurde zwar nichts, aber bei den Neuwahlen Anfang November konnte sich der MSB/SHB doch wieder durchsetzen, mit rund 600 gegen 400 Stimmen (im Mai: 444 gegen 497 Stimmen in der Stichwahl). Er verdankt dies wohl weniger seiner eigenen Tüchtigkeit als vielmehr der ungewollten „Unterstützung“ durch KSV und SSG (Hamburger Studentengruppe des KBW).

Die SSG hatte im Mai bei der entscheidenden Stichwahl noch die L te vom SSB/KSV unterstützt. Um nicht wieder in diese peinliche Verlegenheit zu kommen, sprach sie sich diesmal zum Wohlfallen des MSB/SHB schon vorher gegen eine Stichwahl aus. Das sei, wie sie plötzlich hauptete, „das Normalste“.

Der zu den Wahlen gebildeten Aktionseinheit von SSB, KSV und der neugegründeten Studentengruppe des Bund Demokratischer Jugend (BDJ) trug die SSG freundlichst die „Einheit der Studenten“ an, die durchaus „möglich“ sei, falls sich die anderen gefälligst auf den Boden des SSG-Wahlprogramms begeben wären – was sie leider nicht taten ...

Hochst bezeichnend ist die Kritik der SSG an gemeinsamen Wahlvorschlägen von SSB, KSV und BDJ: „Gewerkschaftspolitik“. Hier mi t der SSG der Hinweis auf Gewerkschaftsausschl sse, den sie ganz gestrichen haben wollte. In ihren Erklärungen behauptete sie demagogisch, das sei „RGO-Politik“.

Antifaschistischer Kampf. Hier wollte die SSG den Hinweis gestrichen haben, daß der Kampf „gegebenfalls auch militär“ zu führen sei. In einem Flugblatt klagten sie, daß AK-Verkäufer „einen Info-Stand der Jungen Union kurz und kleingeschrieben“ hätten. „Gewalt“ sei „nicht das normale Mittel des ideologischen (??) Kampfes gegen Faschisten“. Hier wendete sich die SSG gegen Kritik am MSB/SHB im Wahlprogramm von SSB, KSV und BDJ, die man „erstazilos streichen“ m tte, um mit der SSG ins Geschäft zu kommen. Dann Kritik am MSB/

SHB sei – w rtlich! – „der gr o tm glichen Einheit der Studenten nicht dienlich“.

Die Revisionisten nahmen die ihnen von der SSG zugeworfenen Bällchen denn auch dankbar und mit freundlicher Ironie auf. G e l l u s c h l sah sich die SSG allerdings bei ihrem Versuch, sich mit diesen Ausführungen bei den Studenten als „bester MSB, den es je gab“ zu profilieren. Ganzes 50 (!) Stimmen bekam die SSG bei der Wahl, während sie im Mai (bei einer geringen Teilnahmerate!) immerhin auf 180 Stimmen (im ersten Wahlgang) gekommen war. Das weitere Abw rthachen von KBW/SSG auch am PI (ihrer einstigen „Hochburg“ in besseren Tagen) kann wohl als erfreulichster Aspekt der Wahl verbucht werden.

Von „links“ tat der KSV, mit dem diesmal noch eine gemeinsame Kandidatur zustande kam, das Seine, um dem MSB/SHB die Hasen in die Küche zu treiben. Während des ganzen letzten halben Jahres hatte der KSV im FSR in erster Linie die Rolle des Bremsers gespielt, der mit allerlei „linken“ Schnacksack die kontinuierliche Arbeit des FSR lahmlagte. Als es jetzt, kurz vor der Neuwahl des FSR, um die von zahlreichen Organisationen und Gruppen geplante Demonstration gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik der Hamburger Senats ging, legte sich im letzten Moment die „KPD“ (und damit natürlich auch der KSV) quer (Artikel dazu an anderer Stelle des AK), was konkret zur Folge hatte, daß der FSR nicht zur Demonstration aufrufen konnte.

Im übrigen führte der KSV, in blinder Verkennerung der Realitäten, seinen „Wahlkampf“ anscheinend in erster Linie gegen SSB und BDJ, die er wild angriff, obwohl er mit ihnen gemeinsam kandidierte. Noch auf der Wahlversammlung präsentierten sich Redner des KSV als super-„linke“ Vemerschene. Im Grunde ist es bemerkenswert, daß einem solchermaßen offen strukturierten Wahlbündnis rund 400 Studenten ihre Stimme gaben (im Mai: 280 Stimmen im ersten Wahlgang für SSB/KSV; 497 in der Stichwahl, mit Unterstützung der SSG).

Diese Vorgänge lassen befürchten, daß der KSV, der in letzter Zeit offenbar eine gr o ere Anzahl von Mitgliedern nach rechts verloren hat, nun umso unangenehmer nach „links“ driftet und eine weitere Zusammenarbeit mit ihm nur möglich ist, wenn man den politischen Selbstmord will.

Anzeige



Inhalt

Inhalt	
Arbeits- und Gewerkschaften	
Die Gruppe und Schach f�r „Mitbestimmung“	16
Die �rbeiterbewegung: kein Schach f�r die Arbeiter	17
Industrie	
Verh�ltnisse in der Stahlindustrie: L�senungsversuch	18
Wichtiger Bericht: Probleme gegen linken L�senungsversuch	19
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der Metallindustrie	20
Zur Metallindustrie: L�senungsversuch	21
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der Textilindustrie	22
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der Holzindustrie	23
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der Lebensmittelindustrie	24
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der chemischen Industrie	25
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der pharmazeutischen Industrie	26
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der elektronischen Industrie	27
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der optischen Industrie	28
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der mechanischen Industrie	29
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der elektrischen Industrie	30
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der energetischen Industrie	31
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der transporttechnischen Industrie	32
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der informationstechnischen Industrie	33
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der telekommunikativen Industrie	34
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der audiovisuellen Industrie	35
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der darstellenden Industrie	36
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der sportlichen Industrie	37
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der k�nstlerischen Industrie	38
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der wissenschaftlichen Industrie	39
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der technischen Industrie	40
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der medizinischen Industrie	41
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der juristischen Industrie	42
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der wirtschaftlichen Industrie	43
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der politischen Industrie	44
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der k�niglichen Industrie	45
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der �rztlichen Industrie	46
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der pharmazeutischen Industrie	47
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der veterin�rmedizinischen Industrie	48
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der landwirtschaftlichen Industrie	49
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der forstwirtschaftlichen Industrie	50
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der fischwirtschaftlichen Industrie	51
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der j�gerwirtschaftlichen Industrie	52
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der bergbauwirtschaftlichen Industrie	53
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der metallwirtschaftlichen Industrie	54
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der chemiewirtschaftlichen Industrie	55
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der pharmaziewirtschaftlichen Industrie	56
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der elektronenwirtschaftlichen Industrie	57
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der optischen Industrie	58
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der mechanischen Industrie	59
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der elektrischen Industrie	60
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der energetischen Industrie	61
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der transportwirtschaftlichen Industrie	62
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der informationstechnischen Industrie	63
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der telekommunikativen Industrie	64
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der audiovisuellen Industrie	65
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der darstellenden Industrie	66
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der sportlichen Industrie	67
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der k�nstlerischen Industrie	68
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der wissenschaftlichen Industrie	69
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der technischen Industrie	70
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der medizinischen Industrie	71
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der juristischen Industrie	72
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der wirtschaftlichen Industrie	73
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der politischen Industrie	74
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der k�niglichen Industrie	75
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der �rztlichen Industrie	76
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der pharmazeutischen Industrie	77
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der veterin�rmedizinischen Industrie	78
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der landwirtschaftlichen Industrie	79
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der forstwirtschaftlichen Industrie	80
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der fischwirtschaftlichen Industrie	81
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der j�gerwirtschaftlichen Industrie	82
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der bergbauwirtschaftlichen Industrie	83
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der metallwirtschaftlichen Industrie	84
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der chemiewirtschaftlichen Industrie	85
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der pharmaziewirtschaftlichen Industrie	86
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der elektronenwirtschaftlichen Industrie	87
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der optischen Industrie	88
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der mechanischen Industrie	89
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der elektrischen Industrie	90
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der energetischen Industrie	91
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der transportwirtschaftlichen Industrie	92
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der informationstechnischen Industrie	93
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der telekommunikativen Industrie	94
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der audiovisuellen Industrie	95
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der darstellenden Industrie	96
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der sportlichen Industrie	97
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der k�nstlerischen Industrie	98
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der wissenschaftlichen Industrie	99
Wichtige Nachrichten: L�senungsversuch in der technischen Industrie	100